

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

**Zwischen politischem Katholizismus, bürgerlichem Liberalismus und
ideellem Konservativismus? Die Christlichsoziale Partei und ihre
ideengeschichtliche Ausrichtung im Alten Österreich**

verfasst von / submitted by

Matthias Widhalm, BA BA BEd MA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Education (MEd)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 199 506 511 02

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Lehramt Sek (AB) Unterrichtsfach Deutsch
Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Peter Becker

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Zwischen politischem Konservativismus, bürgerlicher Emanzipation und christlicher Ständelehre. Die Christlichsoziale Partei und ihre zahlreichen Flügel	6
3. Ein Desiderat der Forschung? Die Christlichsoziale Partei und ihre wechselvolle Ideengeschichte	11
4. Eine direkte Folge der gesellschaftlichen Umwälzungen des langen 19. Jahrhunderts? Der politische Katholizismus und seine mannigfachen geistigen Vorläufer	17
4.1 Vom Absolutismus zur bürgerlichen Emanzipation. Herrschaftsvorstellungen im Wandel	17
4.2 Die Restauration als Ursprung des politischen Katholizismus? Die Wurzeln der Christlichsozialen Partei im Vormärz	24
4.3 Von der katholischen Romantik bis Ketteler. Die katholische Kirche und die Soziale Frage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.....	31
4.4 Der Arbeiterpapst? Leo XIII. und die moderne katholische Soziallehre	34
5. Der politische Katholizismus in der Habsburgermonarchie und seine Vordenker	39
5.1 Die politischen Ansichten eines katholischen Publizisten. Karl von Vogelsang und seine Staats- und Gesellschaftslehre	39
5.2 Charismatiker, Populist und Bürgermeister. Karl Lueger und seine politischen Leitlinien	46
5.3 Katholische Soziallehre im Alltag denken. Die Entenabende der Christlichsozialen	57
5.4 Die Phase der ideologischen Konsolidierung. Franz Marin Schindler und der Wunsch einer christlich-sozialen Gesellschaftsordnung zwischen Tradition und Moderne	60
6. Zwischen Aristokratie, Bürgertum und Kirche. Die Christlichsoziale Partei und ihre Verortung in der österreichischen Politik um 1900	67
6.1 Der lange Weg zur Einheit. Ein Bündnis christlichsozialer Bewegungen	67
6.2 Eine regionale Erscheinung? Die Christlichsoziale Partei und die Stadt Wien um 1900	74

6.3 Föderale Strukturen werden etabliert. Die Christlichsoziale Partei in den alpinen Kronländern des deutschsprachigen Raumes der Habsburgermonarchie	80
6.4 Politische Feindbilder entstehen. Die Christlichsoziale Partei zwischen katholischem Antisemitismus, Antiliberalismus und beständiger Warnung vor dem Sozialismus.....	85
6.5 Ein politischer Thronfolger? Erzherzog Franz Ferdinand und die Christlichsoziale Partei	91
7. Die Leitlinien der Grundsatzprogramme der Christlichsozialen Partei in ihren Konsolidierungsjahren (1891-1910).....	96
8. Eine Phase parteihistorischer Zäsuren. Der Tod Karl Luegers und das Ende der Habsburgermonarchie (1910-1918)	101
8.1 Der Tod einer Identitätsfigur. Der Versuch der Emanzipation vom politischen Erbe Karl Luegers.....	101
8.2 Zwischen dynastischer Loyalität und Reformgedanken. Die Christlichsoziale Partei und der Erste Weltkrieg	106
9. Das Ringen um die Staatsform. Die Christlichsoziale Partei und die Erste Republik	110
9.1 Vom Monarchismus zum Republikanismus. Die Christlichsoziale Partei und der Umbruch 1918.....	110
9.2 Der Mann der Zukunft? Ignaz Seipel und sein politisches Denken.....	117
9.3 Die akademische Elite des politischen Katholizismus? Der Cartellverband und die Christlichsoziale Partei.....	122
9.4 Ein nationaler Sonderfall? Die Christlichsoziale Partei im europäischen Kontext	127
10. Conclusio.....	130
11. Literaturverzeichnis	130
11.1 Primärliteratur	134
11.2 Sekundärliteratur	140
12. Anhang.....	157
12.1 Abstract (Deutsch)	157
12.2 Abstract (Englisch).....	159

Vorwort

Die moderne Geschichtswissenschaft ist ihrem Wesen nach interdisziplinär zu denken. Denn erst die Berücksichtigung des Zusammenspiels verschiedener Faktoren ermöglicht eine umfassende Betrachtung der Kausalitäten historischer Ereignisse. Politikgeschichte bedeutet somit heutzutage stetig ein Ineinandergreifen von kulturellen, gesellschaftlichen, ökonomischen und weltanschaulichen Elementen; ein einseitiger Blick auf sie verengt das Verständnis für die Historie. Das soll auch für die vorliegende Arbeit gelten.

Meine Forschungsschwerpunkte betreffen in ihrem Kern die höfische Ideen-, Kultur- und Literaturgeschichte der Neuzeit. Diese Parameter können zweifellos als Leitmotive meiner Studienjahre ausgemacht werden. In diesem ergiebigen Themenfeld schrieb ich auch im Jahr 2020 bei Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Winkelbauer meine erste Masterarbeit. Sie trug den Titel ‚Genealogie als Mittel der Herrschaftslegitimation? Dynastienae Historiographie des Hauses Habsburg von Leopold I. bis Karl VI. (1658-1740)‘. Hiermit konnte ich meine räumlichen Interessensschwerpunkte (österreichische, deutsche und französische Geschichte) trefflich mit meiner Leidenschaft für die frühneuzeitliche Ideengeschichte in Einklang bringen. Doch meine Forschungsinteressen gingen stets über einen einzigen Zeitraum hinaus. Aus diesem Grund wollte ich für die Abschlussarbeit meines Lehramtsstudiums bewusst ein Themengebiet wählen, das einen zeithistorischeren Fokus hat. Die Grundlagen des heutigen Parlamentarismus‘ in Österreich übten auf mich seit längerer Zeit große Faszination aus; ebenso die Beweggründe, welche zur Formierung der im Reichsrat vertretenen Parteien führten sowie deren programmatische Leitlinien. Schließlich fungieren Partei- und Grundsatzprogramme als Antworten auf die dringendsten Fragen eines Zeitabschnitts. Sie sind wichtige ideengeschichtliche Zeitdokumente. Sie auf interdisziplinärer Basis zu mustern, ist gewiss eines der Kernstücke dieser Arbeit.

Abschließend sei meine Masterarbeit Theresa F. in tiefster Zuneigung und Verbundenheit gewidmet. Ohne den unaufhörlichen Austausch, die zahlreichen Gespräche und Ermunterungen wäre dieses mitunter beschwerliche Unterfangen wohl nämlich nicht zu einem derart umfangreichen Werk gereift. Kaum eine Person gab mir in den vergangenen Schaffensmonaten mehr Kraft, inspirierte meine Denkprozesse nachhaltiger und motivierte mich immer wieder zu neuen Höchstleistungen. Diese enge Verbindung ist ein unerlässlicher Quell meines Schaffens. Sie hat meine Leidenschaft an der politischen Ideengeschichte weiter befeuert. Ich danke für die umfassende Unterstützung und Treue!

In liebevollster Zueignung



Matthias Widhalm, BA BA BEd MA

1. Einleitung

Der politische Katholizismus zählte im langen 19. Jahrhundert zweifellos zu den einflussreichsten weltanschaulichen Strömungen der Habsburgermonarchie. Die starke kulturelle Verankerung der katholischen Kirche in der Bevölkerung bildete den idealen Nährboden hierfür. In seinen Grundzügen war er eine direkte Antwort auf die im Zuge der Aufklärung erfolgten kontinuierlichen Säkularisierungsprozesse. Insbesondere das traditionelle Näheverhältnis von Staat und Kirche hatte sich durch sie fundamental gewandelt. In Österreich hatte Joseph II. (1749-1790) die staatspolitische Stellung der Kirche geschwächt (Josephinismus); gleichwohl hatten auch die anderen Säulen der absolutistischen Gesellschaftsordnung merklich an Geltung eingebüßt. Das Ancien Régime war von der Französischen Revolution gewaltsam beendet worden; der Aufstieg Napoleons hatte den angestammten Adel in seinem gewohnten Selbstverständnis nachhaltig verunsichert.

Die auf die Napoleonischen Kriege (1792-1815) folgende Phase der Restauration war beflissen, die gesellschaftlichen Verhältnisse der vorrevolutionären Ära wiederherzustellen. Das ‚Gleichgewicht der Kräfte‘ sollte abermals zum diplomatischen Leitsatz werden. Doch die Rückkehr zu den Verhältnissen vor der Französischen Revolution war nicht länger möglich. Mittlerweile hatte auch die Industrialisierung die sozialen Verhältnisse zu stark verändert. Mit der Arbeiterschaft gab es einen neuen Stand, der erst in die bestehenden Ordnungskonzepte integriert werden musste. Die Suche nach Lösungsansätzen für diese multiplen Problemstellungen regte die Ausformulierung der modernen katholischen Soziallehre an, welche in der Veröffentlichung der päpstlichen Enzyklika ‚Rerum Novarum‘ (1891) ihren Höhepunkt finden sollte. Die Stärkung der kirchlichen Lehre in der Gesellschaft wurde zum Kennzeichen des politischen Katholizismus‘. In der Donaumonarchie formierten sich zunächst verschiedenste wetteifernde Bewegungen, die sich letztlich um 1900 zur Christlichsozialen Partei zusammenschließen sollten.

Die vorliegende Masterarbeit ist bestrebt, die ideengeschichtlichen Entwicklungslinien des politischen Katholizismus‘ in der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie von ihren Wurzeln im langen 19. Jahrhundert bis zu ihrem Zerfall (1918) zu beschreiben. Das Zusammenspiel von geistesgeschichtlichen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umständen soll hierbei hinreichend erfolgen. Die nachstehenden qualitativ-vergleichenden Analysen autobiographischer, programmatischer, literarischer und philosophisch-theologischer Textzeugnisse sollen dies offenbaren. Demgemäß steht diese Masterarbeit bewusst in der weitläufigen Tradition der Ideengeschichte.

Den Ausgangspunkt der folgenden Untersuchungen markiert der Versuch, eine Definition des politischen Katholizismus‘ in der Habsburgermonarchie zu finden, welche die verschiedenartigen Geistesströmungen und Flügel innerhalb desselben inkludiert. Denn als eine genuin föderalistisch strukturierte Organisation existierten in ihr zumeist drei große Fraktionen. Sie umfasste einen nationalistisch-antisemitischen, einen christlichsozial-konservativen und einen bürgerlich-liberalen Flügel. Sie waren vorwiegend im Bekenntnis zu christlichen Grundwerten und ihrer Ablehnung des politischen Liberalismus‘ geeint und dominierten in unterschiedlicher Intensität die programmatischen Formierungsprozesse der Partei. Daran anschließend folgt eine Überblicksdarstellung zur Forschungsgeschichte der Ursprünge der Christlichsozialen Partei. Diese mündet wiederum in einen chronologischen Abriss geistesgeschichtlicher wie sozialer Umwälzungen, welche die Ausbildung des politischen Katholizismus‘ evoziert hatten. Der bürgerlichen Emanzipation soll hier ebenso reichlich Raum geboten werden, wie der katholischen Romantik oder der Soziallehre Leos XIII. Danach gilt es, die direkten Wegbereiter der Christlichsozialen Partei zu betrachten. Auch sie agierten im Zusammenwirken zahlreicher Elemente. Es waren Karl von Vogelsang, Dr. Karl Lueger und Franz Martin Schindler, welche die Etablierung einer christlichsozialen Bewegung in Cisleithanien maßgeblich vorbereiteten. Erste programmatische Versuche erfolgten im Zuge der berühmten ‚Entenabende‘. Diese Kapitel formen zusammen das Grundgerüst, um anschließend auf die ideologische Entwicklung der Partei einzugehen. Der inhaltliche Festigungsprozess der Christlichsozialen Partei soll sowohl chronologisch als auch räumlich dargestellt werden. Denn erst hierdurch erweisen sich ihre Besonderheiten in Relation zu vergleichbaren Bewegungen des 19. Jahrhunderts.

Schließlich wird die schwierige Emanzipation der Christlichsozialen Partei vom Erbe ihres charismatischen Anführers (Dr. Karl Lueger) näher beäugt. Mit dessen Tod (1910) entlarvten sich gnadenlos ihre strukturellen Schwächen, welche zum fortschreitenden Wandel einer ursprünglich auf Wien fokussierten Partei, hin zur staatstragenden Reichspartei führten. Das Gewicht der Bundesländer wog immer stärker; eine Tendenz, die sich in ihrer Evolution im Verlauf der Ersten Republik (1918-1938) umso deutlicher erweisen sollte. Schlussendlich soll in einem abschließenden Kapitel die dieser Arbeit vorangestellte Frage beantwortet werden, welche Faktoren die ideologische Ausrichtung der Christlichsozialen Partei in der Habsburgermonarchie leiteten.

2. Zwischen politischem Konservatismus, bürgerlicher Emanzipation und christlicher Ständelehre. Die Christlichsoziale Partei und ihre zahlreichen Flügel

Die Christlichsoziale Partei gehörte um die Jahrhundertwende zu den prägendsten politischen Kräften der österreichischen Reichshälfte der Habsburgermonarchie (Cisleithanien). Der Zusammenschluss einiger christlichsozialer Vereine unter dem Dach der Christlichsozialen Partei (1893) hatte den vorläufigen Höhepunkt einer sich seit Längerem abzeichnenden Entwicklung im christlich-konservativen Lager markiert, die allerdings erst mit der Integration konservativer Reichsratsabgeordneter unter Alfred Ebenhoch (1855-1912) im Jahr 1907 ihre Abrundung finden konnte. Die Frage nach ihrem konkreten Gründungsjahr ist eine in der Forschung selbst höchst kontroversiell geführte Thematik.¹ Ihre Anfangsjahre waren unstrittig unauflöslich mit der Person Dr. Karl Luegers (1844-1910) verbunden.² Er hatte der Partei den Weg von einer kleinen Oppositionsfraktion im Wiener Gemeinderat hin zur Bürgermeisterpartei geebnet. Ihm war es erfolgreich gelungen, den Zerfall der Liberalen zu nutzen und die Missstimmung gegen die Wiener Stadtregierung gezielt für seine Zwecke zu kanalisieren. Er vermochte es, sein persönliches Charisma einzusetzen, um einen Brückenschlag zwischen den Flügeln des konservativ-bürgerlichen Lagers zu erzielen; zugleich bediente er sich dabei absichtlich populistischer Mechanismen, um seinen politischen Aufstieg rasch und energisch voranzutreiben. Das macht ihn bis heute zu einer der umstrittensten Persönlichkeiten der Jahrhundertwende. Die Stadt Wien wuchs unter ihm zum Mittelpunkt der Christlichsozialen Partei heran.³

Gerade die dominante Rolle Luegers erschwert bis heute eine klassische ideengeschichtliche Betrachtung der Christlichsozialen Partei. Der spätere Wiener Bürgermeister Richard Weiskirchner (1861-1926) hatte einst bei einer Wahlkundgebung berühmte Worte hierfür gefunden: „*Mein Programm heißt: Karl Lueger!*“⁴ Lueger war der ideologischen Arbeit zeitlebens reserviert gegenübergestanden. Seine Ambitionen richteten sich vielmehr nach der politischen Großwetterlage.⁵ Unumstößliche weltanschauliche Grundprinzipien waren ihm fremd. Deshalb hatte er es wissentlich unterlassen, seiner Partei klar umrissene Standpunkte

¹ Vgl. Wohnout, Helmut: Die Rolle Karl Luegers in der christlichsozialen Bewegung. In: Demokratie und Geschichte. Jg. 13/14 (2011), S. 49.

² Vgl. Ernesti, Jörg: Leo XIII. Papst und Staatsmann. Freiburg / Basel / Wien: Herder 2019, S. 245.

³ Vgl. Rosner, Willibald: Der Niederösterreichische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VII. Verfassung und Parlamentarismus. Tb. 2. Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien: Verlag der ÖAW 2000, S. 1651-1654.

⁴ Richard Weiskirchner. Zitiert nach: Arbeiterzeitung, Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie. 12. Jg. Nr. 70 (12. März 1910), S. 6.

⁵ Vgl. Philippoff, Eva: Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Ein politisches Lesebuch (1867-1918). Villeneuve d'Ascq: Presses Univ. du Septentrion 2002, S. 21.

und feste innerparteiliche Strukturen zu verleihen.⁶ Die Christlichsoziale Partei Luegers unterschied sich aufgrund dessen weltanschaulich, organisatorisch wie inhaltlich zutiefst von jener der Ersten Republik.⁷

Lueger selbst hatte in seinem politischen Testament (1910) die Leitlinien seines Erfolges dargelegt: „*Die Partei möge sich daher hüten, irgend eine spezielle Berufspartei zu werden, sie darf weder eine agrarische, noch eine andere spezifische Partei sein, sondern sie muß ihr Augenmerk ebenso auf die großstädtische Bevölkerung und Intelligenz richten, wie auf den Bauernstand.*“⁸ Die Christlichsoziale Partei dürfe keineswegs Gefahr laufen, sich zur Interessensvertretung eines bestimmten Berufsstandes zu verengen. Ihre Stärke liege in ihrem bündischen Grundcharakter begründet. Sie sei ihren Grundzügen nach eine Gemeinschaft heterogener Vereine. Eine ihrer Hauptherausforderungen bestand demnach unweigerlich darin, diese Flügel unaufhörlich zufriedenzustellen. Das erschwerte es außerordentlich, eine geschlossene ideologische Leitlinie zu finden und unterschied sie signifikant von der Sozialdemokratie oder den Deutschnationalen.⁹ Schon die Entstehung der Christlichsozialen Partei war von offenen und mitunter heftig geführten Flügelkämpfen charakterisiert gewesen.¹⁰ Die divergierenden christlich-konservativen Vereine zu einen, hatte einen erheblichen Kraftakt bedeutet, sodass die formale Einigung erst um 1900 erfolgen konnte.¹¹ Es bedurfte noch weiterer sieben Jahre, um die schwerwiegenden Differenzen mit den Konservativen auszuräumen;¹² diese hatten zuvor zu den erbittertsten Gegnern der Christlichsozialen gezählt. Beide hatten sich berechtigterweise erhofft, sich auf die Kosten der jeweils anderen Fraktion profilieren zu können. Der Konflikt ging sogar so weit, dass versucht worden war, die Christlichsoziale Partei und Lueger beim Heiligen Stuhl zu diskreditieren (1895).¹³

Folgerichtig kennzeichnet der österreichische Historiker Bertrand Michael Buchmann die Entstehung der Christlichsozialen Partei folgendermaßen:

⁶ Vgl. Mertens, Christian: Richard Weiskirchner (1861-1926). Der unbekannte Wiener Bürgermeister. München: Oldenbourg 2006, S. 38.

⁷ Vgl. Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich bis 1945. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2001, S. 312.

⁸ Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns. Jg. 18., Nr. 70 (11. März 1910), S. 2.

⁹ Vgl. Wandruszka, Adam: Österreichs Politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und Politischen Bewegungen. Wien / Köln / Graz: Böhlau 1954, S. 291.

¹⁰ Vgl. Buchmann, Bertrand Michael: Kaisertum und Doppelmonarchie. Wien: Pichler 2003, S. 136.

¹¹ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 246.

¹² Vgl. Weinzierl, Erika: Der rote Prinz. Zum 120. Geburtstag von Aloys Liechtenstein. In: Neues Forum. Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit. XIII. Jahr, Heft 154 (1966), S. 598.

¹³ Vgl. Ovečka, Libor: Die Moraltheologie Franz M. Schindlers. St. Ottilien: EOS Verlag 1993, S. 30.

„Die christlichsoziale Partei ging aus zwei gänzlich unterschiedlichen Bewegungen hervor, die lange gegeneinander polemisiert hatten und erst spät zusammenfanden. Auf der einen Seite standen die Katholisch-Konservativen des Hochadels, die kaisertreu, feudal, antikapitalistisch und antiliberal eingestellt waren. Auf der anderen Seite sammelten sich die Angehörigen des gewerblichen Mittelstandes, die den Lehren von Karl Frh. von Vogelsang (1818-1890) und Franz Martin Schindler (1847-1922) nahe standen. Sie forderten auf Grund der christlichen Lehre eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, in denen alle Menschen die ihnen von Gott gesellten Aufgaben auch erfüllen könnten.“¹⁴

Buchmann führt aus, dass es parallel vor allem zwei führende Strömungen in der Christlichsozialen Partei gegeben habe: Sie umfasste einen katholisch-konservativen und einen christlichsozialen Flügel. Beide wurden gemeinhin mit höchst unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen in Verbindung gebracht. Während den Konservativen zumeist ein Näheverhältnis zum Adel und Großbürgertum nachgesagt worden war,¹⁵ galten die Christlichsozialen als Vertreter des niederen Klerus, der Handwerker und des Kleinbürgertums.¹⁶ Als einigende Klammer der Partei erschien ihr christlich-katholisches Wertefundament; das war ein gemeinsamer Grundkonsens, auf den sie sich durchwegs berufen konnten. Im Sinne des katholischen Theologen Martin Klöcker bestehe hierin ein Wesensmerkmal des ‚politischen Katholizismus‘. Er definiert diesen weitläufig als *„das Auftreten der Katholiken als politische Kraft in Staat und Gesellschaft.“*¹⁷ Die weitreichenden Schnittmengen zwischen der Partei und der katholischen Kirche bestätigen diesen Eindruck. Ergo kann die Christlichsoziale Partei in ihren Grundzügen durchaus als antilibérale Allianz des politischen Katholizismus‘ begriffen werden.¹⁸ Ihr Zustandekommen war maßgeblich von Dr. Karl Lueger, Albert Geßmann und Alfred Ebenhoch herbeigeführt worden.¹⁹

Dennoch wäre es kaum zutreffend, innerhalb der Partei lediglich von diesen beiden Polen auszugehen. Mit genauerem Blick auf ihre Gründungsjahre wird offenkundig, dass eine dritte Strömung entscheidenden Einfluss ausgeübt hatte. Insbesondere in den ersten Kampagnen der Partei war diese ausgesprochen dominant aufgetreten; sie kann getrost unter dem Überbegriff eines nationalistisch-antisemitischen Flügels subsumiert werden.²⁰ Ihm waren etwa der Rechtsanwalt Robert Pattai (1846-1920) oder der Verleger Ernst Vergani (1848-1915)

¹⁴ Buchmann (2003), S. 136-137.

¹⁵ Vgl. Wandruszka (1954), S. 306.

¹⁶ Vgl. Knoll, Reinhold: Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907. Wien / Köln / Graz: Böhlau 1973, S. 189.

¹⁷ Klöcker, Michael: Der politische Katholizismus. Versuch einer Neudefinierung. In: Zeitschrift für Politik. Organ der Hochschule für Politik e.V. München; Bd. 18, Heft 2 (1971), S. 130.

¹⁸ Vgl. Boyer, John W.: Political Radicalism in late imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement. 1848-1897. Chicago: The University of Chicago Press 1981, S. 39.

¹⁹ Vgl. Honeder, Josef: Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich. Linz: Oberösterreichischer Landesverlag 1973, S. 21.

²⁰ Vgl. Wandruszka (1954), S. 310.

zuzurechnen, welche ursprünglich weltanschaulich den Deutschnationalen nahestanden waren.²¹ Dieser kategorisch antisemitische Flügel unterschied sich allerdings wesentlich vom rassistisch geprägten deutschnationalen Antisemitismus unter Georg Ritter von Schönerer (1842-1921).²² Im Gegensatz zu diesem bedienten sie vielmehr eine religiös-ökonomische Form der Judenfeindlichkeit (vgl. Kapitel 6.3 Politische Feindbilder entstehen. Die Christlichsoziale Partei zwischen katholischem Antisemitismus, Antiliberalismus und beständiger Warnung vor dem Sozialismus).²³ Der Wiener Stadthistoriker Felix Czeike (1926-2006) unterteilte die Entwicklung der Christlichsozialen Partei in zwei große Phasen:

„Die Christlichsozialen waren in ihrer ersten (Aufstiegs-) Periode extrem antisemitisch, stützten sich auf das soziale Gedankengut Vogelsangs, so das sich ein Teil der Konservativen ablehnend, der Episkopat hingegen ausgesprochen feindlich verhielt. Erst in ihrer zweiten, der sogenannten ‚Sättigungsperiode‘, an deren Beginn die Eroberung des Gemeinderats stand, wurde die ursprüngliche Kampfpartei zur Verwaltungspartei, der Antisemitismus trat zurück und die Konservativen drängten sich in den Vordergrund.“²⁴

Ein erster Schwerpunkt der Christlichsozialen Partei lag gewiss in der Schaffung des sozialen Ausgleichs. Die gravierenden wirtschaftlichen wie sozialen Missstände der Jahrhundertwende wogen schwer. Der nahezu ungezügelter Wirtschaftsliberalismus hatte die gesellschaftlichen Spannungen erhöht; der Pauperismus florierte. Infolgedessen wurde der soziale Unmut in der Bevölkerung aufgegriffen und in politische Forderungen überführt. Der Antisemitismus wirkte hier in erster Linie als mobilisierender Faktor.²⁵ Der Einteilungsversuch Czeikes verdeutlicht abermals, worin die Schwierigkeiten einer Periodisierung der Christlichsozialen Partei liegen: Sie unterzog sich im Laufe ihres Bestehens gleich mehrmals radikaler programmatischer Umbrüche. Zu Beginn waren in ihr ein antisemitischer und sozioökonomischer Grundgedanke leitend;²⁶ Lueger wusste beide Motive als populistisches Instrument zu verwenden, indem er einschlägige Feindbilder schuf. Ihn leitete dabei aber eher wahlstrategisches Kalkül als eine bestimmte Weltansicht. Das belegt folgende Episode aus den Memoiren des Bankiers Alexander Spitzmüller (1862-1953) höchst anschaulich:

²¹ Vgl. Wladika, Michael: Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie: Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2005, S. 229.

²² Vgl. Lichtblau, Albert: Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn. Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart. In: Wolfram, Herwig (Hg.): Österreichische Geschichte. Bd. 14. Geschichte der Juden in Österreich. Wien: Ueberreuter 2006, S. 466.

²³ Vgl. Pelinka, Anton: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2017, S. 209.

²⁴ Czeike, Felix: Liberale, Christlichsoziale und Sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861-1934). Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1962, S. 20-21.

²⁵ Vgl. Hartmann, Gerhard: Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich. Kewelaer: 2006, S. 98.

²⁶ Vgl. Boyer, John W.: Catholic Priests in Lower Austria: Anti-Liberalism, Occupational Anxiety, and Radical Political Action in Late Nineteenth-Century Vienna. In: Proceedings of the American Philosophical Society. Bd. 188, Nr. 4 (1974), S. 337.

„Im weiteren Verlauf des Gesprächs kamen wir auch auf die Judenfrage zu sprechen, wobei ich meiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß er trotz seiner grundsätzlichen antisemitischen Einstellung in praktischen Fragen des öffentlichen Lebens so gut mit Juden zusammenarbeite. Der Bürgermeister antwortete mir hierauf mit staunenswerter Offenheit: ‚Ja, wissen S‘, der Antisemitismus is a sehr gutes Agitationsmittel, um in der Politik hinaufzukommen; wenn man aber amal oben ist, kann man ihn nimmer brauchen; denn dös is a Pöbelsport!‘“²⁷

Es existieren zahlreiche vergleichbare Überlieferungen, die Luegers entideologisierte Grundhaltung bezeugen.²⁸ Er war in gleichem Maße ein Populist und Pragmatiker. Eine endgültige ideologische Festlegung der Partei hatte er stets gescheut. Seine Nachfolger sollten wiederum bewusst die weltanschauliche Stärkung der Bewegung suchen. Das führte zum vehementen Bekenntnis zum politischen Katholizismus in der Zwischenkriegszeit und sollte letztlich in den Wunsch nach einem christlichen Ständestaat münden.

Ein weiteres Charakteristikum der Christlichsozialen war das bedingungslose Bekenntnis zum habsburgisch-österreichischen Staat. Karl Lueger sagte einmal über sich selbst: *„Wenn man mich auseinanderschneiden würde, würde man finden, daß ich in meinem Inneren schwarzgelb gestreift bin.“*²⁹ Im klaren Gegensatz zu den Deutschnationalen Schönerers blieben die Christlichsozialen eine dezidiert ‚österreichisch‘ gesinnte Fraktion.³⁰ So äußerte sich der spätere Finanzminister Josef Redlich in seinem Tagebuch am Todestag Luegers (10. März 1910) auch über dessen Patriotismus: *„Lueger hat ermöglicht, daß einmal ein neues und gesundes österreichisches Staatsgefühl entstehe.“*³¹ Die Treue zur Dynastie sollte die Christlichsoziale Partei nahezu unbeirrt bis in den Herbst des Jahres 1918 beibehalten. Mit dem Wechsel von der Opposition in die Wiener Stadtregierung (1897) gab sie sich vermehrt staatstragend. Von Beginn an hatten Vertreter des Klerus‘ bei ihrer inhaltlichen Ausrichtung eine zentrale Stellung eingenommen. Sowohl Franz Martin Schindler (1847-1922) als auch sein Schüler und Nachfolger auf dem Lehrstuhl für Moraltheologie an der Universität Wien, Ignaz Seipel (1876-1932), hatten erheblichen Einfluss auf die ersten Grundsatz- und Wahlkampfprogramme der Partei ausgeübt und die gesellschaftspolitischen Ansätze Karl von Vogelsangs (1818-1890) weiterentwickelten.³² Die Christlichsoziale Partei vereinte in sich drei vorherrschende Strömungen, welche immerzu bestrebt waren, die Geschicke der Partei in

²⁷ Spitzmüller, Alexander: „... und hat auch Ursach, es zu lieben.“ Wien: Wilhelm Frick Verlag 1955, S. 73.

²⁸ Vgl. Boyer, John W.: Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biographie. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2010, S. 12.

²⁹ Kuppe, Rudolf: Dr. Karl Lueger. Persönlichkeit und Wirken. Wien: Hollinek 1947, S. 19.

³⁰ Vgl. Höbelt, Lothar: Die Konservativen Alt-Österreichs. 1848 bis 1918: Parteien und Politik. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 132.

³¹ Redlich, Josef: Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Bearbeitet von Fritz Fellner. Bd. 1. 1908-1914.: Graz / Köln: Böhlau 1954, S. 53.

³² Vgl. Wandruszka (1954), S. 356.

ihrem Sinne zu leiten. Sie rivalisierten in diesem Ansinnen wiederkehrend. Gemein war ihnen aber der Wunsch nach einer Gesellschaftsreform im Geiste der christlichen Lehre.

Demgemäß können folgende Facetten als bezeichnend für den politischen Werdegang der Christlichsozialen Partei genannt werden: In ihren Ursprüngen war sie ein Bündnis verschiedener christlich-konservativer Vereine im gemeinsamen Kampf gegen den Liberalismus.³³ Ihre unverblünte Kritik an der vorherrschenden liberalen Wirtschaftsordnung äußerte sich weitgehend im fanatischen Rekurs auf antisemitische Vorstellungen, die jedoch vornehmlich der Stimmenmaximierung dienten. Diese Konsolidierungsphase war eng an die Person Karl Luegers geknüpft gewesen: *„Lueger selbst stand einem Ausbau des Parteiapparates immer misstrauisch gegenüber. Getrieben von der Befürchtung, dass seine persönliche Macht durch einen solchen Parteikader eingeschränkt werden könnte, betonte er nicht nur einmal: ‚Die Organisation bin ich.‘“*³⁴ Mit der Transformation vom Oppositionsführer zum Bürgermeister, vollzog sich der langsame Wechsel Luegers zum gemäßigten Staatsmann. Damit einhergehend wandelte sich auch der Charakter der Partei. Ihre katholisch-konservative Seite wurde hervorgehoben und ein patriotisches Selbstverständnis bildete sich aus. Die Christlichsozialen positionierten sich infolgedessen ausdrücklich als katholische, prohabsburgische Partei, die in Ergebenheit an der Habsburgermonarchie festhielt.

3. Ein Desiderat der Forschung? Die Christlichsoziale Partei und ihre wechselvolle Ideengeschichte

Die historische Forschung zur Christlichsozialen Partei zählt zweifellos zu den umstrittensten Gegenständen der österreichischen Zeitgeschichte. Die Gründe hierfür sind mannigfach und liegen zuweilen in der Tagespolitik begründet. Ein erheblicher Teil der historiographischen Werke zur Christlichsozialen Partei nahmen nämlich ihren Ursprung in parteipolitischen Erwägungen. Denn die Historie war oft herangezogen worden, um aktuelle politische Meinungsverschiedenheiten stellvertretend auszutragen.³⁵ Sie konnte sowohl legitimieren als auch die Rechtmäßigkeit bestimmter Standpunkte in Zweifel ziehen. Insbesondere die Frage

³³ Vgl. Wandruszka (1954), S. 356.

³⁴ Benesch, Markus: Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910-1934. Eine Geschichte der Zerrissenheit in Zeiten des Umbruchs. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2014, S. 24.

³⁵ Vgl. Kriechbaumer, Robert: Die Geschichte der ÖVP. In: Kriechbaumer, Robert und Schausberger, Franz (Hg.): Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1995, S. 13.

nach den Kontinuitäten zwischen der Christlichsozialen Partei, der Vaterländischen Front und der Österreichischen Volkspartei war vielfach ein beliebtes Forschungsthema.³⁶ In der österreichischen Geschichtsforschung sollte sie wiederholt bemüht werden, um kontroverse ideologische Debatten anzustoßen. Die Geschichtsdarstellungen schwankten zwischen apologetischen Verklärungsschriften und verurteilend-mahnenden Pamphleten. Sie führten zumeist am Forschungsthema selbst vorbei und verirrten sich in wertenden Urteilen über die Historie; eine Tendenz, die gleichermaßen für Studien zur Parteigeschichte, wie für Untersuchungen einzelner ihrer Gründungs- und Führungspersönlichkeiten gilt. Vor allem die Lebensläufe und politischen Standpunkte Karl Luegers, Ignaz Seipels, Emmerich Czermaks (1885-1965) und Engelbert Dollfuß (1892-1934) wurden außerordentlich heftig diskutiert. In den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen um die historische Deutungshoheit dieser Politiker und ihres Wirkens erschöpfte sich die Zeitgeschichte über viele Jahrzehnte. Eine differenzierte und nüchterne Betrachtung derselben erschien ob der höchst emotionalen Konnotation ihrer Namen lange Zeit als undenkbar. Es galten die berühmten Worte aus Friedrich Schillers (1759-1805) Prolog zur ‚Wallensteintrilogie‘: *„Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, / Schwankt sein Charakterbild in der Geschichte [...]“*.³⁷ Die Geschichte der Christlichsozialen Partei mit zeitlicher Distanz und vielfältig zu mustern, kann somit getrost als ein wichtiges Ziel dieser Arbeit ausgemacht werden.

Die Historiographie der Christlichsozialen Partei begann bald nach ihrem Aufstieg zur Wiener Bürgermeisterpartei. Hier waren es hauptsächlich Zeitzeugen, die ihre Erinnerungen an einzelne Führungspersönlichkeiten niedergeschrieben hatten. So verfasste beispielsweise der österreichische Dichter Richard von Kralik (1852-1934) schon im Jahr 1924 eine umfassende Biographie Karl Luegers. Unter dem Titel ‚Karl Lueger und der christliche Sozialismus‘ widmete er sich nicht nur dem Werdegang des Bürgermeisters, sondern auch seiner Zeit und den Wurzeln seiner Partei. Obgleich diese Lebensdarstellung im Sinne Hayden Whites dem Typus einer ‚Romanze‘ entspräche,³⁸ gewährt sie doch zahlreiche intime und anekdotische Einblicke in die Gründungsphase der Partei. Kralik folgend seien es die Lehren Vogelsangs

³⁶ Vgl. Hanisch, Ernst: Der Lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Ueberreuter 2005, S. 132-133.

³⁷ Schiller, Friedrich: Prolog. Gesprochen bei der Wiedereröffnung der Schaubühne in Weimar im Oktober 1798. In: Wallenstein. Herausgegeben von Frithjof Stock. Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker Verlag 2000, S. 16 (V. 102-103).

³⁸ White, Hayden: Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa. Aus dem Amerikanischen von Peter Kohlhaas. Frankfurt am Main: S. Fischer 2008, S.22.

und der Antisemitismus Schönerers gewesen, die Lueger zum Vorbild gereichten.³⁹ Diese Ansicht wurde bis in die Gegenwart häufig geteilt.⁴⁰ Die umfassendste Analyse der Frühphase der Christlichsozialen Partei betrieb der Soziologe Reinhold Knoll mit seiner Monographie ‚Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907‘ (1973). Er versucht darin, einen großen Bogen zu den philosophischen Wurzeln der Partei zu spannen. Diese lägen im Josephinismus, der Romantik und dem Vormärz begründet.⁴¹

Die aus wissenschaftlicher Sicht wohl wichtigste Publikation zur Geschichte der Christlichsozialen Partei ist das zweibändige Standardwerk des amerikanischen Historikers John W. Boyer. In ‚Political radicalism in late imperial Vienna. Origins of the Christian Social movement 1848–1897‘ (1981) und ‚Culture and political crisis in Vienna. Christian socialism in power, 1897–1918‘ (1995) schildert er nicht nur die chronologische Entwicklung der Partei, sondern erweist auch den Fortbestand einiger Facetten des vormärzlichen Liberalismus‘ in der Christlichsozialen Partei.⁴² Sowohl in ihrem Detailreichtum als auch im Umfang sind sie bis heute unübertroffen.⁴³ Auch Boyers Biographie Karl Luegers (2010) ist nach wie vor die ausführlichste wissenschaftliche Lebensdarstellung des Wiener Bürgermeisters.

In Hinblick auf die politischen Verhältnisse in der ausgehenden Habsburgermonarchie ist Adam Wandruszka (1914-1997) Artikel ‚Österreichs Politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und Politischen Bewegungen‘ (1954) bis in die Gegenwart ein wegweisender und vielfach rezipierte Klassiker. Seine Theorie der drei großen politischen Lager sollte sich in der Wissenschaft durchsetzen. Er schied zwischen der Sozialdemokratie, den Christlichsozialen und den Deutschnationalen. Einen vergleichbaren Stellenwert auf kommunaler Ebene nimmt Felix Czeike's Publikation ‚Liberales, Christlichsoziales und Sozialdemokratisches Kommunalpolitik (1861-1934). Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien‘ (1962) ein. Nachdem die Christlichsoziale Partei zunächst in Wien ausgesprochen erfolgreich war, kann die Wirksamkeit der Landesorganisation kaum überschätzt werden. Czeike ist nicht zuletzt ein erster Periodisierungsversuch der Partei zu verdanken. Er schied zwischen zwei Phasen:

³⁹ Vgl. Kralik, Richard: Karl Lueger und der christliche Sozialismus. Bd. 1. Vom Beginn bis 1900. Wien: Vogelsang Verlag 1923, S. 23.

⁴⁰ Vgl. Boyer (2010), S. 209.

⁴¹ Vgl. Knoll, Reinhold (1973), S. 31.

⁴² Vgl. Beller, Steven: John Boyer's Fin-de-Siècle Vienna. In: Women in Austria. Contemporary Austrian Studies. Bd. 6. New Brunswick / London: Transaction 1998, S. 193.

⁴³ Vgl. Judson, Peter M.: John Boyer's Work in a Comparative Context. In: Women in Austria. Contemporary Austrian Studies. Bd. 6. New Brunswick / London: Transaction 1998, S. 187.

Der ‚Phase des Aufstiegs‘ und der ‚Phase der Sättigung‘.⁴⁴ Eine ideengeschichtliche Untersuchung der Christlichsozialen Partei liegt mit Ernst Hanischs Monographie ‚Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938‘ (1977) vor.

Obwohl nicht den Kern der vorliegenden Masterarbeit betreffend, kann die Geschichte der Ersten Republik auch bei der Betrachtung der Christlichsozialen Partei im ‚alten Österreich‘ nicht außer Augen gelassen werden. Hierzu seien die rezenten Überblicksdarstellungen Lothar Höbelts (Die Erste Republik Österreich (1918-1938); 2018), Anton Pelinkas (Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938; 2017), Stefan Karners (Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938; 2018) und Wilhelm Brauneders (Die Republik entsteht. Österreich 1918-1925; 2018) angeführt. Die Rolle der Christlichsozialen Partei im Ersten Weltkrieg wurde durch Johannes Schöner in seinem Artikel ‚Die Geschichte einer Flucht nach vorne. Die Christlichsozialen im Spannungsfeld zwischen Kaisertreue und Pragmatismus‘ (2014) beleuchtet. Zudem bietet Manfred Rauchensteiners Monumentalwerk ‚Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918‘ wertvolle Erkenntnisse.

Um die Quellenlage zur Geschichte der Christlichsozialen Partei ist es aufgrund der zahlreichen autobiographischen Zeugnisse ihrer Gründer durchwegs gut bestellt. Eine Vielzahl derselben wurde in den 1950er und 1960er Jahren publiziert. Unter den Lebenserinnerungen nehmen die Memoiren des Journalisten Friedrich Funder (1872-1959) einen besonderen Stellenwert ein. In zwei umfangreichen Bänden gibt er intime Einsichten in die Entscheidungsprozesse führender Persönlichkeiten der Partei. Als Chefredakteur der Parteizeitung ‚Reichspost‘ (1894-1938) verfügte er über einen einzigartigen Informationsstand innerhalb der Partei. Im ersten Band (Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik; 1952) beleuchtet er die Gründerjahre der Partei bis zum Ende der Monarchie. Im zweiten Band (Als Österreich den Sturm bestand. Aus der Ersten in die Zweite Republik; 1957) illustriert er die bewegte Zwischenkriegszeit und die Anfänge der Zweiten Republik. Auch die Memoiren des Bankiers Rudolf Sieghart (1866-1934) und des bekennenden Monarchisten Alexander Spitzmüller sowie die Tagebücher des Politikers Josef Redlich (1869-1936)⁴⁵ sind wegen ihres Umfangs von besonderer Bedeutung. Mit Blick auf die letzten Lebensjahre Karl Luegers sei die Publikation ‚Aus meinen Erinnerungen an Dr.

⁴⁴ Vgl. Czeike (1962), S. 62-63.

⁴⁵ Vgl. Redlich, Josef: Das politische Tagebuch Josef Redlichs. 2 Bde. Bearbeitet von Fritz Fellner: Graz / Köln: Böhlau 1954.

Karl Lueger‘ (1911) der Malerin Marianne Beskiba (1869-1934) genannt. Als dessen langjährige Lebensgefährtin gewährt sie einen unmittelbaren Einblick in dessen Wesenszüge.

Doch die christlichsoziale Bewegung war schon früh um die Pflege ihrer eigenen Geschichte bemüht gewesen. Die Gründerväter der Partei verfassten in einschlägigen Publikationen eigene Beiträge zu ihrer Gründungsphase. So erinnerten sich Franz Martin Schindler oder der Jesuit Heinrich Abel (1843-1926)⁴⁶ in der Zeitschrift ‚Volkswohl‘ (1910-1936) an die Anfänge derselben. Schindler war als deren Leiter der wichtigste Chronist der ‚Entenabende‘ und der Leo-Gesellschaft, welche schlussendlich entscheidend zur inhaltlichen Konsolidierung der Parteiprogrammatik beitragen sollten.⁴⁷ Ferner seien die Lebenserinnerungen Josef Scheichers (1842-1924)⁴⁸ und die Tagebücher des konservativen Politikers Egbert Belcredi (1816-1896)⁴⁹ als Zeitzeugnisse erwähnt.

Eine ideologische Annäherung an die Christlichsoziale Partei kann aber freilich nicht des eigehenden Studiums ihrer Partei-, Wahl- und Grundsatzprogramme entbehren. Hier ist die vom Rechtswissenschaftler Klaus Berchtold (1939-2013) herausgegebene Quellensammlung ‚Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966‘ (1967) ein Werk von unschätzbarem Wert. Doch die Parteiprogramme alleine würden einer umfassenden ideengeschichtlichen Darstellung nicht ausreichend beikommen. Auch die sozialen Schriften Franz Martin Schindlers, Karl von Vogelsangs und Leos XIII. müssen hierfür fruchtbringend studiert werden. Schließlich regten sie nicht nur parteiinterne, sondern auch allgemeingesellschaftliche Denkprozesse an. Überdies seien nochmals die politischen Zeitschriften ‚Vaterland‘ und ‚Reichspost‘ genannt, in denen die Reden zahlreicher Politiker der Christlichsozialen Partei publiziert wurden. Sie hatten die Botschaften der Partei besonders unter den Mitgliedern und in der Bevölkerung zu verbreiten.⁵⁰

In diesem Sinne muss eine ideengeschichtliche Betrachtung der Christlichsozialen Partei danach trachten, diese Vielzahl der Perspektiven in sich zu vereinen und einander unaufhörlich gegenüberzustellen. Darstellungen aus dem Umfeld der Christlichsozialen

⁴⁶ Vgl. Schmitz, Hans: Aus P. Abels Erinnerungen an die christlichsoziale Frühzeit. In: Volkswohl. Jg. 14, Heft 12 (1923), S. 341-346.

⁴⁷ Vgl. Schindler, Franz Martin: Neun Jahre Entenabende. In: Volkswohl. Jg. 14, Heft 11 (1923), S. 304-311.

⁴⁸ Vgl. Scheicher, Josef: Erlebnisse und Erinnerungen. Wien / Leipzig: Carl Fromme 1911.

⁴⁹ Vgl. Belcredi, Egbert. Tagebücher 1850-1894. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Malíř, Jiří (Hg.): Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850-1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016.

⁵⁰ Vgl. Melischek, Gabriele und Seethaler, Josef: Die Tagespresse der franzisko-josephinischen Ära. In: Karmasin, Matthias und Oggolder, Christian (Hg.): Österreichische Mediengeschichte. Bd. 1. Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918). Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 183-184.

müssen ebenso in dieses Gesamtunterfangen einfließen wie Einschätzungen politischer Gegner und literarische wie weltanschauliche Zeugnisse. Denn lediglich im steten Abwägen der Perspektiven ergibt sich eine adäquate Verortung historischer Ereignisse und Kausalitäten: *„Der Historiker, sofern er nicht als Betroffener über seine Gegenwart und jüngere Vergangenheit schreibt, besitzt den Vorteil der Distanz, betrachtet den Strom der Ereignisse aus der Vogelperspektive, aus der Kontinuitäten und Brüche deutlicher hervortreten und das chronische Metrum der Jahrhunderte und Jahrzehnte relativieren.“*⁵¹ Dominierende Vorstellungen (Ideen) ergeben sich erst im Diskurs der Meinungen und Auffassungen; diese werden auch in der zeitgenössischen Kunst rezipiert. Demnach darf auch sie keineswegs außer Acht gelassen werden. Ergo ist die vorliegende Masterarbeit darauf ausgelegt, vornehmlich folgende Ziele zu verfolgen:

Die Ideengeschichte der Christlichsozialen Partei entbehrt einer aktuellen Betrachtung ihrer Wurzeln und Entwicklungslinien. Zugleich waren die verbreiteten Darstellungen oftmals teleologisch angespornt. Sie folgten zuweilen parteipolitischen Motiven; die wissenschaftliche Distanz zu den Ereignissen wurde nur selten gewahrt. Zudem sind die bestehenden Studien mittlerweile in die Jahre gekommen. Infolgedessen muss es ein Desiderat der Geschichtswissenschaft sein, diesen Umstand zu beheben. Die programmatischen Leitlinien der Christlichsozialen Partei in ihrem Entstehungskontext umfassend zu beschreiben, kann als Hauptintention dieser Arbeit bezeichnet werden. Sie will die Grundansichten des politischen Katholizismus‘ in einem breiteren Entstehungskontext analysieren. Dieser spannt sich von den Veränderungen des monarchischen wie bürgerlichen Selbstverständnisses im Zuge der Französischen Revolution (1789-1799) bis hin zur modernen katholischen Soziallehre in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Lediglich ein gewissenhafter und umsichtiger Blick auf diese ideengeschichtlichen Prozesse erlaubt eine Geschichtsbetrachtung fernab der Apologetik oder der Verteufelung.

⁵¹ Kriechbaumer, Robert: 1861, 1918, 1945 – Welches Österreich? Kontinuitäten und Brüche. Eine historische Längsschnittanalyse. In: Kriechbaumer, Robert und Bußjäger, Peter (Hg.): Das Februarpatent 1861. Zur Geschichte und Zukunft der österreichischen Landtage. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2011, S. 85.

4. Eine direkte Folge der gesellschaftlichen Umwälzungen des langen 19. Jahrhunderts?

Der politische Katholizismus und seine mannigfachen geistigen Vorläufer

4.1 Vom Absolutismus zur bürgerlichen Emanzipation. Herrschaftsvorstellungen im Wandel

Die zeitliche Abgrenzung einer Epoche stellt stets eine erhebliche Herausforderung dar. Letzten Endes handelt es sich dabei um ein wissenschaftliches Konstrukt. Ein Zeitalter ist keine naturwissenschaftliche Konstante. Dennoch werden Epochen allzu gerne fälschlicherweise als feste Kategorien gedacht. Der Anspruch einer allumfassenden Charakterisierung eines Zeitraumes erweist sich unstrittigerweise als ein nahezu aussichtsloses Unterfangen. Bei näherer Betrachtung und Abwägung von Kausalitäten und Verläufen offenbart sich aber rasch, dass sich diese ursprünglich als homogen wahrgenommenen Zeitabschnitte letztlich doch als ein Ablauf ungleicher paralleler Kulturphänomene darbieten. Diese ausführlich zu beschreiben, ist seit jeher ein essentieller Aspekt der klassischen Ideengeschichte.⁵² Mit unübertroffener Präzision vermochte der deutsche Historiker Golo Mann (1909-1994), im siebenten Band seiner mit August Nitschke (1926-2019) herausgegebenen ‚Propyläen Weltgeschichte‘ (1960-1965) zu belegen, dass hierin die vielleicht veritableste Herausforderung des Geschichtsschreibers besteht:

„Kein europäisches Zeitalter gehorcht einem einzigen Nenner. Immer ist alles da; anderes tritt dem einen gegenüber; anderes geht aus dem einen hervor, so wie später, aber gar nicht soviel später, das Element, welches wir das romantische nennen, dem aufklärerischen nicht nur gegenüber trat, sondern auch aus ihm hervorging. Trotzdem darf der Historiker nach den stärksten Tendenzen einer Zeit fragen, nach den internationalsten, zusammenhängenden, geschichtlich wirksamen.“⁵³

Es wäre geradezu fatal, ein Zeitalter lediglich auf eine einzige Geistesströmung beschränken zu wollen. Dies widerspräche nämlich der realen Pluralität des menschlichen Denkens und Wirkens. Daraus resultierend muss das Hauptaugenmerk der nachstehenden Ausführungen darin bestehen, die geistigen Wandlungsprozesse, die in die Herausbildung des politischen Katholizismus münden sollten, aus möglichst vielen Blickwinkeln zu betrachten.

Es ist dem historischen Denken inhärent, bestimmte Zeitalter mit einigen charakteristischen Schlagworten zu belegen. Im Falle des 19. – zuweilen auch als ‚langes 19. Jahrhundert‘ bezeichnet – wäre dies die Beifügung ‚bürgerlich‘.⁵⁴ Diese Begrifflichkeit ist in ihrem

⁵² Vgl. Mahler, Andreas und Mulsow, Martin: Einleitung. Die Vielfalt der Ideengeschichte. In: Mahler, Andreas und Mulsow, Martin (Hg.): Texte zur Theorie der Ideengeschichte. Stuttgart: Reclam 2014, S. 12-13.

⁵³ Mann, Golo: Der europäische Geist im späten 17. Jahrhundert. In: Mann, Golo und Nitschke, August (Hg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Bd. 7. Von der Reformation zur Revolution. Frankfurt am Main / Berlin: Propyläen Verlag 1986, S. 384.

⁵⁴ Vgl. Schulz, Andreas: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. Und 20. Jahrhundert. Berlin / München / Boston: Oldenbourg² 2014, S. 1.

modernen Verständnis eng an die Folgen der Französischen Revolution geknüpft. Doch was umfasst sie? Bereits im 18. Jahrhundert hatte die fortschreitende Emanzipation des Bürgertums bisher ungekannte Ausmaße erfahren. Der Adel war nicht länger der maßgebende kulturelle Faktor der Gesellschaft. Dies lässt sich am Beispiel Frankreichs trefflich erweisen. Während der Hof von Versailles an kultureller Bedeutung eingebüßt hatte, stiegen die Salons von Paris hinsichtlich ihres Vorbildcharakters an Wertigkeit.⁵⁵ Der philosophische und wissenschaftliche Fortschritt der Aufklärung hatte diesen Prozess zusätzlich beschleunigt.⁵⁶

Die Legitimation der bestehenden Gesellschaftsordnung war vermehrt und offen infrage gestellt worden, sodass die Grundfesten der absolutistischen Standeshierarchie immer öfter in staatstheoretischen und theologischen Schriften kritisch beäugt wurden.⁵⁷ Im Verlauf der Französischen Revolution sollten einige ihrer Hauptvertreter wie Voltaire (1694-1778), Rousseau (1712-1778), Diderot (1713-1784) oder Montesquieu (1689-1755) zu den geistigen ‚Vätern der Republik‘ erhoben werden.⁵⁸

Einer der zentralen Leitgedanken des aufgeklärten Weltbildes war die Empirie.⁵⁹ In diesem Zusammenhang erfuhren die Naturwissenschaften größere Bedeutung; dies galt sowohl für die Erkenntnisfindung als auch für das Weltverständnis im Allgemeinen.⁶⁰ Mit Fokus auf die stark hierarchischen Ordnungsgefüge der Frühen Neuzeit bedeutete dies eine erhebliche Veränderung.⁶¹ Schon mit den Naturrechtstheorien des 17. Jahrhunderts hatte ein signifikanter Wandel im gesellschaftlichen Ordnungsdenken eingesetzt. Die absolutistischen Standeshierarchien wurden immer weniger als rein göttliches System akzeptiert. Der Mensch und seine Umwelt wurden dafür vermehrt als gestaltende soziale Kräfte wahrgenommen.⁶² Die ständische Ordnung wurde zunehmend aus rein menschlicher Notwendigkeit abgeleitet.⁶³ Ein vermeintlicher idealer Naturzustand der absoluten Freiheit wurde angenommen.⁶⁴ Um seine irdische Existenz zu sichern, habe sich der Mensch einst hierarchische Strukturen

⁵⁵ Vgl. Tischer, Anuschka: Ludwig XIV. Stuttgart: Kohlhammer 2017, S. 105.

⁵⁶ Vgl. Meyer, Annette: Die Epoche der Aufklärung. Berlin: Akademie Verlag 2010, S. 113.

⁵⁷ Vgl. Chartier, Roger: Les origines culturelles de la Révolution française. Postface inédite de l’auteur. Paris: Points 2000, S. 114-115.

⁵⁸ Vgl. Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Bd. 3. Neuzeit. Tb. 1. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen. Stuttgart / Weimar: Metzler 2006, S. 504.

⁵⁹ Vgl. Meyer (2010), S. 160-161.

⁶⁰ Vgl. Schneiders, Werner: Das Zeitalter der Aufklärung. München: C.H. Beck 2014, S. 26-27.

⁶¹ Vgl. Bauer, Franz J.: Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert (1789-1917). Profil einer Epoche Stuttgart Kohlhammer³ 2010, S. 21.

⁶² Vgl. Mauerer, Michael: Gesellschaft, Bürgerliche. In: Schneiders, Walter (Hg.): Lexikon der Aufklärung. Deutschland und Europa. München: C.H. Beck 2001, S. 155.

⁶³ Vgl. Stollberg-Rilinger, Barbara: Die Aufklärung. Europa im 18. Jh. Mit 23 Abb. Stuttgart: Reclam 2011, S. 204-205.

⁶⁴ Vgl. Meyer (2010), S.185-186.

geschaffen.⁶⁵ Für den französischen Bischof Jacques Bénigne Bossuet (1627-1704) schütze die Staatsform der Monarchie die Gesellschaft in erster Linie vor der Anarchie: „*Quand chacun fait ce qu'il veut & n'a pour regle que ses desirs, tout va en confusion.*“⁶⁶ Eine ähnliche Ansicht hatte bereits der englische Aufklärer Thomas Hobbes (1588-1679) rund ein halbes Jahrhundert zuvor aufgebracht. Er hatte ebenfalls in Schutz und Wohlstandssicherung der Untertanen die Hauptaufgabe eines Herrschers gesehen: „*The Office of the Sovereign (be it Monarch, or an Assembly,) consisteth in the end, for which he was trusted with Sovereign Power, namely the procuration of the safety of the people; to which he is obliged by the Law of Nature, and to render an account thereof to God, the Author of that Law, and to none but him*“.⁶⁷

Dieser Argumentationslinie folgend schlossen der Souverän, dem die Macht einst vom Volk verliehen worden war und seine Untertanen einen ‚Vertrag‘,⁶⁸ der beide Seiten zum gegenseitigen Wohl zwingt (Gesellschaftsvertrag), wie u.a. Denis Diderot in seiner ‚Enzyklopädie‘ hervorhebt: „[E]s ist notwendig, dass das Wohl des Volkes der Hauptzweck der Regierung sei. Die Regierungsvertreter werden ernannt, um ihn zu erfüllen, und die Zivilverwaltung, die sie mit dieser Macht bekleidet, sieht sich dazu durch die Naturgesetze und das Gesetz der Vernunft veranlasst, das diesen Zweck in jeder Regierungsform zur Triebfeder des Glücks bestimmt hat.“⁶⁹ Folgerichtig sei der König nicht eine von Gott allein eingesetzte und ausschließlich diesem zur Rechenschaft verpflichtete Instanz; denn „[w]enn ein Volk die gesetzgebende Gewalt einer oder mehreren Personen auf Lebenszeit oder für eine begrenzte Zeit verliehen hat, so fällt die höchste Gewalt, sobald diese Zeit zu Ende ist, an die Gesellschaft zurück, von der sie ausgeht.“⁷⁰ Wenn sich das Volk die staatliche Ordnung selbst verliehen habe, könne es diese auch jederzeit verändern. Der Gedanke der Volkssouveränität (*volonté générale*) entstand in diesem Kontext.⁷¹ Aus dieser Idee heraus

⁶⁵ Vgl. Beales, Derek: *Enlightenment and Reform in Eighteenth-century Europe*. London: I.B. Tauris 2005, S. 54.

⁶⁶ Bossuet, Jacques-Bénigne: *Politique tirée des propres paroles de l'Écriture Sainte*. A Monseigneur le Dauphin. Bd. I. Paris: Pierre Cot 1709, S. 82 (Livre III, Article II, Proposition I), S. 22 (Livre I, Article III, Proposition II).

⁶⁷ Hobbes, Thomas: *Leviathan*. With an Introduction and Notes by Christopher Brooke. London: Penguin Classics 2017, S. 275.

⁶⁸ Vgl. Rousseau, Jean-Jacques: *Der Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts*. Übers. aus d. Franz. v. Ulrich Bossier. Wiesbaden: Marix Verlag² 2012, S. 12.

⁶⁹ Diderot, Denis: *Aus der Encyclopédie: ‚Regierung‘*. In: Opitz-Belakhal, Claudia (Hg.): *Geschichte Frankreichs in Quellen u. Darstellung*. Bd. 1: V. MA bis zur Franz. Revolution. Stuttgart: Reclam 2013, S. 364.

⁷⁰ Diderot, ‚Regierung‘ (2013), S. 363.

⁷¹ Vgl. Zwierlein, Cornel: *Politische Theorie und Herrschaft in der Frühen Neuzeit*. Göttingen: UTB 2020, S. 180-185.

schöpfte das Bürgertum ein noch nie zuvor gekanntes Standesbewusstsein.⁷² Man mag sich hierbei an die berühmten geflügelten Worte aus Friedrich Dürrenmatts (1921-1990) Komödie ‚Die Physiker‘ (1962) erinnern fühlen: „*Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden.*“⁷³ Die Vorstellung einer Gesellschaftshierarchie fernab der vielfach als unumstößlich gedachten theologischen Ordnung war denkmöglich geworden.⁷⁴ Diese folgenschwere Erkenntnis konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Mit der Exekution Ludwigs XVI. (1754-1793) am 21. Jänner 1793 wurde der Gedanke an die sakrale Würde des Herrscheramtes gewaltsam und unwiederbringlich zerstört.⁷⁵ „*Die Hinrichtung galt den ‚beiden Körpern‘ des Königs, dem physischen Leib Ludwigs und dem politisch-mythischen des sakralen Königtums. Eben diese imaginäre Identifikation des Königs mit seinem sakralen Amt [...] sollte durch die Hinrichtung rückgängig gemacht werden.*“⁷⁶ Die Exekution wurde zum symbolischen Bruch mit der ‚alten Ordnung‘ und dem Absolutismus stilisiert; die Revolution erklärte sich zur Siegerin über die Tyrannei.⁷⁷ Die älteste und angesehenste Monarchie Europas war blutig beendet worden.⁷⁸ Ludwig XVI. war der letzte französische Monarch, der seine Legitimität alleinig von Gottes Gnaden abgeleitet hatte. Folglich ging mit seinem Tod auch die Idee des sakralen Königtums in Frankreich zu Ende. Die weitreichenden Folgen dieses Ereignisses für das Herrschaftsverständnis in Gesamteuropa können kaum hoch genug eingeschätzt werden.⁷⁹

Die mächtigsten Monarchien Europas waren weiterhin bestrebt, die revolutionären Ideen einzudämmen und mit militärischen Mitteln niederzuschlagen; doch sie konnten diese gesellschaftlichen Veränderungsprozesse nicht ungeschehen machen. Die geistigen Fundamente des Ancien Régimes waren bis in ihre Grundfesten erschüttert worden. Das Herrscheramt hatte seinen sakralen Status eingebüßt. Damit war die theologische Legitimation des Absolutismus erschüttert worden. Seine philosophischen wie staatsrechtlichen Stützen brachen in sich zusammen. Bereits die Abschaffung der feudalen Privilegien am 4. August 1789 hatte die gewohnte Gesellschaftsordnung in Frankreich formal

⁷² Vgl. Maurer, Michael: Bürger / Bürgertum. In: Schneiders, Walter (Hg.): Lexikon der Aufklärung. Deutschland und Europa. München: C.H. Beck 2001, S. 71.

⁷³ Dürrenmatt, Friedrich: Die Physiker. Eine Komödie in zwei Akten. Zürich: Diogenes 1998, S. 85.

⁷⁴ Vgl. Ladurie, Emmanuel le Roy: The Ancien Régime. A History of France 1610-1774. Oxford: Blackwell 1996, S. 482.

⁷⁵ Vgl. Furet, François: Revolutionary France 1770-1880. Oxford: Blackwell 1995, S. 122.

⁷⁶ Thamer, Hans-Ulrich: Die Französische Revolution. München: C.H. Beck² 2006, S. 65.

⁷⁷ Vgl. Zwielerlein (2020), S. 182.

⁷⁸ Vgl. Walch, Agnès: La vie sous l’Ancien Régime. Paris: Perrin 2020, S. 23.

⁷⁹ Vgl. Gruner, Wolf D.: Der Wiener Kongress 1814/15. Stuttgart: Reclam 2014, S. 25.

beendet.⁸⁰ Die ‚Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte‘ nur wenige Wochen später umschrieb die neue staatspolitische Funktion des Herrschers im aufgeklärten Sinne:⁸¹ „*Artikel 1. Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es immer. Standesunterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein. [...]. Art. 3. Der Ursprung jeder Souveränität liegt wesentlich in der Nation. Keine Körperschaft, kein Individuum kann eine Gewalt ausüben, die nicht ausdrücklich von ihr ausgeht.*“⁸² Wenn alle Menschen frei und gleich an Rechten geboren seien, schwächt dies konsequenterweise die Position des Adels und des Monarchen, da deren Legitimität bisher vom Geburtsrecht abgeleitet worden war. Überdies ist dem dritten Artikel zu entnehmen, dass nicht die Nationalversammlung durch den König legitimiert werde, sondern umgekehrt dessen Recht zu herrschen vom Volk ausgehe; eine Vorstellung, die direkt aus den zuvor beschriebenen aufklärerischen Naturrechtstheorien resultierte.

Die Erkenntnisse der Revolution sollten schließlich im Aufstieg Napoleons (1769-1821) ihren Höhepunkt finden. Denn er vereinte in sich alte Traditionen und neue Herrschaftsansätze: „*Weder ganz Edelmann, noch ganz Mann des Volkes, hat er dem König und der Revolution gedient, ohne sich an das eine oder das andere zu binden. Das ist eine der Ursachen seines Erfolges, da er sich auf diese Weise in seiner Haut vollkommen wohl fühlte, um sich über die Parteien zu erheben und sich als Wiederhersteller der nationalen Einheit zu präsentieren.*“⁸³ Napoleon verlieh sich selbst den Nimbus eines ‚Heilsbringers‘. Er sei die einzige Autorität, die Frankreich wieder einen könne. Bereits kurz nach dem Staatsstreich des 18. Brumaires 1799, der ihn zum ersten Konsul der Republik gemacht hatte, ließ er verlautbaren, dass „*die Revolution fest den Prinzipien verbunden [sei], von denen sie ihren Ausgang genommen hat. Sie ist beendet.*“⁸⁴ Er erhob sich zur Personifikation der revolutionären Werte und versuchte als eine Art neuzeitlicher Caesar zu agieren: „*Die Wiederentdeckung des Alten, des Cäsarentums der Antike, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Napoleon auch das Erbe der Französischen Revolution antritt. Das Alte verbindet sich mit dem ganz Neuen. Die*

⁸⁰ Vgl. Swann, Julian: Introduction: The crisis of the absolute monarchy. In: Swann Julian und Félix, Joël (Hg.): The Crisis of the absolute Monarchy: France from Old Regime to Revolution. Oxford: Oxford University Press 2013, S. 6.

⁸¹ Vgl. Israel, Jonathan: Die Französische Revolution. Ideen machen Politik. Stuttgart: Reclam 2017, S. 88.

⁸² Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. In: Paschold, Chris E. und Gier, Albert (Hg.): Die Französische Revolution. Ein Lesebuch mit zeitgenössischen Berichten und Dokumenten. Stuttgart: Reclam 2000, S. 96.

⁸³ Lefebvre, Georges: Napoleon. Hg. v. Peter Schöttler. Mit einem Nachwort von Daniel Schönplflug. Stuttgart: Reclam 2012, S. 62.

⁸⁴ Napoleon zitiert nach: Thamer, Französische Revolution (2006), S. 109.

*Konsulatsverfassung von 1799, entworfen von Sieyès, gewährleistet die modernen Rechte: Eigentum, Gleichheit, Freiheit.*⁸⁵ In diesem Sinne achtete er penibel auf sein öffentliches Bild, das sowohl traditionelle als auch moderne Elemente einschließen sollte. Um diesen Anspruch öffentlichkeitswirksam zu verbreiten, bediente er sich geschickt der Medien seiner Zeit. Er etablierte seinen Ruf, ein stets fleißiger, ausschließlich nach dem Wohl der Nation strebender und bescheidener Diener des Staates zu sein, der sich gleichzeitig vom unbeliebten Direktorium distanzierte.⁸⁶

*„Besonders großen Wert legte er [...] auf drei verschiedene ‚Images‘, die von Presse und Bildpublizistik bereitwillig bedient wurden: erstens sein Bild als Politiker, Prokonsul und persönlicher Repräsentant aller Franzosen; zweitens seine Darstellung als bescheidener Staatsdiener und Amtsanwärter; drittens seine Inszenierung als Intellektueller und Freund der Künste.“*⁸⁷

Als Konsul gelang es ihm dank seiner militärischen Siege, schnell die Zustimmung des Volkes zu erlangen, sodass er sich im Jahr 1802 per Plebiszit zum Konsul auf Lebenszeit wählen ließ.⁸⁸ Seine Herrschaft basierte infolgedessen überwiegend auf zwei Säulen, *„dem Heer und dem Vertrauen der Massen“*⁸⁹. Um konservative Bevölkerungsteile für seine Regierung zu gewinnen, bemühte er sich mittels eines Konkordats (1801) um die Aussöhnung zwischen der Französischen Republik und der katholischen Kirche. Im Jahr 1804 erließ er schließlich ein neues Gesetzbuch, den ‚Code civil‘ (später Code Napoleon), der sich von den *„Kodifikationen des aufgeklärten Absolutismus prinzipiell durch die Tatsache [unterscheidet], daß seine gesellschaftliche Grundlage die ‚Nation‘ ist, mit ‚Volkssouveränität‘ und ‚staatsbürgerlicher Rechtsteilhabe‘, und daß er das erste, alle bürgerlichen Verhältnisse umfassende Rechtssystem für ganz Frankreich war.“*⁹⁰ Dadurch schuf er das juristische Fundament für die Werte der Revolution (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) vor dem Gesetz.

Doch erst Napoleons Krönung zum ‚Kaiser der Franzosen‘ am 2. Dezember 1804 offenbarte unmissverständlich seinen Anspruch, alte und revolutionäre Bräuche zu verschmelzen. Wie

⁸⁵ Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Bd. 3. Neuzeit. Tb. 2. Das Zeitalter der Revolutionen mit 3 Abb. Stuttgart / Weimar: Metzler 2008, S. 134.

⁸⁶ Vgl. Schröder, Christina: Republik im Experiment. Symbolische Politik im revolutionären Frankreich (1792-1799). Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2014, S. 628-629.

⁸⁷ Schröder, Republik im Experiment (2014), S. 620.

⁸⁸ Vgl. Hartmann, Peter C.: Geschichte Frankreichs. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck⁵ 2015, S. 54.

⁸⁹ Nürnberger, Richard: Das Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons. In: Mann, Golo und Nitschke, August (Hg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Bd. 7. Von der Reformation zur Revolution. Frankfurt am Main / Berlin: Propyläen Verlag 1986, 116.

⁹⁰ Nürnberger, Das Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons (1986), S. 117.

einst bei seiner Wahl zum Konsul auf Lebenszeit ging auch seinem Kaisertum ein Plebiszit voraus; demnach leitete er infolge seine Legitimation vom Volkswillen ab und übernahm so den Titel eines ‚Kaisers der Franzosen‘ und nicht jenen eines ‚Kaisers von Frankreich‘.⁹¹ Als Ort der Krönungsmesse wurde bewusst nicht die Krönungsstadt der französischen Könige (Reims) gewählt, sondern Notre Dame (Paris). Die Krönungsinsignien wurden hingegen überwiegend von den Bourbonen übernommen. Die Main de Justice und das Schwert Karls des Großen (Joyeuse) sollten symbolisieren, dass sein Kaisertum in der festen Tradition des ‚Vaters Europas‘ stehe. Daher leitete der Papst (Pius VII.) persönlich auf Drängen Napoleons die Krönungszeremonie. Er sollte als höchste geistliche Autorität durch die Salbung seinem Amt religiöse Legitimität verleihen.⁹² Im Gegensatz zum Herrscher der Franken platzierte aber nicht der Papst oder ein anderer geistlicher Würdenträger die Krone auf seinem Haupt; er krönte sich selbst und brachte so sein neues Herrschaftsverständnis zum Ausdruck.⁹³

Bald darauf etablierte Napoleon eine neue Nobilität und schuf das (an jenem Ludwigs XIV. angelehnte) Hofzeremoniell des Ersten Kaiserreichs, das seine Dynastie dem europäischen Hochadel ebenbürtig machen sollte: *„Im sozialen Bereich brach der Kaiser mit [...] der Gleichheit, denn er errichtete bewusst wieder eine gesellschaftliche Hierarchie, förderte eine Notablenschicht und richtete einen neuen Verdienstadel ein, der zahlenmäßig wesentlich kleiner als der Adel im Ancien Régime war [...]“*⁹⁴ Dadurch gelang es Napoleon, die alten Sitten mit der Revolution in Einklang zu bringen und die Gesellschaft zu stabilisieren. Er regierte de iure auf Basis einer Verfassung (Senatus Consultum); seine Herrschaft machte so *„die konstitutionelle Monarchie in Europa im wahrsten Sinne des Wortes hoffähig“*⁹⁵. Dennoch basierte sein Kaisertum de facto auf seinen militärischen Erfolgen; solange er siegte, konnte seine Regentschaft bestehen.⁹⁶ Das napoleonische Kaisertum orientierte sich an den Herrschaftsideen der Revolution.⁹⁷ Im aufgeklärten Sinne verkörperte er das Bild eines ersten Beamten, der durch den ‚Willen‘ der Bevölkerung (Verfassung) auf Basis der Gleichheit vor dem Gesetz herrschte. Diese Elemente verband er durch seine Annäherung an die katholische

⁹¹ Vgl. Wunder, Bernd: Europäische Geschichte im Zeitalter der Französischen Revolution. 1789-1815. Stuttgart: Kohlhammer 2001, S. 141.

⁹² Vgl. Hartmann, Geschichte Frankreichs (2015), S. 55.

⁹³ Vgl. Dwyer, Philip: Citizen Emperor. Napoleon in Power. New Haven / London: Yale University Press 2013, S. 165.

⁹⁴ Hartmann, Geschichte Frankreichs (2015), S. 58.

⁹⁵ Wunder (2001), S. 141.

⁹⁶ Vgl. Leonhard, Jörn: Krieg und Revolution. Über eine Beziehung der neuzeitlichen Geschichte. In: Pyta, Wolfram (Hg.): Krieg und Revolution: Historische Konstellationen seit der Französischen Revolution. Stuttgart: Kohlhammer 2022, S. 53.

⁹⁷ Vgl. Deinet, Klaus: Napoleon Bonaparte. Das Leben einer Legende. Stuttgart: Kohlhammer 2021, S. 181.

Kirche, die Schaffung einer neuen Nobilität und eine Amnestie für Exilanten mit Werten des Ancien Régimes, wodurch seine Regentschaft zugleich in der Tradition der vor- und der nachrevolutionären Ära stand und dementsprechend als ‚Synthese‘ aus Revolution und Tradition gesehen werden kann.

4.2 Die Restauration als Ursprung des politischen Katholizismus? Die Wurzeln der Christlichsozialen Partei im Vormärz

In der Habsburgermonarchie folgte auf die revolutionären Umwälzungen des ausgehenden 18. Jahrhunderts jene Epoche, die zumeist mit den Begriffen ‚Biedermeier‘ und ‚Vormärz‘ (1815-1848) oder ‚Ära Metternich‘ (1809-1848) bzw. ‚Restauration‘ umschrieben wird. Unter den Leitbegriffen der ‚Restauration‘, des ‚Mächtegleichgewichts‘ und der ‚Legitimität‘ sollte das nachnapoleonische Europa neu geordnet werden. Die stete Sorge vor einem neuerlichen Aufflammen des revolutionären Geistes dominierte die Politik.⁹⁸ Demzufolge sah Golo Mann in seiner ‚Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts‘ (1958) die Ursprünge der Moderne bereits in der Französischen Revolution angelegt: *„Von der Französischen Revolution hat die europäische Politik im 19. Jahrhundert gelebt. Es sind all der Zeit keine Ideen, keine Träume, keine Furcht, kein Konflikt erschienen, die nicht in jenem schicksalsschwangeren Jahrzehnt schon wären durchexerziert worden: Demokratie und Sozialismus, Reaktion, Diktatur, Nationalismus, Imperialismus, Pazifismus.“*⁹⁹

Der österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Lothar von Metternich (1773-1859) und der Leiter der Polizei- und Zensurhofstelle Josef von Sedlnitzky (1778-1855) wurden zu den Symbolfiguren der repressiven Restaurationspolitik in der Donaumonarchie. Ein Charakteristikum jener Zeit war der ausgeprägte Polizei- und Überwachungsstaat.¹⁰⁰ Die öffentliche Meinung sollte gesteuert und vor unerwünschtem Gedankengut geschützt werden.¹⁰¹ Während die Zensur noch unter Joseph II. gelockert worden war,¹⁰² wurde sie nun massiv ausgeweitet. Das ohnehin konservative und reformkritische Naturell Kaiser Franz II./I.

⁹⁸ Vgl. Straub, Eberhard: Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas. Stuttgart: Klett-Cotta 2014, S. 136.

⁹⁹ Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: S. Fischer¹² 2009, S. 83.

¹⁰⁰ Vgl. Reinalter, Helmut: Österreich und die Französische Revolution. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1988, S. 151.

¹⁰¹ Vgl. Reinalter, Helmut: 1790 – Tod Josephs II. Aufklärung und Josephinismus. In: Scheutz, Martin und Strohmeier, Arno (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995). Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2010, S. 160.

¹⁰² Vgl. Béranger, Jean: Joseph II. D’Autriche. Serviteur de l’État. Paris : Fayard 2007, S. 365.

(1768-1835) tat ihr Übriges.¹⁰³ Er erachtete jede Art der politischen Veränderung als potentielle Gefahrenquelle für sich und sein Reich.¹⁰⁴ Es ist nicht unwahrscheinlich, dass der österreichische Dichter Franz Grillparzer (1791-1872) in der Figur Rudolfs II. in seinem im Jahr 1848 vollendeten Trauerspiel ‚Ein Bruderzwist in Habsburg‘ Charakterzüge Franz‘ II./I. versteckte. Er legt diesem zumindest im dritten Aufzug seines Stückes jene Worte in den Mund, die auch geradezu bezeichnend für diesen wären, nämlich *„daß im Handeln, / Ob so nun oder so, der Zündstoff liegt, / Der diese Mine [= Monarchie] donnernd sprengt gen Himmel.“*¹⁰⁵ Die Sorge, die Monarchie mit verfehlten Reformen zerstören zu können, ließ ihn in seinem Handeln immerzu zögern. Ganz in diesem Sinne führt Helmut Reinalter *„[d]ie Furcht vor jeder Änderung [...] [als] Richtschnur der franziszeischen Politik [an].“*¹⁰⁶ Ihm war daran gelegen, die göttliche Legitimität des Erzhauses nach all den Wirren der Revolution zu festigen. Folglich war er bemüht, die Beziehungen zum Heiligen Stuhl zu verbessern. Seit den Kirchenreformen Josephs II. war das Verhältnis zwischen Papst und Kaiserhaus sehr angespannt gewesen.¹⁰⁷ Die Romreise des Kaisers (1819) sollte den Beginn des engeren Bündnisses zwischen der katholischen Kirche und dem Kaisertum Österreich ausdrücken:¹⁰⁸ *„Darüber hinaus erlaubte das ‚Bündnis von Thron und Altar‘ die Wiederherstellung jener Verhältnisse, die vor der Französischen Revolution bestanden hatten;“*¹⁰⁹

In den letzten Instruktionen, die Franz II. / I. vom Krankenbett aus an seinen Sohn (Ferdinand I.) richtete, legte er nochmals die Grundzüge seines persönlichen Herrschaftsverständnisses dar: *„Verrücke nichts an den Grundlagen des Staatsgebäudes; regiere und verändere nicht; stelle Dich fest und unerschütterlich auf die Grundsätze, mittels deren steter Beachtung Ich die Monarchie nicht nur durch Stürme und harte Zeiten geführt, sondern derselben den ihr*

¹⁰³ Vgl. Hardtwig, Wolfgang: Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum. München: DTV³ 1993, S. 36.

¹⁰⁴ Vgl. Niederstätter, Alois: Geschichte Österreichs. Stuttgart: Kohlhammer 2007, S. 174.

¹⁰⁵ Grillparzer, Franz: Ein Bruderzwist in Habsburg. Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen. In: Grillparzers Werke in acht Bänden. Mit Einleitung und Nachwort von Heinrich Laube. Bd. 4. König Ottokars Glück und Ende – Ein Bruderzwist in Habsburg. Stuttgart: Cotta'sche Buchhandlung 1901, S. 163.

¹⁰⁶ Reinalter (2010), S. 160.

¹⁰⁷

¹⁰⁸ Vgl. Wangermann, Ernst: Grillparzer und das Nachleben des Josephinismus. In: Wangermann: Aufklärung und Josephinismus. Studien zu Ursprung und Nachwirkungen der Reformen Josephs II. Bochum: Winkler 2016, S. 170.

¹⁰⁹ Tropper, Peter G.: Von der katholischen Erneuerung bis zur Säkularisation. 1648-1815. In: Leeb, Rudolf, Liebmann, Maximilian, Scheibelreiter, Georg und Tropper, Peter G. (Hg.): Österreichische Geschichte. Bd. 13. Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart. Wien: Ueberreuter 2003, S. 303.

*gebührenden hohen Standpunkt gesichert habe, den sie in der Welt einnimmt.*¹¹⁰ Die von Gott verliehene Herrscherwürde sei das unantastbare Fundament dieser Ordnung. Jede größere Staatsreform oder gar Konstitutionalisierung könnte es ins Wanken bringen. Dem Prinzip der göttlich-dynastischen Herrschaftslegitimität unbeirrbar folgend hielt er auch trotz des Wissens um die schwere Erkrankung seines erstgeborenen Sohnes an der Primogenitur fest.¹¹¹ Die Franziszeische Ära (1792-1835) hatte so in über vier Jahrzehnten einen regelrechten Reformstau verursacht.¹¹² Dies führte in Kombination mit der repressiven Innenpolitik Metternichs zu einer Art Renaissance des Josephinismus.¹¹³ Insbesondere die intellektuelle Elite des Reiches verklärte Joseph II. zum zu früh verstorbenen Gegenbild seines Neffen.¹¹⁴ Die im Jahr 1807 von Anton Zauner (1746-1822) fertiggestellte Reiterstatue am Wiener Josefsplatz wurde zu einem beliebten Monument der Opposition gegen das System Metternich. Sie wurde erstmals aus Anlass des Staatsbankrotts (1811) zum öffentlichen Schauplatz politischen Protests. Unbekannte hatten es mit dem Schriftzug *„Joseph, das sind Zeiten! Geh‘ steig‘ herunter und laß den Franz reiten“*¹¹⁵ versehen. Der Wunsch, den amtierenden Souverän durch seinen verstorbenen Ahnen zu ersetzen, schien groß gewesen zu sein. Wahrscheinlich gedachte man des Umstandes, dass Joseph II. einst sein Privatvermögen aufgewendet hatte, um die drohende Zahlungsunfähigkeit des Staates abzuwenden.¹¹⁶ Der Herrschaftsantritt Ferdinands I. (1793-1875) sollte die Neigung zur nostalgischen Verklärung des reformierenden ‚Volkskaisers‘ zusätzlich beflügeln.

Der plötzliche Tod Franz‘ II. / I. (1835) hatte bei Hof ein Vakuum hinterlassen,¹¹⁷ das der schwerkranke Kronprinz unmöglich ausfüllen konnte.¹¹⁸ Dies spiegelt der auf den 14. März 1835 datierte Tagebucheintrag des späteren Präsidenten der Hofkammer, Karl Friedrich

¹¹⁰ Handschreiben Franz‘ I. an Erzherzog Ferdinand (28. Februar 1835). In: Hoke, Rudolf und Reiter, Ilse (Hg.): Quellensammlung zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte. Vornehmlich für den Studiengebrauch. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1993, S. 352.

¹¹¹ Vgl. Mikoletzky, Lorenz: Ferdinand I. In: Hamann, Brigitte (Hg.): Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon. Wien: Ueberreuter 1988, S. 121-122.

¹¹² Vgl. Siemann, Wolfram: Metternich. Strategie und Visionär. Eine Biografie. München: C.H. Beck 2016, S. 830-831.

¹¹³ Vgl. Beales, Derek: Joseph II. Bd. 2. Against the World. 1780-1790. Cambridge / New York / Melbourne u.a.: Cambridge University Press 2009, S. 684.

¹¹⁴ Vgl. Wandruszka, Adam: Lorbeerkränze der Nachwelt. Der Josephs-Mythos im 19. Jahrhundert. In: Was blieb von Joseph II.? Eine Dokumentation. Internationales Symposium Melk 1980. St. Pölten / Wien: Niederösterreichisches Pressehaus 1980, S. 17.

¹¹⁵ Zitiert nach: Reinalter (2011), S. 116.

¹¹⁶ Vgl. Reinalter, Helmut: Joseph II. Reformator auf dem Kaiserthron. München: C.H. Beck 2011, S. 115.

¹¹⁷ Vgl. Höbelt, Lothar: 1848. Österreich und die deutsche Revolution. Wien / München: Amalthea 1998, S. 16.

¹¹⁸ Vgl. Srbik, Heinrich Ritter von: Metternich. Der Staatsmann und der Mensch. Bd. II. Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt 1979, S. 27-28.

Kübeck von Kübaus (1780-1855), eindrucksvoll wider: *„Wir haben jetzt eine absolute Monarchie ohne Monarchen. Das Prinzip der Legitimität hätte nicht furchtbarer angegriffen werden können, als durch diese törichte Anwendung und konsequente Aufrechterhaltung desselben.“*¹¹⁹ Aus diesem Grund entbrannte ein erbittertes Ringen zwischen dem Staatskanzler Metternich und dem Staatsminister Franz Anton von Kolowrat-Liebsteinsky (1778-1861) um Einfluss und Macht.¹²⁰ Infolgedessen erhöhte sich der ohnehin bestehende Reformdruck gravierend.¹²¹ Beide Staatsmänner versuchten sich nach Möglichkeit wechselseitig zu behindern, sodass das Reich wie gelähmt wirkte. Sobald *„Metternich Reforminitiativen anregte wie in den 1840er Jahren in Ungarn, blockierte er [= Kolowrat] sie kraft seiner innenpolitischen Kompetenz, beschuldigte dann aber den Staatskanzler, eine immobile Politik zu betreiben.“*¹²² Die Rufe nach politischer Partizipation, einem laizistischen Staat französischer Ausprägung, einer Verfassung und Pressefreiheit wurden immer lauter.¹²³ Vornehmlich Vertreter des Bildungsbürgertums griffen in ihrer Gegenwartskritik oft auf Grundgedanken des Josephinismus zurück. Sie vermeinten, dass ihre Forderungen bereits unter Joseph II. vorgeherrscht hätten. Dessen Herrschaftsverständnis sah den Monarchen in erster Linie als ‚ersten Diener‘ des Staates.¹²⁴ Dieses erwies sich wiederum als mit schon lange Zeit gehegten bürgerlichen Idealvorstellungen und Partizipationsbestrebungen deutlich kompatibler.¹²⁵

In der Habsburgermonarchie sollte sich bereits im ausgehenden 18. Jahrhundert eine Gegenbewegung zum Josephinismus formieren.¹²⁶ Die katholische Bevölkerungsmehrheit in den deutschsprachigen Gebieten des Kaisertums Österreich zeigte sich für die Ideale der

¹¹⁹ Kübeck von Kübau, Carl Friedrich Freiherr: Tagebücher des Carl Friedrich Freiherrn Kübeck von Kübau. Herausgegeben und eingeleitet von seinem Sohne Max Freiherrn von Kübeck. 1. Band, 2. Teil mit einem Porträt. Wien: Gerold & Co 1909, S. 679.

¹²⁰ Vgl. Schüler, Isabella: Franz Anton Graf von Kolowrat-Liebsteinsky (1778-1861). Der Prager Oberstburggraf und Wiener Staats- und Konferenzminister. München: Herbert Utz Verlag 2016 (Diss. München 2016), S. 137-138.

¹²¹ Vgl. Judson, Pieter M. Wien brennt! Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1998, S. 36-37.

¹²² Siemann, Wolfram: Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne. München: C.H. Beck 2010, S. 98.

¹²³ Vgl. Rapport, Mike: 1848. Revolution in Europa. Stuttgart: Konrad Theiss Verlag 2011, S. 18.

¹²⁴ Vgl. Durchhardt, Heinz: Das Zeitalter des Absolutismus. Oldenbourg Grundriss der Geschichte. München: Oldenbourg³ 1998, S. 133.

¹²⁵ Vgl. Berchtold, Klaus: Grundlinien der Entwicklung der politischen Parteien in Österreich seit 1867. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 48.

¹²⁶ Vgl. Bled, Jean-Paul: Les Fondements du Conservatisme Autrichien 1859-1879. Paris : Publications de la Sorbonne 1988, S. 60.

Philosophie der Romantik empfänglich.¹²⁷ Der katholische Glaube und die mittelalterliche Ständeordnung wurden idealisiert.¹²⁸ In der Historiographie wird der gerne als ‚Apostel von Wien‘ bezeichnete Priester Klemens Maria Hofbauer (1751-1820) als führende Figur des romantischen Katholizismus‘ in Österreich angeführt:¹²⁹ *„Vornehmlich den Redemptoristen, insbesondere dem Wirken von Klemens Maria Hofbauer und seinem Kreis, ist der Ende der zwanziger Jahre einsetzende Frömmigkeitsumschwung, der die Aufklärung und das josephinische Staatskirchentum immer mehr hemmte und die Geistigkeit speziell des jungen Klerus prägte, zuzuschreiben.“*¹³⁰ Die Romantik als Parallel- und Gegenbewegung zur Aufklärung und Klassik war empfänglich für die von Hofbauer eingemahnte ‚Vergeistlichung‘ der Gesellschaft: *„Aber P. Klemens brauchte die Jugend für sein Reformprogramm, und zwar die akademische. In den Herzen und Köpfen der jungen Lehrer, Juristen, Ärzte und natürlich der Geistlichen mußten katholischer Glaube und katholische Weltanschauung wieder verankert sein, ihnen war die künftige Aussaat des Gottesreiches anvertraut, wenn er selbst nicht mehr am Leben war.“*¹³¹ Der Kirchenhistoriker Otto Weiß (1934-2017) widerspricht dem gemeinläufigen Bild Hofbauers als entschiedenem Gegner der Aufklärung:

*„Hofbauer wird gezeichnet als ‚Überwinder der Aufklärung‘, als Bezwingen des österreichischen Staatskirchentums – des ‚Josephinismus‘ – und schließlich sogar als Mann, der eine von Rom unabhängige deutsche Nationalkirche verhindert habe. Ganz abgesehen davon, dass dabei [...] Hofbauer eine politische und geistesgeschichtliche Rolle zugeschrieben wird, die er selbst weit von sich gewiesen hätte, sind all diese Aussagen schlicht falsch.“*¹³²

Weiß zufolge sei es nach dessen Tod wesentlich zu einer Verklärung Hofbauers gekommen. Denn erst die Überhöhung des Wiener Seelsorgers im ausgehenden 19. Jahrhundert, habe dessen Selig- und Heiligsprechung ermöglicht.¹³³ Trotzdem bleibt unbestritten, dass er sich in ehrlichem Engagement für die Verbreitung des katholischen Glaubens unter jungen

¹²⁷ Vgl. Benz, Richard: Die romantische Geistesbewegung. In: Mann, Golo und Nitschke, August (Hg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Bd. 8. Das neunzehnte Jahrhundert. Frankfurt am Main / Berlin: Propyläen Verlag 1986, S. 215.

¹²⁸ Vgl. Salomon, Gottfried: Das Mittelalter als Ideal in der Romantik. München: Drei Masken Verlag 1922, S. 109.

¹²⁹ Vgl. Domandl, Hanna: Kulturgeschichte Österreichs. Von den Anfängen bis 1938. Wien: Österreichischer Bundesverlag² 1993, S. 440.

¹³⁰ Liebmann, Maximilian: Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat – vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Gegenwart. In: Leeb, Rudolf, Liebmann, Maximilian, Scheibelreiter, Georg und Tropper, Peter G. (Hg.): Österreichische Geschichte. Bd. 13. Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart. Wien: Ueberreuter 2003, S. 362-363.

¹³¹ Fleischmann, Kornelius: Klemens Maria Hofbauer. Sein Leben und seine Zeit. Graz / Wien / Köln: Styria 1988, S. 201.

¹³² Weiß, Otto: Begegnungen mit Klemens Hofbauer (1751-1820). Regensburg: Pustet 2009, S. 19.

¹³³ Vgl. Weiß (2009), S.19.

Erwachsenen einsetzte.¹³⁴ In seinen Predigten und ‚Leseabenden‘ antwortete er auf die Wünsche seiner Zeit: *„Und es war die katholische Kirche, die als sicherer Fels im Strudel des um sich greifenden Individualismus und Liberalismus wieder gefragt war, auch bei den Gebildeten, wie die Rückkehr oder die Konversion führender Männer der Politik und des Geisteslebens zum Katholizismus beweist.“*¹³⁵ Das Christentum wurde nicht nur als eine Religion betrachtet. Es sei das einigende Fundament einer europäischen Kultur und ein höchst fruchtbares Element der Menschheitsgeschichte: *„Mit anderen Worten: der Begriff einer romantischen Kultur, und aller weiterer Gebrauch des Begriffs, entstand zwar aus dem christlichen Selbstbewußtsein, aber mit solchem zunehmenden Selbstbewußtsein ging zugleich die Säkularisation christlichen Glaubens einher. Man sah im Christentum nicht nur ein Fundament moderner Identität, sondern auch einen Zeitabschnitt der Weltgeschichte.“*¹³⁶ Klemens Maria Hofbauers Rolle für die Entwicklung des politischen Katholizismus‘ in der Habsburgermonarchie lag weniger in seinem konkreten staatspolitischen Engagement.¹³⁷ Er hatte weder eine eigene staatspolitische Lehre geschaffen noch eine in sich geschlossene Programmatik etabliert. Sein Vermächtnis bestand vielmehr darin, dass er es vermocht hatte, großen Einfluss auf die Jugend zu entfalten und somit künftige Generationen von Priestern und Entscheidungsträgern zu prägen:¹³⁸ *„Denn obwohl Hofbauer selbst vorwiegend seelsorgerisch und weniger politisch und sozial interessiert war, hat die von ihm ausgehende Bewegung katholischer Erneuerung doch erst die Voraussetzungen geschaffen für das Aufwachsen einer katholischen Vereinsbewegung, eines katholischen Pressewesens, kurz, einer modernen politischen Tätigkeit durch die Kirche und für die Kirche.“*¹³⁹ Die zaghafte Formierung einer katholischen Bewegung im politischen Sinne sollte bis zur Revolution des Jahres 1848 dauern.¹⁴⁰ Im Zuge der revolutionären Umwälzungen hatten sich große weltanschauliche Divergenzen zwischen dem niederen Klerus und den österreichischen Bischöfen aufgetan. Während die Amtskirche in bedingungsloser Treue zur Dynastie begriffen war,¹⁴¹ begannen sich immer mehr Priester auch politisch zu engagieren.¹⁴² Der Wiener Erzbischof Vincenz Eduard Milde (1777-1853) hatte noch im März 1848 betont, dass

¹³⁴ Vgl. Weiß (2009), S. 78.

¹³⁵ Weiß (2009), S. 24.

¹³⁶ Schulz, Gerhard: Romantik. Geschichte und Begriff. München: C.H. Beck³ 2008, S. 93.

¹³⁷ Vgl. Boyer (1981), S. 128.

¹³⁸ Vgl. Fleischmann (1988), S. 205.

¹³⁹ Wandruszka (1954), S. 303.

¹⁴⁰ Vgl. Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E.: Einleitung. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 7.

¹⁴¹ Vgl. Domandl (1993), S. 439.

¹⁴² Vgl. Lönne, Karl-Egon: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986, S. 114.

sich Priester nicht in die politischen Belange einzumischen haben.¹⁴³ Sie sollen sich in erster Linie auf ihre Rolle als Seelsorger beschränken.

Die Ankündigung einer Konstitution durch Ferdinand I. (Pillersdorfsche Verfassung) im April 1848 hatte allerdings die durchaus legitime Frage aufgeworfen, ob auch Priester dem Reichsrat angehören durften. Der Erzbischof beharrte weiterhin auf seinem Standpunkt. Einige Vertreter des niederen (jüngeren) Klerus‘ widersprachen ihm jedoch nun öffentlich. So verfasste der Wiener Hofkaplan Johann Michael Häusle (1809-1867) unter dem Pseudonym ‚Dr. Fehr‘ eine Broschüre, in der er die Auffassungen des Episkopats vehement angriff.¹⁴⁴ Während Milde das josephinische Staatskirchentum verkörperte, folgte der niedere Klerus tendenziell den Lehren Hofbauers. Sie strebten nach einer emanzipierten Kirche: *„Die vor allem vom niederen Klerus also weitgehend von Kaplänen getragene Aufbruchsbewegung wollte alle Fesseln des josephinischen Staatskirchentums sprengen. Dabei ging es ihnen keineswegs um eine vom Staat getrennte, sondern vielmehr um eine tonangebende, dominierende Kirche.“*¹⁴⁵ Häusle gründete mit gleichgesinnten Priestern und Laien den ‚Katholikenverein‘, welcher diese Anliegen organisiert weiterverfolgen wollte. Es folgte die Gründung einiger katholischer Zeitungen.¹⁴⁶ Mit dem Konkordat (1855) sollte der katholischen Kirche abermals ihr angestammter Einfluss auf das Unterrichtswesen und die Zivilgesellschaft zugestanden werden. Einer seiner Architekten war der religiöse Erzieher Kaiser Franz Josephs I. (1830-1916), Kardinal Joseph Othmar von Rauscher (1797-1875), ein bekennender Schüler Hofbauers.¹⁴⁷ In dieser Hinsicht kann durchaus davon gesprochen werden, dass die Ideen Hofbauers die Kirchenpolitik in Österreich zumindest indirekt maßgeblich prägten.¹⁴⁸ Zur Etablierung einer christlichen Massenpartei sollte es aber erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts kommen. Der Neoabsolutismus (1851-1860) und die daran anschließende Liberale Ära (1867-1879) hemmten diese Entwicklungen.

Mit den militärischen Niederlagen bei Solferino (1859) und Königgrätz (1866), den damit einhergehenden innenpolitischen Umwälzungen (Konstitutionalisierung)¹⁴⁹ und der Umwandlung in die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn (1867) sollte der politische

¹⁴³ Vgl. Liebmann (2003), S. 364.

¹⁴⁴ Vgl. Liebmann (2003), S. 365.

¹⁴⁵ Liebmann (2003), S. 365.

¹⁴⁶ Vgl. Liebmann (2003), S. 366.

¹⁴⁷ Vgl. Fleischmann (1988), S. 207.

¹⁴⁸ Vgl. Domandl (1993), S. 441.

¹⁴⁹ Vgl. Kriechbaumer (2011), S. 86.

Katholizismus in Österreich nochmals an Bedeutung gewinnen. Die progressiven Maigesetze (1868) konterkarierten die katholischen Restaurationsbestrebungen, welche im Konkordat festgeschrieben worden waren. Der interkonfessionelle Charakter derselben und das Staatsgrundgesetz führten zur Aufhebung desselben. Infolgedessen entwickelte sich im katholischen Lager rasch eine Gegenbewegung.¹⁵⁰ Einer seiner energischsten Wortführer war der Linzer Bischof Franz Joseph Rudigier (1811-1884), der sich entschieden gegen die Aufkündigung des Konkordats ausgesprochen hatte und zum bewussten Widerstand gegen die neue Zivilehe aufrief.¹⁵¹ Aufgrund seiner wiederholten Mahnungen zur Missachtung der geltenden Rechtsordnung wurde er zu 14 Tagen Kerkerhaft verurteilt. Obgleich der Kaiser ihn umgehend begnadigte, waren die Folgen dieses Urteils von immenser Bedeutung. Die Verurteilung Rudigiers führte im katholischen Lager zu einem regelrechten Sturm der Entrüstung.¹⁵² Das katholische Vereinsleben florierte in bisher ungekannter Stärke.¹⁵³ Am Tag seiner polizeilichen Vorführung (5. Juni 1869) kam es zu größeren Demonstrationen in Linz.¹⁵⁴ Diese Ereignisse werden in der Forschung häufig als *„Geburtsstunde der demokratischen Bewegung der österreichischen Katholiken und des politischen Katholizismus bezeichnet.“*¹⁵⁵ Dementsprechend war der politische Katholizismus in Österreich eng an die wechselvolle Beziehung zwischen Staat und Kirche gebunden. Aus Widerstand zum Josephinismus hatte die romantische Frömmigkeit in der Person Klemens Maria Hofbauers regen Zuspruch erlebt. Dessen Lehren sollten knapp fünf Jahrzehnte nach seinem Tod sichtbare Früchte tragen.

4.3 Von der katholischen Romantik bis Ketteler. Die katholische Kirche und die Soziale Frage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Aus Sicht der katholischen Kirche folgte das 19. Jahrhundert einer Zeit großer Turbulenzen. Die Französische Revolution hatte die tradierte göttliche Gesellschaftsordnung offen hinterfragt und die mächtige Stellung der Kirche in Frankreich gebrochen. Vor der Revolution waren Armut und politische Unmündigkeit zumeist als ‚gottgegeben‘ belassen worden.¹⁵⁶ Es galt durch freiwillige Wohltätigkeit die schlimmsten Symptome der Armut zu lindern. Ihre

¹⁵⁰ Vgl. Hartmann (2006), S. 31.

¹⁵¹ Vgl. Liebmann (2003), S. 386.

¹⁵² Vgl. Liebmann (2003), S. 386.

¹⁵³ Vgl. Domandl (1993), S. 445.

¹⁵⁴ Vgl. Liebmann (2003), S. 386.

¹⁵⁵ Liebmann (2003), S. 386.

¹⁵⁶ Vgl. Friedrich, Martin: Kirche im gesellschaftlichen Umbruch. Das 19. Jahrhundert. Göttingen: UTB 2006, S. 224.

Ursachen wurden allerdings nur selten hinterfragt. Doch spätestens mit der Erhebung des Dritten Standes zur Nationalverfassung, der Erkenntnis, dass alle Menschen gleich an Rechten seien und der Entmachtung sowie Exekution eines Königs von Gottes Gnaden, konnte im 19. Jahrhundert nicht mehr in diese Weltordnung zurückgekehrt werden.

Die katholische Kirche reagierte auf die revolutionären Umwälzungen ganz im Sinne der Restauration. Sie strebte danach, die bestehenden Bande zwischen Thron und Kirche zu erneuern. In der Habsburgermonarchie sollte sich dies durch die Romreise Franz II. / I. (1819) und das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl (1855) manifestieren.¹⁵⁷ Die Französische Revolution und die Herrschaft Napoleons wurden als Trauma begriffen. Sie sollten durch die Rückbesinnung auf vermeintlich bessere und einfachere Zeiten überwunden werden. Das romantische Ideal des beginnenden 19. Jahrhunderts idealisierte das Mittelalter: *„Französische Truppen haben im Februar 1798 Rom gebrandschatzt und Papst Pius VI. gefangengesetzt und nach Valence verschleppt, wo er im August 1799 stirbt. Die katholische Kirche scheint enthauptet, und es gibt gute Gründe, daran zu zweifeln, ob sie sich jemals wieder erholen wird, denn Napoleon steht für die Dynamik und Expansivität des säkularen Geistes.“*¹⁵⁸ In einer Zeit der Umbrüche erschien die Kirche als stabilisierender Faktor. Sie sei die Institution gewesen, welche die christlichen Monarchien Europas im Mittelalter geeint hatte. Die Ordnungsgefüge des Mittelalters erschienen als Gegenkonzept zur turbulenten Moderne:¹⁵⁹ *„Im Rückgriff auf das deutsche Mittelalter, das die Aufklärung als ‚finster‘ diffamiert hatte, und im Rückzug auf die eigene Traumwelt sollte eine poetische Gegenwelt zur verachteten Gegenwart entworfen werden.“*¹⁶⁰ Folgerichtig mag kaum verwundern, dass auch die mittelalterliche Ständelehre idealisiert wurde.¹⁶¹ Der Gedanke an eine Gesellschaft, in der sich ihre verschiedenen Glieder ideal ergänzen, erfreute sich großer Beliebtheit: *„Eine Gemeinschaft wie Stand, Gilde, Zunft, Familie bildet eben einen Gemeingeist, der über allen bloßen Interessen steht, ist eine natürliche und geistige Verbundenheit, während der Staat, der auf Territorialhoheit und Beamten- oder Militärapparat beruht, eine künstliche und gewaltsame Bindung gibt.“*¹⁶² Nach den Wirren der Revolution wurde Stabilität gesucht. Eine

¹⁵⁷ Vgl. Wangermann (2016), S. 170

¹⁵⁸ Safranski, Rüdiger: Romantik. Eine deutsche Affäre. Frankfurt am Main: S. Fischer³ 2010, S. 125.

¹⁵⁹ Vgl. Safranski (2010), S. 126.

¹⁶⁰ Stephan, Inge: Kunstpoche. In: Beutlin, Wolfgang, Beilein, Matthias, Ehlert, Klaus u.a.: Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart / Weimar: J.B. Metzler⁸ 2013, S. 189.

¹⁶¹ Vgl. Friedrich (2006), S. 251.

¹⁶² Salomon (1922), S. 110.

integrale Säule dessen sollte die Religion sein.¹⁶³ Diese Sicht hatte in Österreich schon Klemens Maria Hofbauer vertreten.¹⁶⁴ Auch der deutsche Konvertit und Publizist Karl von Vogelsang fühlte sich der romantischen Religiosität zutiefst verbunden.¹⁶⁵

Zu den umfassenden politischen Umwälzungen nach der Revolution kamen auch neue gesellschaftliche Gegebenheiten hinzu, die mit der traditionellen katholischen Ständelehre nur bedingt in Einklang zu bringen waren.¹⁶⁶ Aufgrund der fortschreitenden Industrialisierung war es möglich geworden, mit weniger Anbaufläche mehr Ertrag zu erwirtschaften. Folglich kam es zu einem Überschuss an Arbeitskräften.¹⁶⁷ Kleinere landwirtschaftliche Betriebe gerieten stärker unter Druck.¹⁶⁸ Die neuen Maschinen zur Produktivitätssteigerung waren lediglich für reiche Großbauern erschwingbar.¹⁶⁹ Sie ersparten wiederum menschliche Arbeitskraft. Kleine Landwirtschaften mussten ihre Betriebe einstellen, da sie mit den technologisch und finanziell weit überlegenen Großbauern nicht mehr mithalten konnten.¹⁷⁰ Ähnliches geschah in den Städten mit den ‚kleinen Handwerkern‘. Infolgedessen bildete sich die neue Klasse des Proletariats, das auf Suche nach Arbeit, in die großen Städte drängte und seinen *„Lebensunterhalt einzig und allein aus dem Verkauf [seiner] Arbeit[s]kraft“*¹⁷¹ schöpfen konnte. Es stellte sich die berechtigte Frage, wie mit dieser stark wachsenden Gesellschaftsgruppe umzugehen war. Sie glitt immer stärker in die Armut ab, war nicht mit dem ‚Drei-Stände-Modell‘ vereinbar und wandte sich allmählich enttäuscht von der Kirche als moralischer und hoffnungsspendender Institution ab.¹⁷²

Im Laufe der 1840er-Jahre kam es sukzessive zu einem Umdenken in der katholischen Kirche.¹⁷³ Der deutsche Kleriker und spätere Bischof von Mainz, Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1811-1877), war eine der ersten gewichtigen Stimmen des deutschen Klerus‘,

¹⁶³ Vgl. Osterkamp, Jana: Vielfalt ordnen. Das föderale Europa der Habsburgermonarchie (Vormärz bis 1918). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht² 2021, S. 56-57.

¹⁶⁴ Vgl. Bled (1988), S. 39.

¹⁶⁵ Vgl. Pohanka, Peter: Der soziale und politische Konservatismus in Österreich zwischen der Romantik und der Vogelsangschule. Wien: Universität Wien 1952, S. 94-95.

¹⁶⁶ Vgl. Blickle, Peter: Unruhen in der ständischen Gesellschaft. 1300-1800. München: Oldenbourg³ 2012, S. 3-4.

¹⁶⁷ Vgl. Eigner, Peter: Der Weg in die Industriegesellschaft. In: Cerman, Markus, Eder, Franz X., Eigner Peter u.a. (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000-2000. Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2011, S. 110.

¹⁶⁸ Vgl. Liedtke, Rainer: Die Industrielle Revolution. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2012, S. 15.

¹⁶⁹ Vgl. Eigner (2011), S. 109-110.

¹⁷⁰ Vgl. Martin (2006), S. 225.

¹⁷¹ Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus. Stuttgart: Reclam 2011, 57.

¹⁷² Vgl. Jung, Martin H.: Kirchengeschichte. Tübingen: UTB² 2017, S. 179.

¹⁷³ Vgl. Wietzorek, Paul: Adolph Kolping 1813-1865. Ein Leben im Dienst der Menschen. Petersberg: Michael Imhof Verlag 2013, S. 235.

welche die zunehmende Not dieser neuen Klasse erkannt hatte. Für ihn war es die vornehmste Pflicht eines jeden Christen, den Armen zu helfen und ihre Not zu lindern. Neu an Ketteler Sozialbewegung war vor allem die Erkenntnis, dass nicht die Rückbesinnung auf vermeintlich einfachere Zeiten (Mittelalter), sondern nur die Beschäftigung mit den gegenwärtigen Strukturen,¹⁷⁴ die zu solchem Elend geführt hatten, sowie die Zuwendung zum Subsidiaritätsprinzip und der Lehre Thomas von Aquins (1225-1274) zu einer Lösung dieser prekären Situation beitragen konnten.¹⁷⁵ Mit den Ideen Ketteler wechselte die katholische Kirche allmählich von einer defensiv-beobachtenden Perspektive bezüglich der sozialen Verhältnisse des ‚Vierten Standes‘ in die Rolle einer offensiven Reformkraft zur Verbesserung des Schicksals der Armen.¹⁷⁶ Weder der Kommunismus noch der Liberalismus konnten nach Ketteler die ‚Soziale Frage‘ hinreichend lösen.¹⁷⁷ Daher suchte man seither nach einer dritten Alternative zwischen beiden Extrempolen. Die Reichen sollten freiwillig, also aus ‚christlicher Nächstenliebe‘ heraus, die Armen unterstützen, während der Staat die Rahmenbedingungen für diese Hilfe sichern sollte. Sowohl die Besitzenden als auch die Besitzlosen hatten nach Ketteler in der Gesellschaft Pflichten und Rechte. Im kirchlichen Idealbild standen sie in einer Symbiose. Beide hatten lebhaftes Interesse am Wohlergehen des anderen.

4.4 Der Arbeiterpapst? Leo XIII. und die moderne katholische Soziallehre

Leo XIII. (1810-1903) wurde im Jahr 1878 zum Papst gewählt. Er folgte Pius IX. (1792-1878), der mit dem Ersten Vatikanischen Konzil (1869/70) nicht nur die Grundstrukturen der katholischen Kirche, sondern auch des päpstlichen Amtsverständnisses signifikant gewandelt hatte, nach.¹⁷⁸ Die Rolle des Bischofs von Rom hatte im Zuge seines Pontifikats an Gewicht gewonnen. Das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit war festgeschrieben worden; ein Glaubenssatz, der bereits damals höchst umstritten war. Die Amtszeit Leos XIII. sollte insbesondere wegen dessen Sozialenzykliken in Erinnerung bleiben. Er war der erste Papst, der sich ausdrücklich der Lösung der ‚Sozialen Frage‘ gewidmet hatte. In seinen Sozialenzykliken berief er sich regelmäßig auf das Subsidiaritätsprinzip nach Ketteler. Den

¹⁷⁴ Vgl. Ernesti (2019), S. 179.

¹⁷⁵ Vgl. Höffner, Joseph: Wilhelm Emmanuel von Ketteler und die katholische Sozialbewegung im 19. Jahrhundert. Wiesbaden: F. Steiner 1962, S. 6-13.

¹⁷⁶ Vgl. Jung (2017), S. 179.

¹⁷⁷ Vgl. Ernesti (2019), S. 355.

¹⁷⁸ Vgl. Reinhard, Volker: Pontifex. Die Geschichte der Päpste. Von Petrus bis Franziskus. München: C.H. Beck² 2018, S. 791.

gesellschaftlichen Missständen sei lediglich durch die Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern beizukommen. Der vielfach eingeworfene Begriff des Klassenkampfes wurde von ihm vehement abgelehnt, da für ihn ausschließlich der Ausgleich der Interessen (Klassenfrieden) erstrebenswert sei:¹⁷⁹

„Alle wichtigen Prinzipien der katholischen Soziallehre sind in seinem Lehrschreiben Rerum Novarum grundgelegt: das Recht auf Privateigentum bei dessen gleichzeitiger Sozialverpflichtung; die Sozialpartnerschaft als einvernehmliche Lösung von Konflikten; die Ablehnung von Gewalt und Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse (wie sie die Kommunisten im Sinn hatten); das Recht, zur Verteidigung der legitimen Interessen Koalitionen zu bilden und notfalls zu streiken; die Solidarität; die Subsidiarität (also die Annahme, dass Probleme auf einer unteren Ebene angegangen werden müssen und erst in letzter Konsequenz der Staat zuständig ist); das Gemeinwohl als Ideal, dem alle gesellschaftlichen Gruppen verpflichtet sind.“¹⁸⁰

Mit der Enzyklika ‚Rerum Novarum‘ (1891) wurde in der Historiographie oftmals sowohl der Beginn der modernen katholischen Soziallehre als auch der Christlichen Arbeiterbewegung in Österreich gleichgesetzt.¹⁸¹ Sie war eine entschiedene Antwort auf marxistische Gesellschafts- und Eigentumsideen.¹⁸² Leo XIII. vertrat die Ansicht, dass in erster Linie die Sicherung des Privateigentums vor Armut schütze. Damit plädierte er für eine dem marxischen Denken diametral entgegengesetzte Position. Das Recht auf Eigentum gehöre nämlich zu den charakteristischen und unveränderbaren Grundbedürfnissen des Menschen:¹⁸³ *„[D]enn das Recht zum Besitze privaten Eigentums hat der Mensch von der Natur erhalten.“¹⁸⁴* Der Privatbesitz leite sich unmittelbar aus den natürlichen Gegebenheiten ab, da etwa Ackerland, bevor es effektiv nutzbar werde, erst vom Menschen bearbeitet werden müsse, wodurch dieses Land zum ‚Eigentum‘ desjenigen werde, der es durch seine Arbeit nutzbar mache: *„Indem der Mensch an die Gewinnung der Güter der Natur körperlichen Fleiß und geistige Sorge setzt, macht er sich eben dadurch den bearbeiteten Teil zu eigen; es wird dem letzteren sozusagen der Stempel des Bearbeiters aufgedrückt. Also entspricht es durchaus der Gerechtigkeit, daß dieser Teil sein eigen sei und sein Recht darauf unverletzlich bleibe.“¹⁸⁵* Dieses Naturrecht sei - so Leo XIII. - ein Produkt Gottes und dürfe folglich weder vom

¹⁷⁹ Vgl. Coleman, John und Baum, Gregory: Rerum Novarum. A hundred years of catholic social teaching. London: SCM Press 1991, S. 8.

¹⁸⁰ Ernesti (2019), S. 355.

¹⁸¹ Vgl. Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938. Wien / München / Zürich: Europaverlag 1972, S. 21.

¹⁸² Vgl. Köhler, Oskar: Der politische Katholizismus. In: Gesellschaft und Politik. Politischer Katholizismus, Jg. 11, Heft 3 (1975), S. 20.

¹⁸³ Vgl. Simoncsics, Rudolf: Die soziale Frage vom Standpunkt des Marxismus und der Rerum Novarum, Wien: Hochschule für Welthandel 1958 (Diss.), S. 180.

¹⁸⁴ Leo XIII.: Rerum Novarum. In: Leo XIII. und Pius XI.: Die sozialen Enzykliken. Rerum Novarum / Quadragesimo anno. Stuttgart / Düsseldorf: Ring-Verlag 1953, S. 3.

¹⁸⁵ Leo XIII., Rerum Novarum, S. 5.

Menschen noch vom Staat eingeschränkt werden.¹⁸⁶ Vielmehr sei dieses ‚göttliche Naturrecht‘ auf Eigentum ein wichtiges Element zur Lösung der ‚Sozialen Frage‘:

*„Vor allem liegt nämlich klar auf der Hand, daß die Absicht, welche den Arbeiter bei der Übernahme seiner Mühe leitet, keine andere als die ist, daß er mit dem Lohn zu irgendeinem persönlichen Eigentum gelange. Indem er Kräfte und Fleiß einem andern leiht, will er für seinen eigenen Bedarf das Nötige erringen; er sucht also ein wahres und eigentliches Recht nicht bloß auf die Zahlung, sondern auch auf freie Verwendung derselben.“*¹⁸⁷

Somit würde mit einer ‚Angleichung‘ von Besitzenden und Besitzlosen durch allgemeine Aufhebung des Privateigentums zwingend der Verlust des Hauptmotivationsfaktors der Arbeit einhergehen. Die Folgen wären Faulheit, Trägheit und Armut, da *„[m]it dem Wegfalle des Spornes zu Strebsamkeit und Fleiß auch die Quellen des Wohlstandes versiegen [würden].“*¹⁸⁸ Ergo sei die ‚Soziale Frage‘ eher dadurch zu lösen, dass man den Besitzlosen die staatlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffe, um sich eigenen Besitz zu erwerben.¹⁸⁹ Daher sollte im Gegensatz zur marxistischen Lösung, die eine Annäherung von ‚oben‘ nach ‚unten‘, also vom Bürgertum zum Proletariat mittels Enteignung erzielen wollte, eine Angleichung nach ‚oben‘ durch Besitz gelingen:¹⁹⁰ *„Wenn nun diesen niederen Klassen Antrieb gegeben wird, bei Fleiß und Anstrengung zu einem kleinen Grundbesitz zu gelangen, so müßte allmählich eine Annäherung der Lage beider Stände stattfinden;“*¹⁹¹ Eine klassenlose Gesellschaft wie bei Marx könne niemals das Ideal sein, da die Gesellschaft durch das Naturrecht von der Ungleichheit seiner Mitglieder abhängig sei:¹⁹² *„Thus, as even in the kingdom of heaven He hath willed that the choirs of angels be distinct and some subject to others, and also in the Church has instituted various orders and a diversity of office, so that all are not apostles or doctors or pastors, so also has He appointed that there should be various orders in civil society [...]“*¹⁹³

Dem Gesellschaftsmodell folgend, welches Leo XIII. in seiner Enzyklika ‚Rerum Novarum‘ entwirft, sei der Klassenkampf eine bloße Illusion; eine Art Hirngespinnst des Sozialismus‘. Arbeitnehmer und Arbeitgeber stünden von Natur aus in einem wechselseitigen

¹⁸⁶ Leo XIII., Rerum Novarum, S. 28.

¹⁸⁷ Leo XIII., Rerum Novarum, S. 3.

¹⁸⁸ Leo XIII., Rerum Novarum, S. 8.

¹⁸⁹ Vgl. Leo XIII., Rerum Novarum, S. 25.

¹⁹⁰ Vgl. Simoncsics (1958), S. 196-197.

¹⁹¹ Leo XIII., Rerum Novarum, S. 26.

¹⁹² Vgl. Leo XIII., Rerum Novarum, S. 9.

¹⁹³ Leo XIII.: Quod Apostolici Muneris. In: Catholicism and Socialism. Three Encyclicals of His Holiness Leo XIII. Rom: Claritas 2021, S. 7.

Abhängigkeitsverhältnis. Deswegen sei es geradezu absurd, dass sich jene beiden Klassen, die einander unmittelbar bedürfen, entschieden bekämpfen sollen:

„Ein Grundfehler in der Behandlung der sozialen Frage ist sodann auch der, daß man das gegenseitige Verhältnis zwischen der besitzenden und der unermögenden, arbeitenden Klasse so darstellt, als ob zwischen ihnen von Natur ein unversöhnlicher Gegensatz Platz griffe, der sie zum Kampf aufrufe. Ganz das Gegenteil ist wahr. Die Natur hat vielmehr alles zur Eintracht, zu gegenseitiger Harmonie hingeordnet;“¹⁹⁴

Konsequenterweise sei nicht der Klassenkampf, sondern einzig und allein ein auf Solidarität aufbauender ‚Klassenfrieden‘ erstrebenswert. Sowohl die Arbeitnehmer als auch die Arbeitgeber haben aufeinander achtzugeben, einander zu respektieren und zu unterstützen. Der Arbeitnehmer habe loyal seine vertraglich festgelegten Arbeitsverpflichtungen zu befolgen und dürfe weder dem Arbeitgeber noch seinem Hab und Gut Schaden zufügen oder zu Aufruhr anstiften.¹⁹⁵ Die Arbeitgeber haben im Gegenzug die Arbeiter mit Respekt zu behandeln, ihre Würde zu bewahren und den Arbeitern einen angemessenen Lohn, mit welchem sie sich und ihre Familien ausreichend versorgen können, zu entrichten.¹⁹⁶ Schließlich sei es weniger wichtig, ob eine Person über mehr oder weniger Besitz verfüge, da es für das Leben nach dem Tod ohnehin irrelevant sei, ob man nun im irdischen Leben Besitzer eines Schlosses oder eines kleinen Gartens gewesen sei.¹⁹⁷ Es sei relevanter, dass die Besitzenden ihren Besitz verantwortungsvoll einsetzen:

„Das Privateigentum gründet sich, wie wir gesehen haben, auf die natürliche Ordnung, und dieses Recht zu gebrauchen, ist nicht bloß erlaubt, sondern es ist auch im gesellschaftlichen Dasein eine Notwendigkeit. [...] Fragt man nun, wie der Gebrauch des Besitzes beschaffen sein müsse, so antwortet die Kirche mit dem nämlichen heiligen Lehrer: ‚Der Mensch muß die äußern Dinge nicht wie ein Eigentum, sondern wie gemeinsames Gut betrachten und behandeln, insofern nämlich, als er sich zur Mitteilung derselben an Notleidende leicht verstehen soll. Darum spricht der Apostel: ‚Befiehl den Reichen dieser Welt, [...] daß sie gerne geben und mitteilen‘“¹⁹⁸

Daher sei die Versorgung der Armen primär durch die christliche Nächstenliebe, also die freiwillige Armenfürsorge, zu lösen.¹⁹⁹ Dennoch sei auch der Staat in der Armenfürsorge einzubinden: *„As regards not merely the temporary aid given to the labouring classes, but the establishment of permanent institutions in their behalf, it is most commendable for charity to*

¹⁹⁴ Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 10.

¹⁹⁵ Vgl. Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 10.

¹⁹⁶ Vgl. Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 10-11.

¹⁹⁷ Vgl. Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 12.

¹⁹⁸ Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 12-13.

¹⁹⁹ Vgl. Ernesti (2019), S. 345.

undertake them. It will thus see that more certain and more reliable means of assistance will be afforded to the necessitous.”²⁰⁰

Demnach habe der Staat das Privateigentum zu schützen und nicht zu enteignen, damit dieses maßgeblich auf Freiwilligkeit und Nächstenliebe basierende Modell funktionieren könne. Der Staat habe unterstützend zu wirken, indem er zum einen das Privatvermögen der Bürgerinnen und Bürger schütze und zum anderen die Rahmenbedingungen für den Erwerb von Eigentum garantiere.²⁰¹ „Will man zu irgendeiner wirksamen Lösung der sozialen Frage gelangen, so ist unter allen Umständen davon auszugehen, das Recht auf persönlichen Besitz müsse heilig gehalten werden. Der Staat muß dieses Recht in seiner Gesetzgebung begünstigen und sollte in seinen Maßregeln dahin zielen, daß möglichst viele [...] eine eigene Habe zu erwerben trachten.“²⁰² Das Lösungskonzept Leos XIII. basierte in Hinblick auf die ‚Soziale Frage‘ überwiegend auf Solidarität, also der ‚Spendierfreudigkeit‘ der wohlhabenden Gesellschaft: „Denn der Mensch ist älter als der Staat, und darum besaß er das Recht auf Erhaltung seines körperlichen Daseins, ehe es einen Staat gegeben.“²⁰³ Die zwischenmenschliche Hilfe sei älter und durch eine längere Tradition gewachsen als die staatliche Fürsorge und deshalb zu bevorzugen.

Die Grundzüge eines ständisch organisierten Gesellschaftsgefüges waren bereits bei Leo XIII. angelegt. Ihre Ausformung im Sinne späterer christlich-sozialer Gesellschaftstheorien erfolgte allerdings erst in der Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘ (1931).²⁰⁴ Diese Jubiläumsenzyklika zu Ehren von ‚Rerum Novarum‘ sollte einen deutlicheren gesellschaftspolitischen Impetus aufweisen als die sozialpolitische Lehrschrift Leos XIII. Denn in ihr wird ein sozialer Gesamtumbau der Gesellschaft postuliert: „Leo XIII. sprach zu den Völkern der Erde über die soziale Frage. Er sprach zu ihnen von dem drohenden Zusammenbruch wie von einem künftigen Ereignis. Pius XI. spricht von der sozialen Frage nach dem Weltkrieg und der Weltrevolution, unter dem drohenden Verhängnis des Bolschewismus, dem drohenden Umsturz der jetzigen Zeit. Pius XI. wird getragen von Leo XIII.“²⁰⁵

²⁰⁰ Leo XIII.: *Graves de communi re*. In: *Catholicism and Socialism. Three Encyclicas of His Holiness Leo XIII.* Rom: Claritas 2021, S. 78-79.

²⁰¹ Vgl. John Coleman / Gregory Baum (1991), S. 26.

²⁰² Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 25.

²⁰³ Leo XIII., *Rerum Novarum*, S. 4.

²⁰⁴ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 278.

²⁰⁵ Waitz, Sigismund: Von ‚Rerum novarum‘ zu ‚Quadragesimo anno‘. In: *Die soziale Botschaft des Papstes. Vorträge über ‚Quadragesimo anno‘*. Wien: Volksbundverlag 1931, S. 16.

5. Der politische Katholizismus in der Habsburgermonarchie und seine Vordenker

5.1 Die politischen Ansichten eines katholischen Publizisten. Karl von Vogelsang und seine Staats- und Gesellschaftslehre

Der Aufstieg des politischen Katholizismus‘ in Österreich wird in der Forschung oft mit der Person Karl von Vogelsangs in Verbindung gebracht.²⁰⁶ Mit seinem umfangreichen publizistischen Schaffen und seinen zahlreichen weltanschaulichen Artikeln verlieh er der sich formierenden christlichsozialen Bewegung ein reichhaltiges theoretisches Fundament.²⁰⁷ Der ursprünglich aus Mecklenburg stammende Freiherr war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vom Protestantismus zum Katholizismus konvertiert. Seine religiösen Vorstellungen wurzelten somit fest in einem romantischen Weltverständnis,²⁰⁸ das er auf das facettenreiche Problemfeld der ‚Sozialen Frage‘ umzulegen trachtete.²⁰⁹ *„Der Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist das Evangelium. Das irdische Leben dient zur Vorbereitung auf das künftige. Wirtschaft und Gesellschaft müssen so gestaltet sein, daß der Mensch die ihm von Gott gestellte Aufgabe erfüllen kann. Einrichtungen, die diesem Grundsatz nicht entsprechen, sind unentschuldig und unhaltbar. Hierher gehört die gesamte liberal-kapitalistische Ordnung [...]“*²¹⁰ Sein ansehnliches publizistisches Œuvre schuf der katholischen Soziallehre eine bisher ungekannte Öffentlichkeitswirksamkeit.²¹¹ Seine Schriften hatten sogar das Denken Leos XIII. beeinflusst: *„Vogelsangs Lehre fand großen Anklang, als sie von den beiden Sozialenzykliken (Rerum Novarum und Sigulari Quadam), die Papst Leo XIII. 1891 und 1892 verkündete, übernommen wurde.“*²¹² Ganz dem romantischen Denken verhaftet, sah er in einer von christlichen Leitgedanken getragenen Ständegemeinschaft, die den Ausgleich der verschiedenen sozialen Gruppen garantiere und das Gemeinwohl befördere, ein gesellschaftliches Idealbild.²¹³ Er machte in den wechselvollen ideengeschichtlichen Wandlungen der Neuzeit den Ursprung der Verfehlungen seiner Zeit aus. Die europäischen Staaten müssen sich erneut ihrer christlichen Wurzeln besinnen, um zur

²⁰⁶ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 243.

²⁰⁷ Vgl. Hanisch, Ernst und Urbanitsch, Peter: Grundlagen und Anfänge des Vereinswesens, der Parteien und Verbände in der Habsburgermonarchie. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Tb. 1. Vereine, Parteien und Interessensverbände als Träger der politischen Partizipation. Wien: Verlag der ÖAW 2006, S. 67.

²⁰⁸ Vgl. Boyer (2010), S. 69.

²⁰⁹ Vgl. Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 67.

²¹⁰ Mikoletzky, Hanns Leo: Österreich. Das entscheidende Jahrhundert 19. Jahrhundert. Geschichte, Kultur und Wirtschaft. Österreichischer Bundesverlag 1972, S. 443.

²¹¹ Vgl. Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 1110.

²¹² Buchmann (2003), S. 137.

²¹³ Vgl. Stegmann, Franz Josef und Langhorst, Peter: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus. In: Grebnig, Helga (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus - Katholische Soziallehre - Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS² 2004, S. 638.

verlorenen Größe zurückkehren zu können. Demgemäß war für ihn evident, dass die Lehren aus der Vergangenheit höchst fruchtbringend für die Gegenwart sein können:

„Die großen sozialen Institutionen, welche Gott selbst der Menschheit als Grundsäulen einer sittlichen Existenz auf ihrem irdischen Weg mitgegeben: Ehe, Familie, Staat, Eigentum – sie alle sind durch die Frivolität und die Geistesenge der Neuzeit ihres ethischen Inhalts beraubt, befleckt, geschändet; sie vor allem und damit das gottgewollte, menschenwürdige Verhältnis vom Menschen zum Menschen und vom Menschen zur Sache müssen aus dem schöpferischen Gedanken Gottes, das heißt aus ihrer Idee wiedergeboren werden, wie der sündenbefleckte Mensch durch die Heilmittel des Christentums wiedergeboren wird.“²¹⁴

Es sei die Neuzeit gewesen, die den Menschen dereinst aus einem idyllisch-gesitteten Naturzustand gerissen habe; das homozentrische Weltbild hatte das theozentrische des Mittelalters abgelöst.²¹⁵ Dies hatte zwar die bürgerliche Mündigkeit nachweislich beflügelt, bedeutete für ihn jedoch gleichzeitig die Entfremdung von der gottgewollten Gesellschaftsordnung. Der (natürliche) solidarische ‚Klassenfrieden‘ sei dem Chaos und der Missgunst gewichen.²¹⁶ Sein historisches Verständnis erinnert hierin frappierend an jenes Jean-Jacques Rousseaus. Denn auch dieser ging von einem urzeitlichen Zustand absoluter Freiheit und Harmonie aus, der mit dem Aufkommen zivilisatorischer Errungenschaften beendet worden war. Doch für den Genfer Philosophen war es weniger die fortschreitende Verweltlichung, die zu Zwist und Hader unter den Menschen gesorgt hatte, sondern die Schaffung des Eigentums, die sukzessive in die Versklavung derselben geführt habe. Es sei nämlich der Beginn hierarchischer Gesellschaftsstrukturen gewesen: *„Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und auf den Gedanken kam zu sagen ‚Dies ist mein‘ und der Leute fand, die einfältig genug waren, ihm zu glauben, war der wahre Begründer der zivilen Gesellschaft.“²¹⁷* Ab diesem Zeitpunkt könne von Ungleichheit im Menschengeschlecht gesprochen werden. Zank und Machtmissbrauch waren Tür und Tor geöffnet und es kam zur Differenzierung in Mächtige und Schwache, Wohlhabende und Arme. Ein Teil sei infolgedessen auf den Schutz anderer angewiesen geworden:

„Aber von dem Augenblick an, da ein Mensch die Hilfe eines anderen benötigte, und sobald man gewahr wurde, daß es einem einzelnen nützlich ist, Vorräte für zwei zu haben, verschwand die Gleichheit, das Eigentum kam auf, die Arbeit wurde zur Notwendigkeit, und die ausgedehnten Wälder

²¹⁴ Vogelsang, Karl Freiherr von: Wesen der sozialen Frage. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 19.

²¹⁵ Vgl. Dinzelsbacher, Peter: Zeit / Geschichte. Neuzeit. In: Dinzelsbacher, Peter (Hg.): Europäische Mentalitätsgeschichte. Hauptthemen in Einzeldarstellungen, Stuttgart: Alfred Kröner 1993, S. 651.

²¹⁶ Vgl. Bader, Erwin: Karl von Vogelsang. Die geistige Grundlegung der christlichen Sozialreform. Wien: Herder 1990, S. 73.

²¹⁷ Rousseau, Jean-Jacques: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Stuttgart: Reclam 2010, S. 74.

verwandelten sich in anmutige Felder die mit Schweiß des Menschen begossen werden mußten und auf denen man bald die Sklaverei und das Elend keimen und wachsen sah.“²¹⁸

Die Anfänge der westlichen Zivilisation seien nach Rousseau mit dem Aufkommen des Frondienstes, der Leibeigenschaft und der Sklaverei gleichzusetzen. Um die zivilisatorischen Fortschritte zu genießen, habe der Mensch einen Großteil seiner natürlichen Freiheit geopfert. Ähnlich sieht es Vogelsang, der allerdings die philosophischen Erkenntnisse der Neuzeit hierfür verantwortlich macht. Er meint, dass die konsequente Rückbesinnung auf die christlichen Grundwerte einen probaten Ausweg aus dieser prekären Situation bereitstellen könne: *„Gelingt die soziale Reform auf christlicher und historischer Grundlage, so wird das Prinzip der differenzierten nationalen Arbeit Wiederbelebung erfahren, das Ständeprinzip, als ein Naturgesetz des Menschen, von neuem zur Geltung gelangen, wenn auch gewiß in einer ganz neuen, weder im mittelalterlichen Ständewesen, noch weniger im alten Kastenwesen vorgebildeten Gestaltung.*“²¹⁹

Der Ständegedanke war ein integraler Bestandteil der vogelsangschen Gesellschaftslehre, welcher die weitreichenden Folgen der Industrialisierung mildern sollte. Denn eine vollkommene Rückkehr zum mittelalterlichen Ständewesen erschien ihm illusorisch und abwegig. Ihm war vielmehr daran gelegen, die bewahrenswerten Facetten desselben in die Gegenwart zu überführen: *„Nicht ein geistloser sogenannter Konservativismus ist daher Aufgabe unseres Zeitalters. Nicht weil etwas besteht, muß es erhalten werden, sondern weil es wert ist, zu bestehen, nicht nach den anmaßenden Urteilen subjektiven Bedünkens, sondern weil es der christlichen Idee entspricht, welche uns historisch vorgebildet erscheint.*“²²⁰ Die Ansichten Vogelsangs gleichen denen Leos XIII. Es sei die katholische Kirche, die als moralische Instanz wirke und vor den fatalen Auswirkungen des Sozialismus‘ schütze, der die Verweltlichung der Gesellschaft weiter vorantreiben wolle. Vogelsang strebte das genaue Gegenteil an. Ihm war an der Rückbesinnung auf die Grundfesten des christlichen Glaubens gelegen:

„Was unsere christlich-germanische oder abendländische Staats- und Sozialidee vom Staatssozialismus unterscheidet, das ist in erster Linie der Umstand, daß wir eine korporativ gegliederte und organisch entwickelte Gesellschaft anstreben, welche sich mit dem Staat deckt, so daß die Korporationen, wie die Glieder des menschlichen Körpers, jede ihre eigenartige Aufgabe, in Übereinstimmung mit der

²¹⁸ Rousseau (2010), S. 84.

²¹⁹ Vogelsang, Wesen der sozialen Frage (1922), S. 22.

²²⁰ Vogelsang, Wesen der sozialen Frage (1922), S. 19.

anderen, erfüllen, vernunftgemäß geleitet und in Harmonie erhalten durch jenes Organ, in welchem, wie die Nerven im Gehirn, alle anderen Organe ihr Zentralorgan besitzen.“²²¹

Vogelsang war der Auffassung, dass der Staat in seinen Grundzügen wie ein lebender Organismus aufgebaut sei. Die einzelnen Bürgerinnen und Bürger kommen den Gliedern desselben gleich. Er könne lediglich im Zusammenspiel derselben funktionieren. Demzufolge müsse sich der Staat dem Subsidiaritätsgedanken nachkommend einer ständischen Neuordnung unterziehen: *„Eine der wichtigen Errungenschaften des sozialen Katholizismus, der christlichsozialen Bewegung und Partei, ist die schon von Vogelsang stammende Idee der berufsständischen Neuordnung der Gesellschaft als Hauptziel der Sozialreform. Diese Idee wurde später von Heinrich Pesch und Franz M. Schindler weiterentwickelt.*“²²²

Dem sozialistischen Aufruf zum ‚Klassenkampf‘ sollte mit der Mahnung zum ‚Klassenfrieden‘ entgegnet werden. Abermals verschmelzen bei Vogelsang romantische Religiosität, klassische Naturrechtslehre (Gesellschaftsvertrag) und Liberalismuskritik zu einer Einheit.

Den Vorstellungen seiner Zeit entsprechend beziehen sich seine Reformbestrebungen Großteiles auf die Staatsform der Monarchie, an deren Spitze ein idealer Herrsche stehe, sich aktiv in das politische Geschehen einbringe und dem vornehmlich am Volkswohl gelegen sei. Damit entwirft er ein Bild des Staatsoberhauptes, das dem modernen - weitgehend auf seine Repräsentationsfunktion beschränkten – Gedanken, entgegensteht: *„Dies, das christliche, das verantwortliche, das in dem Herzen der Völker festgewurzelte Königtum bildet den schroffsten Gegensatz gegen jene Mißgeburt des Liberalismus, gegen das parlamentarische, das ‚unverantwortliche‘ Königtum, gegen den roi de carton.*“²²³ Zugleich bezieht er sich auf das spätantike Ideal des christlichen Herrschers (rex christianus),²²⁴ dem in erster Linie an einer gottgefälligen Amtsgebarung gelegen sei: *„Zur Zeit der alten christlichen und nationalen Sozialordnung gab es einen sozialen König, einen König, der an der Spitze der ganzen solidarisch verbundenen, produzierenden Gesellschaft stand.*“²²⁵

Der Monarch erfülle hiermit eine essentielle integrative Funktion. Er stifte nicht nur zur Solidarität an, sondern halte auch die verschiedenen Stände zur wechselseitigen Unterstützung

²²¹ Vogelsang, Karl Freiherr von: Autorität und Demokratie. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 47.

²²² Ovečka (1993), S. 54.

²²³ Vogelsang, Karl Freiherr von: Soziales Königtum. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 68.

²²⁴ Vgl. Ewig, Eugen: Die Merowinger und das Frankenreich. Stuttgart: Kohlhammer⁵ 2006, S. 138.

²²⁵ Vogelsang, Soziales Königtum (1922), S. 64.

an, um das Gemeinwohl gedeihlich voranzutreiben. Für Vogelsang war es einleuchtend, dass gerade Österreich für sein Staatsmodell prädestiniert sein müsse: *„Österreich ist katholisch, so lange es ist. Wie das Wasser der heiligen Taufe dem Individuum einen unauslöschlichen Charakter einprägt, den es durch keine Verirrung, keine Schwäche und keinen bösen Willen von sich ablösen kann; so ergeht es auch den Staaten.“*²²⁶

Dieser Textauszug, der sich auf den ersten Blick rein auf die österreichische Bevölkerung bezieht, kann zugleich als Referenz auf die berühmte ‚Pietas Austriaca‘ des Hauses Habsburg begriffen werden.²²⁷ Die katholische Frömmigkeit wurde in der habsburgischen Historiographie traditionell als eine der zentralen ‚Erbtugenden‘ des Erzhauses hervorgehoben.²²⁸ Sie wurde sowohl genealogisch als auch weltanschaulich abgeleitet und war somit weit mehr als der gesteigerte Glaubenseifer einzelner Familienmitglieder.²²⁹ Ihr war von Beginn an ein identitätsstiftender Charakter inhärent, der sich im Zuge der Gegenreformation umso stärker auf die Erblände übertrug. Aus dem konfessionellen Selbstverständnis entspringe die österreichische Kultur, welche die Habsburgermonarchie zu einem genuin christlichen Staatengebilde geformt habe.

Vogelsangs Gesellschaftsreformen waren auf einen weitreichenden Umbruch ausgelegt. Ein solcher müsse akribisch vorbereitet und medial bekannt gemacht werden, um letztlich von Erfolg gekrönt zu sein. Aus dieser Tatsache wird ersichtlich, dass die Zeitungslandschaft für ihn unweigerlich von Interesse sein musste. Er zählte zu den umtriebigsten Publizisten seiner Zeit. Hierin wurde er von einflussreichen Proponenten des konservativen (böhmischen) Adels um Leo Graf von Thun und Hohenstein (1811-1888) ermutigt. Es kam zur Gründung der Zeitschrift ‚Das Vaterland‘ (1860-1911), welche lange als Leitmedium des konservativen Lagers fungierte: *„Das Vaterland vertrat die rechte Seite des politischen Spektrums, den Standpunkt seiner Gründungsväter aus dem böhmischen Adel. Einer der Initiatoren, Leo Graf Thun, hatte im März 1888 den Standort des Blattes mit vier Schlagworten umrissen: das Blatt sei ‚katholisch, österreichisch, konservativ und christlich-sozial.‘ Nach Eintritt Vogelsangs in*

²²⁶ Vogelsang, Karl Freiherr von: Das katholische Österreich. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 126.

²²⁷ Vgl. Winkelbauer, Thomas: Österreichische Geschichte 1522-1699. Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im Konfessionellen Zeitalter. Bd. 2. Wien: Ueberreuter 2004, S. 185.

²²⁸ Vgl. Brockmann, Thomas: Das Bild des Hauses Habsburg in der dynastienahen Historiographie um 1700. In: Kampmann, Christoph, Krause, Katharina, Krems, Eva-Bettina und Tischer, Anuschka (Hg.): Bourbon – Habsburg – Oranien. Konkurrierende Modelle im dynastischen Europa um 1700. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2008, S. 55.

²²⁹ Vgl. Widhalm, Matthias: Genealogie als Mittel der Herrschaftslegitimation. Historiographie des Hauses Habsburg von Leopold I. bis Karl VI. (1658-1740). Berlin: WVB 2020, S. 90-96.

die Redaktion dominierte die christlichsoziale Komponente.“²³⁰ In den nahezu unzählbaren Beiträgen Vogelsangs finden sich bestimmte Leitmotive. Eines davon ist die Vorstellung des freimütigen Adligen, der sich seiner sozialen Verantwortung in der Gesellschaft im klaren sei und dieser gewissenhaft nachkomme.²³¹

Erst unter Vogelsang wurde der christlichsoziale Aspekt in der Berichterstattung des ‚Vaterlands‘ deutlich hervorgestrichen, sodass es zum unverzichtbaren Leitmedium der christlichsozialen Idee wurde. Trotzdem wäre es abwegig, aus diesen einzelnen Artikeln eine systematische Programmatik im klassischen Sinne ableiten zu wollen. Denn erst aus ihrer Gesamtschau ergibt sich ein Gesamtbild, das für sich betrachtet niemals gegeben war: „Vogelsang hat seine Ideen zur Sozialreform nicht systematisch publiziert, sondern verstreut in vielen Zeitschriftenartikeln wiedergegeben. Dank der Initiative seines Schwiegersohns Wiard Klopp (1860-1948), Sohn des Historikers Onno Klopp (1822-1903), liegt aber eine in Buchform zusammengefaßte Darstellung der Lehre Vogelsangs vor.“²³² Es fällt schwer, die verschiedenen Denkipulse Vogelsangs zu ordnen. Sein Fernziel blieb zeitlebens die Bündelung der einzelnen politischen Bewegungen des christlich-konservativen Spektrums in einer gemeinsamen Massenpartei: „Il réunit les groupes catholiques et les sensibilisa aux problèmes sociaux, à la misère, à la crise du logement. Ce cercle des ‚chrétiens unis‘ fut le premier mouvement politique hostile aux libéraux et à leur philosophie du laisser-faire.“²³³

Das ‚Vaterland‘ war sein bevorzugtes Mittel, um den Austausch des konservativen Lagers zu gewährleisten. Die diversen Meinungsführer des politischen Katholizismus‘ hatten trotz ihrer geteilten Wertebasis nur wenig miteinander interagiert. Sie verfolgten mitunter konträre politische Interessen und bedienten unterschiedliche Zielgruppen. Das führte zeitweilig zu heftigen ideologischen Debatten: „Hinter den ‚Vereinigten Christen‘, der vorübergehenden Vereinigung eines Großteils des antiliberalen Lagers, stand auch Karl von Vogelsang der nach wie vor auf die Bildung einer christlichen (katholischen) Volkspartei drängte, die sich vor allem mit massiver Unterstützung des niederen Klerus auf das Kleinbürgertum und die Bauernschaft stützen sollte.“²³⁴ In weit umfänglicherem Maße als die meisten Vertreter des

²³⁰ Ehrenpreis, Petronilla: Die ‚reichsweite‘ Presse in der Habsburgermonarchie. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Tb. 2. Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung. Wien: Verlag der ÖAW 2006, S. 1769.

²³¹ Vgl. Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 67.

²³² Bader, Erwin: Christliche Sozialreform im Sinne von Karl von Vogelsang. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 155.

²³³ Béranger, Jean: Histoire de l’empire des Habsbourg. Bd. II. 1665-1918. Paris: Fayard 2021, S. 441.

²³⁴ Kriechbaumer (2001), S. 246.

konservativ-christlichen Lagers, brachte sich Vogelsang wiederholt in ökonomische Debatten ein. So pochte er auf einen starken Staat, der dem Elend der Arbeiterschaft durch bewusste Eingriffe in die Wirtschaft beikommen sollte:²³⁵

*„Zusammen mit Graf Egbert Belcredi und Dr. Rudolf Meyer war Frh. v. Vogelsang der Begründer der wissenschaftlichen Schule des ‚christlichen Sozialismus‘. Sie verlangte die Widererrichtung des mittelalterlichen Ständestaates, also eine vertikale Gesellschaftsgliederung, vertrat aber andererseits auch moderne Gedanken: eine weitgehende Bodenreform mit Rentengütern und Anerbenrecht, Heimstätten, eine öffentliche Kreditorganisation mit staatlichen und provinziellen Hypothekenanstalten, vom Staate eingeleitete wirtschaftliche Organisationen der Selbsthilfe durch Raiffeisenkassen und Kreditvereine, eine Fabriksgesetzgebung nach englischem Vorbild, Schutz der nationalen Arbeit durch Zölle für die selbständigen Wirtschaftssubjekte und durch soziale Versicherung für die unselbständigen Arbeiter.“*²³⁶

Vogelsangs war weder ein herausragender Ökonom noch ein begnadeter Staatstheoretiker im klassischen Sinne. Er war auch kein versierter Theologe. Dennoch war sein Einfluss von unschätzbbarer Bedeutung. Seine Schriften mögen hierfür entscheidend gewesen sein. In ihnen finden sich Versatzstücke verschiedenster Disziplinen, die von der christlichen Soziallehre und der romantischen Religiosität durchzogen waren. Sein wichtigstes Ziel – eine christlichsoziale Massenpartei - sollte er allerdings nicht erleben. Ob die Christlichsoziale Partei seinen Ansichten entsprochen hätte, ist umstritten. Dass sie sich wiederholt auf ihn berief, ist hingegen eine unbestrittene Tatsache:

*„Die Parteigründung der ‚Christlichsozialen‘ in Österreich, die sich auf Vogelsang als Gründungsvater berufen, geschah nicht direkt von ihm; es wäre denkbar gewesen, daß Vogelsang, wenn er ein Jahr länger gelebt hätte und die Parteigründung beurteilen hätte können, sich damit nicht so eindeutig identifiziert hätte. Warum? Er war bereits ein Skeptiker bezüglich der parteilichen Bindung des Christentums in der Kirche, ja noch mehr, er war ein Skeptiker gegenüber dem Parteiwesen überhaupt, welches damals bestand. Seine Vorstellung war, die Christen der verschiedenen Parteien miteinander zu einer – auch politischen – Gemeinsamkeit zu führen und die divergierenden Kräfte der politischen Parteien damit, zum Wohle der Gesellschaft, zu verringern.“*²³⁷

Vogelsang war niemals ein charismatischer Anführer gewesen. Sein Naturell war nicht dafür geeignet, um eine neue politische Bewegung langfristig etablieren zu können. Gleichwohl war er die Person, welche die folgeschweren Denkanstöße lieferte, um eine ganze Generation von politischen Katholiken zu prägen: *„Most of the young clerics who rose to the upper leadership levels of the Catholic wing of the Christian Social coalition after 1890, most notably Joseph Scheicher and Franz Martin Schindler, depended heavily upon the patronage and the encouragement of Vogelsang.“*²³⁸ Franz Martin Schindler, Alois von Liechtenstein und Karl Lueger bauten auf der Vorarbeit Vogelsangs auf. Der christlichsoziale Abgeordnete

²³⁵ Vgl. Pohanka (1952), S. 104.

²³⁶ Stöger, Walter: Das Verhältnis der Konservativen zur Christlichsozialen Partei. Wien: Universität Wien 1949 (Diss.), S. 11.

²³⁷ Bader (1990), S. 182.

²³⁸ Boyer (1981), S. 167.

Leopold Kunschak (1871-1953) hob diesen Umstand trefflich hervor: *„Daß Vogelsang wie ein Rufender in der Wüste durch seine Zeit geschritten ist, das braucht niemanden verwundern, ihm war und konnte nicht die Ernte beschieden sein, er war ja Sämann, der auf steinigem Boden werkte.“*²³⁹

5.2 Charismatiker, Populist und Bürgermeister. Karl Lueger und seine politischen Leitlinien

Der Stellenwert Dr. Karl Luegers für die weitere Entwicklung der Christlichsozialen Partei kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Mit Vogelsang hatte die Bewegung bereits über einen überaus engagierten und belesenen Vordenker verfügt; ihr fehlte zu diesem Zeitpunkt aber noch eine charismatische Führungspersönlichkeit, um ihre Außenwirkung zu steigern. In der Person Karl Luegers vermeinte man, diese gefunden zu haben. Der im Wiener Volk ausgesprochen populäre Lokalpolitiker erfüllte das gewünschte Anforderungsprofil. Sein Rednertalent hatte ihn über Jahre hinweg zu einem der bekanntesten Oppositionspolitiker der Donaumetropole gemacht. Mit seinen polemischen Reden erreichte er weite Teile der Bevölkerung – vom kleinbürgerlichen Handwerker bis hin zum politisch gebildeten Aristokraten:²⁴⁰ *„An Popularität wurde Dr. Lueger gewiß noch von keinem Menschen in Wien übertroffen. Das verdankt er seiner Leutseligkeit und seiner Gewohnheit, an allen Begebenheiten, auch an Familienereignissen der einzelnen Bewohner herzlichen Anteil zunehmen.“*²⁴¹ Ihm sollte es gelingen, das Stimmenpotential des bürgerlichen Lagers in Wien auszuschöpfen. Schon Vogelsang hatte bei ihm dieses Talent entdeckt, wie der Jesuit Heinrich Abel in seinen Erinnerungen hervorhebt: *„Als nun Schönerer seine Schwenkung nach Berlin machte, traf es sich gerade, daß dem Baron Vogelsang zu seinem 70. Geburtstag eine Abendfeier veranstaltet wurde, bei der Lueger auf Vogelsang die Festrede hielt. Auch ich nahm an der Feier teil. Baron Vogelsang kam auf mich zu und sprach die inhaltschweren Worte: Jetzt haben wir unseren Führer, Lueger muß unser Führer werden.“*²⁴²

Diese Anekdote kann als anschaulicher Beleg für das vielfach als ‚einnehmend‘ überlieferte Wesen Luegers gedeutet werden. Einer seiner ersten Biographen, der deutsche Historiker

²³⁹ Kunschak, Leopold: Werden und Reifen der ständischen Idee. Wien: Bund christlicher Arbeiter und Angestellter 1936, S. 10-11.

²⁴⁰ Vgl. Kuppe, Rudolf: Festschrift zu der am Sonntag, den 19. September 1926 stattfindenden Enthüllung des Dr. Karl Lueger-Denkmal. Wien: Typographische Anstalt 1926, S. 7.

²⁴¹ Tomala, Leopold: Unser Bürgermeister Dr. Karl Lueger. Festschrift zu seinem 60. Geburtstag. Gewidmet allen, die seine Tatkraft schätzen, als ein Vorbild zur Nacheiferung. Wien: Friedrich Jasper 1904, S. 33.

²⁴² Schmitz, Hans: Aus P. Abels Erinnerungen (1923), S. 342.

Heinrich Schnee (1895-1968), beschreibt, dass sich Lueger und Vogelsang anfangs keineswegs verstanden hatten: *„Zwischen beiden Männern bestanden anfangs ziemliche Gegensätze in religiöser und sozialpolitischer Hinsicht. Hatte doch Lueger einmal bei einer Zusammenkunft im Hause der Gräfin Zichy ausgerufen: ‚Uns trennt eine ganze Weltanschauung.‘“*²⁴³ Die anfängliche Antipathie wich aber bald dem wechselseitigen Respekt. Es war nämlich Vogelsang selbst, der Lueger zum idealen Parteiobmann proklamiert hatte. Dessen Werdegang sollte ihm Recht geben. Noch Ignaz Seipel wurde in seiner Ansprache anlässlich der Eröffnung des Luegerdenkmals in Wien (1926) nicht müde, dessen integrale Bedeutung für die Christlichsozialen hinlänglich zu betonen: *„Die Geschichte der christlichsozialen Partei beginnt nicht mit einem Programm, nicht mit einem Manifest, nicht mit dem Beschluß einiger Unzufriedener oder Reformer, sondern mit einem Mann, mit Dr. Karl Lueger.“*²⁴⁴

Der Lebenslauf Karl Luegers bestätigt diese pathetischen Worte; denn er hing niemals einer bestimmten Ideologie an: *„Ein feuriger Geist, der sich unter hartem Kampfe Bahn zu brechen wußte. Unaufhaltsam strebte er seinem Ziele zu. Welches war sein Ziel? Lueger schwieg sich darüber aus. Ich glaube, daß sich dieser Mann überhaupt kein absehbares Ziel gesteckt hatte. Er wollte nur vorwärts, immer weiter und weiter, so weit menschliche Möglichkeit es zuließ.“*²⁴⁵ Sein Wirken war von Diskontinuitäten und Brüchen gezeichnet. Er hatte verschiedenen Fraktionen angehört und sich wiederholt neu erfunden. Zu den prägenden Parteiführern seiner Jugendjahre zählten der Wiener Bürgermeister Cajetan Felder (1814-1894) und Georg Ritter von Schönerer. Letzterer beeinflusste sein Denken und Auftreten in ähnlichem Maße wie Vogelsang: *„Die Hauptrolle im sozialpolitischen Leben Luegers spielen zuerst Schönerer und dann Baron Vogelsang. Die Uranfänge der christlichsozialen Bewegung beginnen in Korneuburg mit der Wahl Ursins (des Älteren), der die Parole ausgegeben hatte: wir sind Christen und keine Juden. Darum nannte sich die Partei die ‚vereinigten Christen‘. Führer wurde bald Schönerer. Auch Lueger schloß sich ihnen an.“*²⁴⁶ Schon in seinen Studienjahren war eine Tendenz zu katholisch-konservativen Kreisen erkennbar. Sie äußerte sich vor allem darin, dass er bewusst nicht einer der zahlreichen deutschnational-liberalen Burschenschaften beigetreten war, sondern sich ausdrücklich für die

²⁴³ Schnee, Heinrich: Bürgermeister Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Deutschen. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1936, S. 17.

²⁴⁴ Seipel, Ignaz: Unser Lueger. In: Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns. Lueger Festnummer. Jg. 33 Nr. 259 (19. September 1926), S. 2.

²⁴⁵ Beskiba, Marianne: Aus meinen Erinnerungen an Dr. Karl Lueger. Wien: Selbstverlag 1911, S. 6.

²⁴⁶ Schmitz (1923), S. 341.

habsburgtreue AV Hilaria Wien entschieden hatte (1862).²⁴⁷ Im Angesicht dessen wirkt es zugegebenermaßen fast makaber, dass er ausgerechnet bei den Liberalen seine ersten politischen Schritte gemacht hatte. Schließlich sollte er sich aber auch zu einem ihrer schärfsten Gegner wandeln: *„Die Krise des Liberalismus löste Gegenkräfte aus, die durch den charismatischen Populisten Dr. Karl Lueger, der als Demokrat aus dem linken liberalen Spektrum kam, zu einer Koalition geschmiedet wurden: das antiliberalen Bündnis von politischem Katholizismus, Mittel- und Kleinbürgertum und Antisemitismus.“*²⁴⁸

In dieser Zeit begann er unverblümt gegen die Verfehlungen der liberalen Stadtregierung Wiens zu wettern. Die Auswirkungen des Wiener Börsenkrachs (1873) hatten ihn in seiner Kritik bestärkt.²⁴⁹ Zugleich wusste er, dass sein persönlicher Aufstieg unauflöslich an seinen eigenen Bekanntheitsgrad gebunden war. Das befeuerte seinen unbändigen Oppositions- und Profilierungswunsch:²⁵⁰ *„Luegers Aufstieg galt den Liberalen als Negation und Aufhebung ihrer Errungenschaften; er bewahrte viele Elemente davon und verband sie auf einer anderen Ebene zu einer neuen Synthese, auch wenn seine Gegner bezweifeln mochten, daß es eine höhere sei.“*²⁵¹

Seine vormalige Zugehörigkeit zu den Liberalen hatte ihn allerdings von Beginn an keineswegs daran gehindert, zunächst in seinem Heimatbezirk (Wien Landstraße) und ab 1875 im Gemeinderat, heftige Anwürfe gegen die Missstände in der Wiener Stadtverwaltung vorzubringen. Im jüdischen Mediziner Ignaz Mandl (1833-1907) hatte er einen wichtigen Verbündeten gefunden: *„Lueger begann die öffentliche Wirksamkeit als Korruptionstöter, als eine Art Herkules, der den Augiasfall der Gemeinde Wien zu reinigen auf sich nahm. Er akzeptierte dabei die sich ihm zugesellenden Genossen und Helfer, ich möchte sagen ungeschaut; er bildete mit dem Juden Mandl eine Art Dioskurenpaar; er schlug sich zu den Demokraten, den Reformern.“*²⁵² Luegers Aufstieg erfolgte in erster Linie über den polemischen Tadel an der Bürokratie, der er nicht nur systematische Korruption und tradierte Ineffizienz, sondern auch strukturelles Versagen attestierte. Um seinen Forderungen breite Zustimmung zu sichern, bemühte er gängige Feindbilder: *„Lueger war ein Redner von Gottesgnaden, mit allen Vorzügen ausgestattet, die ihn zum führenden Volksmann befähigten.“*

²⁴⁷ Vgl. Ehrlich, Anna: Karl Lueger. Die zwei Gesichter der Macht. Wien: Amalthea 2010, S. 26.

²⁴⁸ Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 76.

²⁴⁹ Vgl. Pemsel, Jutta: Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt. Wien / Köln: Böhlau 1989, S. 83.

²⁵⁰ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 243-244.

²⁵¹ Höbelt (1999), S. 132.

²⁵² Scheicher, Josef: Erlebnisse und Erinnerungen. Bd. 4. Aus dem politischen Leben (1.). Wien / Leipzig: Carl Fromme 1911, S. 411.

Er war von unübertroffener Schlagkraft, von sprühendem Witz, der ihm in allen Lagen zu Gebote stand. Im Streit der Meinungen mit Gegnern fühlte er sich wohl, wuchs ihm der Mut, wußte er immer den Nagel auf den Kopf zu treffen. Vor allem war er ein Redner für die Wiener.“²⁵³ Sein nahezu unstillbarer Drang nach Zuspruch war es, der sein gesamtes politisches Streben charakterisierte: „Lueger liebte es, mit Kette und Orden aller Art geziert, kurz mit viel Pomp aufzutreten. Wahrscheinlich meinte er, daß ihn alle Menschen bewundern würden, vielleicht auch beneiden.“²⁵⁴ Er neigte zur Inszenierung; ein Talent, das ihm fraktionsübergreifende Freundschaften einbrachte: „So brachte er es schließlich fertig, die entgegengesetzt scheinenden Elemente um sich zu scharen und aus ihnen eine einheitliche, ihm in unbedingter Treue ergebene, stets schlagfertige Armee zu schaffen.“²⁵⁵ Es ist erneut darauf hinzuweisen, dass er nicht als dogmatischer Ideologe, sondern als pragmatischer Populist agierte. Das wirkte sich auch auf die Zusammensetzung seiner Wählerschaft aus: „Sie war natürlich aus den heterogensten Elementen zusammengesetzt: unzufriedene junge Liberale, Demokraten, denen die sogenannten Altliberalen zu kapitalistisch erschienen, Deutschnationalen, die mit Schönerer an der Spitze schon früher den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen hatten, Alldeutsche, das sind die nicht gar zahlreichen deutschen Irredentisten, und endlich alle Schattierungen der konservativ-klerikalen Partei.“²⁵⁶ Dass mit Lueger ein neuer Politikertypus in die Wiener Gemeindepolitik eingetreten war (1875), bestätigt sogar einer seiner erbittertsten Gegner. Der Wiener Bürgermeister Cajetan Felder bezeichnete sein kommunalpolitisches Engagement nämlich als einen Wendepunkt in der Stadtgeschichte: „Die Neuwahlen im Frühjahr 1874 machten die Stadt Wien des unheilschwangeren Glückes teilhaftig, durch die Wahl im dritten Bezirk die Herren Dr. Ignaz Mandl und Dr. Karl Lueger in den Schoß der kommunalen Vertretung zu bekommen. Der Tag ihres Eintrittes bezeichnet einen Wendepunkt im Wiener Gemeindeleben, den die Stadtannalen bis in die neueste Zeit mit tiefschwarzer Tinte zu verzeichnen haben.“²⁵⁷

Dass Lueger ein versierter Redner war, belegen zahlreiche Quellen. So skizziert etwa der österreichische Schriftsteller Felix Salten (1869-1945) in seinem Essay ‚Das österreichische Antlitz‘ (1910) dessen eindrucksvolle Erscheinung: „Eine glänzende Bühnenerscheinung; die

²⁵³ Kuppe (1926), S. 6.

²⁵⁴ Scheicher (1911), S. 415.

²⁵⁵ Kuppe (1926), S. 7.

²⁵⁶ Kielmannsegg, Erich Graf: Kaiserhaus, Staatsmänner und Politiker. Aufzeichnungen des k.k. Statthalters Erich Graf Kielmannsegg. Mit einer Einleitung von Walter Goldinger. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1966, S. 367.

²⁵⁷ Felder, Cajetan: Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters. Wien / Hannover / Bern: Forum Verlag 1964, S. 215.

beste, die es für das Rollenfach des Demagogen gibt.“²⁵⁸ Er habe es verstanden, seine Zuhörerschaft auf verschiedenen Ebenen zu fesseln: „*Er agierte während des Sprechens sparsam, jedoch in dem Gestus, den er an Höhepunkten der Rede gebrauchte, namentlich wenn sie sich zu Anklage oder feierlicher Beteuerung erhob, war eine klassisch pathetische Note. Seine klare Stimme durchdrang auch den schlimmsten Tumult. Seine Rhetorik bewegte sich in einfachen Sätzen. Er hatte die Gabe, die Dinge so beim Namen zu nennen, daß sie auch der einfachste Mann sofort verstand.*“²⁵⁹ Derart gelang es ihm innerhalb kürzester Zeit, sich den Nimbus eines ‚Volkstribunen‘ zu erarbeiten: „*Da kam Lueger, der ‚schöne Karl‘, und verstand nicht nur den Kleinbürgern zu sagen, was sie gerne vernahmen, sondern es auch in einer Sprache zu sagen, die ihnen behagte. Bis dahin führerlos, hatten sie nun gewissermaßen einen Lautsprecher für ihre Klagen gefunden.*“²⁶⁰

Lueger adressierte gezielt die bestehenden Ängste und Sorgen des Kleinbürgertums und befeuerte sie:²⁶¹ „*Aber Lueger hatte das hunderttausendfache Echo im Volke für sich. Die unmittelbare Fühlung, die er zum Volke herzustellen wußte, war so stark, daß seine Reden, dann in der Zeitung gedruckt, oft durch ihren Wortlaut kaum die Begeisterung erklärlich machten, die sie in der Zuhörerschaft erweckt hatten.*“²⁶² Infolgedessen wuchs seine Anhängerschaft kontinuierlich an.²⁶³ Seine Auftritte entwickelten sich zu außerordentlich beliebten Großereignissen: „*Dr. Karl Lueger hat in der innern Geschichte Österreichs eine große Rolle gespielt. War er doch der erste, der mit ansehnlichem Erfolge, die demagogischen Methoden ins öffentliche Leben einführte.*“²⁶⁴

Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt seines Erfolges lag wohl in seinem ausgeprägten Sprachgefühl begründet. Er kokettierte mit der medialen Empörung und appellierte an die Gefühlslage seiner Gefolgsleute: „*Seine Wählerschaft erreichte er in den Gasthäusern, den Betrieben und auf den Märkten der Vororte und Vorstädte, wo er gegen den Liberalismus und das Judentum wettete. Er nahm sich der Probleme der Kleinbürger an und gewann somit das*

²⁵⁸ Salten, Felix: Das österreichische Antlitz. Essays. Berlin: S. Fischer² 1910, S. 130.

²⁵⁹ Funder (1952), S. 100.

²⁶⁰ Sieghart, Rudolf: Die letzten Jahrzehnte einer Grossmacht. Menschen, Völker, Probleme des Habsburger-Reichs. Berlin: Ullstein 1932, S. 312.

²⁶¹ Vgl. Karsten, Arne: Der Untergang der Welt von gestern. Wien und die k.u.k. Monarchie 1911-1919. München: C.H. Beck 2019, S. 19-20.

²⁶² Funder, Friedrich: Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. Wien: Herold 1952, S. 101.

²⁶³ Vgl. Gröller, Harald: Facetten des Personenkults um Karl Lueger. Eine Annäherung. In: Blume, Hermann, Grossegger, Elisabeth, Sommer-Mathis, Andrea u.a. (Hg.): Inszenierung und Gedächtnis. Soziokulturelle und ästhetische Praxis. Bielefeld: Transcrip 2014, S. 73.

²⁶⁴ Sieghart (1932), S. 311.

*Vertrauen einer bis dahin orientierungslosen Wählergruppe.*²⁶⁵ Daraus folgt, dass die politischen Erfolge Luegers kaum auf rationalen Argumenten fußten. Sie entsprangen vielmehr den Wünschen und Erwartungen seiner Wählerschaft:²⁶⁶ *„Lueger handelte mit dem Zynismus und Sarkasmus in seinen Reden zielbewußt; er kannte seine Wiener genau, die an jeder ‚Hetz‘ ihre Freude haben und so gern einem ausgesuchten Grobian mit den Worten Anerkennung zollen: ‚Der hat’s eam aber urdentli g’sagt!‘“*²⁶⁷ Das erlaubte es ihm, sich fortwährend als eine Art Personifikation der Wiener Lebensart zu gerieren.²⁶⁸ Dies vermittelte wiederum die zuvor erwähnte ‚Volksnähe‘. Auch Friedrich Funder erblickte hierin den Grundstein seines unaufhaltsamen Aufstiegs.²⁶⁹

*„Die Macht seiner Persönlichkeit wäre nicht im entferntesten durch seine Rednergabe zu erklären, wenn Lueger nicht ein ganzer Wiener gewesen wäre, die Verkörperung eines Volkes, das gutherzig, liebenswürdig, fröhlich und doch ein wenig skeptisch und zur Kritik an den eigenen Dingen geneigt, fest verankert ist in der Liebe zu seiner Stadt und ihren Traditionen, und selbst dort, wo es zum Abscheu norddeutscher Pedanten und bürokratischer Umstandsmeier oberflächlich und leichtsinnig wird, einen Zug ins Musische, Künstlerische hat.“*²⁷⁰

Lueger war es gelungen, seinen Bekanntheitsgrad zu steigern. Trotzdem befand er sich in einem veritablen Dilemma. Er musste zu seinem eigenen Missfallen erkennen, dass in der österreichischen Parteienlandschaft weiterhin keine Partei zu finden war, die seinen Ambitionen gerecht werden konnte. Zugleich war er nicht der einzige Demagoge seiner Zeit. Er war lange im Schatten des deutschnationalen Wortführers Georg Ritter von Schönerer gestanden.²⁷¹ Es bedurfte eines wahrhaftigen Skandals, um aus diesem hervortreten zu können.²⁷² Erst mit dem Ausscheiden Schönerers aus der Tagespolitik konnte Lueger sein volles Potential ausschöpfen.²⁷³ Im Gegensatz zu diesem war es ihm auch geglückt, eine breite Bewegung zu schaffen: *„Wurstkesselpartei“ wurden die vereinigten Christen gescholten [...]. Mancher Führer brachte sein Fähnlein – auch Schönerer -, schwenkte aber später ab, der größte Teil des Fähnleins blieb zurück. Die Parteigruppen zerbröckelten, die Schattierungen schwanden und wie ein mächtiger Strom schwoll die Volksbewegung an, der*

²⁶⁵ Heimann, Elisabeth: Die (Selbst-)Inszenierung Karl Luegers und die Rezeption nach 1910. Weitra: Bibliothek der Provinz 2015, S. 38.

²⁶⁶ Vgl. Pittler, Andreas: Karl Lueger. 1844-1910. Wien: Carl Gerold’s Sohn 2012, S. 32.

²⁶⁷ Kielmannsegg (1966), S. 370.

²⁶⁸ Vgl. Gröller (2014), S. 74.

²⁶⁹ Vgl. Höbelt (1999), S. 132.

²⁷⁰ Funder (1952), S. 101-102.

²⁷¹ Vgl. Bruckmüller, Ernst: Österreichische Geschichte. Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2019, S. 407.

²⁷² Vgl. Boyer (1981), S. 220.

²⁷³ Vgl. Boyer (1981), S. 220.

Lueger angehörte.²⁷⁴ Ernst Bruckmüller und Berthold Sutter (1923-2004) fassen die markanten Wesensunterschiede beider Charaktere folgendermaßen zusammen:

*„So veranlasste der Führer der irredentischen Alldutschen, Georg von Schönerer, auf Grund seiner in hohem Maße nichtintegrativen Persönlichkeitsstruktur ständige Spaltungen und Neubildungen im Bereich der radikalen Deutschnationalen. Das gegenteilige Phänomen ist bei Dr. Karl Lueger, dem unbestrittenen Führer der Christlichsozialen, zu beobachten. Ihm gelang es auf Grund seines persönlichen Charismas, zumal in Wien und Niederösterreich, ab 1890 überaus heterogene Gruppierungen – Bauern und Gewerbetreibende, Hausbesitzer und christliche Gewerkschafter, radikale Rassenantisemiten und katholische Sozialreformer, Deutschnationale und kaisertreue österreichische Patrioten – hinter sich zu versammeln.“*²⁷⁵

Schönerer mag bereits lange vor Lueger die Mechanismen der Demagogie für sich entdeckt haben, doch erst Lueger vermochte es, sie in bisher ungekannter Manier zu bedienen.²⁷⁶ Deshalb mussten sie unweigerlich in ein erbittertes Konkurrenzverhältnis eintreten.²⁷⁷ Denn an ihnen spaltete sich auch die kleinbürgerliche Zuhörerschaft. Das berichtet auch der Sozialdemokrat Dr. Karl Renner (1870-1950) in seinen Lebenserinnerungen: *„Die Kommilitonen waren in den Wirbel der Tagespolitik hineingerissen und so wie Kern allesamt gehässige Antisemiten geworden, allerdings untereinander uneins, ein Teil hing eher Schönerer, ein Teil Lueger an.“*²⁷⁸

Nach 1873 war die liberale Vorherrschaft sichtlich im Abstieg begriffen.²⁷⁹ Dies galt sowohl für die Wiener Kommunalpolitik als auch auf Reichsebene. In Wien hatte nicht zuletzt der autokratische Führungsstil Cajetan Felders für innerfraktionelle Spannungen gesorgt.²⁸⁰ Die liberale Wählerschaft war durch die fortschreitende Industrialisierung heterogener geworden; eine Entwicklung, die gewiss ihren Einfluss schwinden ließ: *„Wurden die Liberalen anfangs durch den gemeinsamen Kampf gegen die Feudalherrschaft zusammengehalten, so war sehr bald zu erkennen, daß sich schon allein aus der verschiedenartigen Beurteilung der in der Manufaktur und im nachfolgenden frühgründerzeitlichen Industriebetrieb üblichen Produktionsweisen Gegensätze ableiten mussten.“*²⁸¹

²⁷⁴ Stauracz, Franz: Dr. Karl Lueger. Zehn Jahre Bürgermeister. Im Lichte der Tatsachen und nach dem Urteile seiner Zeitgenossen, zugleich ein Stück Zeitgeschichte. Wien / Leipzig: Wilhelm Braumüller 1907, S. 139.

²⁷⁵ Sutter, Berthold und Bruckmüller, Ernst: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861-1918). In: Bruckmüller, Ernst (Hg.): Parlamentarismus in Österreich. Wien: ÖBV 2001, S. 81-82.

²⁷⁶ Vgl. Wohnout (2011), S. 51.

²⁷⁷ Vgl. Hanisch (2005), S. 118.

²⁷⁸ Renner, Karl: An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen. Wien: Danubia 1946, S. 231.

²⁷⁹ Vgl. Maderthaler, Wolfgang: Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945. In: Csendes, Peter und Oppl, Ferdinand (Hg.) Wien. Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2006, S. 204.

²⁸⁰ Vgl. Czeike, Felix: Geschichte der Stadt Wien. Wien / München / Zürich / New York: Molden 1982, S. 237.

²⁸¹ Czeike (1982), S. 238.

Aber auch die Liberalen selbst waren mittlerweile weltanschaulich gespalten. Nicht zuletzt der Wiener Börsenkrach (1873) hatte die schwerwiegenden sozialen Folgen der industriellen Revolution und des ungezügelter Kapitalismus‘ offengelegt.²⁸² *„Die Depression hatte eine Abkehr von den politischen und ideologischen Werten der Früh- und Hochgründerzeit und von den Idealen des Manchester-Liberalismus sowie eine Rückkehr zu staatlicher Reglementierung und vorindustriellem Denken ausgelöst, der Wettbewerbskapitalismus ging in den Trustkapitalismus über [...]“*²⁸³ Mit der nunmehr einsetzenden Erosion des liberalen Lagers begann der Kampf um dessen unzufriedene Wählerschaft.²⁸⁴ Lueger nahm dies zum Anlass, um die politischen wie ökonomischen Eliten der Gründerzeit energisch anzugreifen:²⁸⁵

*„Lueger und seine Freunde waren sosehr von der Überzeugung erfüllt, daß die politisch dominierende Oberschicht verantwortlich zu machen sei für die Ausartung der nationalen Kämpfe und die Vernachlässigung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschrittes, daß sie im allgemeinen gleichen Wahlrecht den Aufruf der großen Massen der arbeitenden Stände gegen die nationale Zwietracht und zum Selbstschutz ihrer mit der Wohlfahrt des Staates verbundenen Lebensinteressen erblickten.“*²⁸⁶

Auch in dieser Situation beschritten Schönerer und Lueger ähnliche Wege, indem sie Großunternehmer für die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten verantwortlich machten. In den meisten Fällen bedienten sie antisemitische Klischees: *„Während nämlich das Großbürgertum längst geschlossen dastand und die Arbeiterschaft auf dem Weg über die Arbeitsstätte leicht zu organisieren war, bedurfte es beim Kleinbürgertum eines zugkräftigen Schlagworts, das geeignet war, es aus seiner Passivität zu reißen: Lueger fand es im wirtschaftlichen Antisemitismus, mit dessen Hilfe es tatsächlich gelang, die Mehrheitsverhältnisse zu verändern.“*²⁸⁷ Hier sind auf den ersten Blick nur geringe Unterschiede zwischen ihnen auszumachen.²⁸⁸ Das stellte die deutsche Historikerin Brigitte Hamann (1940-2016) in ihrer Monographie *„Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators“* (1996) fest: *„Als einigendes Feindbild dieser gegensätzlichen Gruppen diente der allen gemeinsame Antisemitismus.“*²⁸⁹

²⁸² Vgl. Czeike (1982), S. 238.

²⁸³ Vgl. Czeike (1982), S. 242.

²⁸⁴ Vgl. Czeike (1962), S. 62-63.

²⁸⁵ Vgl. Rumpler, Helmut: *Österreichische Geschichte. 1804-1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie*. Wien: Ueberreuter 1997, S. 465-466.

²⁸⁶ Funder (1952), S. 233.

²⁸⁷ Czeike (1982), S. 244.

²⁸⁸ Vgl. Pittler (2012), S. 32.

²⁸⁹ Hamann, Brigitte: *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*. München / Zürich: Piper⁸ 2006, S. 404.

Doch bei genauerer Betrachtung wird deutlich, dass Luegers antisemitische Äußerungen anderen Leitlinien folgten:²⁹⁰ „Daß Lueger keineswegs prinzipielle oder gar rassische Vorurteile hatte, beweisen hinlänglich seine Äußerungen als Bürgermeister, als er sich selbst mit jüdischen Ratgebern umgab und unverhohlen eingestand, daß es sich beim Antisemitismus nur um einen ‚Pöbelsport‘ handle, dessen man sich bediene, wenn man an die Macht gelangen wolle.“²⁹¹ Während die Judenfeindlichkeit Schönerers eindeutig auf rassische Erwägungen zurückzuführen war, entstammte der Antisemitismus Luegers vornehmlich ökonomischen und konfessionellen Beweggründen.²⁹² Diese Ansicht teilten bereits seine Zeitgenossen, die ihn vielfach mit dem Vorwurf konfrontiert hatten, lediglich aus Kalkül antisemitisch zu agieren;²⁹³ ein verbreiteter Gedanke, der von Hannah Arendt (1906-1975) in ihrer Schrift ‚Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft‘ (1955) prominent aufgegriffen wurde. Auch sie zog eine strikte Trennlinie zwischen dem christlichsozialen und dem deutschnationalen Antisemitismus:

„Der Antisemitismus der Christlich-Sozialen, die dann das zerfallende Erbe des ehemaligen Reiches verwalten sollten, war ein rein demagogischer Stimmenfang, hinter dem sich jene typisch widerspruchsvolle Haltung zu den Juden verbarg, die die Konsequenz der jüdischen Positionen in den modernen Staaten gewesen war und sich in übergroßer Freundschaft für die jüdischen Geschäftsleute und Bankiers und in außerordentlicher Feindseligkeit gegen die jüdische Intelligenz äußerte.“²⁹⁴

Die Christlichsozialen profitierten von der wirtschaftlichen Unzufriedenheit und den Abstiegsängsten des Kleinbürgertums. Sie agierten aber nicht mit der weltanschaulichen Radikalität der Deutschnationalen; eine Sichtweise, die auch Stefan Zweig (1881-1942) in seinem autobiographischen Werk ‚Die Welt von gestern‘ (1942) teilte: „Gegen seine Gegner bewahrte er [...] Noblesse, und sein offizieller Antisemitismus hat ihn nie gehindert, seinen früheren jüdischen Freunden wohlgesinnt und gefällig zu bleiben.“²⁹⁵

Auch der Statthalter von Niederösterreich, Erich Graf von Kielmansegg (1847-1923), erwähnt eine vergleichbare Anekdote: „Einstmals, bald nach dem Antritt seines Bürgermeisteramtes, kam die Rede auf den Antisemitismus. Er erklärte mir damals wörtlich, der sei für ihn nur ein Massen köderndes Schlagwort, er selbst achte und schätze viele Juden und werde keinem derselben je geflissentlich Unrecht tun; sein eigener Antisemitismus reiche nur bis in die

²⁹⁰ Vgl. Czeike, Felix: Wiener Bürgermeister. Eine Geschichte der Stadt Wien. Wien / München: Jugend und Volk 1975, S. 77.

²⁹¹ Czeike (1982), S. 244.

²⁹² Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1955, S. 76.

²⁹³ Vgl. Ehrlich (2010), S. 98.

²⁹⁴ Arendt (1955), S. 75.

²⁹⁵ Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Köln: Anaconda 2013, S. 95-96.

*Fichtengasse, das ist die Redaktion der ‚Neuen Freien Presse‘.*²⁹⁶ Rudolf Siegharts sprach Lueger sogar gänzlich vom Vorwurf des Antisemitismus‘ frei. Denn er habe niemals aus Überzeugung derartige Hetze betrieben, sondern stets aus bloßer Berechnung gehandelt: *„Lueger selbst hatte keine Spur vom Antisemiten in sich, wohl aber sah er in der Strömung einen willkommenen Mauerbrecher gegen die großbürgerlich-liberale Partei.“*²⁹⁷ Sogar Arthur Schnitzler (1862-1931) pflichtet dieser Einschätzung bei: *„So unbedenklich er die niedrigsten Instinkte der Menge und die allgemeine politische Atmosphäre für seine Zwecke zu nützen wußte, im Herzen war er, auch auf der Höhe seiner Popularität, sowenig Antisemit als zu der Zeit, da er im Hause des Dr. Ferdinand Mandl mit dessen Bruder Ignaz und anderen Juden Tarock spielte.“*²⁹⁸ Dass Lueger offen mit antisemitischen Feindbildern spielte, ist unbestritten; ebenso der berechnende Grundcharakter hinter diesem Mobilisierungsmechanismus. Im Laufe seines Lebensweges zeigte sich, dass seine Äußerungen mit dem Wachstum der Partei sichtlich milder wurden.²⁹⁹ Er gab sich staatstragend und für seine Verhältnisse gemäßigt.³⁰⁰ Das stützt die zuvor angeführten Einschätzungen seiner Zeitgenossen und wird auch vom kaiserlichen Kammerdiener Eugen Ketterl (1859-1928) hervorgehoben: *„Lueger hatte seine Karriere bei den Liberalen begonnen, war in seiner Blütezeit radikaler Antisemit, um dann an seinem Lebensende eigentlich dem gemäßigteren Flügel der von ihm zur Größe emporgeführten Partei anzugehören.“*³⁰¹ Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts stieg die christliche Soziallehre zum neuen Leitthema seiner Ansprachen auf. Seine Rede am Zweiten Katholikentag (1889) wird in der Historiographie oftmals als sein erstes öffentliches Bekenntnis zur christlichsozialen Bewegung gewertet:³⁰² *„Catholicism offered Lueger an ideology that could integrate the disparate anti-liberal elements which had been moving in contradictory directions as his career developed: democracy, social reform, anti-Semitism, and Habsburg loyalty.“*³⁰³

Demnach war sich Lueger im Klaren, dass er das Amt des Wiener Bürgermeisters nur erringen konnte, wenn er sich staatstragender gebärdet. Er musste die Verbindung zu Adel

²⁹⁶ Kielmannsegg (1966), S. 382.

²⁹⁷ Sieghart (1932), S. 312.

²⁹⁸ Schnitzler, Arthur: Jugend in Wien. Eine Autobiographie. Frankfurt am Main: S. Fischer 2006, S. 142.

²⁹⁹ Vgl. Czeike (1975), S. 76.

³⁰⁰ Vgl. Czeike (1962), S. 20-21.

³⁰¹ Ketterl, Eugen: Der alte Kaiser. Wie nur Einer ihn sah. Der Wahrheitsgetreue Bericht des Leibkammerdieners Kaiser Franz Josephs I. Wien / München / Zürich / Innsbruck: Molden 1980, S. 165.

³⁰² Vgl. Boyer (2010), S. 110.

³⁰³ Schorske, Carl E.: Fin-De-Siècle Vienna. Politics and Culture. New York: Alfred A. Knopf 1979, S. 140.

und Bürgertum suchen. Schließlich waren sie aufgrund des geltenden Zensuswahlrechts von großer wahlarithmetischer Bedeutung. Ihn unterstützten dabei der Hocharistokrat Alois von Liechtenstein und der Jesuit Heinrich Abel. Lueger hatte zuvor nur wenige Anknüpfungspunkte zum Adel gehabt. Abel war für ihn eine Brücke zum Klerus und dem niederen Adel: *„Lueger war sehr viel daran gelegen, auch den Adel und den Klerus für die christlichsoziale Partei zu gewinnen. Für den Adel benützte er mich, da ich durch meine Stellung in Kalksburg mit vielen Adeligen zusammenkam und bekannt war.“*³⁰⁴ Liechtenstein entstammte hingegen einem der angesehensten Fürstenhäuser der Habsburgermonarchie. Er konnte wertvolle Beziehungen zum Hof- und Hochadel aufweisen: *„Es ist das Verdienst Alois Liechtensteins, der Partei die Bahn zum Hochadel und zu den höfischen Kreisen geöffnet zu haben.“*³⁰⁵ Ab diesem Zeitpunkt verkehrte Lueger regelmäßig in den wichtigsten Salons Wiens. Für den weiteren Werdegang der christlichsozialen Bewegung war insbesondere die Bekanntschaft mit Melanie Gräfin Zichy-Metternich (1832-1919) von Bedeutung. In ihrem Hause hatte er 1887 Karl von Vogelsang kennengelernt:³⁰⁶ *„Die Gräfin Zichy-Metternich, die noch in ihrem ehrwürdigen Alter überall mittut, wo es katholische Interessen zu fördern gibt, hatte im XIII. Bezirke in der Gloriettegasse ein Heim, in welchem sie ab und zu ältere und jüngere Herren unter Führung des Baron Vogelsang versammelte. Es wurde in den Versammlungen ausschließlich über soziale Themen gesprochen.“*³⁰⁷

Felix Czeike konstatierte trefflich, dass es Lueger gelungen war, eine neue Herangehensweise an die Politik zu etablieren:

*„Vielleicht charakterisiert man Lueger, wie es zuweilen geschieht, tatsächlich am besten als einen ‚Mann zwischen den Zeiten‘, der zwischen der bürgerlichen Revolution des vorigen und der Demokratisierung unseres Jahrhunderts mit allen ihren politischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen seine Wirksamkeit entfaltete – gewissermaßen zwischen einer Welt von gestern und einer Welt von morgen stehend, konservativ und zukunftsweisend zugleich, umgänglich und diktatorisch, weltoffen und dogmatisch.“*³⁰⁸

Er war zeitlebens ein höchst widersprüchlicher Politiker. Ihn trieben sein persönlicher Ehrgeiz und seine Gier nach Popularität. Ideologische Grundarbeit hatte für ihn einen geringen Stellenwert. Erst die Allianz mit Vogelsang trug entscheidend zur Akzeptanz Luegers in der

³⁰⁴ Schmitz (1923), S. 344.

³⁰⁵ Sieghart (1923), S. 318.

³⁰⁶ Vgl. Belcredi, Egbert. Tagebücher 1850-1894. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Malíř, Jiří (Hg.): Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850-1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016, S. 819.

³⁰⁷ Schindler, Neun Jahre Entenabende (1923), S. 306.

³⁰⁸ Czeike (1982), S. 246-247.

intellektuellen Oberschicht der Donaumetropole bei.³⁰⁹ Sie einte ihre Gegnerschaft zum Liberalismus:³¹⁰

„Als Kommunalpolitiker habe ich Lueger stets auf das höchste Bewundert. Es steht fest, daß er den Typus des großen sozialen Bürgermeisters geradezu geschaffen hat. Bei seinen diesbezüglichen Aktionen habe ich im Finanzministerium seine Bestrebungen nach Kräften unterstützt, soweit dies meinem Ressort entsprach. Es ist gewiß charakteristisch, daß es gerade ein christlichsozialer Politiker war, der der Übermacht des Großkapitals in Unternehmungen von öffentlicher Bedeutung wirksam entgegentrat und Straßenbahnen, Gas und Elektrizität der Obsorge der Gemeinde überantwortete.“³¹¹

Lueger hatte von verschiedenen politischen Gruppen inhaltliche wie weltanschauliche Facetten übernommen und für seine Zwecke adaptiert. Er verfügte in seiner Laufbahn nur über wenige Grundkonstanten. Zu diesen zählten seine prohabsburgische und antilibérale Gesinnung;³¹² zwei Eigenschaften, die er auch seinen Nachfolgern auftrug.³¹³

5.3 Katholische Soziallehre im Alltag denken. Die Entenabende der Christlichsozialen

Mit Vogelsang hatte die christlichsoziale Bewegung ihren geistigen Wegbereiter gefunden. Karl Lueger sollte an seiner Seite die Rolle des identitätsstiftenden Anführers einnehmen. Doch um zu einer starken Massenpartei heranwachsen zu können, mussten beide Stärken fruchtbringend verbunden werden. Eine der Hauptherausforderungen bestand zweifellos darin, die komplexen Theorien der christlichen Soziallehre verständlich aufzubereiten. Um dies zu bewerkstelligen, wurden zwischen 1889 und 1898 regelmäßige Diskussionsabende im Hotel ‚Zur Goldenen Ente‘ abgehalten. Sie sollten als ‚Entenabende‘ in die Geschichte eingehen.³¹⁴

Den Vorsitz dieser Abende übernahm der Wiener Professor für Moralthologie, Dr. Franz Martin Schindler. Dort sollte *„der geistige Aufbau der christlichsozialen Bewegung, vollzogen [und] durch die innere Angleichung der Geister“³¹⁵* vorbereitet werden. Eine Besonderheit dieser Diskussionsrunden bestand darin, dass an ihnen gleichermaßen die führenden Köpfe der Christlichsozialen und der Konservativen teilnahmen:

„Den Vorreitern der katholischen Soziallehre um Vogelsang, Franz Schindler und die Runde, die sich bei den berühmten ‚Entenabenden‘ traf (und vorher schon in der Villa von Metternichs Tochter Gräfin

³⁰⁹ Vgl. Höbelt (1999), S. 133.

³¹⁰ Vgl. Hamann (2006), S. 417.

³¹¹ Spitzmüller (1955), S. 74.

³¹² Vgl. Pelinka (2017), S. 30.

³¹³ Vgl. Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns Jg. 18., Nr. 70 (11. März 1910), S. 2.

³¹⁴ Vgl. Funder (1952), S. 114.

³¹⁵ Funder, Friedrich: Aus den Anfängen christlichsozialer Programmarbeit. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichsozialen Bewegung in Österreich. In: Volkswohl. Jg. 14, Heft 1/2 (1923), S. 4.

Zichy), kam in diesem Zusammenhang über ihre intellektuelle Bedeutung hinaus eine politische Funktion zu, als Scharnier zwischen den Konservativen, sprich: den Böhmisches-Feudalen, mit dem ‚Vaterland‘ als Sprachrohr, den Katholiken, sprich dem ‚Zentrum‘ um Liechtenstein, der 1889/90 selbst zu Lueger wechselte, und den Christlichsozialen, die allenfalls ihre Gegner verkappte Konservative und Reaktionäre schimpften.“³¹⁶

Den Anstoß zu den Entenabenden gaben letztlich die Soirees im Salon der Gräfin Zichy-Metternich. Die Vertiefung der dort geführten Gespräche war angeregt worden: „*Diesen Abenden folgten Abende bei Vogelsang selbst, welche zugleich den im Jahre 1889 in Wien stattfindenden ‚Österreichischen Katholikentag‘ miteinleiteten.*“³¹⁷ Nach dem höchst erfolgreichen Katholikentag erkannte man rasch das politische Potential derartiger Zusammenkünfte: „*Die Vorarbeiten zum Katholikentag im Jahre 1889 hatten fast ein Jahr vorher alle Männer, die sich für die soziale Frage interessierten, zusammengeführt. Daß Lueger und seine Anhänger in der vorbereitenden Sektion für Soziales sich betätigten, trug bei, daß in dieser Sektion so Großartiges geleistet wurde, Nach Schluß des Katholikentages wurden – die ‚Entenabende‘ eine stehende Einrichtung.*“³¹⁸ Die Entenabende waren somit die logische Konsequenz aus all diesen Indikatoren:

„*Als der Katholikentag im Sommer vorüber war, entstand der Wunsch, die Abendversammlungen, welche die soziale Sektion zur Vorbereitung des Katholikentages gehalten hatte, im Herbst fortzusetzen und sich in geselliger Weise zusammenzufinden, um über Fragen von allgemeinem Interesse, vor allem anderen über die wirtschaftliche und soziale Fragen sich fortwährend Klarheit zu verschaffen. So kam es im Herbst des Jahres 1889 zu den ‚Entenabenden‘.*“³¹⁹

Die Hauptaufgabe der Entenabende bestand im diskursiven Austausch. In ihrem Rahmen wurden die wichtigsten Thesen der großen päpstlichen Sozialzyklen erörtert und auf das Alltagsleben übertragen. Auch die Verknüpfung mit gängigen Wirtschaftstheorien war ein wiederkehrender Gegenstand derselben. Folglich dienten die Diskussionsabende als ideologisches Sammelbecken der christlichsozialen Bewegungen.³²⁰ „*Wenngleich Lueger mit den Positionen Vogelsangs nicht völlig übereinstimmte, so wurde er in diesen Diskussionen, die nach dem Tode Vogelsangs 1890 von Schindler bis 1898 fortgesetzt wurden, rasch mit den Prinzipien der christlichen Sozialreform vertraut.*“³²¹ Sie wurden bald zur Institution. Der Politologe Klaus Berchtolt verlieh ihnen den Beinamen einer ‚Parteischule‘; eine Feststellung, die zugegebenermaßen ihre Berechtigung hat. Schließlich dienten sie den ersten beiden Führungsgenerationen der Christlichsozialen Partei als weltanschauliche Kaderschmiede: „*An diesen Abenden, die die ‚Parteischule‘ der Christlichsozialen wurden, nahmen auch Lueger*

³¹⁶ Höbelt (1999), S. 133.

³¹⁷ Schindler (1923), S. 306.

³¹⁸ Stauracz (1907), S. 135.

³¹⁹ Schindler (1923), S. 306.

³²⁰ Vgl. Boyer (1981), S. 174.

³²¹ Kriechbaumer (2001), S. 247.

und Geßmann teil, die für die Entwicklung der Partei Schlüsselfiguren wurden.“³²² Sie ermöglichten die grundlegende Beschäftigung mit der katholischen Sozialethik im breiten Rahmen. Schindler bürgte mit seinen fundierten theologischen Kenntnissen für ihre inhaltliche Qualität:

*„Die Abende waren in folgender Weise eingerichtet: Es pflegte für jeden Abend ein Vortrag vorbereitet zu werden, und zwar waren die Hauptthemen sozialer und wirtschaftlicher Natur. Da ich die Ehre hatte, diese Abende die ganzen Jahre ihres Bestehens zu leiten, so war es möglich, eine gewisse Einheit in die Vorträge und deren Gegenstände zu bringen und die hauptsächlichsten Grundelemente der christlich aufgefaßten Gesellschafts- und Wirtschaftslehre nach und nach zur Behandlung zu stellen.“*³²³

Es sei an dieser Stelle nochmals angemerkt, dass sich die Entenabende in der Formierungsphase der Christlichsozialen Partei vollzogen. Sie waren notwendig, da sie zu diesem Zeitpunkt weder über feste organisatorische Strukturen noch über ein niedergeschriebenes Programm verfügt hatte: *„Da es in den ersten Jahren noch keine Parteioorganisation gab, dienten die ‚Entenabende‘ tatsächlich auch als Beratungsgremium. Nach der Machtübernahme der Christlichsozialen in Wien ging der grundsätzliche, theoretische Charakter der Abende immer mehr zu Gunsten tagespolitischer Erörterungen verloren.“*³²⁴ Die Ergebnisse dieser Themenabende mündeten direkt in das von Schindler ausgearbeitete ‚Programm der Christlichsozialen Partei‘ (1891).³²⁵ Es umfasste die wichtigsten Erträge der inhaltlichen Diskussionen, normierte sie in einem umfassenden Forderungskatalog und bildete einen ersten inhaltlichen Grundstock.³²⁶

Aus der thematischen Vielfalt der Vorträge folgte, dass die Fülle an Problemstellungen, die erschlossen werden konnten, nahezu unbegrenzt war: *„Im Rahmen der ‚Entenabende‘ wurden 190 Vorträge gehalten. Thematisch standen allgemeine Fragen über die Grundlagen der Gesellschaft, die Rolle der Familie, des Staates, von Kammern und der Kirche im sozialen Leben, aber auch konkrete volkswirtschaftliche Probleme und soziale Anliegen wie Sozialversicherung, Arbeiterschutz, Hypothekarwesen, Steuerfragen usw. am Programm.“*³²⁷ Die Entenabende verknüpften akademische Gelehrsamkeit mit der katholischen Soziallehre und gesellschaftspolitischen Fragestellungen:

„Aber vielleicht in einem höheren Grade als in diesen vielfältigen, wertvollen Einzelarbeiten liegt die bleibende Bedeutung Schindlers für die christliche Geistesgeschichte in Österreich darin, daß er es war, der die in verschiedenen Berufen verstreuten gebildeten Laien des katholischen Lagers sammelte,

³²² Berchtold (1967), S. 50.

³²³ Schindler (1923), S. 307.

³²⁴ Mertens (2006), S. 19.

³²⁵ Ovečka (1993), S. 29.

³²⁶ Vgl. Hörmann, Karl: Moraltheologie. In: Suttner, Ernst Christian (Hg.): Die Katholische Fakultät der Universität Wien 1884-1984. Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum. Berlin: Duncker & Humblot 1984, S. 195.

³²⁷ Mertens (2006), S. 18.

zu gemeinsamen Leistungen vereinigte, zuerst bei den ‚Entenabenden‘ und, in einer Zeit, da das Schlagwort von der ‚katholischen Rückständigkeit‘ und ‚Volksverdummung‘ Modeartikel war, auf viel breiterer Basis in der 1892 gegründeten Leo-Gesellschaft, einer wissenschaftlichen Körperschaft, der keine ähnliche Vereinigung anderer weltanschaulicher Richtung in Österreich an Bedeutung zuvorkam.“³²⁸

Schindler überführte alle Beiträge in ein geordnetes Gesamtgefüge (Programm). Er bildete die Brücke zwischen den oftmals abstrakten Ideen Vogelsangs und der Alltagswelt. Sein großes Verdienst lag in der geistigen Aufbauarbeit der späteren Partei. Ab 1891 kreisten die Entenabende immer stärker um die sozialpolitische Auslegung der Enzyklika ‚Rerum Novarum‘. Eine Folge dessen war die Gründung der ‚Österreichischen Leo-Gesellschaft‘ (1892-1938). Auch in ihr war Schindler eine der treibenden Kräfte. Dort wogen die Ideen Vogelsangs weniger. Im Jahr 1898 sah Schindler die Aufgabe der Entenabende erfüllt, sodass er ihr Ende anregte: *„Schindler führte die ‚Entenabende‘ jede Woche bis 19. April 1897, als dieser Vortrags- und Diskussionsklub nach Erfüllung seiner Aufgabe aufgelöst wurde. Schindler selbst fand seit 1892 in der Leo-Gesellschaft einen Ersatz oder Gegensatz zu Vogelsangs ehemaligen Ideen, an denen er nicht mehr ganz festhalten wollte, und gab den klaren Impuls zur Auflösung der ‚Entenabende‘.“*³²⁹

Die Entenabende wurden in der Historiographie der Christlichsozialen Partei gerne verklärt. Insbesondere Friedrich Funder trug in seinen Lebenserinnerungen dazu bei. Er war ein regelmäßiger Gast derselben und sah sie als Entstehungsort christlichsozialer Inhalte, deren Wert weniger in ihrem wissenschaftlichen Charakter lag als in der Etablierung einer neuen Diskussionskultur: *„Seit 1889 vereinigte sich ein Kreis interessanter Persönlichkeiten der christlichsozialen Bewegung [...]. Diese Abende sind für die meisten der Teilnehmer sozusagen zu Schulungskursen geworden. Unter dem Namen ‚Entenabende‘ sind sie in die Geschichte eingegangen.“*³³⁰

5.4 Die Phase der ideologischen Konsolidierung. Franz Marin Schindler und der Wunsch einer christlich-sozialen Gesellschaftsordnung zwischen Tradition und Moderne

Als Professor für Moraltheologie galt Franz Martin Schindler schon zu Lebzeiten als einer der wichtigsten Wegbereiter der modernen katholischen Soziallehre in Österreich. Er befasste sich in seinen Schriften mit gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Problemstellungen

³²⁸ Funder (1952), S. 117.

³²⁹ Ovečka (1993), S. 29.

³³⁰ Funder (1952), S. 114.

aus christlicher Perspektive. Dementsprechend war er nicht nur ein versierter Moraltheologe, sondern auch ein leidenschaftlicher Wirtschaftsethiker. Aus seinen Forschungsschwerpunkten folgte seine Nähe zum politischen Katholizismus. Im Jahr 1908 schrieb er seine ideologischen Grundsätze in einer vielfach rezipierten Abhandlung nieder. Er gab ihr den Titel ‚Die soziale Frage der Gegenwart vom Standpunkt des Christentums‘. Sie verbindet die Diskussionsergebnisse der Entenabende mit der weitläufigen Gedankenwelt Vogelsangs und Denkipulsen aus der päpstlichen Enzyklika ‚Rerum Novarum‘.

Schindler war davon überzeugt, dass der Kern der Gesellschaft in der traditionellen Familie begründet liege. Denn sie sei nicht nur das älteste, sondern auch das kleinste sinnstiftende Sozialgefüge. Demgemäß diene christlichsoziale Politik für ihn zunächst dem Schutz der Familie. Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen haben im ‚Schindler-Programm‘ einen hohen Stellenwert: *„Die Familie ist die ursprünglichste Gemeinschaft. Ihr Grund- und Eckstein ist die eheliche Gemeinschaft; ihr hat Gott, ihr unmittelbarer Urheber, vom Anbeginn und entsprechend ihrem wesentlichen Zwecke als die unverrückbaren Normen ihres rechtmäßigen Bestandes die Gesetze der Einheit, Gleichheit und Unauflöslichkeit auferlegt.“*³³¹ Der Staat habe die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um das Familienleben zu fördern: *„Der Staat hat zum Zwecke die gemeinsame irdische Wohlfahrt der in ihm vereinigten Familien, Stämme und Berufsklassen und damit die Herbeiführung und Sicherung jener Bedingungen, unter deren Voraussetzung alle Bürger des Staates frei und selbständig ihr wahres zeitliches Glück zu erreichen imstande sind.“*³³² Schindler war der Auffassung, dass der staatliche Einfluss auf das wirtschaftliche und soziale Zusammenleben ausschließlich in gemäßigter Form geschehen dürfe. Er widerspricht hiermit sozialistischen Staatstheorien:

*„Die in ihrer Natur und in ihrer übernatürlichen Endbestimmung begründete Würde aller einzelnen Menschen läßt es nicht zu, daß im menschlichen Gemeinschaftsleben irgend ein einzelner oder eine ganze Menschenklasse als bloßes Werkzeug zur Erreichung der Wohlfahrt anderer oder der Gesamtheit behandelt werde. Vielmehr müssen die gesellschaftlichen Einrichtungen durchaus so beschaffen sein, daß es allen Gesellschaftsgliedern ermöglicht bleibt, in freier Bestätigung als selbständige, sinnlich-geistige Wesen und als Kinder Gottes das Ziel ihrer wahren zeitlichen Wohlfahrt und ihrer ewigen Glückseligkeit in Gott wirksam anzustreben: sie dürfen hierin durch die gesellschaftlichen Einrichtungen nicht allein keine wesentliche Hemmung erleiden, sondern sie haben geradezu Anspruch darauf, durch sie nach Tunlichkeit darin gefördert und unterstützt zu werden.“*³³³

Der Staat diene der Beförderung des Gemeinwohls; er eine die verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Deshalb könne der sozialistische Klassenkampfgedanke niemals zur

³³¹ Schindler, Franz M.: Die soziale Frage der Gegenwart vom Standpunkt des Christentums. Wien: Ambr. Opitz Nachfolger 1908, S. 5.

³³² Schindler (1908), S. 17.

³³³ Schindler (1908), S. 4.

gedeihlichen Entwicklung der Gesellschaft beitragen. Die fortschreitende Säkularisierung des Staates betrachtete Schindler mit großer Sorge. Schließlich sah er alleinig im Christentum den Schlüssel zur Prosperität: *„Weltreligion im vollendetsten Sinne des Wortes, geeignet die höchsten geistigen Interessen aller Völker aller Orte und Zeiten auf das vollkommenste zu befriedigen, schlingt sie neue Bande von weit mächtigerer Bindungskraft um die Menschen, als es die Natur vermag, die Bande der Einheit in Christus und seiner Kirche und der Liebe in Gott und um Gottes willen.“*³³⁴ Die Glaubenseinheit sei ein mächtiger identitätsstiftender Faktor, der die existierenden Klassenunterschiede überwinden könne: *„Keine menschliche Gesellschaft kann ohne eine geordnete Leitung dauernd bestehen. Um einen gemeinsamen Zweck mit Erfolg anstreben zu können, bedarf jede Vereinigung von mehreren oder vielen [...] in welcher der gemeinsame Zweck [...] verfolgt werden soll [...];“*³³⁵ Ein revolutionärer Umbruch widerspreche der göttlichen Ordnung. In dieser Hinsicht tradiert er die kirchliche Vorstellung der unverrückbaren ‚Ordo Universalis‘:³³⁶

*„Die obrigkeitliche Gewalt, von Gott verliehen, ist demnach unter strenger Verantwortung vor dem ‚Allerhöchsten‘ an Gottes Gebot und an das Gesetz der Gerechtigkeit gebunden. Sie darf nicht nach Willkür, muß vielmehr in innigster Harmonie mit dem Zwecke gebraucht werden, um dessen willen sie da ist; in ihrem Zwecke hat sie wie ihren Daseinsgrund so auch das Maß ihres Rechtes und ihrer Pflicht. Ihr Zweck ist die Sicherung des irdischen Gemeinwohles durch die zielbewußte Leitung der gesamten sozialen Betätigung der Bürger.“*³³⁷

Es sei die vornehmste Pflicht aller Politiker, das Allgemeinwohl zu befördern. Immerhin sei es die göttliche Vorsehung, die sie letztendlich in ihre Ämter geführt habe. In diesem Gedanken folgt er einem bewährten Muster theologischer Herrschaftslegitimation. Es ist jene Argumentationslinie, die bereits der Apostel Paulus in seinem ‚Brief an die Römer‘ verfolgte: *„Jeder leiste den Trägern der staatlichen Gewalt den schuldigen Gehorsam. Denn es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt. Wer sich daher der staatlichen Gewalt widersetzt, stellt sich gegen die Ordnung Gottes, und wer sich ihm entgegenstellt, wird dem Gericht verfallen.“*³³⁸ Über Jahrhunderte hinweg bezogen sich Theologen und Staatstheoretiker auf diese Bibelstelle, um ihr Gottesgnadentums zu rechtfertigen.³³⁹ Paulus war davon überzeugt, dass ein Souverän ausnahmslos durch Gott in sein Amt gekommen sei. Deswegen sei das Volk ihm gegenüber zur bedingungslosen

³³⁴ Schindler (1908), S. 26.

³³⁵ Schindler (1908), S. 26.

³³⁶ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte der Neuzeit. 1500-1918. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2010, S. 166.

³³⁷ Schindler (1908), S. 29.

³³⁸ Röm 13, 1-3.

³³⁹ Vgl. Herr, Theodor: Leitlinien politischer Verantwortung in den jüngsten Sozialdokumenten der katholischen Kirche. In: Thesing, Josef und Amelung, Eberhard (Hg.): Leitlinien politischer Ethik. Christliche Verantwortung vor dem Hintergrund von Säkularismus und Wertkrise in Ost und West. Melle: Knoth 1988, S. 118.

Gefolgschaft verpflichtet. Ihm den erforderlichen Gehorsam zu verweigern, hieße im Umkehrschluss, sich wissentlich der Heilsordnung entgegenzustellen. Diese Grundannahme formte die Grundfesten der kirchlichen Staatslehre. Seit der Antike wurde sie nahezu unverändert weitergegeben. Somit ist auch nicht verwunderlich, dass sich ihre Maxime ebenfalls in Schindlers Staatstheorie finden lassen:

„Und da Gott die menschliche Natur so gebildet hat, daß sie selbst die Menschen auf die Verbindung zu politischen, d.h. zu Gemeinwesen mit dem Zweck des allseitigen irdischen Gemeinwohles hinordnet, so gründet sich die bürgerliche Autorität im allgemeinen zuletzt auf die Anordnung Gottes selbst; jeder, der sie in einem bestimmten politischen Gemeinwesen legitim besitzt, besitzt sie ‚von Gottes Gnaden‘ und hat den göttlich verbürgten Anspruch auf Unterwerfung und Gehorsam in demselben.“³⁴⁰

Doch Schindler gibt nicht nur die Auffassung des Apostels Paulus wieder; er rezipiert auch Elemente neuzeitlicher Naturrechtstheorien und des Gesellschaftsvertrags. Folglich macht er die Gefolgschaft des Volkes von einer Prämisse abhängig: Der Legitimität des Herrschers. Sie fuße auf dessen moralischer Integrität. Hiermit steht er in der festen Tradition eines weiteren Kirchenvaters: Es war Augustinus von Hippo (354-430), der die Grundformel des Apostels Paulus übernommen und entscheidend weiterentwickelt hatte. Im 24. Kapitel des fünften Buches seiner Schrift ‚De civitate Dei‘ erläutert er ausführlich die Kerntugenden eines idealen christlichen Fürsten. Er legt hinlänglich dar, woran ein rechtschaffener König (rex iustus) zu erkennen sei. Die bloße Dauer dürfe hier ebenso wenig als Indikator dienen wie sein militärischer Erfolg:

„Denn wir preisen manche christlichen Kaiser nicht darum glücklich, weil sie länger regierten oder eines sanften Todes starben und ihren Söhnen die Herrschaft hinterließen, oder weil sie die Feinde des Staates niedergeworfen und bösartige Bürgeraufstände entweder verhütet oder unterdrückt haben. Solche und andere Gnadengaben [...] konnten auch Dämonenverehrer empfangen, die am Himmelreich keinen Anteil haben.“³⁴¹

Ein guter Monarch erweise sich weniger durch seine profanen Leistungen. Diese seien nämlich vergänglich und nicht von Bestand. Er tue sich durch eine gottgefällige Herrschaftsausübung und seinen sittlichen Charakter hervor: *„Sondern glücklich nennen wir sie, wenn sie gerecht herrschen, wenn sie [...] sich nicht überheben und nicht vergessen, daß sie Menschen sind, [...] wenn sie Gott fürchten, lieben und verehren, [...] wenn sie langsam sind zu strafen und gern Nachsicht üben, wenn sie Strafe nur darum verhängen, weil Leitung und Schutz des Staates es fordern [...]“³⁴²* Ein Souverän müsse gerecht sein. Das bedeutet für Augustinus, dass er lediglich in Ausnahmesituationen von seinem Gewaltmonopol Gebrauch

³⁴⁰ Schindler (1908), S. 27.

³⁴¹ Augustinus, Aurelius: Vom Gottesstaat (De civitate Dei). Vollständige Ausgabe in einem Band. Buch 1 bis 10; Buch 11 bis 22. Aus dem Lateinischen übertragen von Wilhelm Thimme. Eingeleitet und kommentiert von Carl Andresen. München: DTV 2007, Buch V, Kapitel 24, S. 273-274.

³⁴² Augustinus (2007), V, 24, S. 274.

machte. Er zeichne sich vielmehr durch seine Mildtätigkeit aus. Aus diesem Grund sollten sich gottesfürchtige Fürsten „von Ausschweifungen [...] zurückhalten, [...] lieber über ihre schlimmen Leidenschaften als über fremde Völker herrschen, und [...] dies alles tun nicht aus Gier nach eitler Ruhme, sondern aus Verlangen nach der ewigen Seligkeit“.³⁴³ Diese Ansichten prägten nicht nur die spätantiken und mittelalterlichen Fürstenspiegel, sondern beeinflussten auch neuzeitliche Traktate bis in die Moderne.³⁴⁴

Die Politik müsse den moralischen Maßstäben einer christlichen Lebensführung gehorchen, um einen gesellschaftlichen Mehrwert zu entwickeln. Dem Staatskörper fallen vor allem zwei fundamentale Aufgaben zu: „1. Den Bestand und die Unabhängigkeit des Staates nach außen, sowie Friede und Ordnung, Freiheit und Recht im Innern [...] zu sichern. 2. Religion und Sittlichkeit im Volke zu fördern sowohl durch Beseitigung ihrer Hemmnisse, wie durch positive Unterstützung der auf ihre Erhaltung und Kräftigung unmittelbar einwirkenden Faktoren;“³⁴⁵ Aus diesem Befund folgert Schindler einen allgemeinpolitischen Anspruch der Kirche. Sie sei eine moralische Richtschnur, an der sich nicht nur die sozialen, sondern auch die staatlichen und rechtlichen Normen orientieren sollen: „Die Kirche ist nicht Dienerin der Staaten; sie ist von keinem Staate abhängig und keinem unterworfen. Als selbständiges geistiges Weltreich, von Gott gestiftet, hat sie den Anspruch, mit der von Gott ihr gegebenen Verfassung in allen Staaten anerkannt zu werden und die Getauften aller Staaten und Völker nach ihren Gesetzen [...] zur vollendeten Religion und Sittlichkeit anzuleiten.“³⁴⁶

Es liege in der Verantwortung der Regierenden, die Bevölkerung vor liberalen und sozialistischen Ideen zu schützen. Denn sie widerstreben christlichen Grundwerten: „Der ökonomische Liberalismus ist nach etwa einhundertjähriger Herrschaft durch seine eigene Geschichte und seine verheerenden Wirkungen innerhalb der Kulturvölker genügend gerichtet. Gegen ihn zeugen die verwüsteten Mittelstände, die durch ihn bis in den Grund in ihrem Bestande erschüttert worden sind; die wirtschaftlich, religiös, sittlich verelendeten modernen Arbeitermassen, sein ureigenstes Erzeugnis;“³⁴⁷ Der Pauperismus sei eine direkte Folge des Liberalismus, welcher die systematische Ausbeutung der Arbeiterschaft über Jahrzehnte hinweg befeuert habe. Er gefährde den sozialen Frieden und somit das Gemeinwohl. Vergleichbare Vorbehalte offenbaren Schindlers Äußerungen über den

³⁴³ Augustinus (2007), V, 24, S. 274.

³⁴⁴ Vgl. Bumke, Joachim: Höfische Kultur. Literatur und Gesellschaft im hohen Mittelalter. Bd. 2. München: DTV⁶ 1992, S. 385.

³⁴⁵ Schindler (1908), S. 31.

³⁴⁶ Schindler (1908), S. 42.

³⁴⁷ Schindler (1908), S. 64.

Sozialismus. Auch er habe sich die Spaltung der Gesellschaft zum Ziel gemacht. Letztendlich seien beide ungeeignet, um die komplexen Herausforderungen der Industrialisierung zu bewältigen: *„Der Sozialismus hat keine Stärke und die wirksamste Kraft zu seiner Ausbreitung in der Kritik der bestehenden Verwirrung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, welche durch den ökonomischen Liberalismus geschaffen worden ist. Aber auch selbst hierin ist er vielfach unwahr, indem er maßlos übertreibt und Folgerungen zieht, die innerlich unberechtigt sind.“*³⁴⁸ Im liberalen Staatsverständnis gelte es, die staatliche Einflussnahme zu minimieren. Ein schwacher Staat, der sich lediglich auf seine grundlegenden Notwendigkeiten beschränke, sei erstrebenswert. Der Sozialismus bedinge hingegen das unaufhörliche staatliche Einwirken auf das Gesellschaftsleben. Sie stehen damit konträr zur christlichen Staatsauffassung:

*„Aber die Pflicht des Staates zur Förderung der materiellen Wohlfahrt seiner Bürger darf keineswegs in der Weise aufgefaßt werden, als ob der Staat die Aufgabe hätte, den einzelnen Bürgern alle oder doch einen Teil der zu ihrer materiellen Wohlfahrt erforderlichen äußeren Güter direkt zuzuwenden und zu diesem Zwecke die Produktion dieser Bedürfnisgüter ausschließlich oder ersatzweise unmittelbar auf sich zu nehmen. Vielmehr kann in Ansehung des wirtschaftlichen Wohles der Bürger die Aufgabe des Staates nur darin bestehen, jene Vorbedingungen allgemeiner Art in möglichster Fülle zu schaffen und allen zugänglich zu erhalten, deren freitätige Benützung jedem Bürger die Möglichkeit gibt, die zur Befriedigung seiner individuellen Bedürfnisse und Lebensansprüche erforderlichen äußeren Güter sich selbst zu erwerben.“*³⁴⁹

Abermals tritt der Wunsch des solidarischen Klassenfriedens hervor; ein moderater Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger in der Not unterstütze, aber dessen ungeachtet die individuelle Freiheit des Einzelnen bewahre, sei anzustreben: *„Demgemäß ist unsere Staatsauffassung von jeder Form des Staatssozialismus grundsätzlich verschieden. Wir wollen den Wohlfahrtsstaat auch mit Rücksicht auf das wirtschaftliche Volkswohl, wir weisen aber jede Form des Wirtschaftsstaates grundsätzlich ab.“*³⁵⁰ Zu den unveräußerlichen Grundbedingungen dieses Ideals gehöre der Erwerb von Eigentum: *„Nach unserer Auffassung hat der Staat nicht bloß den Zweck des Rechtsschutzes zu erfüllen, sondern er hat zugleich die Aufgabe, Wohlfahrtsstaat rücksichtlich aller Bedingungen der wahren zeitlichen Wohlfahrt der Bürger zu sein.“*³⁵¹ Schindler fasst in seinem Werk allerdings nicht nur bekannte kirchliche Geistesströmungen zusammen. Er geht über das soziale Ordnungsdenken in starren Klassen hinaus. Dieses sei nicht länger zeitgemäß. Er kokettiert als einer der ersten Theologen der Habsburgermonarchie ganz offen mit der ständischen Umstrukturierung der Gesellschaft: *„Die Organisierung des Volkes ist auf der Basis der genossenschaftlichen Zusammenfassung*

³⁴⁸ Schindler (1908), S. 65.

³⁴⁹ Schindler (1908), S. 66.

³⁵⁰ Schindler (1908), S. 67.

³⁵¹ Schindler (1908), S. 66.

*aller Angehörigen der gleichen Berufe einzuleiten.*³⁵² Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass er keinesfalls die gleichmäßige Verteilung des Wohlstandes in Aussicht stellte. Das sei unmöglich: *„Endlich wird niemals eine völlig gleiche Verteilung der Wohlhabenheit zur Wirklichkeit werden können. Ihrer Verwirklichung steht einerseits die Mannigfaltigkeit günstiger und ungünstiger äußerer Bedingungen des Lebenserwerbes; beide zusammen müssen notwendig zahlreiche Abstufungen des Wohlstandes in jedem Volke herbeiführen.“*³⁵³ Man könne lediglich die Milderung der sozialen Kluft erreichen. Das würdevolle Auslangen aller entspreche der christlichen Heilsvorstellung.

Infolgedessen sei das Privateigentum ein göttlich verbrieftes Grundrecht, welches der Staat mit allen Mitteln zu garantieren habe: *„Die Gesamtheit des Erdengutes ist zu dem Zwecke da, um der Gesamtheit der Menschen die Erfüllung der materiellen Bedingungen ihres irdischen Daseins zu sichern. Zugleich begründete Gottes Weltordnung das Sondereigentumsrecht einzelner Menschen an einzelnen Gütern, scheinbar im Gegensatze zu jenem letzten Zwecke alles Erdengutes.“*³⁵⁴ Es sei unerlässlich, die Menschen in ihrer ökonomischen Unabhängigkeit zu bestärken. Dementsprechend falle auch die Fürsorge unter die staatlichen Grundpflichten (Wohlfahrt). Auch sie müsse aber auf zivilgesellschaftlichem Engagement fußen, da die Nächstenliebe dem menschlichen Naturell entspringe: *„Den armen Mitmenschen Hilfe und Unterstützung zu geben, ist ein Gebot selbst des natürlichen Sittengesetzes. Darin liegt die Erscheinung begründet, daß die Übung der Armenpflege auch den heidnischen Völkern (Perser, Inder, Chinesen) nicht unbekannt geblieben ist; allerdings waren die staatlichen Armenunterstützungen in Athen und Rom vorwiegend durch politische Motive bestimmt.“*³⁵⁵

Anhand all dieser Aspekte ist abzuleiten, dass Schindler nach einem dezidiert kirchlich geprägten Ordnungsgefüge und Gesellschaftsbild strebte. Politische Handlungsträger sollten sich für ihn durch ihre moralische Integrität auszeichnen. Die Christlichsoziale Partei sei eine ‚Weltanschauungspartei‘. Sie vermittele unumstößliche Werte (Heilslehre).³⁵⁶

³⁵² Schindler (1908), S. 70.

³⁵³ Schindler (1908), S. 77.

³⁵⁴ Schindler (1908), S. 115.

³⁵⁵ Schindler (1908), S. 225.

³⁵⁶ Vgl. Hanisch (2005), S. 117.

6. Zwischen Aristokratie, Bürgertum und Kirche. Die Christlichsoziale Partei und ihre Verortung in der österreichischen Politik um 1900

6.1 Der lange Weg zur Einheit. Ein Bündnis christlichsozialer Bewegungen

Es wurde bereits dargelegt, dass Karl von Vogelsang schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Wunsch gehegt hatte, eine christlichsoziale Sammelpartei zu gründen.³⁵⁷ Er hatte bei den verschiedensten Gelegenheiten nach Verbündeten gesucht, doch die bestehenden Differenzen zwischen christlichsozialen und konservativen Bewegungen verhinderten dieses Unterfangen. Anstatt ihre Kräfte in einer gemeinsamen Großpartei zu bündeln, tendierten sie dazu, ihre Meinungsverschiedenheiten offen auszutragen;³⁵⁸ ein Kompromiss schien unmöglich. Der Aufstieg des politischen Katholizismus³⁵⁹ in Österreich hatte die Lager nur weiter ausdifferenziert. Denn der fortschreitende Zerfall des liberalen Lagers nach 1873 hatte für sie mehrere Wege eröffnet, um der anhaltenden Wirtschaftskrise infolge des Börsenkrachs zu begegnen.

Der autoritäre Führungsstil des Wiener Bürgermeisters (Cajetan Felder) hatte die Liberalen tief gespalten.³⁵⁹ Ihre Bedrängnis nahm mit der Wahlordnung des Jahres 1873 zu, da mit ihr das Zensuswahlrecht ausgeweitet wurde. Die „Fünfguldenmänner“ hatten das Wahlrecht erhalten.³⁶⁰ Ein neuer Politikertypus begann sich durchzusetzen, der mit den traditionellen konservativen Politikern nur schwerlich kompatibel erschien.³⁶¹ Sie waren zumeist Abkömmlinge des betuchten Landadels gewesen; die neuen Wählerschichten konnten von ihnen nur schwerlich erschlossen werden. Die Wahlrechtsreform führte in allen politischen Fraktionen zu einem Transformationsprozess. Sie entwickelten sich langsam von kleinen Honoratiorenparteien zu Massenparteien.³⁶² Die Begeisterung der Massen wurde zur maßgebenden Triebfeder der Politik. Aus dem Niedergang des liberalen Lagers hatten sich die

³⁵⁷ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 247.

³⁵⁸ Vgl. Binder, Dieter A.: Franz Martin Schindler. Der Moraltheologe als Vordenker der Christlichsozialen Partei. In: Ash, Mitchell G. und Ehmer, Josef (Hg.): 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 2. Universität – Politik – Gesellschaft. Wien: V&R unipress 2015, S. 226.

³⁵⁹ Vgl. Boyer (1981), S. 333.

³⁶⁰ Vgl. Csendes, Peter: Wien an der Schwelle zur Millionenstadt. Die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Kleinausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs. Wien: Wiener Stadt- und Landesarchiv 1988, S. 7.

³⁶¹ Vgl. Urbanitsch, Peter: Die Wahlen des Jahres 1873 zum cisleithanischen Reichsrat anhand ausgewählter Wahlbezirke der Wählerkreise der Landgemeinden und der Städte, Märkte und Industrialorte. In: Adlgasser, Franz, Malinská, Jana, Rumpler, Helmut und Luboš, Velek (Hg.): Hohes Haus! 150 Jahre moderner Parlamentarismus in Österreich, Böhmen, der Tschechoslowakei und der Republik Tschechien im mitteleuropäischen Kontext. Wien: ÖAW 2015, S. 157.

³⁶² Vgl. Adlgasser, Franz: Von der Honoratioren- zur Volksvertretung? Politischer Elitenwandel am Beispiel des altösterreichischen Parlaments. In: Adlgasser, Franz, Malinská, Jana, Rumpler, Helmut und Luboš, Velek (Hg.): Hohes Haus! 150 Jahre moderner Parlamentarismus in Österreich, Böhmen, der Tschechoslowakei und der Republik Tschechien im mitteleuropäischen Kontext. Wien: ÖAW 2015, S. 61.

drei großen politischen Lager der Jahrhundertwende erhoben:³⁶³ Sozialdemokratie, Deutschnationalen und Christlichsoziale. In der Historiographie wurde vielfach vernachlässigt, dass alle drei Strömungen ursprünglich dem Antiliberalismus entstammten. Der österreichische Historiker Adam Wandruszka sah hierin den Schlüssel zum Verständnis des österreichischen Frühparlamentarismus:

*„Verfolgt man die drei Lager und ihre politische Ideengeschichte bis zu den Ursprüngen [...] so ergibt sich eine interessante Feststellung: die Geschichte aller drei Gruppen reicht nicht nur in dieselbe Zeit, die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück, sondern wir können auch, je weiter wir die Stammbäume der drei Lager zurückverfolgen, eine immer stärkere Berührung und Verflechtung der Bewegung und ihrer führenden Persönlichkeiten feststellen, bis wir dann die ‚Gründerväter‘ aller drei Lager und damit der österreichischen Parteiengeschichte und Innenpolitik des 20. Jahrhunderts in einem Kreis beisammen finden, geschart um den Ältesten von ihnen, eine der widerspruchs-, ja verhängnisvollsten, vielleicht, was den eigenen menschlichen und geistigen Rang betrifft, nicht bedeutende, aber hinsichtlich der Wirkung bedeutungsvollste politische Persönlichkeit: um den jungen Georg von Schönerer.“*³⁶⁴

Diese gemeinsame Herkunft war den politischen Parteien offenkundig deutlich präsenter als es der Geschichtsschreibung oftmals zu entnehmen ist. Sie waren erpicht, sich voneinander abzugrenzen; ein Gedanke, der noch in der Zwischenkriegszeit (1918-1938) erkennbar war. Noch Ignaz Seipel wies in einer im Jahr 1926 gehaltenen Ansprache auf die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien der Monarchie hin: *„Die Großdeutschen unterschieden sich von den Christlichsozialen, abgesehen von dem stärkeren Hervorkehren des Willens zum Anschluß an Deutschland, der übrigens ebenso unentwegt von den durchwegs sehr nationalistisch gesinnten Sozialdemokraten gefordert wird, fast nur durch ihr Bekenntnis zum Freisinn in religiöser Hinsicht.“*³⁶⁵ Die Deutschnationalen waren inhaltlich von Beginn an die größte Konkurrenz der Christlichsozialen; schließlich wetteiferten beide um bürgerliche Wählerschichten: *„Die gemeinsamen Ursprünge, die gewisse Seelenverwandtschaft im Kampf gegen die ‚alt-, manchester- und judenliberale‘ Hegemonie ließ die Beziehung zu den Christlichsozialen auch für die Deutschnationalen in der Provinz zu einem dornigen Problem werden.“*³⁶⁶ Aber auch in personeller Hinsicht waren die Verflechtungen zwischen den drei Massenparteien nicht zu leugnen. Mit Victor Adler (1852-1918), Engelbert Pernerstorfer (1850-1918), Georg Ritter von Schönerer, Heinrich Friedjung (1851-1920) und Robert Pattai hatten führende Vertreter der ‚Gründergeneration‘ aller drei Fraktionen an der Ausfertigung

³⁶³ Vgl. Haas, Hanns: 1866 – Krieg und Konstitutionalismus. Die Habsburgermonarchie nach Königgrätz. In: Scheut, Martin und Strohmeyer, Arno (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995). Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2010, S. 237.

³⁶⁴ Wandruszka (1954), S. 292-293.

³⁶⁵ Seipel, Ignaz: Österreich, wie es wirklich ist (3. Juni 1926). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 315-316.

³⁶⁶ Höbelt, Lothar: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Altösterreichs 1882-1918. München: Oldenbourg 1993, S. 97.

des oppositionellen ‚Linzer Programms‘ (1882) federführend mitgewirkt.³⁶⁷ Dieser Umstand erschwerte es, in ihren Anfängen strikte Trennlinien zwischen den Lagern zu ziehen. Ihre Grenzen verschwammen zu diesem Zeitpunkt noch häufig: *„Diese personellen Beziehungen zwischen den Gründern der sozialistischen, christlich-sozialen und national-sozialen Bewegung deuten auch bereits auf das allen drei Richtungen gemeinsame Anliegen hin: eine Antwort zu finden auf die sozialen Probleme, die der eben auf der Höhe seines Triumphs angelangte Liberalismus aufwirft, ohne eine Lösung zu bieten.“*³⁶⁸

Alle drei einte der Wille, von der Implosion der Liberalen zu profitieren: *„Unwilling to remain passive backbenchers in the liberal system, they mobilized formerly unenfranchised groups (artisans, small business owners, peasants) against incumbent liberal oligarchs in populist mass-based politics.“*³⁶⁹ Die Gründe für ihre wachsende Gegnerschaft sind mannigfaltig. Ein gewichtiger Faktor mag in der Ausdehnung des Wahlrechts gelegen haben, womit die Wählerschaft heterogener wurde. Einst waren sie im gemeinsamen Kampf gegen die Liberalen geeint gewesen. Mit dem Verlust dieses Widersachers bekam die antiliberale Allianz allerdings Risse: *„Die Benachteiligten des industriellen Aufschwungs, klerikal-konservativer Adel, Kleinbauern und Kleingewerbetreibende bildeten eine antiliberale Abwehrfront, die sich politisch in der Ära Taaffe im ‚Eisernen Ring‘ zusammenfand. Andererseits wurde die Emanzipation der Arbeiterschaft zu einer sich nicht an das Bürgertum anlehnenden Kraft gefördert.“*³⁷⁰ Demzufolge wurden aus den einstigen Verbündeten erbitterte Kontrahenten: *„Gewiß hat jede der drei Richtungen in der Folgezeit eine andere Schicht besonders angesprochen: die Sozialisten die Industriearbeiterschaft, die Christlichsozialen das Kleinbürgertum (wozu dann, vor allem nach 1918, der größte Teil der Bauernschaft und das Großbürgertum kamen), die Nationalen die Akademikerschaft.“*³⁷¹ Nachdem die weltanschaulichen Wesensunterschiede zur Sozialdemokratie leichter festzumachen waren, ergab sich hier rasch eine klare Frontstellung. Bei den Deutschnationalen gestaltete sich dies sichtlich schwieriger. Insbesondere der nationalistisch-antisemitische Flügel der Christlichsozialen um Pattai wollte ihre Zusammenarbeit fördern. Er

³⁶⁷ Vgl. Bruckmüller (2019), S. 407.

³⁶⁸ Wandruszka (1954), S. 293.

³⁶⁹ Judson, Pieter M.: The Habsburg Empire. A New History. Cambridge / London: The Belknap Press of Harvard University Press 2016, S. 339.

³⁷⁰ Seliger, Maren: Liberale Fraktionen im Wiener Gemeinderat 1861 bis 1895. In: Wien in der Liberalen Ära. Festgabe des Wiener Stadt- und Landesarchivs anlässlich des 14. Österreichischen Historikertages Wien 1978. Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien 1978, S. 72-73.

³⁷¹ Wandruszka (1954), S. 296.

erkannte in ihnen einen aussichtsreichen Koalitionspartner, der ein bürgerliches Bündnis gewährleisten konnte. Auch Lueger scheute lange die offene Konfrontation mit Schönerer.³⁷²

Der Unfalltod Vogelsangs (1890) hatte für die christlichsoziale Bewegung eine einschneidende Zäsur bedeutet. Unerwarteterweise ihres geistigen ‚Übervaters‘ beraubt, musste sie sich neu ausrichten. Franz Martin Schindler hatte versucht, die ideologischen Agenden Vogelsangs zu übernehmen. Als Vertreter einer dezidiert christlichsozialen Gesinnung beschritt er neue Wege. Das führte aber unweigerlich zu Spannungen mit konservativen Kreisen: *„Wie kein anderer wurde und wird der Moraltheologe Franz Martin Schindler als der Theoretiker der frühen christlichsozialen Bewegung in der Doppelmonarchie rezipiert, dessen pragmatischer Zugang gemeinsam mit Karl Lueger aus dem losen Zusammenschluss disparater Vereinigungen des politischen Katholizismus im Widerspruch zu den Katholisch Konservativen eine handlungsfähige Partei schuf.“*³⁷³ Erst das plötzliche Ableben Vogelsangs hatte die inhaltliche Festigung der Bewegung beschleunigt. Der ‚Zweite Allgemeine Katholikentag‘ (1889) war noch ganz im Zeichen des Schulterschlusses zwischen Vogelsang, Lueger und Liechtenstein gestanden: *„Zu Vogelsang, dessen ‚Christlichsozialer Verein‘ 1887 geschaffen wurde, war Luegers Weg über Prinz Alois Liechtenstein gegangen, mit dem er im Reichsrat anlässlich gemeinsamer Arbeit an der sozialen Gesetzgebung in Kontakt gekommen war. Im April 1889, am zweiten allgemeinen Katholikentag, bekannte sich Lueger offen zu Vogelsang und zum Gedanken der katholischen Sozialreform.“*³⁷⁴

Die ‚Vereinigten Christen‘ Vogelsangs (1887/88),³⁷⁵ der Christlichsoziale Verein Ludwig Psenners (1887) und der Christlichsoziale Arbeiterverein Leopold Kunschaks (1892) hatten sich im Jahr 1893 zur Christlichsozialen Partei zusammengeschlossen. Ihre Führerschaft oblag Karl Lueger. Mit dem ‚Hohenwartklub‘ (1891) hatte es im Reichsrat bereits den erfolglosen Versuch gegeben, klerikale und konservative Kräfte zu einen: *„In Wirklichkeit konnte weder Hohenwart noch irgendein anderer Abgeordneter von sich behaupten, Führer der Konservativen Partei zu sein, denn sie war keine einheitliche Organisation, sondern eine Föderation von Kronlandparteien, deren Politik von ihren lokalen Führern, meist Aristokraten, Rechtsanwälten und Priestern, bestimmt war [...]“*³⁷⁶

³⁷² Vgl. Höbelt (1993), S. 97.

³⁷³ Binder (2015), S. 226.

³⁷⁴ Czeike (1962), S. 62.

³⁷⁵ Vgl. Höbelt (1999), S. 132.

³⁷⁶ Lewis, Gavin: Kirche und Partei im Politischen Katholizismus. Wien / Salzburg: Geyer Edition 1977, S. 17.

Der Übertritt Alois von Liechtensteins von den Konservativen (Zentrumsclub) zur Bewegung Luegers (1891) hatte den Aufstieg der Christlichsozialen symbolisiert:³⁷⁷ *„Als der Prinz, unbestritten die glänzendste Persönlichkeit in den Reihen der katholischen Konservativen der deutschen Alpenländer, 1890 sein Mandat als Abgeordneter des steirischen Wahlkreises Hartberg niederlegte, war dies der Ausdruck seiner Hoffnungslosigkeit gewesen, auf den bisher von den katholischen Konservativen verfolgten Wegen zu den erstrebten Zielen zu gelangen.“*³⁷⁸ Für Lueger war das Zusammenwirken mit Liechtenstein ein hoher Prestigeerfolg. Schließlich entstammte dieser nicht nur der konservativen Führungsschicht, sondern auch einem der ältesten und angesehensten Fürstenhäuser der Monarchie. Er schien in den höchsten Gesellschaftskreisen angekommen zu sein. Zugleich verschärfte sich die Rivalität zu den Konservativen, denen merklich daran gelegen war, die Christlichsozialen zu diffamieren. Die Feindseligkeiten sollten sogar dazu führen, dass die kaiserliche Regierung unter Alfred Fürst zu Windisch-Graetz (1851-1927) gemeinsam mit dem Prager Kardinal, Graf Franziskus von Paula Schönborn (1844-1899), bei Papst Leo XIII. in Rom gegen Karl Lueger und seine Bewegung ankämpfte.³⁷⁹

Vor allem die Hocharistokratie und das österreichische Episkopat hatten Luegers Wirken mit zunehmendem Argwohn beobachtet: *„Anfang 1894 wurden gegen die Wiener christliche Volksbewegung, die Christlichsozialen, im Vatikan Bezeichnungen vorgebracht, die nach einer kirchlichen Zensur verlangten. Der Übermittler der Beschwerden, die aus der österreichischen Regierung stammten, war der Fürsterzbischof von Prag, Kardinal Franz Schönborn. Die Christlichsoziale Partei wurde angeklagt, daß sie gegen die weltliche und bischöfliche Autorität auftritt usw.“*³⁸⁰ Wenn sich Leo XIII. in einer offiziellen Stellungnahme ausdrücklich gegen die Christlichsoziale Partei gewandt hätte, wäre ihr rasanter Aufstieg bestimmt zum Erliegen gekommen. Die Bedenken der österreichischen Amtskirche galten vornehmlich der Popularität der Christlichsozialen bei jungen Geistlichen. Es wurde befürchtet, dass diese in einen Loyalitätskonflikt geraten könnten:

„Denn gegen die mächtig in Österreich ausgreifende Wiener Richtung erhoben sich nicht nur aus Kreisen der katholischen konservativen Partei Bedenken, Beschwerden, Vorwürfe, schwere Anklagen. Namentlich auch nach Rom wandten sich viele Darstellungen, nicht zuletzt um eine Beeinflussung des katholischen Klerus zu erreichen, dessen jüngere Generation den Vorbildern Schindlers, Scheichers,

³⁷⁷ Vgl. Stöger (1949), S. 16.

³⁷⁸ Funder (1952), S. 83.

³⁷⁹ Vgl. Sieghart (1932), S. 319.

³⁸⁰ Ovečka (1993), S. 30.

*Ambros Opitzs und Aemilian Schoepfers nachstrebte und überall in Österreich offen ihre Sympathien für die junge, kampffreudige, modern geartete Wiener Aktion bezeugte.*³⁸¹

Mit diesen schwerwiegenden Vorwürfen konfrontiert, war die Christlichsoziale Partei bereits früh in ihrer Existenz bedroht. Während die Konservativen die österreichischen Bischöfe hinter sich wählten, hatten die Christlichsozialen in der Person des apostolischen Nuntius, Antonio Agliardi (1832-1915), einen mindestens genauso einflussreichen Verbündeten.³⁸² Dieser hatte niemals einen Hehl aus seiner Sympathie für die Bewegung Luegers gemacht und wiederholt wohlwollend über das prosperierende christliche Vereinswesen in Wien nach Rom berichtet: *„Da die Ankläger in Rom gewesen waren, hielt es Schindler für angemessen, ihnen zu folgen, persönlich vor Leo XIII. hinzutreten. Er fand bei seinem Eintreffen in Rom alle Wege im Vatikan durch den Nuntius geebnet, und wenn irgendeine Sorge hätte beunruhigen können, so zerstreute sie der Empfang, den Schindler beim Papste fand.*“³⁸³

Die Anschuldigungen hatten sich als haltlos erwiesen; die Christlichsoziale Partei ging bestärkt aus dem Konflikt hervor. Zuvor waren sie vom Heiligen Stuhl kaum beachtet worden; nun verfügten sie über dessen Legitimation, sodass sich das Kräfteverhältnis im konservativ-katholischen Lager allmählich zu ihren Gunsten verschob:³⁸⁴ *„Der Schritt blieb jedoch in Rom ohne Erfolg, weil die christlichsoziale Bewegung wertvolle Ergebnisse aufweisen konnte: sie aktivierte den jungen Klerus, das kirchliche Leben wurde durch ihre Wirkung erweckt, die kirchliche Vereine verzeichneten eine Zunahme der Mitglieder.*“³⁸⁵ Die Christlichsoziale Partei wurde als Alliierte im Kampf gegen die Säkularisierung der Gesellschaft gesehen. Sie könne die kirchlichen Interessen in der städtischen Bevölkerung vorantreiben.³⁸⁶ Rudolf Sieghart sah dem Plan des Kabinetts Windisch-Graetz eine fahrlässige Fehleinschätzung zugrunde liegen: *„Es gehörte auch nicht viel politisches Augenmaß dazu, vorauszusehen, daß die Kurie nichts gegen einen Mann unternehmen werde, der sich öffentlich rühmen konnte, die Kirchen Wiens mit Gläubigen gefüllt und bewirkt zu haben, daß die Fronleichnams- und andre Prozessionen wieder runter Beteiligung großer Volksmassen stattfänden.*“³⁸⁷

Der Sieg in Rom gab den Anstoß für eine Rechtfertigungsschrift der Christlichsozialen. Ihre Führung wollte ihre Loyalität zu Papst Leo XIII. öffentlich. Der Theologe Franz Martin

³⁸¹ Funder (1923), S. 5.

³⁸² Vgl. Funder, Friedrich: Aufbruch zur christlichen Sozialreform. Wien / München: Herold 1953, S. 104-105.

³⁸³ Funder (1952), S. 147.

³⁸⁴ Vgl. Boyer (1981), S. 348.

³⁸⁵ Ovečka (1993), S. 30.

³⁸⁶ Vgl. Friedrich Funder (1952), S. 95.

³⁸⁷ Sieghart (1932), S. 319.

Schindler und der erfahrene Diplomat Alois von Liechtenstein machten sich daran, die ‚Programmatische Resolution der Christlichsozialen‘ (1895) niederzuschreiben; ein Dokument, das die tiefe Verbundenheit zwischen Christlichsozialen und Amtskirche hervorstreichen sollte:

*„Als christliche Reformpartei steht sie in treuer Ergebenheit zum Papste, dem Vater und dem obersten Haupte der Christenheit in Rom, und hält sich in unverbrüchlichem Einklange mit den Mahnungen und Weisungen, welche Leo XIII. für die christliche Sozialreform insbesondere in seiner herrlichen Arbeiter-Enzyklika der Welt gegeben hat; sie bleibt den mit dem Oberhaupte der Kirche verbundenen Bischöfen in allen religiösen und kirchlichen Fragen nach wie vor in Verehrung treu ergeben.“*³⁸⁸

Diese Eingangszeilen bezeugen, dass sich die Christlichsoziale Partei den Lehren des amtierenden Papstes vollumfänglich zugehörig fühlte. Das mag kaum verwundern, schließlich war Schindler schon davor ein leitendes Mitglied der ‚Leo-Gesellschaft‘ gewesen. Demgemäß orientierten sie sich programmatisch an der Enzyklika ‚Rerum Novarum‘; und auch der Anschuldigung der mangelnden patriotischen Gesinnung entgegneten sie offensiv: *„Als österreichische Reformpartei hält sie in angestammter Treue zu Kaiser und Reich und bewahrt der allerhöchsten Habsburger Dynastie, mit welcher Österreichs Bestand und Wohlfahrt auf’s Innigste verknüpft ist, für immer jene volle Ergebenheit, welche ein bleibendes Erbe aller wahren Österreicher ausmacht.“*³⁸⁹ Die Resolution entkräftete die Vorbehalte gegen die Partei.

Die Christlichsoziale Partei verstand sich sowohl dem Dienst an der katholischen Lehre als auch an der Habsburgermonarchie verpflichtet. Folgerichtig war es ihr Selbstanspruch, das Reich zu neuer (kultureller) Blüte zu führen: *„Die christlich-soziale Partei strebt demgemäß als Hauptziel an, das durch die unheilvolle Herrschaft des Liberalismus zerrüttete, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unseres Volkes gemäß den Lehren unserer christlichen Religion zu erneuern. Sie will den Einfluß des Christentums im Unterrichtswesen und im ganzen öffentlichen Leben wieder zur Geltung bringen.“*³⁹⁰ Die Liberale Ära habe die Gesellschaft auf einen fatalen Irrweg geführt. Der Stellenwert der katholischen Kirche sei marginalisiert worden. Das habe den moralisch-sittlichen Verfall im Reich eingeläutet. Die Christlichsozialen wollten dieser Entwicklung entgegenwirken. Das Wohlwollen der römischen Kurie hatte ihr Ansehen nachhaltig gestärkt.

³⁸⁸ Programmatische Resolution der Christlichsozialen, 1895. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 168.

³⁸⁹ Programmatische Resolution 1895 (1967), S. 168.

³⁹⁰ Programmatische Resolution 1895 (1967), S. 168.

6.2 Eine regionale Erscheinung? Die Christlichsoziale Partei und die Stadt Wien um 1900

Um die Geschichte der Christlichsozialen Partei zu verstehen, ist es unabdingbar, die Geschichte der Stadt Wien zu betrachten. Das folgt schon allein aus dem Umstand, dass die erste Generation ihrer Führungspersonlichkeiten – von Geßmann über Lueger bis Kunschak – ihre ersten politischen Schritte in der Donaumetropole gewagt hatten. Sie wussten um die mannigfachen Herausforderungen der kaiserlichen Residenzstadt. Dementsprechend war die Bewegung zunächst urban geprägt. Die ländlichen Regionen waren für sie von geringerem Belang.³⁹¹ Dort hatten traditionellerweise die Konservativen eine Vormachtstellung.³⁹² Die Christlichsozialen waren eine Stadtpartei.³⁹³ Ihre Erfolge resultierten unmittelbar aus den Wahlrechtsreformen nach 1873. Die Erschließung neuer Wählerschichten hatte die Implosion der Liberalen besiegelt und die Initialzündung für den unaufhaltsamen Aufstieg Karl Luegers gegeben: *„Wie in den Provinzen, so war auch auf dem Boden der Reichshauptstadt die Liberale Partei durch ein Zusammenwirken zahlreicher Umstände allmählich verbraucht worden. Vor allem war es die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Fünfguldenmänner und die Vereinigung volkreicher, zumeist kleinbürgerlicher Vororte mit Wien (1902), was den alten Stock fortschrittlicher Großbürger überflutete und schließlich beinahe fortschwemmte.“*³⁹⁴

Luegers Naturell schien für das beginnende Zeitalter der Massenparteien geradezu geschaffen zu sein. In seiner Herkunft wie in seinem Gestus war er auf seine Wählerschaft zugeschnitten. Er machte sich ihre Abstiegsängste zu nutzen und avancierte zum laut dröhnenden Gegenpol der Wiener Stadtregierung:³⁹⁵ *„Die christlichsoziale Bewegung in Wien und Niederösterreich, der sich seit Beginn der neunziger Jahre in steigendem Maße die Sympathien der ‚Jungen‘, der ‚schärferen Tonart‘ zuneigten, war in ihren Anfängen ein Aufbäumen breiter Massen gegen die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände, die der Liberalismus in der Großstadt geschaffen hatte. In ihren Zielen noch unsicher, erfaßte sie zunächst das Kleinbürgertum und die Besitzlosen.“*³⁹⁶

Einzelne Bevölkerungsgruppen wurden von Lueger für die bestehenden Missstände verantwortlich gemacht: *„Die Christlichsoziale Partei‘ ist die Frucht des schweren ökonomischen Notstandes, den die Herrschaft des individualistischen Prinzips im*

³⁹¹ Vgl. Boyer (1981), S. 29.

³⁹² Vgl. Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 74.

³⁹³ Vgl. Wandruszka (1954), S. 306-307.

³⁹⁴ Sieghart (1932), S. 311.

³⁹⁵ Vgl. Schnee (1936), S. 7.

³⁹⁶ Funder (1952), S. 93.

wirtschaftlichen Leben für den städtischen Mittelstand hervorgerufen hat; sie ist wirtschaftlich, politisch und kulturell die Kehrseite der altliberalen Partei.“³⁹⁷ Der persönliche Ehrgeiz Luegers hatte seine Handlungen getragen. Er war von einem regelrechten Sendungsbewusstsein durchzogen.³⁹⁸ Sein gesamtes politisches Wirken schien einzig und allein auf das Amt des Wiener Bürgermeisters ausgerichtet gewesen zu sein. Das wird aus den Lebenserinnerungen Josef Scheichers deutlich: „Gewiß schwebte ihm als Ziel auch damals schon Erringung von Macht und Stellung, jener des Bürgermeisterpostens von Wien insbesondere, vor Augen [...]. Ihn schreckte keine Schwierigkeit; er glaubte nicht, wie kleine Geister an die Aussichtslosigkeit je als Sieger ins Kapitol, d.h. ins Wiener Rathaus einzuziehen.“³⁹⁹ Seine Beharrlichkeit sollte auch im Jahr 1895 Früchte tragen. Er hatte es fertiggebracht, die liberale Mehrheit im Wiener Gemeinderat zu brechen. Mit seinem volkstümlichen Auftreten hatte er entscheidend zu diesem Ergebnis beigetragen. Er wurde zum Gegenbild der auf Distanz bedachten liberalen Stadtregierung:⁴⁰⁰ „Abgesehen von Wien, wo die Christlichsozialen aufgrund der Gewinne Luegers bei den Gemeinderatswahlen ihren positiven Trend nutzen konnten, war es vor allem die Mobilisierung der Bauern, die den Wahlerfolg der Christlichsozialen ausgemacht hatte.“⁴⁰¹

Eine Besonderheit der Christlichsozialen Partei bestand im hohen Stellenwert des Parteiobmanns (Lueger). In beinahe unumschränkter Art und Weise dominierte er ihre Geschicke: „Wenn die These, daß eine politische Partei mit einer Einzelpersönlichkeit identifiziert werden kann und mit dieser auf Gedeih und Verderb verbunden ist, überhaupt anwendbar erscheint: in der Stellung Luegers zu seiner Partei fände sie eine unwiderlegbare Bestätigung.“⁴⁰² Das Wesen Luegers überstrahlte die Partei. Ihre Wahlerfolge waren in erster Linie seine Erfolge. Er war das Symbol der Partei und ein identitätsstiftender Faktor:⁴⁰³ „Lueger était un démagogue qui savait parler aux artisans et aux petits-bourgeois de Vienne victimes du krach de 1873, de la crise économique et tout simplement du déclin relatif de l’artisanat face à la grande industrie.“⁴⁰⁴

³⁹⁷ Burger, Erwin: Die Frage der Bestätigung der Wahl Dr. Karl Luegers zum Bürgermeister. Wien: Universität Wien 1952 (Diss.), S. 32.

³⁹⁸ Vgl. Boyer (2010), S. 82.

³⁹⁹ Scheicher (1911), S. 410-411.

⁴⁰⁰ Vgl. Funder (1952), S. 150.

⁴⁰¹ Rosner (2000), S. 1654.

⁴⁰² Czeike (1982), S.

⁴⁰³ Vgl. Höbelt (1999), S. 132.

⁴⁰⁴ Bérenger (2021), S. 440.

Ab 1895 war es der Partei erfolgreich gelungen, sich neuen Wählerschichten zu öffnen. Die Wahlrechtsreformen (1896 / 1906) hatten der Arbeiterschaft und dem Bauernstand das Wahlrecht gegeben: *„In ebendem Ausmaß, wie das Wahlrecht zugunsten immer breiterer Bevölkerungskreise erweitert wurde, wuchs die politische Bedeutung neuer sozialer Schichten, die bisher von den Politikern kaum betrachtet worden waren: die der ‚kleinen Leute‘.“*⁴⁰⁵ Erneut brachte die Vergrößerung der Wählerschaft zahlreiche Herausforderungen mit sich. Es wurde immer schwieriger, in die Breite zu wirken. Schließlich verfolgten sie unterschiedliche Interessen, die häufig nur schwer miteinander kompatibel waren. In dieser Situation war es abermals die Strahlkraft Luegers, die über diese Konfliktlinien hinaus wirkte:⁴⁰⁶ *„Ihm gelang es auf Grund seines persönlichen Charismas, zumal in Wien und Niederösterreich, ab 1890 überaus heterogene Gruppierungen – Bauern und Gewerbetreibende, Hausbesitzer und christliche Gewerkschafter, radikale Rassenantisemiten und katholische Sozialreformer, Deutschnationale und kaisertreue österreichische Patrioten – hinter sich zu versammeln.“*⁴⁰⁷ Die Christlichsoziale Partei war genuin eine bürgerlich-konservative Sammelbewegung, die mit den Deutschnationalen um das Kleinbürgertum ritterte:

*„Die folgenden zehn Jahre bedeuten die ‚Belle Époque‘ der Christlichsozialen unter Lueger. Aus wahltaktischen Gründen hatte die Partei bisher stets Bündnisse mit alldeutschen und antiliberalen Gruppierungen geschlossen. In den neunziger Jahren entstanden jedoch auf Grund ihrer Hinwendung zur Monarchie und ihrer Mutation zur Staatspartei zunehmend staats- und kulturpolitische Differenzen vor allem mit den Alldeutschen und anderen nationalen Splittergruppen, die schließlich zum Bruch führten. Dieser konnte jedoch den Aufstieg der Christlichsozialen nicht verhindern, die ab 1897 ihre Macht in Wien konsolidiert und die Stadt als Zentrum ihrer Stärke betrachteten.“*⁴⁰⁸

Schon im Jahr 1895 hatte Lueger im Wiener Gemeinderat die relative Mehrheit errungen. Er war von diesem zum Bürgermeister gewählt worden: *„Der 29. Oktober 1895 war ein großer Tag in der Geschichte der Stadt Wien und im Leben Dr. Luegers. An diesem Tage schritt der Gemeinderat zur Wahl des Bürgermeisters, sein Erwählter war, wie nur zu verständlich, niemand anderer als Dr. Karl Lueger. Mit tiefempfundenen Worten und Tränen der Freude in den Augen dankte er dem Gemeinderat und den Wählern.“*⁴⁰⁹ Lueger schien am Ziel seines politischen Wirkens angekommen zu sein. Doch die Kür durch den Wiener Gemeinderat war keineswegs bindend; noch fehlte die Bestätigung des Kaisers. Dessen Regierung stand dem Parteiführer bekanntlich äußerst reserviert gegenüber. Daher intervenierte sie beim

⁴⁰⁵ Hamann (2006), S. 407.

⁴⁰⁶ Vgl. Rosner (2000), S. 1651.

⁴⁰⁷ Sutter / Bruckmüller (2001), S. 81-82.

⁴⁰⁸ Kriechbaumer (2001), S. 249.

⁴⁰⁹ Kunschak, Leopold: Steinchen vom Wege. Wien: Typographische Anstalt 1952, S. 48.

Monarchen gegen dessen Amtseinführung:⁴¹⁰ „Schließlich dürfte ein von der Polizeidirektion Wien verfaßter Bericht vom 7. August 1895 ein gehöriges Gewicht gehabt haben. Darin hieß es, Lueger habe eine ‚terroristisch auftretende Partei‘ gegründet, die sich einen ‚christlichsozialen, katholischen und schließlich klerikalen Anstrich‘ gegeben habe.“⁴¹¹ Die kontroversen Ansichten Luegers hatten seine Bestellung verhindert. Der Kaiser ersuchte ihn, formal auf das Amt zu verzichten.⁴¹² Aber diese Lösung war nicht von Dauer; denn sie war Teil eines geschickten Manövers: „Als die Christlichsoziale Partei erkennen mußte, daß es ihr trotz klarer Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat nicht gelang, den Kaiser zur Bestätigung der Bürgermeisterwahl Luegers zu bewegen, entschloß sie sich 1896, interimistisch Josef Strobach an seine Stelle zu setzen.“⁴¹³ Josef Strobach (1852-1905) sollte als Übergangsbürgermeister dienen.⁴¹⁴ Als sein Stellvertreter wurde Lueger auserkoren. Diese Konstellation führte dazu, dass Strobach im Volksmund das Cognomen ‚Dermalium‘ erhielt. Er wurde von Beginn an als ‚Platzhalter‘ Luegers begriffen und trat in der Tat nur zwei Jahre später (1897) von seiner Funktion zurück.⁴¹⁵ Abermals wählte der Gemeinderat Lueger zum Bürgermeister. Dieses Mal akzeptierte der Kaiser.⁴¹⁶ Die Bedenken des Monarchen an der Wahl Luegers hatten auch dem Staatsgrundgesetz (1867) gegolten.⁴¹⁷ Seine dezidiert antisemitischen und antiungarischen Äußerungen hatten berechtigte Zweifel daran genähert, „dass die Gleichberechtigung der Wiener Bürger unter seiner Herrschaft nicht aufrechterhalten bleiben würde [...]“. ⁴¹⁸

Mit seinem Amtsantritt war Lueger erstmals in Regierungsverantwortung. Er musste seine scharfe Oppositionsrhetorik durch sichtbare Erfolge rechtfertigen; und die zu bewältigenden Aufgaben in Wien waren denkbar groß: „In seiner neuen politischen Funktion angekommen, sah er sich mit einer Vielzahl von Problemen konfrontiert. Denn Wien war zwar eine der beiden Hauptstädte eines Vielvölkerstaates, doch die Infrastruktur dieser Metropole war in fast allen Bereichen hinter den technischen und organisatorischen Entwicklungen ihrer Zeit zurückgeblieben.“⁴¹⁹ Der Nahverkehr, die Strom- und Gasversorgung sowie die öffentlichen

⁴¹⁰ Vgl. Funder (1952), S. 152.

⁴¹¹ Wladika (2005), S. 269.

⁴¹² Vgl. Boyer (2010), S. 172.

⁴¹³ Czeike (1982), S. 246.

⁴¹⁴ Vgl. Boyer, John W.: Austria 1867-1955. Oxford: Oxford University Press 2022, S. 242-243.

⁴¹⁵ Vgl. Czeike (1982), S. 246.

⁴¹⁶ Vgl. Vocolka, Karl und Vocolka, Michaela: Franz Joseph I. Kaiser von Österreich und König von Ungarn 1830-1916. Eine Biographie. München: C.H. Beck 2015, S. 325-326.

⁴¹⁷ Vgl. Maderthaner (2006), S. 221.

⁴¹⁸ Vocolka (2015), S. 326.

⁴¹⁹ Benesch (2014), S. 22.

Dienstleistungen entsprachen nicht den Erfordernissen einer modernen Weltstadt. Folglich lag sein Hauptaugenmerk vorerst darauf, die städtische Verwaltung grundlegend zu reformieren. Sie wurde umfassend ausgebaut. Zugleich betrieb er eine bewusste Fiskalpolitik, die darauf abzielte, die größten wirtschaftlichen wie sozialen Versäumnisse der Liberalen Ära zu beheben: *„In der Sozialpolitik distanzierten sich Lueger und die Christlichsozialen im Sinne der katholischen Soziallehre von der bisher dominierenden Anschauung des Liberalismus, dass jede(r) nur für sich selbst verantwortlich wäre.“*⁴²⁰

Das öffentliche Verwaltungspersonal wurde aufgestockt; die Führungspositionen anhand parteipolitischer Gesichtspunkte besetzt.⁴²¹ Das sollte ihre gewonnene Vormachtstellung in der Stadt langfristig sichern: *„Als Lueger und die Christlichsozialen im Rathaus und damit an den Schalthebeln der Wiener Macht angekommen waren, wurden er und seine Partei selber Teil dieses von ihnen zuvor bekämpften ‚Establishments‘.“*⁴²² Richard Weiskirchner wurde von Lueger mit den verwaltungstechnischen Belangen betraut.⁴²³ In wirtschaftlicher Sicht war die Ära Lueger (1897-1910) von der fortschreitenden Kommunalisierung essentieller Bereiche getragen.⁴²⁴ Sie umfasste die städtische Sanitär- und Wasserversorgung, den Nahverkehr sowie den Ausbau des Strom- und Gasnetzes: *„Ein wesentlicher Schwerpunkt der Amtszeit Luegers galt dem Kampf gegen das Großkapital. Er suchte durch die Kommunalisierung der wichtigsten Versorgungsleistungen die Stadt Wiens von in- und ausländischen monopolartigen Gesellschaften unabhängig zu machen.“*⁴²⁵

Infolgedessen erreichte Luegers Popularität ungekannte Höhen. Er wurde zum Vater der modernen Stadt stilisiert und genoss letztlich sogar in Regierungskreisen breite Zustimmung. Alexander Spitzmüller hebt diesen Umstand in seinen Memoiren hervor:

*„Als Kommunalpolitiker habe ich Lueger stets auf das höchste bewundert. Es steht fest, daß er den Typus des großen sozialen Bürgermeisters geradezu geschaffen hat. Bei seinen diesbezüglichen Aktionen habe ich im Finanzministerium seine Bestrebungen nach Kräften unterstützt, soweit dies meinem Ressort entsprach. Es ist gewiß charakteristisch, daß es gerade ein christlichsozialer Politiker war, der der Übermacht des Großkapitals in Unternehmungen von öffentlicher Bedeutung wirksam entgegentrat und Straßenbahnen, Gas und Elektrizität der Obsorge der Gemeinde überantwortete.“*⁴²⁶

⁴²⁰ Mertens (2006), S. 28.

⁴²¹ Vgl. Boyer (2010), S. 213.

⁴²² Benesch (2014), S. 25.

⁴²³ Vgl. Mertens (2006), S. 23.

⁴²⁴ Vgl. Hamann, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München / Zürich: Piper⁸ 2006, S. 399.

⁴²⁵ Mertens (2006), S. 27.

⁴²⁶ Spitzmüller (1955), S. 74.

Die Wiener Stadtpolitik Luegers gereichte zum Vorbild, an dem sich auch die Reichspolitik orientieren konnte. So mahnte etwa Alois von Liechtenstein ein, die finanzielle Absicherung der Arbeiterschaft voranzutreiben:

*„Das Endziel, welches die christlichsoziale Partei ehrlich und beharrlich anstrebt, ist es, den manuellen Arbeitern festen, wenn auch bescheidenen Besitz, eigenes wohnliches Obdach, reichliche Nahrung und gute Kleidung, sorgenloses Alter, Pflege in der Krankheit, Hilfe in der Not, Mittel zur Gründung und zum Unterhalte der Familie und zur Erziehung der Kinder, kurz jene Summe wirtschaftlichen Behagens zu bieten, welche der Würde und dem steigenden Niveau der modernen Zivilisation entspricht.“*⁴²⁷

Der soziale Aspekt wog in den Anfangsjahren der Christlichsozialen sehr stark. Die päpstlichen Sozialenzykliken mögen sie darin bestärkt haben. Sie erkannten in der christlichen Sozialethik ein konfessionelles Gegenkonzept zum Sozialismus; eine nicht zu unterschätzende Argumentationsgrundlage im Werben um die Arbeiterschaft.⁴²⁸ Der Wettstreit mit der Sozialdemokratie wurde in Wien vornehmlich entlang weltanschaulicher Parameter geführt. Dabei kam den Christlichsozialen die Unterstützung aus Rom (1895) zugute. Sie konnten sich als die einzige (offizielle) Fraktion des politischen Katholizismus‘ gerieren.⁴²⁹

Der Amtsantritt Luegers initiierte die gesamtheitliche Metamorphose der vormaligen Oppositionspartei. Sie gab sich nunmehr staatstragend. Ihr Hauptaugenmerk lag fortan in der Absicherung ihrer Hegemonialstellung. Infolgedessen kam es zu einer Zuspitzung der Bewegung auf die Person Luegers. Das sollte sich aber letztendlich als fatal erweisen. Denn er hatte sich stets geweigert, der Partei belastbare Strukturen zu schaffen:⁴³⁰ *„So nachhaltig Luegers Wirken für die Wiener Kommunalpolitik war, so wenig kümmerte er sich um die Organisation seiner Partei. Die verschiedenen Vereine waren lose miteinander verbunden und es gab kein zentrales Sekretariat.“*⁴³¹ Das System Lueger funktionierte auch tadellos solange er sich im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte befand. Erst die wiederkehrenden Krankheitsschübe seiner letzten Lebensjahre schwächten den innerparteilichen Zusammenhalt: *„Lueger selbst stand einem Ausbau des Parteiapparates immer misstrauisch gegenüber. Getrieben von der Befürchtung, dass seine persönliche Macht durch einen solchen*

⁴²⁷ Liechtenstein, Alois Prinz von: Der schwedische Generalstreik. Wien: Rudolf Dworschak 1910, S. 4.

⁴²⁸ Vgl. Boyer (2022), S. 350.

⁴²⁹ Vgl. Wandruszka (1954), S. 312.

⁴³⁰ Vgl. Boyer (1995), S.36.

⁴³¹ Mertens (2006), S. 38.

*Parteikader eingeschränkt werden könnte, betonte er nicht nur einmal: „Die Organisation bin ich.“*⁴³² Der Tod Luegers (1910) stieß die Partei in eine schwerwiegende Sinneskrise.

Der österreichische Historiker Lothar Höbelt nannte den Aufstieg der Christlichsozialen Partei in Wien und Niederösterreich eine „regionale Sonderentwicklung“⁴³³. Diesem Befund ist beizupflichten. Die demographischen Gegebenheiten Wiens hatten bedingt, dass die Christlichsoziale Partei über ihre konservativ-katholische Kernwählerschaft hinausreichen musste, um langfristig reüssieren zu können. Das war der ideale Nährboden, der Luegers einzigartige Persönlichkeitsstruktur zur vollen Entfaltung bringen konnte. Er vereinte in sich verschiedene politische Traditionen und Ansichten. Ursprünglich aus dem liberalen Lager stammend, wandelte er sich langsam zum Vorkämpfer einer antiliberalen und christlich-konservativen Bewegung. Er überstrahlte die ideologischen Differenzen innerhalb seiner Bewegung und machte Wien zu einer Hochburg der Christlichsozialen. Die Wahlrechtsreformen um 1900 hatten die Machtstrukturen in der Partei verschoben. Die Bundesländer und der Bauernstand hatten an Bedeutung gewonnen.⁴³⁴ Der Erfolg in Wien fußte damit auf dem geschickten Umgang mit dem Kurienwahlrecht.⁴³⁵

6.3 Föderale Strukturen werden etabliert. Die Christlichsoziale Partei in den alpinen Kronländern des deutschsprachigen Raumes der Habsburgermonarchie

Der Aufstieg der Christlichsozialen Partei um 1900 war nicht auf Wien und Niederösterreich beschränkt. Obgleich ihre Anfänge unauflöslich mit der Donaumetropole verknüpft sind, konnte sie nur mit Hilfe des ländlichen Raumes eine Mehrheit finden.⁴³⁶ Es war ihr in den meisten deutschsprachigen Kronländern des alpinen Raumes bis zur offiziellen Vereinigung ihrer Landesorganisationen mit den Konservativen zur „Reichspartei“ (1907) erfolgreich gelungen, zur etablierten politischen Kraft aufzusteigen:⁴³⁷ „*Christian Socialism had its base in Vienna and Lower Austria, but the social dynamics that conjured it up were soon evident in the smaller cities and towns and in the Landgemeinden of Upper Austria, Salzburg, Styria and*

⁴³² Benesch (2014), S. 24.

⁴³³ Vgl. Höbelt, Lothar: Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2009, S. 84.

⁴³⁴ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 43.

⁴³⁵ Vgl. Hamann, Brigitte: Österreich. Ein historisches Portrait. München: C.H. Beck 2009, S. 114.

⁴³⁶ Vgl. Boyer (2001), S.39.

⁴³⁷ Vgl. Boyer, John W.: Political Catholicism in Austria, 1880-1960. In: Bischof, Günter, Pelinka, Anton und Denz, Hermann (Hg.): Religion in Austria. Contemporary Austrian Studies. New Brunswick / London: Studienverlag 2005, S. 8-9.

Tyrol as well.“⁴³⁸ Die Geschichte der Christlichsozialen Partei war stets eine Geschichte des föderalen Zusammenwachsens. Ihre subsidiäre Organisation war ein unerlässlicher Bestandteil ihres Propriums. Um 1900 stand für sie die Auseinandersetzung mit den konservativen Bewegungen im Mittelpunkt. Diese genossen traditionellerweise in den Bundesländern und hier besonders beim Landadel, der Bauernschaft und der Amtskirche große Unterstützung:⁴³⁹ „In den Augen der [...] Katholisch-Konservativen handelte es sich bei den Christlichsozialen um politische Parvenüs, deren agitatorische Methoden man rundweg ablehnte. Dazu kam der Konflikt zwischen Provinz und Metropole [...], während die Bewegung Luegers erst langsam über Wien und Niederösterreich hinauswuchs.“⁴⁴⁰ Folgerichtig konnten die Christlichsozialen zunächst in den urbanen Räumen der Bundesländer reüssieren. Die Wende zur Massenpartei vollzog sich mit der Begründung verschiedener Bauernvereinigungen in den Bundesländern, die mit den Christlichsozialen verbunden waren: „The Christian Socials also succeeded in achieving a majority outside Vienna, by way of the farmers’ associations that they had founded.“⁴⁴¹

Im unaufhörlichen Zusammenspiel von kleinstädtischen Gewerbevereinigungen und regionalen Bauernvereinen inszenierte sich die Christlichsoziale Partei als kritische Reformkraft. Die Konservativen im Reichsrat (Hohenwartklub) hatten sich mit konservativen tschechischen und polnischen Fraktionen verbündet (Eiserner Ring), um die Regierung Eduard Graf Taaffes (1833-1895) zu unterstützen. Sie wurden somit unweigerlich mit den unliebsamen Kabinetten Taaffes und Badenis in Verbindung gebracht.⁴⁴² Das führte letztlich zur steigenden Popularität der Christlichsozialen: „Das Unbehagen über die vielfach defensive und unpopuläre Politik der Katholischen Volkspartei verstärkte erkennbar das Liebäugeln mit einer ‚katholischen‘ Alternative: der Christlichsozialen Partei Karl Luegers, deren ‚moderne‘ Politik in Wien und Niederösterreich erste Erfolge zeitigte.“⁴⁴³ Die Partei Luegers hatte schon 1895 versucht, über die Grenzen Niederösterreichs hinauszuwirken. Nach der Verteidigung der Bewegung gegen den Episkopat in Rom (1895), wandte sie sich

⁴³⁸ Boyer (2022), S. 221-222.

⁴³⁹ Vgl. Lewis (1977), S. 115.

⁴⁴⁰ Wohnout (2011), S. 55.

⁴⁴¹ Wohnout, Helmut: Middle-class Governmental Party and Secular Arm of the Catholic Church. The Christian Socials in Austria. In: Kaiser, Wolfram und Wohnout, Helmut (Hg.): Political Catholicism in Europe 1918-1945. London / New York: Routledge 2004, S. 172.

⁴⁴² Vgl. Klieber, Rupert: Politischer Katholizismus in der Provinz. Salzburger Christlichsoziale in der Parteienlandschaft Alt-Österreichs. Wien / Salzburg: Geyer-Edition 1994, S. 210.

⁴⁴³ Klieber (1994), S. 210.

Oberösterreich zu.⁴⁴⁴ Dort hatte Alfred Ebenhoch im Jahr 1891 die Führung des vorherrschenden ‚Katholischen Volksvereins‘ übernommen. Mit einem Alter von knapp 40 Jahren hatte dies einen Generationenwechsel markiert. Oberösterreich verfügte als Industriebundesland über andere soziale Strukturen als Niederösterreich, die bei den Christlichsozialen in Kombination mit der bestehenden Missstimmung gegen die Reichsregierung Hoffnungen auf einen fulminanten Wahlsieg geweckt hatten.⁴⁴⁵ Doch die Landtagswahlen erwiesen, dass der ‚Katholische Volksverein‘ seine Hegemonialstellung behaupten konnte. Infolgedessen suchten die Christlichsozialen den Ausgleich mit diesem, der durch die persönliche Freundschaft zwischen Lueger und Ebenhoch erreicht werden konnte.

In Salzburg herrschten andere Grundbedingungen vor. Dort war es der christlichsozialen Arbeiterbewegung gelungen, mit dem ‚Volksverein‘ ein gemeinsames Programm zu beschließen (1901). Das überraschende Erstarken der Sozialdemokratie und die drohende Spaltung des katholischen Lagers hatten ein Bündnis aus Konservativen und Christlichsozialen geschaffen;⁴⁴⁶ eine wegweisende Entwicklung, wie der österreichische Kirchenhistoriker Rupert Klieber konstatiert:

*„In Salzburg war damit erstmals gelungen, was in der Steiermark erst drei Jahre später möglich werden sollte, woran in Tirol unzählige, auch bischöfliche Schlichtungsversuche immer wieder scheiterten und was in Oberösterreich bzw. Vorarlberg, Wien und Niederösterreich durch die unangefochtene Dominanz einer der beiden Richtungen wenig Probleme verursachte. Salzburg stellte somit den Prototyp für den nach den ersten gleichen Wahlen 1907 in der österreichischen Reichshälfte durchgeführten allgemeinen Zusammenschluß der beiden Parteien.“*⁴⁴⁷

Auch in der Steiermark vollzog sich ein vergleichbarer Einigungsprozess. Der Druck aus den industriell geprägten Ballungszentren war groß. Weder die Christlichsozialen noch dem ‚Katholischen Volksverein‘ war es gelungen, die katholische Bevölkerung geschlossen hinter sich zu versammeln. Demgemäß verbündeten sie sich im Zuge der Landtagswahlen (1904).⁴⁴⁸ In Tirol, das historisch noch stärker von der Tradition einer starken Bauernschaft geprägt war,⁴⁴⁹ ebnete letztendlich die Gründung des Bauernbundes (1904) den Aufstieg der

⁴⁴⁴ Vgl. Slapnicka, Harry: Christlichsoziale in Oberösterreich. Vom Katholikenverein 1848 bis zum Ende der Christlichsozialen 1934. Linz: OLV 1984, S. 137.

⁴⁴⁵ Vgl. Slapnicka (1984), S. 138.

⁴⁴⁶ Vgl. Klieber (1994), S. 214.

⁴⁴⁷ Klieber (1994), S. 214.

⁴⁴⁸ Vgl. Karner, Stefan: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz: Leykam² 2005, S. 46.

⁴⁴⁹ Vgl. Winkelbauer, Thomas: Österreichische Geschichte 1522-1699. Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im Konfessionellen Zeitalter. Bd. 1. Wien: Ueberreuter 2004, S. 218.

Christlichsozialen.⁴⁵⁰ Dort hatte sich das katholisch-konservative Lager schon um 1900 gespalten. Dem konservativen Landeshauptmann Theodor Freiherr von Kathrein (1842-1916) war an einer Vereinigung derselben gelegen. Diese wurde auch von christlichsozialer Seite angestrebt, wie ein Brief ihres Obmanns, Dr. Johann Schorns (1845-1914), vom 27. Februar 1901 anschaulich belegt: *„Als Obmann der christlichsozialen Parteileitung in Tirol und Mitglied des vom kons(ervativen) Landtagsclub eingesetzten Verständigungskomitees habe ich [...] zu einer Besprechung der Frage eingeladen, ob und auf welchem Wege eine Verständigung der Konservativen und der Christlichsozialen Partei oder ein modus vivendi unter annehmbaren Bedingungen angebahnt werden könnte.“*⁴⁵¹ Zu diesem Zeitpunkt offenbarte sich bereits, welchen Sinneswandel die päpstliche Unterstützung der Partei herbeigeführt hatte. Denn die Annäherung beider Fraktionen wurde nunmehr von der Amtskirche selbst evoziert. Das erweist ein Brief des Fürstbischofs von Brixen, Simon Aichners (1816-1910), aus dem Juni desselben Jahres.⁴⁵² Schließlich wurde am 11. November 1903 ein gemeinsames Programm der ‚Vereinigten katholisch-konservativen und christlichsozialen Partei‘ veröffentlicht.⁴⁵³

Gänzlich anders gestaltete sich die Situation in Kärnten und in Vorarlberg. In Kärnten waren die Christlichsozialen schwächer als in allen anderen Bundesländern. Rund zehn Prozent der Bevölkerung waren Protestanten. Diese wählten wiederum eher sozialdemokratisch oder deutschliberal. Eine geschlossen konservative Bauernschaft gab es nicht.⁴⁵⁴ Zudem dominierten in den Grenzgebieten des deutschen Sprachraumes entweder slowenisch-nationalistische oder deutschnationale Kräfte.⁴⁵⁵ In Vorarlberg fand hingegen die Rhetorik Luegers großen Anklang. Sein Aufstieg in Wien wurde im westlichsten Bundesland mit Wohlwollen vernommen. Sowohl Karl Lueger als auch Albert Geßmann besuchten Vorarlberg mehrmals. Ihre Auftritte gerieten zu Großereignissen. So berichtet das

⁴⁵⁰ Vgl. Weitensfelder, Hubert: „Römlinge“ und „Preußenseuchler“. Konservativ-Christlichsoziale, Liberal-Deutschnationale und der Kulturkampf in Vorarlberg, 1860 bis 1914. Wien / München: Oldenbourg 2008, S. 24.

⁴⁵¹ Schorn, Johann: Brief vom 27. Februar 1901. In: Schober, Richard (Hg.): Theodor Freiherr von Kathrein (1842-1916). Landeshauptmann von Tirol. Briefe und Dokumente zur Politik um die Jahrhundertwende. Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1992, S. 134.

⁴⁵² Vgl. Aichner, Simon: Brief vom 23. Juni 1901. In: Schober, Richard (Hg.): Theodor Freiherr von Kathrein (1842-1916). Landeshauptmann von Tirol. Briefe und Dokumente zur Politik um die Jahrhundertwende. Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1992, S. 142.

⁴⁵³ Vgl. Programm der ‚Vereinigten katholisch-konservativen und christlichsozialen Partei‘, 11. November 1903. In: Schober, Richard (Hg.): Theodor Freiherr von Kathrein (1842-1916). Landeshauptmann von Tirol. Briefe und Dokumente zur Politik um die Jahrhundertwende. Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1992, S. 192-195.

⁴⁵⁴ Vgl. Weitensfelder (2008), S. 24-25.

⁴⁵⁵ Vgl. Weitensfelder (2008), S. 24.

„Vorarlberger Volksblatt“, dass Lueger bei seinem Besuch in Götzis (1896) triumphal empfangen wurde:

*„Wenigstens 1600 Männer füllten den Saal und die Gallerien an. Mit Ausnahme von drei in der Versammlung anwesenden Juden waren wohl völlig alle Theilnehmer, die nebst Götzis auf das Unter- und Oberland, den Walgau, die angrenzende Schweiz, Bregenzerwald, Montavon, ja sogar das große und kleine Walserthal sich vertheilten, vom Wunsche erfüllt, den wackern Kämpfer für die Wohlfahrt des christlichen Volkes sehen und hören zu können. Unter den Klängen des Lueger-Marsches und begeisterten Hochrufen nahmen Herr Dr. Lueger und die ihn begleitenden Wiener Herren ihre reservierten Sitze ein.“*⁴⁵⁶

Die Christlichsozialen konnten die Konservativen Kräfte Vorarlbergs schneller und widerstandsloser verdrängen als in den übrigen Bundesländern. Hubert Weitensfelder führt dies auf dessen kulturelle Gegebenheiten zurück, die Lueger erfolgreich bespielen konnte:⁴⁵⁷ *„In Vorarlberg hatte der Antisemitismus bereits vor dem Auftreten der christlich-sozialen Bewegung eine lange Tradition. Ein ständig wiederkehrender Vorwurf war die Beteiligung von Juden an finanziellen Transaktionen.“*⁴⁵⁸

Die erfolgten Ausführungen zur föderalen Entwicklung der Christlichsozialen Partei erhellen, dass dem Zusammenschluss von Konservativen und Christlichsozialen im Reichsrat (1907) zahlreiche Auseinandersetzungen auf regionaler Ebene vorangegangen waren. Erst mit dem Abschluss des Einigungsprozesses in den Bundesländern konnte eine Vereinigung auf Reichsebene erfolgen. Dieser föderale Prozess sorgte für die Ausformung schwacher Strukturen auf Bundesebene und eine starke regionale Prägung. Der Erfolg außerhalb Ostösterreichs lag maßgeblich in der Schaffung der Bauernbünde, die mit der traditionellen Stärke der Christlichsozialen im urbanen Raum in Einklang gebracht werden konnten. John W. Boyer ist der Ansicht, dass die Allianz aus Konservativen und Christlichsozialen schlussendlich der Konfessionalisierung der Partei entscheidenden Vorschub leistete: *„Between 1907 and 1914 a more ‘Catholic’ habitus settled upon the party, in part because of the effect of the merger of 1907, in part because Lueger’s death in 1910 empowered a new generation of Catholic lay and in part because with the onset of universal suffrage in 1907 the Christian Socials’ main enemy now lay on the radical Left.“*⁴⁵⁹ Die Christlichsoziale Partei wurde nun zu einer dezidiert katholischen Fraktion:⁴⁶⁰ *„Als Resultat der Vereinigung von 1907 waren nun die katholischen Kräfte wieder in einer Partei konzentriert. Umgekehrt*

⁴⁵⁶ Vorarlberger Volksblatt. 31. Jahrgang. Nr. 188 (18. August 1896), S. 1.

⁴⁵⁷ Vgl. Weitensfelder (2008), S. 230-231.

⁴⁵⁸ Weitensfelder (2008), S. 87.

⁴⁵⁹ Boyer, John W.: Catholics, Christians, and the Challenges of Democracy. The Heritage of the Nineteenth Century. In: Gehler, Michael, Kaiser, Wolfram und Wonnout, Helmut (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2001, S. 39.

⁴⁶⁰ Vgl. Klieber (1994), S. 221.

brachte sie aber auch ein Erstarken des katholischen Elements.“⁴⁶¹ Diese Grundmechanismen sollte die Christlichsoziale Partei bis zu ihrer Auflösung (1934) beibehalten. Eine Besonderheit in der Reichspartei bestand in der Tatsache, dass ihr Klubvorsitzender regelmäßig zwischen den einzelnen Bundesländern rotierte;⁴⁶² ein nicht zu unterschätzender Beleg des föderalen Selbstverständnisses der Partei.

6.4 Politische Feindbilder entstehen. Die Christlichsoziale Partei zwischen katholischem Antisemitismus, Antiliberalismus und beständiger Warnung vor dem Sozialismus

Die Rückschau auf die bisher erfolgten Ausführungen zur Genese der Christlichsozialen Partei erhellt unverkennbar, dass sie sich von Beginn an als eine Gegenbewegung zum Liberalismus konzipiert hatte. Ihre Missbilligung äußerte sich auf ökonomischer, gesellschaftlicher und weltanschaulicher Ebene. Der ‚Manchesterliberalismus‘ erschien als ein zentrales Feindbild, das gezielt mit antisemitischer Kapitalismuskritik vermengt wurde:⁴⁶³ *„Die Haßfigur war der kapitalistische Unternehmer, politisch ein Liberaler und herkunftsmäßig ein Jude.“*⁴⁶⁴ Die Christlichsoziale Partei bediente die in der Gesellschaft vorherrschenden antisemitischen Vorstellungen.⁴⁶⁵ Sie waren nicht ihre Erfindung und hatten im Kleinbürgertum, der Handwerkerschaft und dem Bauernstand bereits seit langem bestanden.⁴⁶⁶ Es war ein ‚verbaler Antisemitismus‘,⁴⁶⁷ der innerparteilich als eine nicht zu unterschätzende Zentripetalkraft fungierte. Sein Hauptziel war die Mobilisierung.

Dementsprechend war der christlichsoziale Antisemitismus anderer Natur als jener der Deutschnationalen um Georg Ritter von Schönerer: *„Da er [= Lueger] im Gegensatz zu den Schönerianern Judentum nicht durch Rasse, sondern durch die Religion definierte, konnte er getaufte Juden zum Mißvergnügen so manches Parteifreunds in seinen engsten Kreis aufnehmen, wie etwa Dr. Albert Gessmann oder den hohen Beamten Rudolf Sieghart.“*⁴⁶⁸ Lueger machte auch aus seiner Abneigung gegen das Königreich Ungarn keinen Hehl.⁴⁶⁹ Seine Missgunst galt der dort regierenden liberalen Mehrheit. Sie gefährdete die Einheit der

⁴⁶¹ Lewis (1977), S. 142.

⁴⁶² Vgl. Höbelt, Lothar: Einleitung. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Schönerer, Johannes (Hg.): Klubprotokolle der Christlichsozialen und Großdeutschen 1918/19. Wien / Köln: Böhlau 2022, S. 24.

⁴⁶³ Vgl. Czeike (1962), S. 62-63.

⁴⁶⁴ Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 68.

⁴⁶⁵ Vgl. Boyer (1981), S. 122.

⁴⁶⁶ Vgl. Boyer (2010), S. 36.

⁴⁶⁷ Vgl. Lichtblau (2006), S. 466.

⁴⁶⁸ Hamann (2006), S. 417.

⁴⁶⁹ Vgl. Boyer (2010), S. 100,

Habsburgermonarchie. In seinen reißerischen Ansprachen verschmolzen beide Narrative. Das jüdischstämmige ungarische Großbürgertum war sein bevorzugtes Feindbild. So heißt es im ‚Wahlmanifest‘ der Christlichsozialen Partei (1907) wortwörtlich:⁴⁷⁰

*„Seit 1867 haben es die Magyaren verstanden, innerhalb der Monarchie und auf Kosten der diesseitigen Reichshälfte ein Staatsgebilde aufzubauen, das, gelenkt von den fast durchwegs korrupten Parteien der judäomagyarischen Minderheit, alle nichtmagyarischen Völker Ungarns, seine deutschen Staatsbürger, die slavischen und romanischen Nationalitäten geknechtet, unterdrückt und ausgebeutet hat.“*⁴⁷¹

Lueger griff bewusst auf diese tief verankerten Ressentiments zurück, um politische Debatten emotional aufzuladen.⁴⁷² Deshalb kann ihm ein demagogischer Impetus nicht abgesprochen werden.⁴⁷³ Sein Hauptaugenmerk galt den Sympathien des deutschsprachigen Wiener Bürgertums; in ihm sah er erhebliches Wählerpotential. Dieses Vorgehen erwies sich in seiner Skrupellosigkeit als ausgesprochen effizient. Doch die Mobilisierung der Massen war innenpolitisch teuer erkaufte worden. Die ungarische Regierung opponierte gegen Lueger und war federführend an dessen Nichtbestellung (1897) beteiligt gewesen:⁴⁷⁴ *„Zu den österreichischen Widersachern der Christlichsozialen gesellte sich Ministerpräsident Baron Banffy, um mit dem ganzen Gewicht der ungarischen Regierung gegen die Zulassung eines Lueger als Bürgermeister der Stadt Wien Einspruch zu erheben. Von allen Seiten bedrängte man den Kaiser. Lueger sei ein Demagog, ein gefährlicher Neuerer, sagten die einen, er störe den konfessionellen Frieden, sagten die andern;“*⁴⁷⁵

Rudolf Sieghart hob hervor, dass der politische Antisemitismus um 1900 keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal Luegers war. Er sei in der Habsburgermonarchie in verschiedenen Ausformungen präsent gewesen: *„Der Wiener Antisemitismus gliederte sich in mehrere Gruppen: Antisemiten schlechthin (Schneider, Gregorig, Vergani), die den Ruf der Gesinnungstreue durch abstoßende Maßlosigkeit zu begründen suchten, Antisemiten aus demokratischen Anfängen her wie Lueger, christliche Antisemiten wie Scheicher, Salon- und Ständeantisemiten wie Pattai und Prinz Alois Liechtenstein wetteiferten auf dem Boden Wiens mit dem Rassenantisemiten Schönerer.“*⁴⁷⁶ Sieghart weist abermals darauf hin, dass die

⁴⁷⁰ Vgl. Leidinger, Hannes: Der Untergang der Habsburgermonarchie. Innsbruck / Wien: Haymon Verlag 2017, S. 135.

⁴⁷¹ Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei, 1907. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 175.

⁴⁷² Vgl. Boyer (2010), S. 91.

⁴⁷³ Vgl. Mazohl, Brigitte: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. In: Winkelbauer, Thomas (Hg.): Geschichte Österreichs. Stuttgart: Reclam³ 2018, S. 416.

⁴⁷⁴ Vgl. Wladika (2005), S. 269.

⁴⁷⁵ Funder (1952), S. 152.

⁴⁷⁶ Sieghart (1932), S. 311.

Christlichsozialen in erster Linie strategisch agierten. Sie äußerten religiöse und ökonomische Verurteile, während der rassistische Gedanke von geringem Belang schien: *„Was den Antisemitismus betrifft, so versteht die christlichsoziale Partei darunter den Kampf für den Schutz der Rechte, der geistigen und materiellen Güter des christlichen Volkes gegen die Angriffe aller, die den Glauben und die guten Sitten des katholischen Volkes meist unter jüdischer Führung zu zerstören und ihrer zügellosen Leidenschaft alle Stände zu unterjochen trachten.“*⁴⁷⁷ Sie verbanden ihre Abneigung gegen den zügellosen Kapitalismus mit konfessionellen Vorbehalten. Daraus folgte eine eigene Art des Antisemitismus'. Das betonte auch der österreichische Sozialphilosoph Norbert Leser (1933-2014):

*„Es ist richtig und kann nicht beschönigt werden, dass der bloße verbalradikale Antisemitismus Luegers dazu beitrug, den Holocaust zu ermöglichen, so wie die verbalradikale Sprache des Austromarxismus zum unerwarteten Ausbruch des 15. Juli 1927 beitrug, der Österreich fast in einen Bürgerkrieg stürzte. Trotzdem darf man den qualitativen und nicht bloß quantitativen Unterschied zwischen dem sozialen und religiösen Antisemitismus Luegers und dem rassistischen Schönerers und Hitlers nicht übersehen, wenn es auch fließende Übergänge gab.“*⁴⁷⁸

Karl Lueger leistete der Radikalisierung des politischen Antisemitismus' Vorschub, indem er ihn kampagnisierte. Seine Aussagen waren radikal; ihr Effekt fatal. Dennoch wäre es historisch widersinnig, eine direkte Linie von seinem verbalen Antisemitismus zum rassistischen Judenhass der 1930er-Jahre ziehen zu wollen.⁴⁷⁹ Die vielfach angeführten Worte Adolf Hitlers (1889-1945) über Lueger in ‚Mein Kampf‘ (1925) sind nicht als vollumfängliches Bekenntnis zu dessen Wirken zu lesen:

*„Dr. Karl Lueger und die christlich-soziale Partei. Als ich nach Wien kam, stand ich beiden feindselig gegenüber. Der Mann und die Bewegung galten in meinen Augen als ‚reaktionär‘. Das gewöhnliche Gerechtigkeitsgefühl aber mußte dieses Urteil in eben dem Maße abändern, in dem ich Gelegenheit erhielt, Mann und Werk kennenzulernen; und langsam wuchs die gerechte Beurteilung zur unverhohlenen Bewunderung. Heute sehe ich in dem Manne mehr noch als früher den gewaltigsten deutschen Bürgermeister aller Zeiten.“*⁴⁸⁰

Er bewunderte an Lueger weniger dessen Judenfeindlichkeit. Denn sie war für ihn nur äußerlicher Natur (‚Scheinantisemitismus‘).⁴⁸¹ Die Verklärung Luegers galt eher seiner Demagogie. Lueger handelte auch aus gänzlich anderen Beweggründen; eine Ansicht, die Leopold Kunschak in seinen Memoiren indirekt bestätigt, wenn er beschreibt, inwiefern er gezielt Kontakte zu antisemitischen Kreisen pflegte, um mediale Präsenz zu ergattern:

⁴⁷⁷ Funder (1923), S. 10.

⁴⁷⁸ Leser, Norbert: ‚... auf halben Wegen und zu halber Tat...‘. Politische Auswirkungen einer österreichischen Befindlichkeit. Wien / München: Amalthea 2000, S. 41.

⁴⁷⁹ Vgl. Thamer, Hans-Ulrich: Adolf Hitler. Biographie eines Diktators. München: C.H. Beck 2018, S. 37.

⁴⁸⁰ Hitler, Adolf: Mein Kampf. Eine kritische Edition. Hg. v. Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger und Roman Töppel. Bd. 1. München / Berlin: Institut für Zeitgeschichte München – Berlin 2016, S. 207.

⁴⁸¹ Vgl. Stieg, Gerald: Sein oder Schein. Die Österreich-Idee von Maria Theresia bis zum Anschluss. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016, S. 103-104.

„Gelegentlich des ersten großen Antisemitenausfluges nach Kirchberg am Wagram kam ich mit Dr. Lueger in persönliche Beziehung, bis dahin kannte ich ihn und sein Wirken nur aus den Zeitungsberichten. In Verbindung mit dem Ausflug fand in dem erwähnten Orte eine von Ernst Vergani, dem Herausgeber des antisemitischen Tagblattes ‚Deutsches Volksblatt‘, einberufene Volksversammlung statt, an welcher außer den tausend Wiener Ausflüglern einige tausend Bauern aus den Bezirken Tulln, Kirchberg und Krems teilnahmen.“⁴⁸²

Ernst Vergani war ein mächtiger Verbündeter, der lange Schönerer nahegestanden war.⁴⁸³ Nach den Kontroversen um dessen Sturm auf die Redaktion des ‚Neuen Wiener Tagblattes‘ (1888) hatte er sich enttäuscht von ihm abgewandt.⁴⁸⁴ *„Seine große Chance kam mit dem Sturz Schönerers im Frühjahr 1888; Lueger übernahm das politische Erbe des dogmatischen Volkstribunen und begann es in eine andere Richtung zu lenken, die Gegnerschaft zum herrschenden Establishment nicht auf den Staat und die Dynastie übertrug.“⁴⁸⁵* Mit der Jahrhundertwende gewann die erbitterte Rivalität mit der Sozialdemokratie an Bedeutung. Sie wurde zur Kontrahentin im Wettstreit um die Arbeiterschaft; ein Konkurrenzverhältnis, das auf verschiedenen Ebenen ausgetragen wurde. Die Abwehr des ‚Klassenkampfes‘ war ein Leitmotiv der christlichsozialen Berichterstattung. Den Sozialisten wurde die Spaltung der Gesellschaft vorgeworfen. Auch hier wurden primär antisemitische Erwägungen angeführt:

„Zu den erhabensten Gütern des deutschen Stammes rechnet die christlich-soziale Partei die christlich-deutsche Gesittung, die sich in der Heiligkeit der Ehe, des Familienlebens und der sittlichreligiösen Erziehung der Jugend widerspiegelt. Die Partei wird an diesen Grundpfeilern eines gesunden Volkslebens gegenüber dem wütenden Anstürmen der vom jüdisch-freimaurerischen Geiste geleiteten Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer ohne Wanken festhalten.“⁴⁸⁶

Während sich die Sozialdemokratie auf die Schriften Marx‘ und Engels‘ berief, rekurrten die Christlichsozialen auf ‚Rerum Novarum‘. Aus marxistischer Sicht war evident, dass sich die Besitzenden und die Besitzlosen in einem unaufhörlichen Ringen um die Macht im Staat befanden. Es münde letztlich in die klassenlose Gesellschaft. Die Christlichsoziale Partei propagierte hingegen die ständische Lösung der ‚Sozialen Frage‘. Dementsprechend lehnten auch sie das Eingreifen des Staates in wirtschaftliche Belange nicht kategorisch ab: *„Die christliche Staatsgewalt hat diesbezüglich vermittelnd, aber auch entscheidend als Schiedsrichter zwischen Unternehmern und Arbeitern zu walten. Die christliche Staatsgewalt hat aus diesem Grunde auch die Pflicht, jedes Gewerbe vor ruinöser Concurrenz des In- und Auslandes durch Schutzzoll und Regulierung der Production zu bewahren.“⁴⁸⁷* Alleinig die

⁴⁸² Kunschak (1952), S. 47.

⁴⁸³ Vgl. Boyer (2010), S. 148.

⁴⁸⁴ Hamann (2006), S. 404.

⁴⁸⁵ Höbelt (1999), S. 132.

⁴⁸⁶ Wahlmanifest 1907 (1967), S. 176.

⁴⁸⁷ Liechtenstein, Alois Prinz von und zu: Die geschichtliche Entwicklung der heutigen wirtschaftlichen Lage. In: Schindler, Franz (Hg.): Leo-Gesellschaft. Sociale Vorträge. Gehalten bei dem Wiener socialen Vortrags-Curse 1894. Wien: Heinrich Kirsch 1895, S. 38.

Idee des Klassenkampfes wurde abgelehnt. Sie sei das Hirngespinnst einer ‚jüdisch-freimaurerischen Minderheit‘, um das Volk zu spalten.⁴⁸⁸ *„Der Antijudaismus, der innere Dämon (Le Goff), hatte sich seit Jahrhunderten in der Mentalität der Christen eingenistet. Als gleichsam selbstverständliches Basiswissen regulierte er den Gefühlshaushalt, stellte das Feindbild, rief eine der großen Ängste der Christenheit hervor. Die Juden gehören zum Reich des Satans, als Agenten der Moderne seien sie die geheimen Drahtzieher von Kapitalismus, Liberalismus, Sozialismus.“*⁴⁸⁹

Die Christlichsozialen warfen der Sozialdemokratie Scheinheiligkeit vor. Sie sei nicht aufrichtig an der Verbesserung des sozialen Elends interessiert, da ihre Führungspersonlichkeiten den wirtschaftlichen Eliten entstammten: *„Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, welche nur für die Klasse der Arbeiter die Altersversorgung anstrebt, anerkennt die christlich-soziale Partei, daß jeder, der zeitlebens gearbeitet hat, daher auch der Landwirt und der Gewerbetreibende, verdient, daß im Notfall für sein Alter und seine Hinterbliebenen gesorgt sei.“*⁴⁹⁰

Demgemäß waren es vor allem drei Motive, welche die christlichsoziale Politik wiederkehrend trieben: Der Antisemitismus, der Antiliberalismus und der Antisozialismus: *„Many turned in anti-Semitism and radical nationalism (or both) as ideological glue to hold together otherwise disparate social and economic interest groups such as artisans in traditional crafts and lower-level white-collar workers employed by expanding new industries.“*⁴⁹¹ Das Hauptziel ihrer Polemik war das jüdischstämmige Großbürgertum. Der Sozialdemokratie warfen sie vor, mit diesem eng verbunden zu sein. Sie gebärden sich zwar nach Außen als Fürsprecher der Arbeiterschaft, betrügen aber eigentlich dessen Interessen:⁴⁹² *„Der einzige ununterbrochene Kampf aller Männer dieser Vereinigung war von Anbeginn gegen die Grundsätze des Liberalismus und der Sozialdemokratie gerichtet, welche sowohl Religion und katholische Kirche als auch die soziale und wirtschaftliche Ordnung zerstörten.“*⁴⁹³ Die Christlichsozialen verfügten nur bedingt über nationalistische Tendenzen. Sie hatten zwar einen durchwegs deutschnational gesinnten Flügel, doch dieser hatte niemals die Führerschaft der Partei erlangt. Er war in ihr nicht mehrheitsfähig. Die Konfessionalisierung der Bevölkerung war ihre Antwort auf den Nationalismus: *„So wie wir*

⁴⁸⁸ Vgl. Sperber, Jonathan: Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert. München: C.H. Beck 2013, S. 558-559.

⁴⁸⁹ Hanisch / Urbanitsch (2006), S. 75.

⁴⁹⁰ Wahlmanifest 1907 (1967), S. 177.

⁴⁹¹ Judson (2016), S. 339.

⁴⁹² Vgl. Czeike (1962), S. 77.

⁴⁹³ Funder (1923), S. 8.

es sahen, war die Eroberung Wiens nur die erste Etappe zu Größerem: die christlichsozialen Reformideen mußten den ganzen Staat erfassen, getragen von einer Volksbewegung, in der ohne Unterschied der Nation alle auf dem Boden christlicher Weltanschauung Stehenden sich finden mußten zu einem inneren Neuaufbau der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates.“⁴⁹⁴

Es gab aber auch inhaltliche Überschneidungspunkte mit der Sozialdemokratie. So bekannten sich beide zur Ausdehnung des Wahlrechts: *„Auch die Christlichsozialen hatten als Volkspartei Grund, das allgemeine Wahlrecht zu verlangen, denn auch sie vertraten breite Volksschichten, die bisher das Wahlrecht nicht besessen hatten.*“⁴⁹⁵ Im 15. Artikel des Parteiprogramms der Christlichen Arbeiterpartei (1896) wurde dieser Gedanke auch ausformuliert: *„Wir verlangen, daß alle männlichen Staatsbürger, welche im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sind, vom vollendeten 24. Lebensjahr an das aktive, und vom vollendeten 30. Lebensjahr an das passive Wahlrecht erlangen.*“⁴⁹⁶ Ihr Anspruch bestand schon damals darin, eine Volkspartei zu sein. Sie waren sich im Klaren, dass sie von einer Wahlrechtsreform profitieren würden: *„Die christlich-soziale Partei hat in den Kämpfen um die Wahlreform konsequent den Gedanken der Wahlpflicht und der Wahlfreiheit festgehalten. Denn nur dann kann in den Wahlen der wahre Wille des Volkes zum Ausdruck gelangen, wenn jeder Wahlberechtigte sein Stimmrecht ausübt und in der Freiheit der Wahl gegen jeden terroristischen Versuch der Gegner geschützt ist.*“⁴⁹⁷ Die Forderung des allgemeinen Wahlrechts trennte sie inhaltlich diametral von den Konservativen um Alfred Ebenhoch. Sie hätten zu den Verlierern dieser Maßnahme gezählt. Ihr Erfolg basierte auf der überproportional hohen Repräsentation des Landadels und der Industriellen im Wahlvolk.⁴⁹⁸ Die Reichsratswahlen des Jahres 1907 fanden erstmals im Sinne des allgemeinen gleichen Männerwahlrechts statt. Infolgedessen war es zur Vereinigung der Konservativen mit den Christlichsozialen gekommen.⁴⁹⁹ Eine überwiegende Honoratiorenpartei im Stil der Konservativen konnte nicht länger von Bestand sein.

Folgerichtig waren Feindbilder eine von vielen Facetten, die den Aufstieg der Christlichsozialen geebnet hatten. Sie waren nicht nur das Markenzeichen ihres Obmannes,

⁴⁹⁴ Czeike (1962), S. 79.

⁴⁹⁵ Funder (1952), S. 410.

⁴⁹⁶ Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei, 1896. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 171.

⁴⁹⁷ Wahlmanifest 1907 (1967), S. 178.

⁴⁹⁸ Vgl. Gipp, Susanne: Dr. Alfred Ebenhoch (1855-1912). Wien: Universität Wien 1974 (Diss), S. 170.

⁴⁹⁹ Vgl. Wandruszka (1954), S. 313.

der mit seiner schonungslos diffamierenden Polemik zum Wiener Bürgermeister aufgestiegen war, sondern auch ein unabdingbarer Faktor in der Transformation zur Massenpartei. Das Kleinbürgertum sollte in Gegnerschaft zu verschiedenen Eliten gesetzt werden. Der Antisemitismus war hierbei einer der wirksamsten Mechanismen. Er vermengte religiöse Vorbehalte mit antiliberalen Ressentiments, der Furcht vorm Sozialismus und antikapitalistischen Ängsten.⁵⁰⁰ Die später vielfach ausgetragenen Konfliktlinien mit der Sozialdemokratie nahmen in diesen Entwicklungen ihren Ursprung. Der Kampf um die Gunst der Arbeiterschaft diente als Ausgangspunkt.⁵⁰¹

6.5 Ein politischer Thronfolger? Erzherzog Franz Ferdinand und die Christlichsoziale Partei

Das Jahr 1898 wurde in der Habsburgermonarchie mit einem denkwürdigen Jubiläum begangen. Kaiser Franz Joseph I. feierte den 50. Jahrestag seiner Thronbesteigung. Er war in diesem halben Jahrhundert zur Personifikation der Donaumonarchie geworden. In einer Zeit der rasanten Veränderungen stand er für Kontinuität und Beständigkeit. Kein Mitglied des Kaiserhauses hatte jemals länger regiert. Sein Reich musste in seiner langen Regierungszeit zwei große militärische Niederlagen hinnehmen. Daraus folgten der Verlust der Lombardei und Venedigs sowie das Ausscheiden aus dem Deutschen Bund; die Habsburgermonarchie hatte sich vom neoabsolutistischen Zentralstaat zur konstitutionellen Doppelmonarchie gewandelt. Verschiedenste persönliche Schicksalsschläge hatten den Monarchen ereilt.⁵⁰² Die Exekution seines Bruders, Maximilians I. von Mexiko (1867), zählte ebenso dazu, wie der Selbstmord seines Sohnes, Kronprinz Rudolfs (1889), der Tod Erzherzog Karl Ludwigs (1896) oder die Ermordung seiner geliebten Ehefrau, Kaiserin Elisabeths (1898). Dennoch hatte er stoisch an seinen Regierungspflichten festgehalten. Dieser Umstand trug entscheidend zu seiner Verklärung bei.⁵⁰³

Seit dem Ableben seines Bruders Karl Ludwig war dessen ältester Sohn, Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este (1863-1914), zum Thronfolger des Vielvölkerstaates aufgestiegen. In seiner neuen dynastischen Rolle hatte er ambitionierte Reformpläne für die Monarchie ausgearbeitet. Die Beziehung zu seinem Großonkel gestaltete sich aber von

⁵⁰⁰ Vgl. Rady, Martyn: *The Habsburgs. The Rise and Fall of a World Power*. London: Penguin Random House 2020, S. 299-300.

⁵⁰¹ Vgl. Boyer (2010), S. 231-232.

⁵⁰² Vgl. Schmetterer, Christoph: *Kaiser Franz Joseph I. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016, S. 201.*

⁵⁰³ Vgl. Vöcelka (2015), S. 312.

Beginn an schwierig. Sie hatten ein durchwegs unterschiedliches Naturell, verfolgten divergierende politische Maxime und die morganatische Ehe des Erzherzog-Thronfolgers (1900) hatte für zusätzlichen Missmut gesorgt. Er war protokollarisch geschwächt.⁵⁰⁴ Berta Zuckerkandl-Szepe (1864-1945), eine bekannte Salongebnerin Wiens um 1900, attestierte dem Thronfolger wenig einnehmende Eigenschaften: „*Wo immer er eintrat, verbreitete er Missmut, beinahe Schrecken. Es gab wohl keine unpopulärere Figur als diesen Habsburger. Mit dem Kronprinzen Rudolf war Österreichs Zukunft gestorben.*“⁵⁰⁵ Obgleich Zuckerkandl keine allzu großen Hoffnungen in Erzherzog Franz Ferdinand gesetzt hatte, war er doch ausgesprochen bemüht gewesen, umfassende Umstrukturierungen in der Monarchie vorzubereiten.⁵⁰⁶ In seiner Wiener Residenz, dem Schloss Belvedere, schuf er sich einen eigenen Hofstaat, der in einem direkten Konkurrenzverhältnis zum Wiener Kaiserhof stand.⁵⁰⁷ Ein zweites politisches Machtzentrum war im Entstehen begriffen.

Friedrich Funder berichtet, dass sich die Anstrengungen des Erzherzogs im Vorfeld des 60. Regierungsjubiläums (1908) intensiviert hatten. Das Ende der francisco-josephinischen Ära schien immer näher zu rücken: „*Das sechzigjährige Regierungsjubiläum Franz Josefs war vorübergegangen und hatte den Staatsmännern und Politikern in Erinnerung gerufen, wie nahe ein Thronwechsel zufolge menschlichem Ermessen sein könne.*“⁵⁰⁸ Franz Ferdinand wollte im Falle seiner Regierungsübernahme Reformvorhaben ausgefertigt wissen:⁵⁰⁹ „*Es war bekannt, daß Erzherzog Franz Ferdinand für den Fall des Thronwechsels von verschiedenen Persönlichkeiten hatte Entwürfe vorbereiten lassen, die sich den ihm zugeschriebenen Plänen für einen staatsrechtlichen Umbau der Monarchie einpaßten.*“⁵¹⁰ In starker Abgrenzung zu seinem Onkel nahm Franz Ferdinand auch am tagespolitischen Geschehen Anteil. Ihm war nicht an Äquidistanz zu den Parteien des Reichsrats gelegen, da er sie für seine Vorhaben zu gewinnen suchte.

Um die Grundzüge seines politischen Denkens zu verstehen, muss man sich vergegenwärtigen, dass seine herrschaftlichen Überzeugungen fest im ausgehenden 18. Jahrhundert wurzelten. Das betonte schon sein Biograph Friedrich Weissensteiner (1927-

⁵⁰⁴ Vgl. Schmetterer (2016), S. 155-156.

⁵⁰⁵ Zuckerkandl, Berta: Österreich intim. Erinnerungen 1892-1942. Wien: Amalthea 2013, S. 129.

⁵⁰⁶ Vgl. Vocelka (2015), S. 330-331.

⁵⁰⁷ Vgl. Boyer, John W.: Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power. 1897-1918. Chicago: The Chicago University Press 1995, S. 331.

⁵⁰⁸ Funder (1952), S. 495.

⁵⁰⁹ Vgl. Weissensteiner, Friedrich: Franz Ferdinand. Der verhinderte Herrscher. München / Zürich: Piper 1994, S. 153.

⁵¹⁰ Funder (1952), S. 481.

2023): „*Das staatsmännische und politische Weltbild Franz Ferdinands war monarchisch konservativ. Es war der absolutistischen Ideenwelt des 18. Jahrhunderts verhaftet. Franz Ferdinand glaubte an die göttliche Berufung des Potentaten, an das Gottesgnadentum des legitimen Herrschers.*“⁵¹¹

Franz Ferdinand hing einer konservativen Staatsauffassung an. Seine religiöse Erziehung hatte in ihm den Glauben an das göttliche Sendungsbewusstsein des Herrscheramtes bestärkt. Infolgedessen wurde ihm vielfach ein ideologisches Näheverhältnis zur Christlichsozialen Partei nachgesagt; ein Befund, der im Kern berechtigt, aber doch weit differenzierter zu betrachten ist. Der regelmäßige Austausch mit Vertretern ihrer Führungsriege ist gut dokumentiert: „*Erzherzog Franz Ferdinand [...] unterhielt enge Kontakte zu christlichsozialen Persönlichkeiten, die häufig Gäste im Belvedere waren. Die Christlichsozialen verstanden sich am Vorabend des Weltkriegs als systemerhaltende Reformpartei und galten als Partei des Thronfolgers.*“⁵¹² Diese Feststellung Robert Kriechbaumers ist eine gängige Annahme, die in der Historiographie breiten Anklang erfuhr.⁵¹³ Erzherzog Franz Ferdinand wies zweifellos zahlreiche Schnittpunkte mit den weltanschaulichen Grundsätzen der Christlichsozialen auf. Es wäre allerdings verfehlt, ihn aufgrund dessen zu einem Parteigänger machen zu wollen.

Beide sahen die katholische Kirche als eine integrale Säule des Zusammenhalts in der Habsburgermonarchie, welche die aufkeimenden Nationalitätenkonflikte kalmieren konnte. Der politische Katholizismus war dem Thronfolger ein probates Mittel, um den Auswüchsen des Nationalismus‘ entgegenzuwirken:⁵¹⁴ „*Der Thronfolger betrachtete den Katholizismus als das geistige Fundament des Reiches, das er einmal regieren sollte.*“⁵¹⁵ Als er im Jahr 1891 das Protektorat über den ‚Katholischen Schulverein‘ übernommen hatte, vermeinten viele, ein wichtiges Indiz gefunden zu haben, um Rückschlüsse auf dessen parteipolitische Gesinnung zu wagen.⁵¹⁶ Ein Sturm der Entrüstung war die Folge. Immerhin konnte hierin ein offenes Bekenntnis zur Christlichsozialen Partei hineininterpretiert werden.⁵¹⁷ Dieser Schluss wurde von der zeitgenössischen Berichterstattung der christlichsozialen ‚Reichspost‘ genährt und ließ sich auch noch in ihrem Nachruf auf Franz Ferdinand (1914) belegen: „*Die Feinde der*

⁵¹¹ Weissensteiner (1994), S. 174-175.

⁵¹² Kriechbaumer (2001), S. 251.

⁵¹³ Vgl. Hannig, Anna: Franz Ferdinand. Die Biografie. Wien: Amalthea 2013, S. 108.

⁵¹⁴ Vgl. Boyer (1995), S. 331.

⁵¹⁵ Weissensteiner (1994), S. 227.

⁵¹⁶ Vgl. Wandruszka (1954), S. 314.

⁵¹⁷ Vgl. Franzel, Emil: Franz Ferdinand d'Este. Leitbild einer konservativen Revolution. Wien: Herold 1964, S. 36.

*Kirche nahmen begreiflicherweise Anstand an der erhebenden Treue des Thronfolgers zur katholischen Kirche. Durch die im Jahre 1891 erfolgte Uebernahme des Protektorats des Katholischen Schulvereins hat der Thronfolger einem Herzensbedürfnisse entsprochen.*⁵¹⁸

Die Intention des Nachrufs ist offenkundig: Der Lebensweg des ermordeten Erzherzogs wird zum unaufhörlichen Kampf gegen die Gegner des politischen Katholizismus‘ verklärt: *„Mochten der wirtschaftliche Pseudo-Liberalismus und die Freimaurer Stimmung zu machen suchen, die edle Auffassung seiner künftigen Regierungspflichten hatte dem Thronfolger den allein richtigen Weg gewiesen.*“⁵¹⁹ Franz Ferdinand hatte auch zu Lebzeiten als Sympathisant Karl Luegers gegolten, zu dem er um 1900 Verbindungskanäle suchte.⁵²⁰ Folgerichtig charakterisiert Karl Vocelka die Beziehung zwischen dem Thronfolger und den Christlichsozialen als ein strategisches Zweckbündnis: *„Im Rahmen der Parteienlandschaft Cisleithaniens sympathisierte Franz Ferdinand mit den Christlichsozialen, mit denen er eine besonders leidenschaftliche Frömmigkeit und die Ablehnung von Liberalen, Juden, Freimaurern und Sozialisten teilte.*“⁵²¹

Sie waren sich in ihrer konsequenten Antipathie gegen die ungarischen Eliten einig: *„Die antimagyarische Einstellung Franz Ferdinands war also gegen die Adelsoligarchie und die Unabhängigkeitspartei gerichtet, deren Ziel es war, die Sonderstellung Ungarns im Verband der Donaumonarchie mehr und mehr zu erweitern und bis zu einer vollständigen Selbständigkeit voranzutreiben.*“⁵²² Für Erzherzog Franz Ferdinand musste der Dualismus des Jahres 1867 überwunden werden. Nur wenn es zu einer strukturellen Gesamtreform der Monarchie komme, könne sie gerettet werden. Der renommierte österreichische Völkerrechtler Heinrich Lammasch (1853-1920) zählte zu seinen wichtigsten Beratern. Lammasch erwähnt, dass die ‚Ungarnfrage‘ eine leitende Agenda seiner Reformpläne war: *„Die Frage, die den Erzherzog am meisten beschäftigte, war die der Revision des Ausgleiches mit Ungarn.*“⁵²³

⁵¹⁸ Reichspost Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns Jg. 22, Nr. 298 (29. Juni 1914), S. 4.

⁵¹⁹ Reichspost (29. Juni 1914), S. 4.

⁵²⁰ Vgl. Rauscher, Walter: Die verzweifelte Republik. Österreich 1918-1922. Wien: Kremayr & Scheriau 2017, S. 21.

⁵²¹ Vocelka (2015), S. 331.

⁵²² Weissensteiner (1994), S. 179.

⁵²³ Lammasch, Heinrich: Erzherzog Franz Ferdinand. In: Lammasch, Marga und Sperl, Hans (Hg.): Heinrich Lammasch. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik. Wien / Leipzig: Deuticke 1922, S. 81.

All diese Tatsachen legen nahe, dass er nach seiner Thronbesteigung eine Allianz mit den Christlichsozialen suchen würde.⁵²⁴ Sie hatten sich ihm auch wiederholt als Verbündete angeboten: *„Es war daher nur natürlich, daß die Bewegung Verbindung zum Thronerben suchte, wie andererseits Erzherzog Franz Ferdinand, besonders in der Zeit, da die ungarischen Forderungen selbst die Einheit der Armee, der wichtigsten Säule und Klammer des Reiches bedrohten, Verbindung zu den Christlichsozialen, den erbitterten Gegnern der ‚Judäomagyaren‘ und der Unabhängigkeitspartei Franz Kossuths, suchte.“*⁵²⁵

Friedrich Funder zählte nachweislich zu den häufigsten Besuchern des erzherzoglichen Kreises im Belvedere.⁵²⁶ Damit einhergehend hatte der Thronfolger ein favorisiertes Medium innerhalb der cisleithanischen Presselandschaft: *„Im Frühjahr 1912 schien endlich Gestalt anzunehmen, was schon lange zu erwarten war, die Herstellung einer breiteren Basis für die Politik des Thronfolgers in der großen Wiener Tagespresse.“*⁵²⁷ Die Vorstellungen der Christlichsozialen divergierten allerdings in einem entscheidenden Punkt von jenen des Erzherzogs: Der Reform des Wahlrechts. Franz Ferdinand hatte spätestens mit der im Reichsrat exzessiv betriebenen Obstruktionspolitik im Zuge der Badeni-Krise (1897) seine grundlegende Skepsis gegenüber dem Parlamentarismus genährt; sie festigte seinen Glauben an die göttliche Bestimmung der monarchischen Herrschaftsausübung, sodass eine parlamentarische Monarchie für ihn eine unannehmbare Staatsform darstellte. Sie gefährdete die Stellung des Monarchen.⁵²⁸ Infolgedessen konnte er in den politischen Parteien keine gleichwertigen Bündnispartner finden. Die gemeinsame Armee, die loyale Beamtenschaft und die katholische Kirche waren für ihn mit den Fundamenten des Staates gleichzusetzen:

*„Dieser sah in den Staatsbürgern vor allem Untertanen; dementsprechend waren das Unbehagen und die Skepsis große, mit denen er Mitsprache und Mitbestimmung des Volkes an der Regierung – und damit auch dieses unterstützenden politischen Bewegungen wie Liberalismus und Sozialismus – betrachtete. Die Armee und der Beamtenapparat schienen ihm, wie allen anderen herrschenden Habsburgern zuvor, die zuverlässigsten Stützen der Monarchie.“*⁵²⁹

Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass Franz Ferdinand seine Partner stets nach politischer Notwendigkeit wählte; ein Umstand, den Lothar Höbelt in seinem Aufsatz ‚Der Thronfolger und die politischen Parteien‘ (2011) umso stärker gewichtet: *„Es gab wohl kaum eine*

⁵²⁴ Vgl. Bled, Jean-Paul: Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2013, S. 294.

⁵²⁵ Wandruszka (1954), S. 314.

⁵²⁶ Vgl. Ehrenpreis (2006), S. 1791.

⁵²⁷ Funder (1952), S. 503.

⁵²⁸ Vgl. Weissensteiner (1994), S. 175.

⁵²⁹ Ledel, Eva-Katharin: Konservatismus und das Haus Habsburg. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 193.

politisch-parlamentarische Gruppierung, die sich auf Dauer seiner Wertschätzung erfreute. Sein Verhältnis zu den Parteien war ein rein instrumentelles [...]. [...]. Parteien vermochten sich nur solange der Gunst des Thronfolgers erfreuen, solange sie ‚seinen Willen taten‘, seinen Wünschen und Anregungen Rechnung trugen.“⁵³⁰ Franz Ferdinand befürwortete jene Partei, die seinen Vorhaben am dienlichsten erschien. Das waren zwar häufig die Christlichsozialen, doch keineswegs in allen Belangen. So sympathisierte er in Anbetracht der Wahlrechtsreform eher mit den Konservativen: „Die Christlichsoziale Partei, die von der Wahlreform profitiert hätte, konnte in diesem Fall kein Partner für den Thronfolger sein. Die potenziellen Verlierer und somit die Gegner des allgemeinen Wahlrechts waren die Großgrundbesitzer, welche dadurch für Franz Ferdinand attraktiv wurden.“⁵³¹ Er sah sich niemals parteipolitisch gebunden. Die Parteiendemokratie lehnte er ab. In seiner pragmatischen Weltsicht wusste er aber, dass er die konstitutionellen Rahmenbedingungen beachten musste:

*„Als Antidemokrat erstreckte sich sein Interesse für die politischen Parteien lediglich auf kurzfristige gemeinsame Projekte und nicht auf den Aufbau einer stabilen Zusammenarbeit mit einer bestimmten Partei. Ähnlich wie bei den Nationalitäten gab es eine gewisse ideologische Nähe oder Distanz zu bestimmten politischen Parteien, aber das hielt den Thronfolger nicht davon ab, bei einzelnen Themen, sich unterschiedlicher Parteien zu bedienen.“*⁵³²

Dementsprechend gestaltete sich das Verhältnis Erzherzog Franz Ferdinands zur Christlichsozialen Partei deutlich zweckdienlicher als oftmals beschrieben. Die Parteien waren für ihn eine Notwendigkeit. Die in der Geschichtsschreibung erwähnte Anhängerschaft, kann nicht bestätigt werden. Er unterstütze die Christlichsozialen nur dann, wenn sie in bestimmten Gebieten seine Anliegen teilten.

7. Die Leitlinien der Grundsatzprogramme der Christlichsozialen Partei in ihren Konsolidierungsjahren (1891-1910)

Nach dem Tod Karl von Vogelsangs (1890) wurde Franz Martin Schindler zum führenden Wegbereiter des inhaltlichen Formierungsprozesses der Christlichsozialen Partei. Die neue Aufgabenverteilung innerhalb der Parteihierarchie hatte sich verändert: Karl Lueger repräsentierte die Partei nach außen und wirkte verbindend nach innen, Albert Geßmann widmete sich der organisatorischen Arbeit im Reichsratsklub und Franz Martin Schindler

⁵³⁰ Höbelt, Lothar: Der Thronfolger und die politischen Parteien. In: Etudes Danubiens. Bd. 28, Nr. 1-2 (2011), S. 13.

⁵³¹ Hannig (2013), S. 110.

⁵³² Hannig (2013), S. 114.

fokussierte sich auf ihre weltanschauliche Ausrichtung.⁵³³ Erst Schindler hatte das Dreigestirn der ersten Generation der Christlichsozialen Führungsriege komplettiert: *„Ein wesentlicher Ertrag der ‚Entenabende‘ war das erste von Schindler selbst 1891 formulierte Programm der Christlichsozialen Partei. Schindler wurde ein wissenschaftlicher Systematiker, Programmatiker und Lehrer der Partei.“*⁵³⁴ Dieses Parteiprogramm trug die unverkennbare Handschrift eines Moralthologen. Es befasste sich mit der Ausgestaltung des Sozialstaates anhand katholisch-ständischer Kriterien, betrachtete das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und widmete sich der schwierigen Situation der Arbeiterschaft. Eine zentrale Forderung war beispielsweise die Ausweitung der Sonntagsruhe; eine Maßnahme, die religiöse und sozialpolitische Interessen in Einklang bringen sollte: *„5. gesetzliche Sonntagsruhe für alle bei den öffentlichen Ämtern Angestellten sowie für Privatbeamte; Einschränkung des Transportverkehrs an Sonntagen;“*⁵³⁵ Bekanntermaßen ist der Sonntag aus christlicher Sicht von großer liturgischer Bedeutung. Zugleich sei er der Familie zu widmen, sodass die Erwerbsarbeit an diesem Tag einzuschränken sei:

*„2. Erweiterung der Arbeiterschutzgesetze, namentlich durch: allgemeine, obligatorische Einführung gewerkschaftlicher Schiedsgerichte; Gewährung und Regelung des Mitaufsichtsrechts der Arbeiter zur Durchführung der Arbeiterschutzgesetze durch aus ihrer Mitte gewählte Vertreter; Ausdehnung der Transport- und Verkehrsanstalten; gesetzliche Beschränkung der Gewährung von Ausnahmen vom Gesetz über die Sonntagsruhe seitens der Administrationsbehörden;“*⁵³⁶

Dem Staat müsse daran gelegen sein, die spirituellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu wahren. In Zusammenhang mit den sonntäglichen Gottesdiensten stehe auch der konfessionelle Sonntagsunterricht, der eine wichtige Funktion bei der religiösen Erziehung der Jugendlichen erfülle. Die ‚Schulpflicht‘ werde in Kombination mit diesem eingemahnt: *„7. Festhaltung der achtjährigen Schulpflicht für die Bevölkerung in Städten und Industrieorten, unter Befürwortung der weitestgehenden Schulbesuchererleichterungen, der sechsjährigen Schulpflicht mit Sonntagsschule bis zu fünfzehn Jahren in Landgemeinden.“*⁵³⁷ Es ist unstrittig, dass das ‚Schindler-Programm‘ die weltanschauliche Ausrichtung der Christlichsozialen schärfen wollte. Dementsprechend verfolgte es einen deutlich konfessionelleren Impetus als spätere Programmschriften der Monarchie. Seine Artikel standen stets in Zusammenhang mit kirchlichen Prinzipien; diese dienten als Legitimationsgrundlage. Im rund fünf Jahre später publizierten ‚Programm der

⁵³³ Vgl. Knoll (1973), S. 166.

⁵³⁴ Ovečka (1993), S.29.

⁵³⁵ Das ‚Schindler-Programm‘, 1891. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 165.

⁵³⁶ Schindler-Programm 1891 (1967), S. 167.

⁵³⁷ Schindler-Programm 1891 (1967), S. 165-166.

christlichsozialen Arbeiterpartei‘ (1896) ist der Solidaritätsgedanke von integraler Wichtigkeit:⁵³⁸ *„Artikel 1. Die Arbeit ist Pflicht und Gemeingut aller gesunden Menschen; sie ermöglicht die Gewährleistung des Rechtes auf Existenz. Durch ehrliche und tüchtige Arbeit, sowie durch gerechte Verwertung und Entlohnung derselben wird der allgemeine Wohlstand der Völker geschaffen.“*⁵³⁹ Die Erwerbsfähigen seien zur Erwerbsarbeit angehalten. Der Staat habe sie hierbei zu unterstützen; zugleich achte er im Sinne der Subsidiarität und Personalität ihre persönliche Handlungsfreiheit. Er schaffe in erster Linie günstige Rahmenbedingungen zur selbständigen Existenzsicherung: *„Der Staat ist verpflichtet, durch Gesetzgebung und Verwaltung die ehrliche Arbeit zu schützen; er muß daher eine zweckentsprechende Organisation derselben schaffen, damit sie vor Ausbeutung und Wucher geschützt und jedem Arbeiter der seiner Arbeitsleistung entsprechende gerechte Lohn gesichert werde.“*⁵⁴⁰ Das ‚Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei‘ richtet sich vornehmlich an die Arbeiterschaft. Die ‚Soziale Frage‘ steht im Mittelpunkt. Folglich sei die christlich-sittliche Erziehung auch in diesem Zusammenhang ein essentieller Lösungsansatz. Denn weder die Wirtschaft noch die irdische Gesetzgebung können die Geisteshaltung des Einzelnen verändern. Nur die Religion könne zu einem Umdenken führen.⁵⁴¹ Daher gelte es, sie im Bildungsbereich stärker einzubinden:

*„Da wir der Überzeugung sind, daß in den Lehren und Einrichtungen des Christentums der einzig richtige Weg zur Lösung der sozialen Frage sowie zur Befreiung der Menschen aus jeder Art Knechtung gelegen ist, so fordern wir, daß unserer Religion in der Familie und Schule der gebührende Platz eingeräumt, besonders daß unsere Kinder religiös-sittlich erzogen werden, endlich, daß im gesamten gesellschaftlichen Leben die Lehren unserer Religion werktätigen Ausdruck finden.“*⁵⁴²

Der Bildungsbegriff wird konfessionell gedacht. Bildung sei ein unerlässlicher Bestandteil der charakterlichen Entwicklung. Darüber hinaus erfülle sie aber auch eine wichtige sozioökonomische Funktion, indem das Bildungssystem Fachkräfte bereitstelle;⁵⁴³ ein weitgehend kostenloses Bildungssystem liege somit im nationalen Interesse: *„Damit jedem Staatsbürger die Erlangung eines entsprechenden Bildungsgrades ermöglicht werde, hat der Unterricht an allen staatlichen Bildungsanstalten unentgeltlich zu erfolgen.“*⁵⁴⁴ Im Erwerb von Privateigentum wird der Garant des sozialen Friedens gesehen. Denn ein Staat, der das persönliche Eigentum schütze, werde von Bestand sein: *„Wir treten für die Aufrechterhaltung*

⁵³⁸ Vgl. Pelinka (1972), S. 252.

⁵³⁹ Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei 1896 (1967), S. 169.

⁵⁴⁰ Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei 1896 (1967), S. 169-170.

⁵⁴¹ Vgl. Boyer (1974), S. 350.

⁵⁴² Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei 1896 (1967), S. 170.

⁵⁴³ Vgl. Boyer (1974), S. 346.

⁵⁴⁴ Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei 1896 (1967), S. 171.

des auf gerechte Art erworbenen persönlichen Eigentums, aber auch für eine weitgehende Reform des Erbrechtes ein.“⁵⁴⁵ Der Privatbesitz fungiere als bedeutungsvoller Ansporn, um die Leistungsbereitschaft hochzuhalten. Außerdem sei er ein unveräußerliches Grundbedürfnis. Eine weitere Besonderheit des ‚Programms der christlichsozialen Arbeiterpartei‘ ist die Forderung des allgemeinen Männerwahlrechts ab dem 24. Lebensjahr.⁵⁴⁶

Die programmatischen Schriften der christlichsozialen Fraktionen nach 1900 erweitern die zuvor beschriebenen Positionen, um einen neuen Schwerpunkt: Der Gedanke an eine grundlegende Reform der Habsburgermonarchie wog immer mehr. Den Anstoß hierfür mögen die unpopulären Sprachverordnungen und die Wahlrechtsreform der Regierung des Grafen Kasimir Felix von Badeni (1897) gegeben haben. Durch sie offenbarte sich die Fragilität des Vielvölkerstaates in bisher ungekannter Manier.⁵⁴⁷ Die Nationalitätenkonflikte traten deutlich hervor; sie konnten nicht mehr geleugnet werden und wurden von Lueger benutzt:

„Lueger ended up using the crisis on November 27 to pose as the savior of the German Volk in a city in which such ethnic stridency was never worth much in terms of generating votes, but which did enable Lueger to assume a role that he had long coveted, namely, general spokesman for a more moderate, German-speaking political avant-garde that was both anti-Liberal as well as pro-Dynasty.“⁵⁴⁸

Für die Christlichsoziale Partei lag die Ursache dieser fatalen Konstellation im Ausgleich des Jahres 1867 begründet. Er habe dem Königreich Ungarn eine zu starke Gewichtung verliehen: *„Die wichtigste politische Aufgabe der nächsten Zeit ist die Neugestaltung des jetzigen unhaltbaren Verhältnisses zu den Ländern der ungarischen Krone. Weder eine entsprechende Machtstellung der habsburgischen Monarchie nach Außen noch eine Blüte im Inneren ist denkbar ohne befriedigende Regelung des staatsrechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn.“⁵⁴⁹* Schon im ‚Eggenburger Parteiprogramm‘ (1905) war ein klares Bekenntnis zur föderalen Umstrukturierung des Staates angedacht worden. Die augenscheinliche Hegemonialstellung Transleithaniens innerhalb der Doppelmonarchie müsse überwunden werden:

„Sollte es der Regierung Österreichs an Kraft oder gutem Willen gebrechen, dem altehrwürdigen Habsburgerreiche dadurch Bestand und neue Blüte zu sichern, indem sie es anbahnt, daß an Stelle der heutigen morschen Staatsform das Reich auf geeinter und gefestigter Basis neu begründet werde, so fordert das Volk Niederösterreichs seine Abgeordneten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln künftighin

⁵⁴⁵ Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei 1896 (1967), S. 172.

⁵⁴⁶ Vgl. Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei 1896 (1967), S. 171.

⁵⁴⁷ Vgl. Rumpler (1997), S. 510-513.

⁵⁴⁸ Boyer, John W.: Badeni and the Revolution of 1897. In: Dreidemy, Lucile, Hufschmied, Richard, Meisinger, Agnes u.a. (Hg.): Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2015, S. 79.

⁵⁴⁹ Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei 1907 (1967), S. 175.

zu verhindern, daß Leistungen, welcher Art immer, seitens unserer Reichshälfte für gemeinsame Angelegenheiten erfolgen.“⁵⁵⁰

Die ungarische Reichshälfte wird als Bedrohung der Gesamtmonarchie wahrgenommen. Ihr Fortbestand könne ausschließlich in einem gleichberechtigten Miteinander der Nationalitäten gewährleistet werden; ein Gedanke, der im Übrigen auch zeitgleich in Teilen der Sozialdemokratie gepflegt worden war:⁵⁵¹

„Wir wollen, verharrend auf unserem Eggenburger Programme, ein Gesamtreich, in dem kein Volk unter fremdem Joche zu seufzen braucht, ein Reich, in dem Freiheit und Gerechtigkeit walten. In diesem Geiste möge das ehrwürdige Reich Habsburgs als Hort seiner Völker wiedererstehen und Wien, die alte Kaiserstadt an der Donau, das ruhmreiche Bollwerk christlicher und abendländischer Kultur, schreite als dessen Mittelpunkt erhöhtem Glanze entgegen! Nach diesem würdigen Ziele hinstrebend, werden wir weder Arbeit noch Kämpfe scheuen, um den feindseligen Übermut der magyarischen Machthaber zu brechen.“⁵⁵²

Abermals solle die katholische Kirche als einigende kulturelle Kraft agieren, welche die bestehenden Nationalitätenkonflikte befriede. Die Christlichsoziale Partei begriff sich selbst als anschauliches Beispiel dieses Gedankens. Schließlich war es ihr gelungen, Gewerbetreibende, das Kleinbürgertum und den Bauernstand zu einen. Ihre divergierenden Interessenslagen waren durch den gemeinsamen Glauben geeint worden. Ähnliches könne gesamtgesellschaftlich erreicht werden:

„Die Grundsätze der christlichen Moral müssen ebenso auch im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zum Durchbruch gebracht werden. Die christlich-soziale Partei fordert den Schutz jedes ehrlichen Erwerbes, der körperlichen und geistigen Arbeit. Sie fordert Schutz für den Landwirt ebenso wie für den Gewerbetreibenden, für die Beamtschaft, für den geistigen und manuellen Arbeiter. Die christlich-soziale Partei verwirft den vergifteten Kampf der Klassen mit seinen gerade für die Schwachen und Armen unheilvollen Wirkungen;“⁵⁵³

Demgemäß lassen die programmatischen Schriften der Christlichsozialen zwischen 1891 und 1910 folgende Leitlinien erkennen: Sie wähten sich in der Rolle einer christlichen Reformpartei. Sie wollten Staat, Wirtschaft und Gesellschaft anhand der Grundsätze der katholischen Soziallehre ausrichten. Das Christentum sollte erneut zur ethischen und kulturellen Richtschnur werden. Mit den Wahlrechtsreformen um 1900 hatte die ‚Soziale Frage‘ an Gewicht gewonnen; eine Entwicklung die zeitlich mit der Veröffentlichung der päpstlichen Sozialzyklika ‚Rerum Novarum‘ zusammenfiel. Ihre Erkenntnisse spiegeln sich nachweislich in den Programmen wider. Der kirchliche Blick auf wirtschaftliche, soziale und politische Belange gewann an Bedeutung. Zugleich setzte sie sich für eine föderale

⁵⁵⁰ Die Resolution des Eggenburger-Parteitages der Christlichsozialen, 1905. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 173.

⁵⁵¹ Vgl. Rauscher, Walter: Karl Renner. Ein österreichischer Mythos. Wien: Ueberreuter 1995, S. 104-105.

⁵⁵² Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei 1907 (1967), S. 175.

⁵⁵³ Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei 1907 (1967), S. 176.

Umgestaltung der Habsburgermonarchie ein, in der das Christentum zur kulturellen Festigung beitrage.

8. Eine Phase parteihistorischer Zäsuren. Der Tod Karl Luegers und das Ende der Habsburgermonarchie (1910-1918)

8.1 Der Tod einer Identitätsfigur. Der Versuch der Emanzipation vom politischen Erbe Karl Luegers

Schon Josef Scheicher stellte in seinen Lebenserinnerungen fest, dass mit dem Ableben Karl Luegers am 10. März 1910 eine Zeitenwende über die Christlichsoziale Partei hineingebrochen war; eine Ansicht die keineswegs als pathetische Übertreibung abgetan werden kann, sondern der historischen Evidenz der Retrospektive entspricht. Nur wenige Parteimitglieder hatten zu diesem Zeitpunkt über einen vergleichbaren Bekanntheits- und Beliebtheitsgrad erreicht. Deshalb erscheint es durchwegs einleuchtend, dass das Lebensende dieser Führungsfigur in den Reihen der Christlichsozialen gleichermaßen für Bestürzung wie Besorgnis sorgte:

„Ich denke an die Zeit meiner Landtagstätigkeit, als Lueger noch nichts als der einfache aber wetterfeste und echte Lueger war, mit Freude. Mit Wehmut aber gegenwärtig, denn der Mann hat uns am 10. März 1910 verlassen, die Partei, die er geleitet, schaut momentan wie eine Ruine aus, die in ihrer Krisis jetzt noch ahnen läßt, welche Größe einst dort sich vor der erstaunten Welt und den kleinen Geistern derselben offenbarte.“⁵⁵⁴

Lueger war knapp 20 Jahre an der Spitze der Christlichsozialen Partei gestanden. In seinem Werdegang spiegelten sich die Grundzüge des frühen Parlamentarismus der Habsburgermonarchie wider. Er hatte ein höchst wechselvolles politisches Leben geführt, das ihn vom Liberalen zum Christlichsozialen und vom Oppositionsführer zum gemeinhin anerkannten Bürgermeister gemacht hatte. Sein Stellenwert in der Christlichsozialen Partei blieb zeitlebens unangefochten.⁵⁵⁵ Er hatte in ihren Reihen nahezu unumschränkte Autorität genossen. Das geht aus den ‚Erinnerungen an Dr. Karl Lueger‘ (1911) der Malerin Marianne Beskiba deutlich hervor: *„Wenn Lueger auch nicht den Rang eines Ministerpräsidenten bekleidete, so herrschte doch in Regierungskreisen sein Wille.“⁵⁵⁶* Lueger war somit mehr als ein Lokalpolitiker. Er war das öffentliche Aushängeschild seiner Partei gewesen, das weit über die Grenzen Wiens hinausstrahlte. Erfolg und Niederlage waren für sie untrennbar mit seiner Person verknüpft. Folgerichtig musste sie mit seinem Ableben in eine schwere Krise

⁵⁵⁴ Scheicher (1911), S. 417.

⁵⁵⁵ Vgl. Wohnout (2011), S. 57.

⁵⁵⁶ Beskiba (1911), S. 67.

schlittern. Denn die Lücke, welche er hinterlassen hatte, konnte unmöglich gefüllt werden.⁵⁵⁷ „*Sein Antlitz ist den Wienern beständig so gegenwärtig und eingepägt, wie das Antlitz des Kaisers. Seine Ausfahrt ebenso feierlich, wie die eines Monarchen, und nur noch Franz Josef selbst wird in den Straßen ebenso begrüßt wie der Bürgermeister Lueger.*“⁵⁵⁸ Schon bald nach seinem Dahinscheiden entbrannten um seine Nachfolge regelrechte Diadochenkämpfe, die von verschiedenen Medienhäusern zusätzlich befeuert wurden:

„Durch den Tod der einigenden Klammer Lueger wurde die Heterogenität der Bewegung schlagartig deutlich. Bis dahin unsichtbare weltanschauliche Differenzen zwischen Katholisch-Konservativen und Deutschnationalen, städtischen Vertretern und Agrariern, Befürwortern der Vereinigung mit den Konservativen und Gegnern der Fusion von 1907 traten nun offen zutage, unterstützt durch jeweils nahe stehende Blätter.“⁵⁵⁹

Von den schwerwiegenden Befürchtungen, welche der sich abzeichnende Tod Luegers in der Partei ausgelöst hatte, berichtet Friedrich Funder: „*Schon erblindet und körperlich halb gebrochen, war er immer noch der Führer gewesen, an dem die Massen mit ihrer Liebe und ihren Hoffnungen hingen. Während seines Krankenlagers hatte ganz Wien mit angehaltenem Atem auf jede Nachricht gelauscht, die von dem Krankenlager kam.*“⁵⁶⁰ In diesen Wendungen offenbart sich abermals Luegers schiere Wirkmacht. Die Sorge um sein Wohlergehen reichte über die parteipolitischen Grenzen hinweg. Das schildert auch Josef Redlich: „*Die ganze Stadt ist von Luegers Todeskrankheit beherrscht.*“⁵⁶¹

Sogar Kaiser Franz Joseph, hatte sich regelmäßig über dessen Gesundheitszustand informieren lassen.⁵⁶² Luegers große Beliebtheit zeigte sich nicht zuletzt am Tag seines Begräbnisses. Die Anteilnahme in der Bevölkerung war groß. Der Kaiser selbst war bei den Begräbnisfeierlichkeiten zugegen.⁵⁶³ „*Die Totenfeier wurde ein Ereignis von unbeschreiblicher Würde und Größe. Selbst Dr. Luegers gewichtige politische Widersacherin, die magyarische Presse, huldigte dem Toten.*“⁵⁶⁴ Dass die Worte Friedrich Funders nicht ausschließlich dessen persönlicher Bewunderung entstammen, erhellt ein Blick in die Tageszeitungen nach Luegers Tod. Die Nachrufe fallen einhellig wohlwollend aus. Die sozialpolitischen Errungenschaften seiner Amtszeit werden ebenso gewürdigt, wie sein

⁵⁵⁷ Vgl. Maderthaner (2006), S. 231.

⁵⁵⁸ Salten (1910), S. 138-139.

⁵⁵⁹ Mertens (2006), S. 111.

⁵⁶⁰ Funder (1952), S. 448.

⁵⁶¹ Redlich 1908-1914 (1954), S. 51.

⁵⁶² Vgl. Hamann (2006), S. 431.

⁵⁶³ Vgl. Funder (1952), S. 450.

⁵⁶⁴ Funder (1952), S. 449.

Eintritt für diverse Wahlreformen. Selbst die sozialdemokratische ‚Arbeiterzeitung‘ würdigte das Schaffen des verstorbenen Bürgermeisters.

*„Wohl mit Recht mag seine Partei die Klagelieder anstimmen, die dem Manne ziemen, der sie begründet und zur Macht emporgeführt, der die Heerhaufen formiert und viele Schlachten gewonnen hat, und dessen Verlust ihr eine Lücke reißt, die nicht ausgefüllt werden kann und nie mehr ausgefüllt werden wird. Aber auch die politische Gegnerschaft hält einen Augenblick inne an der Bahre dieses Toten, der, wie herbe man die Taten seines Lebens beurteilen mag, doch ein ganzer Mann war, der die Menschen anziehen oder abstoßen mußte, aber gleichgiltig niemanden ließ. Er war kein Stiefkind der Natur, und so hat ihm ein freundliches Geschick gegönnt, daß sein Lebensabend umglänzt erschien von der redlichen Mitarbeit an der Wahlreform, daß er nach bösen und häßlichen Zeiten anknüpfen konnte an seine beste Zeit, an die demokratische Vergangenheit seiner Jugend.“*⁵⁶⁵

Der Verlust ihres Anführers brachte für die Wiener Christlichsozialen ungewisse Folgen.⁵⁶⁶ Es war nicht ersichtlich, in welche Richtung sie sich nun entwickeln würde. Obgleich Lueger ein politisches Testament hinterlassen hatte, war nicht davon auszugehen, dass ihm auch entsprochen würde. Albert Geßmann hatte sich beispielsweise große Hoffnungen darauf gemacht, die Führung in der Partei zu übernehmen;⁵⁶⁷ schließlich war er es gewesen, der den Reichsratsklub strategisch geführt und von Beginn an die Geschicke der Partei mitgeprägt hatte.⁵⁶⁸ Rudolf Sieghart umschreibt dessen Verhältnis zu Lueger folgendermaßen: *„Der Aufstieg der Christlich-Sozialen war zum Teil auch die Frucht zäher Arbeit eines Mannes, der sich im Ausbau der Partei übers flache Land hin das größte Verdienst erworben hat, Dr. Albert Geßmann. War Lueger der Gründer und Führer, so war Geßmann der Organisator der Partei. Und beide mochten einander nicht.“*⁵⁶⁹ Indes hatte Lueger selbst dezidiert davor gewarnt, zu einer Klientelpartei zu werden. Es brauche eine verbindende Persönlichkeit. Das Naturell Geßmanns stand konträr zu dieser Vorstellung.⁵⁷⁰ Demzufolge äußerte er den Wunsch, dass Richard Weiskirchner ihm nachfolgen sollte: *„Dr. Lueger trägt den anwesenden Herren auf, nach seinem Tode den Parteimitgliedern mitzuteilen, daß er als den einzigen Mann, welcher die Fähigkeit besitzt, die Geschäfte der Stadt Wien in der von ihm, Dr. Lueger, eingeleiteten Weise fortzuführen, den Herrn Magistratsdirektor Dr. Richard Weiskirchner erklärt, [...]“*⁵⁷¹ In diesen Worten ist eine Spitze gegen Albert Geßmann enthalten. Lueger traute ihm nicht zu, in seinem Sinne die Amtsgeschäfte des Wiener Bürgermeisters und somit des ranghöchsten Amtsträgers der Christlichsozialen Partei wahrzunehmen:

⁵⁶⁵ Arbeiterzeitung, Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie. 12. Jg. Nr. 69 (11. März 1910), S. 1.

⁵⁶⁶ Vgl. Redlich 1908-1914 (1954), S. 53.

⁵⁶⁷ Vgl. Redlich 1908-1914 (1954), S. 52.

⁵⁶⁸ Vgl. Boyer (2022), S. 348.

⁵⁶⁹ Sieghart (1932), S. 318.

⁵⁷⁰ Vgl. Boyer (1995), S. 258.

⁵⁷¹ Reichspost (11. März 1910), S. 2.

„In Luegers Augen bestand für die Partei die sehr reale Gefahr, bei Wegfall des zentripetalen Gewichts von Wien zu einem losen Bund einander befehdender Duodezenfürstentümer zu verkommen; für den Fall, dass Wien verloren ging, würde der Rest – Bauern und Kleinstädter – wenig geneigt sein, Wiens Interessen zu verteidigen. Deshalb auch der nicht eben subtile Seitenhieb auf Albert Geßmann: Das Amt des Wiener Bürgermeisters sollte an einen Wiener Beamten gehen, an einen Politiker, dessen Urteil auf urbanen und säkularen Kriterien gründete und der aller Voraussicht nach sicherstellen würde, dass Wien weiterhin in dem ihm zustehenden Umfang an der Macht innerhalb der Bewegung beteiligt blieb.“⁵⁷²

Die Nachfolge Luegers gestaltete sich sichtlich schwieriger als es das Testament vermuten ließe.⁵⁷³ Weiskirchner hatte es abgelehnt, in dieser Ausnahmesituation als Bürgermeister nachzurücken. Er war zuvor im Kabinett Richard Freiherr von Bienerth-Schmerlings (1863-1918) zum Handelsminister ernannt worden. Auf die Ministerwürde wollte er keineswegs verzichten. Infolgedessen wurde Prinz Alois von Liechtenstein zum Parteiobmann bestimmt. Mit Verweis auf sein fortgeschrittenes Lebensalter empfahl dieser wiederum, dass die Leitung des Reichsratsklubs bei Geßmann verbleiben sollte.⁵⁷⁴ Beide waren als Zeugen in Luegers letztem Willen angeführt worden. Es kam zu einer Spaltung der innerparteilichen Macht. Im Amt des Wiener Bürgermeisters folgte Josef Neumayer (1844-1923) nach.

Die mahnenden Warnungen Luegers hatten sich als vergebens erwiesen: *„Zehn Jahre lang hat Karl Lueger mit seiner ursprünglichen Volkskraft die Hunderttausende von Wienern, die nur haltlos und unwissend, aber nicht böseartig und verlogen sind, wie gewisse Pressegrößen, gegen diese Lügenfabrik geeinigt und beherrscht. Seit seinem Tode ist alles dahin.“⁵⁷⁵* Die Christlichsoziale Partei in Wien geriet bald in erbitterte Flügelkämpfe, die Neumayer mitnichten zu schlichten vermochte. Dessen Alter und seine zunehmende Schwerhörigkeit ließen seine Autorität leiden.⁵⁷⁶ Er konnte unmöglich an die charismatische Erscheinung Luegers heranreichen. Zudem verließ er wiederholt einige der unumstößlichen Leitlinien seines Amtsvorgängers: *„Neumayer gab als Bürgermeister eine unglückliche Figur ab. Durch die Intensivierung der Kontakte mit ungarischen Städten, allen voran Budapest, verärgerte er den mächtigen agrarischen Flügel seiner Partei und transportierte das Bild einer antislawisch eingestellten Stadt.“⁵⁷⁷* Im Vorfeld der Gemeinderatswahlen des Jahres 1911 hatten sich mit dem ‚Gewerblichen Zentralausschuss‘ und der ‚Wirtschaftspolitischen

⁵⁷² Boyer (2010), S. 321.

⁵⁷³ Vgl. Boyer (1995), S. 257-258.

⁵⁷⁴ Vgl. Boyer (2010), S. 323.

⁵⁷⁵ Redlich 1908-1914 (1954), S. 79.

⁵⁷⁶ Vgl. Schönner, Johannes: Die Geschichte einer Flucht nach vorne. Die Christlichsozialen im Spannungsfeld zwischen Kaiserstreue und Pragmatismus. In: Mesner, Maria, Kriechbaumer, Robert, Maier, Michaela und Wohnout, Helmut (Hg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2014, S. 31.

⁵⁷⁷ Benesch (2014), S. 29.

Reichspartei‘ zwei konkurrierende Listen von den Christlichsozialen abgespalten.⁵⁷⁸ Otto Bauer hatte in einem in der sozialistischen Monatszeitung ‚Der Kampf‘ erschienenen Artikel damit einhergehend gar über den Tod des christlichen Sozialismus‘ sinniert.⁵⁷⁹ Unter Mitwirkung all dieser ungünstigen Faktoren war zu erahnen, dass die anstehenden Gemeinderatswahlen unmöglich gewonnen werden konnten. Die Christlichsozialen verzeichneten schwere Verluste:

*„Mangelnde Einigkeit unter den Nachfolgern, Unsicherheit über die Regelung der Nachfolge, sowie die Vernachlässigung der ‚großstädtischen Bevölkerung und Intelligenz‘ und schließlich das Fehlen der faszinierenden Führerpersönlichkeit Luegers haben dann zu der entscheidenden Niederlage der Christlichsozialen bei den Juniwahlen des Jahres 1911 beigetragen, deren folgenschwerstes Ergebnis der Verlust der christlichsozialen Stellung in Wien an die Sozialdemokraten war.“*⁵⁸⁰

Infolge seiner Wahlniederlage trat Bürgermeister Neumayer am 19. Dezember 1912 zurück. Lueger wurde umso stärker verklärt: *„Die führerlose Partei, verstrickt in innere Kämpfe, Rivalitäten und offenbar gewordene Korruptionsfälle riesigen Ausmaßes, rutschte 1911 von 95 auf 76 Parlamentssitze ab. Um so üppiger blühte der Lueger-Kult.“*⁵⁸¹ Nun folgte Richard Weiskirchner nach, der bestrebt war, die zahlreichen Stadtentwicklungsprojekte Luegers fortzusetzen. Doch auch ihm konnte es nicht gelingen, die Lücke, welche dieser hinterlassen hatte, auszufüllen. Die einstige innerparteiliche Vormachtstellung Wiens war endgültig gebrochen, sodass sich ihr Fokus zusehends von der Reichshauptstadt in die Bundesländer verlagerte.⁵⁸² Diese Entwicklung war nicht mehr umzukehren:⁵⁸³ *„Obwohl die Partei 1911 mit dem Einzug Friedrich Piffels in das erzbischöfliche Palais in Wien die höchste kirchliche Position mit einem ihrer Sympathisanten zu besetzen vermochte, geriet sie im selben Jahr in eine schwere Krise.“*⁵⁸⁴ Die Christlichsoziale Partei wandelte sich nunmehr von einer in erster Linie urban geprägten Partei zu einer Reichspartei; diese Tendenz hatte sich zwar schon zu Lebzeiten Luegers abgezeichnet, jedoch erst mit dessen Tod beschleunigte sie sich: *„Der Strukturwandel der Christlichsozialen, der durch die Vereinigung mit den Katholisch-Konservativen 1907 deutlich und dessen Konsequenzen nach dem Tod Luegers 1910 spürbar geworden waren, wurde durch die Wahlniederlage 1911 in Wien noch vertieft.“*⁵⁸⁵ In diesem

⁵⁷⁸ Vgl. Benesch (2014), S. 30.

⁵⁷⁹ Vgl. Bauer, Otto: Das Ende des christlichen Sozialismus. In: Der Kampf. Jg. 4, 9. Heft (1. Juni 1911), S. 398.

⁵⁸⁰ Wandruszka (1954), S. 316.

⁵⁸¹ Hamann (2006), S. 433.

⁵⁸² Vgl. Kriechbaumer (2001), S.250.

⁵⁸³ Vgl. Wohnout (2004), S. 173.

⁵⁸⁴ Kriechbaumer (2001), S. 251.

⁵⁸⁵ Mertens (2006), S. 118.

Sinne hing der rasante Aufstieg der Sozialdemokratie in Wien eng mit dem Verlust Luegers zusammen.⁵⁸⁶

8.2 Zwischen dynastischer Loyalität und Reformgedanken. Die Christlichsoziale Partei und der Erste Weltkrieg

Das Attentat von Sarajevo am 28. Juni 1914 sorgte in der Habsburgermonarchie für großes Entsetzen. Mit Erzherzog Franz Ferdinand war nämlich nicht nur der Thronfolger ermordet worden. Das Attentat galt vielmehr einem Symbol des Gesamtstaates.⁵⁸⁷ Der Wunsch nach Rache wurde in vielen Tageszeitungen offen artikuliert. Nach anfänglichem Zögern hatte Österreich-Ungarn am 23. Juli 1914 ein Ultimatum an das Königreich Serbien gestellt. Da dieses nicht erfüllt wurde, kam es am 28. Juli zur Kriegserklärung. Die europäischen Bündnismechanismen wurden ausgelöst und der Erste Weltkrieg entfacht. Die Christlichsoziale Partei hatte von Beginn an den Krieg mit Serbien befürwortet. Die ‚Reichspost‘ hatte das Völkermanifest des Kaisers mit sichtlicher Erleichterung vernommen:

„Der Kaiser ruft seine Völker in einem herrlichen Manifeste. Ein Monat ist es heute, daß das Verbrechen von Sarajevo geschah. Die Erinnerungen dieses Tages werden sich wie düstere Racheengel auf die Fersen der Schuldigen heften, bis die Schuld bezahlt ist. Die diplomatischen Vermittlungen des Friedens sind zu spät gekommen. Jetzt sind die Soldaten am Worte, die Soldaten der alten kaiserlichen Armee, auf deren Feldzeichen die Lorbeeren von vielen Jahrhunderten dorren und deren Kugeln in der Erde aller Länder des Festlandes rasten. Es ist gut so, daß die Diplomaten zu spät kamen; sie hätten uns nicht den Frieden, sondern nur neue gefährliche Verwirrungen bringen können.“⁵⁸⁸

Der Wunsch nach weitreichenden Vergeltungsmaßnahmen ist dem Artikel zu entnehmen. Es sei nach dieser finalen Provokation an der Zeit, mit Serbien abzurechnen; ein längst überfälliger Schritt, den die Diplomatie bisher verhindert habe. Deshalb könne die Mobilmachung als Glück erachtet werden. Nun gelte es, die Verantwortlichen des Komplotts zur Rechenschaft zu ziehen und entschlossen zu bestrafen, damit die Ehre des Hauses Habsburg-Lothringen und der Gesamtmonarchie vor der Weltpolitik wiederhergestellt werde. Diese Entschlossenheit habe in der Bevölkerung für große Begeisterung gesorgt:⁵⁸⁹ *„Da ist nichts von einer Zaghaftigkeit, von einem ängstlichen Bangen zu sehen, nein, alle, welche der Kaiser [...] ruft, sind begeistert dafür und folgen [...] in einer Stimmung, in der Prinz Eugens Kampfgenossen Belgrad einst berannten. Sie fühlen sich glücklich, daß ihnen Gelegenheit*

⁵⁸⁶ Vgl. Boyer (1995), S. 239.

⁵⁸⁷ Vgl. Rauchensteiner, Manfred: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie. 1914-1918. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2013, S. 91.

⁵⁸⁸ Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns Jg. 21., Nr. 352 (29. Juli 1914), S. 2.

⁵⁸⁹ Vgl. Schuschnigg, Kurt: Dreimal Österreich. Wien: Thomas Verlag 1938, S. 44.

geboten wird, den Satz ‚Gut und Blut für unsern Kaiser, Gut und Blut fürs Vaterland‘ in die Tat umzusetzen und ihre Treue zum Kaiserhause aufs neue zu beweisen.“⁵⁹⁰

Dass die Christlichsoziale Partei den Krieg primär als eine patriotische Bewährungsprobe vernommen hatte, erscheint naheliegend; schließlich hatte sie sich stets als eine dynastietreue Fraktion begriffen: *„Infolge des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges erwies sich die Christlichsoziale Partei als loyaler und verlässlicher Partner der jeweiligen kaiserlichen Reichsregierungen. Wenngleich sie zunächst nicht an der Regierung beteiligt wurde, stützte sie diese und das Kaiserhaus (fast) bis ans Ende des Krieges.*“⁵⁹¹ Es war in ihren Augen schlichtweg eine unumgängliche staatsbürgerliche Verpflichtung, die Kriegsbemühungen vollumfänglich zu unterstützen. Die guten Beziehungen einiger Parteimitglieder zum ermordeten Erzherzog mögen diesen Grundimpetus zusätzlich beflügelt haben. In diesem Sinne waren die Christlichsozialen Verbündete der kaiserlichen Regierung: *„Die Christlichsoziale Partei war vor dem Ersten Weltkrieg zur Staatspartei geworden und bildete während des Krieges eine der Stützen der Monarchie. Zahlreiche ihrer Funktionäre und Mandatare hofften bis 1918 auf den ‚Siegfrieden‘.*“⁵⁹²

Der Reichsrat war im März 1914 von Kaiser Franz Joseph auf unbestimmte Zeit vertagt worden; nach der Julikrise und der Kriegserklärung war es zu keiner weiteren Sitzung gekommen.⁵⁹³ Dieser Umstand sollte bis ins Jahr 1917 beibehalten werden. Der Kriegsabsolutismus hatte unter den Reichsratsabgeordneten allerdings keineswegs für Bestürzung gesorgt.⁵⁹⁴ Hieraus erwuchs die Hoffnung, nach einem raschen Sieg endlich umfassende Staatsreformen durchführen zu können: *„Vielmehr waren sie der Meinung, dass der Krieg und die anfängliche Begeisterung in allen Gesellschaftsschichten die langersehnte Gelegenheit bieten würde, jene Reformen im Staate durchzuführen, die das freie Kräftespiel der politischen Parteien in den Jahren vor dem Kriegsausbruch unmöglich gemacht hatte.*“⁵⁹⁵

Die anfängliche Begeisterung der ersten Sommertage sollte aber bald der Ernüchterung des entbehrungsreichen Kriegsalltags weichen. Es war der kaiserlichen Armee trotz großer Verluste nicht gelungen, das Königreich Serbien innerhalb weniger Wochen zu bezwingen. Dafür hatte das Zarenreich schneller mobilisiert als erwartet. Infolgedessen waren weite Teile

⁵⁹⁰ Reichspost (29. Juli 1914), S. 6.

⁵⁹¹ Benesch (2014), S. 40.

⁵⁹² Kriechbaumer, Robert: Die Christlichsoziale Partei 1918 bis 1933/34. In: Kerner, Stefan (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938. Innsbruck /Wien / Bozen: Studienverlag 2017, S. 137.

⁵⁹³ Vgl. Rauchensteiner (2013), S. 41.

⁵⁹⁴ Vgl. Meier, Heinz: Die Österreichischen Christlichsozialen während des Ersten Weltkriegs. Wien: Universität Wien 1966 (Diss.), S. 2.

⁵⁹⁵ Schöner (2014), S. 33.

Galiziens besetzt worden.⁵⁹⁶ Die Verluste waren hoch und die Versorgungslage in den Städten gestaltete sich immer schwieriger. In der Reichshauptstadt Wien und einigen Bundesländern regierten die Christlichsozialen, deren Beliebtheitswerte mit den einschneidenden Kriegsmaßnahmen zu sinken begannen: *„Als regierende Partei in fünf Kronländern wurde die Christlichsoziale Partei von den Schritten der Regierung in mancher Hinsicht mehr betroffen und durch diese bei ihrer Wählerschaft stärker desavouiert als etwa die Sozialdemokratie.“*⁵⁹⁷ Die Christlichsoziale Partei hatte mit den Kriegserlässen zu hadern. Sie waren für die erfolgreiche Fortführung des Krieges unerlässlich; dennoch waren sie sich bewusst, dass sie dadurch unweigerlich an Ansehen verloren.⁵⁹⁸ Sie trugen die Entscheidungen trotzdem aus ihrem staatstragenden Selbstverständnis heraus mit.

Die Sozialdemokratie befand sich strategisch in einer günstigeren Ausgangssituation. Sie war eine Oppositionspartei. Das erlaubte es ihr, die unbeliebten Nebeneffekte der Kriegsgesetzgebung offen zu kritisieren. Sie konnte sich vehement gegen die Regierung Karl Graf Stürgkhs (1859-1916) stellen. Die Versorgungslage sollte sich insbesondere in den Großstädten bis 1915 dramatisch verschärfen. Der Glaube an einen ruhmreichen Sieg wich der Ernüchterung des Kriegsalltags.⁵⁹⁹ In dieser Situation griff die Christlichsoziale Partei auf bekannte Handlungsmuster zurück. Sie suchte nach einem Verantwortlichen für die Entbehrungen und vermeinte ihn im Königreich Ungarn ausgemacht zu haben: *„Die Hauptverantwortung sah man im geringen Eifer, mit dem die ungarischen Behörden die Zusammenarbeit mit den österreichischen Stellen betrieben. [...]. Bedenkt man die antiungarischen Ressentiments der Christlichsozialen Partei unter Karl Lueger, erkennt man in dieser Entwicklung eine parteiideologische Konsequenz.“*⁶⁰⁰

Die Christlichsoziale Partei beschritt somit einen höchst widersprüchlichen Pfad. Bisher hatte sie die Regierungspolitik unterstützt,⁶⁰¹ diese zu boykottieren war vormals als unpatriotisch gescholten worden. Doch nun überwogen innerparteilich die Rufe nach populären Maßnahmen.⁶⁰² Im Dezember 1915 kamen Vertreter der Christlichsozialen Partei im

⁵⁹⁶ Vgl. Höbelt, Lothar: „Stehen oder Fallen?“ Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2015, S. 22-23.

⁵⁹⁷ Schönner (2014), S. 34.

⁵⁹⁸ Vgl. Mertens, Christian: Die Christlichsoziale Partei im Ersten Weltkrieg. In: Pfoser, Alfred und Weigl, Andreas (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg. Wien: Wiener Stadt- und Landesarchiv 2013, S. 53.

⁵⁹⁹ Vgl. Meier (1966), S. 6.

⁶⁰⁰ Schönner (2014), S. 35.

⁶⁰¹ Vgl. Boyer (2010), S. 370.

⁶⁰² Vgl. Meier (1966), S. 10.

Sitzungssaal des Niederösterreichischen Landtags zusammen, um einen allgemeinen Parteitag abzuhalten. Dieser offenbarte die unversöhnlichen Frontstellungen in ihren Reihen: *„Die ständige Verschlechterung der Lebensumstände spätestens ab Herbst 1915 führte die Christlichsoziale Partei in noch größere Opposition zur Regierung. Hintergrund war die spätestens ab diesem Zeitpunkt bemerkbare Ernüchterung in der Bevölkerung aufgrund erster wirtschaftlicher Engpässe und erschreckender Verlustmeldungen von den Fronten.“*⁶⁰³

Besonders die Wiener Stadtpartei unter Richard Weiskirchner sah sich in einer taktischen Zwickmühle gefangen. Schließlich war Wien seit den Tagen Luegers eine der wichtigsten Bastionen der Christlichsozialen gewesen. Nun litt die Hauptstadt außergewöhnlich stark unter dem Kriegszustand: *„Schon bald nach Ausbruch des Krieges bekamen Wien und seine Bewohner die Auswirkungen zu spüren. Ressourcen wie Baumaterialien oder Ersatzteile, die allesamt für die Erhaltung und Verwaltung einer Metropole wie Wien von Bedeutung waren, wurden Mangelware.“*⁶⁰⁴ Die wichtigen Investitionen in die städtische Infrastruktur konnten nicht länger im gewohnten Ausmaß erfolgen. Es kam zu Engpässen in der Energie- und Lebensmittelversorgung. Richard Weiskirchner war bemüht, alle im Gemeinderat vertretenen Parteien hinter sich zu sammeln, um in einem parteiübergreifenden Schulterschluss die größten sozialen Missstände zu bewältigen: *„Weiskirchner war sich sehr wohl der dramatischen Verschlechterung bewusst, die Wien und seine Bevölkerung erleiden mussten. Im Rahmen der vorhandenen kommunalpolitischen Möglichkeiten versuchte er im Zusammenwirken mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien den Entwicklungen durch finanzpolitische Schritte gegenzusteuern.“*⁶⁰⁵ Die drastische Verarmung weiterer Bevölkerungsteile drohte. Weiskirchner reagierte darauf mit teuer erkauften Verordnungen: *„Die politischen Maßnahmen waren der Versuch, die durch den Krieg erzeugten sozialen Ungleichheiten ein wenig auszugleichen. Das Paradoxe daran ist jedoch, dass man durch diese Umverteilungspolitik jenes Kapital, das für die Entwicklung der Wiener Wirtschaft erforderlich gewesen wäre, verbrauchen und Weiskirchner somit jenen gesellschaftlichen Schichten schadete, die eigentlich Anhänger seiner Partei waren.“*⁶⁰⁶

Die unstete Krisenkommunikation der Christlichsozialen sollte sich rächen. Sie war im Verlauf des Krieges mehrmals zwischen absoluter Regierungstreue und vehementer Regierungskritik geschwankt. Innerhalb ihrer Fraktion hatten sich divergierende Flügel

⁶⁰³ Schönner (2014), S. 36.

⁶⁰⁴ Benesch (2014), S. 40.

⁶⁰⁵ Benesch (2014), S. 43-44.

⁶⁰⁶ Benesch (2014), S. 46.

herauskristallisiert; eine einheitliche Linie war nicht länger zu finden. Die Enttäuschung ihrer Wählerschaft wuchs. Der Sozialdemokratie war es hingegen erfolgreich geglückt, die Unzufriedenheit im urbanen Raum für ihre Belange zu nutzen. In diesem höchst ungünstigen Moment traten die strukturellen Probleme der Wiener Partei unter Lueger hervor: *„Die Fokussierung auf staatspolitische Fragen und die zunehmenden Probleme bei der Versorgung Wiens führten auch dazu, dass Weiskirchner seinen Verpflichtungen innerhalb der Wiener CSP in immer geringerem Ausmaß nachkam. Das Fehlen einer steuernden innerparteilichen Kraft ermöglichte Einzelnen eigene politische Bestrebungen voranzutreiben und sich mit dem Parteiapparat anzulegen.“*⁶⁰⁷ Lueger hatte diese strukturellen Schwächen durch sein persönliches Charisma überstrahlen können. Weiskirchner verfügte allerdings nicht über eine vergleichbare Autorität. Er konnte die Unstimmigkeiten nicht überdecken.

Auch die Einberufung des Reichsrats im Mai 1917 brachte nicht die erhoffte Lösung dieser höchst angespannten Situation. Es war zu spät: *„Als dann am 30. Mai 1917 der Reichsrat wieder zusammentrat, waren die wirtschaftlichen Probleme im Land und die zentrifugalen nationalen Kräfte bereits derart angewachsen, dass mit Fragen der Geschäftsordnung des Parlaments alleine keine Politik mehr zu machen war.“*⁶⁰⁸ Die mannigfachen nationalen Konfliktlinien vermischten sich mit sozialen Missständen und ökonomischer Unzufriedenheit. Obschon es die einzelnen Parteien bewusst vermieden hatten, wechselseitige Angriffe zu betreiben, konnten sie den fortschreitenden Zerfall der Habsburgermonarchie nicht aufhalten.⁶⁰⁹ In der Frage der Staatsform waren sie unversöhnlich gespalten. Während die Sozialdemokratie früh für die Ausrufung der demokratischen Republik plädiert hatte, konnte sich die Christlichsoziale Partei lange auf keine Staatsform einigen. Dieses Leitmotiv sollte die Gründungsphase der Ersten Republik bestimmen.

9. Das Ringen um die Staatsform. Die Christlichsoziale Partei und die Erste Republik

9.1 Vom Monarchismus zum Republikanismus. Die Christlichsoziale Partei und der Umbruch 1918

Am 21. November 1916 war Erzherzog Karl (1887-1922) seinem Großonkel Kaiser Franz Joseph auf dem Thron der Habsburgermonarchie nachgefolgt. Schon vor seiner Thronbesteigung hatte er im Dienste des Kaisers die Fronten der Monarchie besucht. Er

⁶⁰⁷ Benesch (2014), S. 48.

⁶⁰⁸ Benesch (2014), S. 45.

⁶⁰⁹ Vgl. Mertens (2006), S. 144-145.

wusste um die fragilen Strukturen der Doppelmonarchie, sodass er von Beginn seiner Regentschaft an bemüht gewesen war, rasch einen Friedensschluss zu erzielen.⁶¹⁰ Er versuchte, die familiären Bande seiner Ehefrau, Zita von Bourbon-Parma (1892-1889), zu nutzen, um über deren Brüder Sixtus (1886-1934) und Franz Xaver (1889-1977), die im Dienst der belgischen Armee gestanden waren, geheime Friedensverhandlungen mit der Entente zu eröffnen. Als dieses Unterfangen jedoch an die Öffentlichkeit geraten war, führte dies zu einem folgenschweren Skandal, welcher die Reputation des Kaisers nachhaltig schädigen sollte (Sixtus-Affäre).⁶¹¹ Johannes Schönerer erweist, dass mit der Sixtus-Affäre im April 1918 selbst in der Christlichsozialen Partei erhebliche Zweifel am Kaiser aufgekommen waren. Denn der Eintritt in Friedensverhandlungen war zunächst offiziell geleugnet worden. Erst die Publikation geheimer Schriftstücke auf Veranlassung des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau (1841-1929) hatte die Glaubwürdigkeit des Monarchen in Mitleidenschaft gezogen: „Dass Kaiser Karl leugnete und offensichtlich log, erschütterte die Autorität des Monarchen in der Partei.“⁶¹² Seine monarchische wie militärische Ehre war lädiert; seine Redlichkeit in Abrede gestellt worden. Infolgedessen wuchs die Abhängigkeit der Habsburgermonarchie vom Deutschen Kaiserreich. Kaiser Karl musste sich dessen Führungsanspruch beugen.⁶¹³

Noch bei seinem Regierungsantritt hatte Kaiser Karl als Hoffnungsträger gegolten.⁶¹⁴ Die Erwartungen an ihn waren denkbar groß gewesen, wie Friedrich Funder resümierte:

*„Es ist eine der Merkwürdigkeiten unserer Demokratie, daß sie zwar entschlossen ist, Monarchie, Fürstentum und Adel für immer als abgetan zu verabschieden, aber von den obersten Vertretern jener Welt, von den Herrschern und Thronerben, fast überirdische Eigenschaften begehrt; Fehler, die ihre Vollkommenheit verkleinern und die man bei sonstigen Erdenbürgern als menschliche Mängel passieren läßt, erregen das schwerste Mißfallen, geben Anlaß zu weittragenden, selbst gewagten Schlüssen.“*⁶¹⁵

Die Tragik der Sixtus-Affäre lag auf verschiedenen Ebenen: Einerseits hatte sie unmissverständlich aufgezeigt, dass die tradierten Mechanismen der dynastisch-aristokratischen Friedensdiplomatie nicht länger funktionierten. Andererseits hatte ihr Scheitern offenbart, dass der Kaiser selbst grobe Fehleinschätzungen begangen hatte. Sein unumschränktes Ansehen war nicht länger gegeben. Die Unterwerfung unter die deutsche

⁶¹⁰ Vgl. Kovács, Elisabeth: Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? Bd. 1. Die Österreichische Frage. Kaiser und König Karl I (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas. Wien / Köln / Weimar 2004, S. 52.

⁶¹¹ Vgl. Broucek, Peter: Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1997, S. 145-146.

⁶¹² Schönerer (2014), S. 47.

⁶¹³ Vgl. Rauchensteiner (2013), S. 940-941.

⁶¹⁴ Vgl. Karsten (2019), S. 147.

⁶¹⁵ Funder (1952), S. 487-488.

oberste Heeresleitung hatte das Souveränitätsgefühl in der Doppelmonarchie getroffen.⁶¹⁶ Erschwerend kamen der höchst durchwachsene Kriegsverlauf, die Versorgungsengpässe im Hinterland und der Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika auf Seiten der Entente (1917) hinzu. Auch in den ländlichen Regionen Cisleithaniens wuchs der Widerstand gegen die Kriegsordnung. Denn auch die Bauern waren mittlerweile immer stärker von den Kriegsfolgen betroffen.⁶¹⁷ Infolgedessen zeichneten sich starke Meinungsunterschiede zwischen den Abgeordneten der Wiener Christlichsozialen und denen der westlichen Bundesländer ab, die sich im Zuge des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns verschärfen sollten. Sie waren in der Frage der Staatsform uneins geworden:

„Die Christlichsoziale Partei jedoch war in der Frage Monarchie-Republik gespalten. [...] Die Wiener Gruppe mit Ignaz Seipel, Friedrich Funder, Leopold Kunschak, Richard Schmitz, Viktor Kienböck, Aloys Liechtenstein, Franz Hemala blieb monarchistisch eingestellt; die Ländergruppe – allen voran Jodok Fink, Johann Nepomuk Hauser – erlag dem Druck der Bauern, die, durch die Kriegswirtschaft ökonomisch erschöpft und verbittert, im Herbst 1918 antimonarchistisch gesinnt waren.“⁶¹⁸

Das Völkermanifest Kaiser Karls vom 16. Oktober 1918 markierte einen letzten Versuch des Monarchen, die Habsburgermonarchie durch Föderalisierungsschritte zu retten. Die einzelnen Kronländer sollten weitreichende Autonomierechte erhalten und in einem gemeinsamen Bundesstaat unter der Herrschaft des Hauses Habsburg-Lothringen verbleiben; doch das Völkermanifest bewirkte das genaue Gegenteil. Es beschleunigte die separatistischen Entwicklungen in ungeahntem Maße: *„Das Manifest legalisierte den Nationalismus im Habsburgerreich. Es ermöglichte Politikern, Abgeordneten und Soldaten, sich ohne große innere Belastungen selbst zu bestimmen und neu zu orientieren.“⁶¹⁹* Die Tschechoslowakei wurde bereits am 28. Oktober 1918 proklamiert; einen Tag später folgten Slowenien und Kroatien, die sich letztlich dem Königreich Serbien anschließen sollten. In den deutschsprachigen Gebieten des heutigen Österreich war am 21. Oktober 1918 die provisorische Nationalversammlung zusammengetreten. Die Frage der Staatsform trennte nach wie vor die politischen Parteien: *„Adler verlangt die Republik, die Christlichsozialen die Monarchie, die Deutschnationalen den Anschluß an das Deutsche Reich.“⁶²⁰* Aufgrund dieser Uneinigkeit sollte die Proklamation der Republik Deutschösterreich erst am 12. November

⁶¹⁶ Vgl. Rauchensteiner (2013), S. 937.

⁶¹⁷ Vgl. Rauchensteiner (2013), S. 687.

⁶¹⁸ Hanisch, Ernst: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938. Wien / Salzburg: Geyer 1977, S. 5.

⁶¹⁹ Kovács (2004), S. 456-457.

⁶²⁰ Redlich, Josef: Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Bearbeitet von Fritz Fellner. Bd. 2. 1915-1919.: Graz / Köln: Böhlau 1954, S. 305.

erfolgen. Kaiser Karl hatte es bewusst unterlassen,⁶²¹ diesen Vorgängen mit militärischer Gewalt entgegenzuwirken.⁶²²

Die Christlichsozialen waren sich nicht im Klaren, ob sie das Aufgehen der Monarchie in einer demokratischen Republik befürworten konnten. Dies wird anhand der Klubprotokolle der Christlichsozialen Reichspartei des Spätherbstes 1918 besonders deutlich. Johann Nepomuk Hauser konnte sich noch am 12. November 1918 nicht offen zur Republik bekennen: „Wir dürfen uns nicht mit einer Staatsform identifizieren. Deswegen glaube ich, wir haben unsere Pflicht getan. Für die Monarchie gestimmt.“⁶²³ In einem ähnlichen Dilemma befand sich die katholische Kirche. Sie fürchtete mit Blick auf die sowjetische Oktoberrevolution in Russland (1917) einen drohenden Kulturkampf: „Für die katholische Kirche bedeutete das Ende der habsburgischen Monarchie den Abschied von dem in Jahrhunderten gewachsenen, ganz engen Bündnis zwischen Thron und Altar. Diese epochale Wendung schien den österreichisch-ungarischen Oberhirten bis in den November 1918 hinein unvorstellbar.“⁶²⁴ Die katholische Kirche suchte nach einer neuen Funktion innerhalb der Staatsstrukturen der säkularen Republik Deutschösterreich. Im Zuge dessen intensivierte sich die Beziehung zur Christlichsozialen Partei:⁶²⁵ „Die Kirche verfügte [...] in der Dynastie und im konservativen Adel über zwei weitere machtvollere Stützen. Im Herbst 1918 waren beide von der nunmehr republikanischen Bühne des politischen Geschehens abgetreten oder auf dieser marginalisiert, sodass nur mehr die Christlichsoziale Partei als Schutzschirm und Stütze kirchlicher Interessen zur Verfügung stand.“⁶²⁶ Das Bekenntnis der Christlichsozialen zur demokratischen Republik ließ auch in der katholischen Kirche den Widerstand gegen die neue Staatsform schwinden: „Die katholische Kirche befürchtete bereits bei ihrer ersten Bischofskonferenz in der soeben ausgerufenen Republik am 26. November 1918 einen bevorstehenden Kulturkampf, lehnte jedoch in Anerkennung der realpolitischen Gegebenheiten eine Beteiligung an ventilierten monarchischen Restaurationsbestrebungen ab.“⁶²⁷

⁶²¹ Vgl. Bassett, Richard: For God and Kaiser. The imperial Austrian Army from 1619 to 1918. New Haven / London: Yale University Press 2016, S. 533.

⁶²² Vgl. Broucek (1997), S. 215-216.

⁶²³ Christlichsoziale Klubsitzung am 12. November 1918. In: Christlichsoziale und Großdeutsche Protokolle. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Schöner, Johannes (Hg.): Klubprotokolle der Christlichsozialen und Großdeutschen 1918/19. Wien / Köln: Böhlau 2022, S. 122.

⁶²⁴ Sohn-Kronthaler, Michaela: Die katholische Kirche als innenpolitischer Faktor 1918-1938. In: Karner, Stefan (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938. Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2017, S. 151.

⁶²⁵ Vgl. Boyer (2005), S. 10.

⁶²⁶ Kriechbaumer (2001), S. 307.

⁶²⁷ Kriechbaumer (2001), S. 254.

Trotzdem haderten beide mit der Legitimität der Republik Deutschösterreich. Sie wurde vielfach als Eintrittspforte für einen bolschewistischen Umschwung gefürchtet.⁶²⁸ Fürsterzbischof Friedrich Gustav Piffl (1864-1932) trat aus diesem Grund offen für eine Volksabstimmung zur Frage der Staatsform ein; eine Ansicht, die er mit einigen Mitgliedern der Christlichsozialen Partei teilte:

*„In einer der kritischen Lagen – es war in den ersten Tagen jenes düsteren Novembers 1918, als das alte Reich in Kriegs- und Hungersnot wankte, der Bolschewismus auch in Österreich unter dem Titel ‚Republik‘ seine Zeit gekommen glaubte [...] – geschah es, daß der Fürsterzbischof Friedrich Gustav Piffl in Döbling vor die Öffentlichkeit trat und in einer großen Rede den Massen der christlichen Bevölkerung zwischen den Extremen eine maßvolle, mit Charakter und Ehre vereinbarliche Lösung zeigte: Die Frage Republik oder Monarchie sei durch eine Volksabstimmung zu gegebener Stunde in ruhiger Entscheidung zu beantworten.“*⁶²⁹

Folgerichtig stellte die Abkehr von der Monarchie die Christlichsozialen vor eine Zerreißprobe. Die Vertreter der Wiener Partei fühlten sich grundsätzlich weiterhin dem Haus Habsburg verpflichtet.⁶³⁰ Damit waren sie in ihrer eigenen Partei mittlerweile zur Minderheit geworden,⁶³¹ gleichwohl diese Minorität weiterhin über großes strategisches Gewicht verfügte. Noch am 14. November 1918 hatte Richard von Kralik die Monarchie vehement verteidigt.⁶³² Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Bauer (1881-1938) hatte die kontroversielle Grundeinstellung der Christlichsozialen zur Republik in seinem autobiographischen Werk *„Die österreichische Revolution“* (1923) folgendermaßen beschrieben: *„Die Christlichsozialen, die noch am 9. und 10. November zur Monarchie standen, entschlossen sich am 11. November, ihren Widerstand aufzugeben, da ein Beschluß des Tiroler Nationalrats für die Republik und Berichte aus Oberösterreich und Kärnten anzeigten, daß auch durch die Bauernschaft schon eine mächtige republikanische Welle ging.“*⁶³³

Die Schwierigkeiten der Christlichsozialen mit dem Umbruch waren mit Blick auf die klerikalen Parteimitglieder Großteils theologischer Natur. Die Frage, ob ein Monarch von Gottes Gnaden abdanken könne, trieb nicht nur den Kaiser.⁶³⁴ In dieser außerordentlich komplexen Ausgangslage erfolgte der Aufstieg des Prälaten Ignaz Seipel zur neuen

⁶²⁸ Vgl. Staudinger, Anton: *Aspekte Christlichsozialer Politik 1917 bis 1920*. Wien: Universität Wien 1979 (Habil.), S. 82.

⁶²⁹ Funder (1952), S. 359.

⁶³⁰ Vgl. Binder, Dieter A.: *Fresko in Schwarz? Das christlichsoziale Lager*. In: Konrad, Helmut und Maderthaner, Wolfgang (Hg.): *Das Werden der Ersten Republik*. Bd. I. ... der Rest ist Österreich. Wien: Carl Gerold's Sohn 2008, S. 244.

⁶³¹ Vgl. Staudinger (1979), S. 156-157.

⁶³² Vgl. Hanisch (1977), S. 7.

⁶³³ Bauer, Otto: *Die österreichische Revolution*. Wien: Wiener Volksbuchhandlung 1965, S. 114.

⁶³⁴ Vgl. Kovács (2004), S. 534-535,

Führungspersönlichkeit der Christlichsozialen.⁶³⁵ Seipel war im Jahr 1917 seinem Lehrer und unmittelbarem Amtsvorgänger Franz Martin Schindler auf der Wiener Professur für Moraltheologie nachgefolgt. Am 27. Oktober 1918 wurde er zum ‚Minister für öffentliche Arbeit und soziale Fürsorge‘ im letzten kaiserlichen Regierungskabinett unter Heinrich Lammasch ernannt. Seiner Überzeugung nach gehörte Seipel eher dem monarchistischen Parteiflügel an; doch zugleich war er ein Pragmatiker. Er wusste, dass die Monarchie in ihrer bisherigen Form keinen Fortbestand haben konnte.⁶³⁶ Aus diesem Grund trat er für offene Verhandlungen mit dem Kaiserhaus ein, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.⁶³⁷ Seipel betrachtete die Frage nach der Staatsform sachlicher als die Amtskirche selbst. Das belegen auch seine späteren Ansprachen als Bundeskanzler. Ihm war in erster Linie an der Ausgestaltung eines föderal-demokratischen Staates gelegen: *„Die Frage, ob Republik oder Monarchie, ist keine Wesensfrage der Demokratie. Beide können mit der Demokratie bestehen oder zu ihr in einem unversöhnlichen Gegensatz sein. Wesentlich ist nur, daß die öffentlichen Angelegenheiten als öffentliche und nicht als private einzelner oder auch vieler Menschen oder auch aller Angehörigen des Staates abgesehen und behandelt werden.“*⁶³⁸

Seipel selbst mag zwar Sympathien für die Monarchie gehegt haben,⁶³⁹ doch er war sich ebenfalls im Klaren, dass die zeitlichen Umstände das sture Festhalten an derselben verunmöglichten:⁶⁴⁰ *„Ich habe, wie meine Schriften aus früherer Zeit ausweisen, zu den überzeugtesten Anhängern des alten, großen, vielstämmigen Österreich gehört und hätte viel darum gegeben, es durch eine demokratische und föderative Verfassung verjüngt aus dem Weltkriege hervorgehen zu sehen.“*⁶⁴¹ Demzufolge sah sich die Christlichsoziale Partei nur in geringem Maße am Umbruch beteiligt. Hierin unterschied sie sich fundamental von der Sozialdemokratie, die sich von Beginn an vehement zur Republik bekannt hatte: *„Die nationale Revolution, die die Habsburgermonarchie sprengte, war hier nicht der endliche Sieg, sondern die endgültige Niederlage der nationalen Idee der Bourgeoisie. Mit Habsburg und Hohenzollern war hier auch die Bourgeoisie besiegt. Ihre Autorität war*

⁶³⁵ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 252.

⁶³⁶ Vgl. Rennhofer, Friedrich: Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1978, S. 159.

⁶³⁷ Vgl. Verosta, Stephan: Der Übergang von der Monarchie zur Republik. In: Schriften des Karl von Vogelsang-Instituts. 3. Jg. Nr. 3 (1985), S. 211.

⁶³⁸ Seipel, Ignaz: Kirchliches und staatliches Organisationsprinzip (26. März 1925). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 199.

⁶³⁹ Vgl. Schuschnigg (1938), S. 78.

⁶⁴⁰ Vgl. Kriechbaumer (2001), S. 253.

⁶⁴¹ Seipel, Ignaz: Die erste Regierungserklärung (31. Mai 1922). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 18.

*zusammengebrochen.*⁶⁴² Die Ausrufung der Republik war von ihr als Sieg über das Haus Habsburg gewertet worden. Insbesondere der linke (revolutionäre) Parteiflügel um Otto Bauer hatte diese klassenkämpferischen Motive wiederholt beschworen.⁶⁴³ Indessen erhellen die Aufzeichnungen anderer Parteimitglieder, dass die Einschätzungen Bauers innerparteilich keineswegs unumschränkt geteilt wurden.⁶⁴⁴ So fand der spätere Bundespräsident Adolf Schärf (1890-1965) in seinen Lebenserinnerungen deutlich mildere Töne: *„Die Aufrichtung der Republik Deutschösterreich war nicht das Ergebnis einer Revolution; der neue Staat war die Zusammenfassung jener deutschsprechenden Teile der alten Monarchie, die nach dem Zusammenbruch herrenlos übrig geblieben waren.“*⁶⁴⁵ Der Umbruch sei nicht der revolutionäre Sieg der Arbeiterklasse gewesen, sondern vielmehr ein sich verselbständigender Zerfallsprozess.

In Anbetracht der Republikgründung trat der bisherige Bundesobmann der Christlichsozialen Partei, Alois von Liechtenstein, zurück. Er war mit dem Bekenntnis seiner Fraktion zur Republik nicht einverstanden gewesen.⁶⁴⁶ Friedrich Funder fing die vorherrschende Stimmung mit ausgesprochen pathetischen Worten ein: *„Der Tausch der alten Staatsform gegen eine neue, deren Gesicht niemand kannte, war keine gleichgültige Angelegenheit. Der Tausch war nicht die Übersiedlung aus einer dumpfen Mietwohnung, sondern aus dem Hause unserer Väter. Die Haydn-Hymne, das ‚Gott erhalte‘, war für die Massen des Volkes damals noch ein von fast religiöser Weihe umwobenes Bekenntnis.“*⁶⁴⁷ Nachdem Funder ebenfalls dem monarchistischen Parteiflügel angehörte, mag die Theatralik seiner Eindrücke nicht verwundern.

Trotzdem stellte sich die Frage, wie mit dem vormaligen Kaiser umzugehen war. Schließlich hatte er noch nicht formal abgedankt. Die Suche nach einem theologischen Ausweg aus der Legitimationsfrage wurde dringlicher: *„Seipel jedenfalls führte einen ‚heftigen Verzögerungskampf‘. Er wollte ausharren und es damit dem Kaiser und Lammasch ermöglichen, als die einzigen rechtmäßigen Repräsentanten Österreichs an der Friedenskonferenz teilzunehmen. Die Christlichsozialen, vor allem in Wien, traten somit*

⁶⁴² Bauer (1965), S. 126.

⁶⁴³ Vgl. Hanisch, Ernst: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938). Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2011, S. 190-191.

⁶⁴⁴ Vgl. Boyer, John W.: Die Gründung der Republik (1918). In: Fischer, Heinz (Hg.): 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018. Wien: Czernin 2018, S. 23.

⁶⁴⁵ Schärf, Adolf: Erinnerungen aus meinem Leben. Wien: Wiener Volksbuchhandlung 1963, S. 72-73.

⁶⁴⁶ Vgl. Kriechbaumer (2017), S. 137.

⁶⁴⁷ Funder (1957), S. 52.

weiterhin für eine, wie sie es nannten, demokratische Monarchie ein.“⁶⁴⁸ Als der Fortbestand der Monarchie immer unwahrscheinlicher geworden war, ergriff Seipel die Initiative. Er überzeugte den Kaiser davon, lediglich von seinem ‚Anteil an den Regierungsgeschäften‘ zu verzichten; ein Ausweg, der es beiden Seiten erlaubte, ihr Gesicht zu wahren.⁶⁴⁹ Der Kaiser hatte somit formal niemals abgedankt. In seinem Selbstverständnis verblieb er bis zu seinem Tod (1922) ein Monarch von Gottes Gnaden.⁶⁵⁰

9.2 Der Mann der Zukunft? Ignaz Seipel und sein politisches Denken

Ignaz Seipel zählte zu den einflussreichsten Persönlichkeiten der Zwischenkriegszeit. Zwei Mal hatte er als Bundeskanzler die Regierung der Republik Österreich angeführt. Die Stabilisierung der österreichischen Wirtschaft (Völkerbundanleihe; 1922) fiel ebenso in seine Regierungszeit wie die Einführung des Schillings (1925) oder die Verfassungsnovelle des Jahres 1929. Es waren stets seine geistigen Fähigkeiten gewesen, die ihn in die Regierungsverantwortung gedrängt hatten. Wie sein akademischer Mentor Franz Martin Schindler hatte auch er einen akademische Karriereweg beschritten, ehe er sich der Politik zuwandte. Schon 1909 war er auf den Lehrstuhl für Moralthologie an der Universität Salzburg berufen worden, auf dem er bis zu seiner Berufung nach Wien (1917) blieb. Sein Engagement in Wien sollte wiederum seinen Eintritt in die Tagespolitik bedeuten. Doch in Gegensatz zu Schindler war er von Beginn an außerordentlich machtbewusst.⁶⁵¹ Er verfolgte eine eindeutig definierte ideologische Zielvorstellung:⁶⁵² Einen christlichsozial geprägten Staat nach ständischem Muster.⁶⁵³ Durch seinen professoralen Habitus unterschied er sich markant von zeitgenössischen Politikern:

„Anders als die meisten anderen Politiker in der ersten Republik hatte sich Seipel nicht in der politischen Karriere hinaufgearbeitet, sondern war von der Wissenschaft her, als Verfasser sozialethischer und staatsrechtlicher Arbeiten (,Die wirtschaftsethischen Lehren der Kirchenväter‘,

⁶⁴⁸ Rauscher (2017), S. 45.

⁶⁴⁹ Vgl. Broucek (1997), S. 215-216.

⁶⁵⁰ Vgl. Kovács (2004), S. 532.

⁶⁵¹ Vgl. Liebmann, Maximilian: Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester. In: Schriften des Karl von Vogelsang-Instituts. 3. Jg. Nr. 3 (1985), S. 203.

⁶⁵² Vgl. Boyer, John W.: Richard Schmitz and the Tradition of Imperial Catholic Politics in Austria 1907–1934. In: Demokratie und Geschichte. Jg. 13/14 (2010), S. 107.

⁶⁵³ Kriechbaumer, Robert: Die Nebel der Begrifflichkeit oder vom schwierigen Umgang mit dem Ständestaat und der Vaterländischen Front. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreich! Und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretärs der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2005, S. 24.

1907; ‚Nation und Staat‘, 1916; ‚Gedanken zur österreichischen Verfassungsreform‘ 1917) zur Politik gekommen.“⁶⁵⁴

Der Nimbus des asketischen und unnahbaren Intellektuellen haftete ihm an. Er war zwar gemeinhin geachtet aber nur selten geliebt worden. Er galt innerparteilich lange als Außenseiter.⁶⁵⁵ Schlussendlich folgte er aber seinem akademischen Ziehvater nach. Er wurde zum wichtigsten programmatischen Vordenker der Christlichsozialen in der Ersten Republik. Eine seiner ersten staatsrechtlichen Abhandlungen war den grundlegenden Strukturen der Habsburgermonarchie gewidmet. In ähnlicher Manier wie Dr. Karl Renner, der in seiner anonym publizierten Schrift ‚Staat und Nation. Zur österreichischen Nationalitätenfrage‘ (1899) offen für eine föderalistische Reform der Habsburgermonarchie eingetreten war, erkannte auch Seipel in ‚Nation und Staat‘ (1916), dass im Föderalismus die einzige Möglichkeit bestehe, den Vielvölkerstaat zu retten.

Seipel ging grundsätzlich von der Annahme aus, dass jeder Staat in der göttlichen Weltordnung eine bestimmte Funktion erfülle: *„Jeder Staat hat im Weltplan Gottes seine ihm eigene Aufgabe. Wenn er keine solche hätte, wäre er nicht berechtigt, zu existieren. Fast alle übrigen Staaten, wenigstens in Europa, bekennen sich entweder schon zum Nationalismus oder sie treiben offensichtlich auf ihn zu;“*⁶⁵⁶ Konsequenterweise müssen diese Staaten unaufhörlich danach streben, ihre vorgegebene Bestimmung zu verwirklichen. Im Falle der Donaumonarchie sei diese etwa in der Überwindung des Nationalismus‘ auszumachen:

*„Die Aufgabe Österreichs scheint es zu sein, mitten unter ihnen die ältere und höhere Staatsidee, die das mittelalterliche Kaisertum ebenso wie früher das römische Imperium beseelte, zu bewahren. Wie das auserwählte Volk des alten Bundes allein inmitten der heidnischen Umgebung den Glauben an den einen Gott für eine bessere Zeit zu retten hatte, so wird unser Österreich für jene Zeit, in der man die ausschließliche Herrschaft des Nationalismus als kulturell minderwertig anerkannt haben wird, eine den Nationalismus überwindende, dem Staat neben der Nation Eigenberechtigung zuerkennende Staatsidee lebendig erhalten.“*⁶⁵⁷

Österreich-Ungarn diene als Vorbild einer supranationalen Staatsidee. Das friedvolle Zusammenleben verschiedener Völker unter einer Krone sei in ihr erfolgreich gelungen. Während der Nationalismus die ‚Atomisierung‘ der Gesellschaft vorantreibe, stelle die Habsburgermonarchie das fruchtbringende kulturelle Miteinander in den Vordergrund. Dieser positive Aspekt sei durch die Folgen der Industrialisierung und des Nationalismus‘ ins Hintertreffen geraten: *„Wenn wir uns nach den Ursachen umsehen, durch die es gekommen*

⁶⁵⁴ Wandruszka (1954), S. 323.

⁶⁵⁵ Vgl. Klemperer, Klemens von: Ignaz Seipel. Christian Statesman in a time of Crisis. New Jersey: Princeton University Press 1972, S. 105.

⁶⁵⁶ Seipel, Ignaz: Nation und Staat. Leipzig / Wien: Braumüller 1916, S. 17.

⁶⁵⁷ Seipel, Nation und Staat (1916), S. 17-18.

ist, daß wir in einer atomisierten Gesellschaft leben, so ist ganz sicher, daß die frühere ständische Ordnung [...] ihre Aufgabe nicht mehr erfüllt hat. Diese alte ständische Ordnung ist hinfällig geworden und darum mit Recht zugrundegegangen.“⁶⁵⁸ Daraus resultierend war Seipel beflissen, zu umfassenden Staatsreformen anzuregen.

Die starren nationalen wie hierarchischen Grenzlinien müssen gebrochen werden: „Zur gesunden Gesellschaftsordnung gehört es, daß der Sozialkörper Glieder habe. Die Krankheit des gegenwärtigen Systems besteht darin, daß die Glieder fehlen. Daher bedarf es einer neuen Gesellschaftsordnung. Diese Ordnung muß durch die Erneuerung einer den Tatsachen des Gemeinschaftslebens entsprechenden ständischen Ordnung geschaffen werden. Nur so wird aus einer ungegliederten Masse wieder eine Gesellschaft.“⁶⁵⁹ Er forderte aber hiermit keineswegs eine Renaissance des tradierten Ständewesens; ihm war vielmehr an dessen Adaption im Verständnis der modernen katholischen Soziallehre gelegen.⁶⁶⁰ Sein Fernziel war der harmonische Ausgleich der Interessen. Der katholischen Kirche falle in diesem Prozess eine wichtige Rolle zu: „Die Staatsbürger sind Menschen mit Leib und Seele, Angehörige der Familie, der Kirche, ihrer Nation, ihres Berufsstandes. Daraus ergibt sich die Unmöglichkeit der wirklichen und völligen Trennung von Kirche und Staat. Der Mensch, wie er wirklich ist, ist nicht einfach nur Staatsbürger.“⁶⁶¹

Mit seinen Ansichten stand Seipel den Forderungen der Sozialdemokratie unversöhnlich gegenüber: „Der große Wert der ständischen Ordnung besteht darin, daß nur durch sie die eigentliche Gefahr für heutige Gesellschaft überwunden werden kann. Diese ist aber der Klassenkampf. In der atomisierten Gesellschaft haben sich die Menschen nach ihrer Stellung auf dem Arbeitsmarkte geteilt, obwohl die Arbeit keine bloße Ware ist und in ihr immer die Würde des Arbeiters geachtet werden muß.“⁶⁶² Ein revolutionärer Umbruch münde unweigerlich in Chaos. Die von ihm eingemahnten strukturellen Veränderungsprozesse können so allerdings nicht erreicht werden: „Mit dem Programm des Klassenkampfes kann eine Partei vorübergehende Erfolge, auch Wahlerfolge, erzielen; sie kann aber nicht das Volk zur Gesundung führen, wenn sie nicht für die Zusammenarbeit der Klassen eintritt, die nur

⁶⁵⁸ Seipel, Ignaz: Die Gesellschaftsordnung nach der Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘. In: Die soziale Botschaft des Papstes. Vorträge über ‚Quadragesimo anno‘. Wien: Volksbundverlag 1931, S. 82-83.

⁶⁵⁹ Seipel, Die Gesellschaftsordnung nach Quadragesimo anno (1931), S.84.

⁶⁶⁰ Vgl. Seipel, Ignaz: Die soziale Not der Zeit (27. Juni 1925). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 217.

⁶⁶¹ Seipel, Ignaz: Reden. Wesen und Aufgaben der Politik. Der gegenwärtige Stand der Weltpolitik. Innsbruck / Wien / München: Tyrolia 1930, S. 16.

⁶⁶² Seipel, Die Gesellschaftsordnung nach Quadragesimo anno (1931), S. 85.

bei gehöriger Zurückhaltung aller Klassen und bei aufrichtiger Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse und Interessen der anderen möglich ist.“⁶⁶³

Dem letzten österreichischen Kaiser (Karl I.) attestierte Seipel ein integrires Naturell.⁶⁶⁴ Er wollte den Staat umgestalten, scheiterte aber am Ersten Weltkrieg. Die Achtung vor dem Kaiserhaus entstammt den monarchischen Idealvorstellungen Seipels. Denn in seinem Verständnis erfülle das Kaisertum nicht nur eine rein staatspolitische Funktion; es stehe in einer festen theologischen Tradition: *„Heutzutage erscheint das Kaisertum den meisten wohl nur als eine Art Königtum, bloß mit dem Unterschied, daß der Kaiser stets der Herrscher eines besonders mächtigen und großen Reiches ist, während es Könige auch in kleineren Ländern gibt. Geschichtlich betrachtet, ist das Kaisertum jedoch etwas ganz anderes als das Königtum.*“⁶⁶⁵ Die Kaiserwürde sei die höchste unter den weltlichen Fürsten der Christenheit. Folgerichtig umfasse sie gleichfalls religiöse wie profane Aspekte. Seipel war sich der frommen Wesensart Kaiser Karls bewusst und hatte dessen Regierungsantritt einst wohlwollend entgegengesehen:

„Man kann Österreich nicht verstehen, wenn man sich nicht vor allem vor Augen hält, wie es entstand. Das heutige Österreich ist ein neuer Staat, der in der Zeit seines Werdens nicht weniger als dreimal in ganz verschiedene Richtungen gedrängt wurde. Als der letzte Kaiser von Österreich mitten im Krieg zur Regierung kam, war er schon überzeugt, daß das alte Reich verfassungsrechtlich vollständig umgebaut werden mußte. Deswegen legte er in Österreich, im Unterschied von Ungarn, den Eid auf die Verfassung nicht ab, um freie Bahn für ihre Änderung zu haben, die die erste Aufgabe nach Wiederherstellung des Friedens sein sollte.“⁶⁶⁶

Es waren lediglich die innerparteilichen Spannungen und die staatspolitischen Umwälzungen des Spätherbstes 1918, die Seipel resignierend erkennen ließen, dass die Monarchie in ihrer bestehenden Form unmöglich eine Zukunft haben konnte.⁶⁶⁷ Adolf Schärf vermutet, dass Seipels Gegnerschaft zur Sozialdemokratie aus dieser Begebenheit heraus entstanden war: *„Er war, wie er es in Vorträgen in den späteren Jahren wiederholt zum Ausdruck brachte, ein Gegner des Systems der parlamentarischen Demokratie. Der Sozialdemokratischen Partei trat er nicht bloß als Gegner, er trat ihr auch als Hassler gegenüber.*“⁶⁶⁸ Die Ausrufung der Republik war in Seipels Augen ein revolutionärer Umschwung gewesen. Er entbehrte

⁶⁶³ Seipel, Ignaz: Bei den Bauern (29. Juli 1923). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 70.

⁶⁶⁴ Vgl. Thormann, Werner: Ignaz Seipel. Der europäische Staatsmann. Frankfurt am Main: Carolus 1932, S. 37.

⁶⁶⁵ Seipel, Ignaz: Der Übergang von der Monarchie zur Republik. In: Seipel, Ignaz: Der Kampf um die österreichische Verfassung. Wien / Leipzig: Braumüller 1930, S. 44.

⁶⁶⁶ Seipel (1926), S. 313.

⁶⁶⁷ Vgl. Wohnout, Helmut: 1918. Die katholische Kirche und der Übergang von der Monarchie zur Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rolle Ignaz Seipels. In: Österreichische Bischofskonferenz (Hg.): Katholische Kirche zwischen 1918 und 1938. Bildung als Erinnerungslernen. Wien: LIT 2019, S. 49.

⁶⁶⁸ Schärf (1963), S. 89.

rechtlicher Grundlagen.⁶⁶⁹ Die Sozialdemokratie bezichtigte er, die turbulenten Herbsttage des Jahres 1918 ausgenutzt zu haben, um ihrem Streben nach dem Klassenkampf näherzurücken; ein Ansinnen, das mit der katholischen Geisteshaltung unvereinbar war:

*„Auch wir hier in Oesterreich waren in Gefahr, daß die ‚Res publica‘ zu einer ‚Res privata‘ gemacht werde. Die Sozialdemokraten stehen prinzipiell immer auf dem Standpunkt, daß die eine Klasse die anderen aufsaugen und nur sie übrig bleiben werde. Bis dahin suchen sie in den äußeren Formen der Demokratie diesen Uebergang vorzubereiten. Aber die Gefahr drohte nicht nur von der sozialistischen Seite her; sondern wir hatten zu fürchten, daß wir unmerklich zur Parteiendiktatur kommen würden. Die politischen Parteien sind gewiß ein echter Bestandteil der Demokratie und in der parlamentarischen Demokratie unentbehrlich. Aber sie sind nur, was sie sein sollen, wenn sie auf das Wohl der Gesamtheit eingestellt bleiben.“*⁶⁷⁰

Seipel hielt unbeirrbar an den Grundprinzipien der katholischen Sozialethik fest. Seinen politischen Mitbewerbern konnte er nur wenige Sympathien entgegenbringen, da sie aus seiner Sicht in erster Linie Partikularinteressen vertraten, die den Blick für das Gemeinwohl verstellten. Die Deutschnationalen symbolisierten für ihn den hemmungslosen Nationalismus; die Sozialdemokratie die fatale Spaltung der Gesellschaft anhand ökonomischer Gesichtspunkte. Dennoch wäre es unzutreffend, ihn generell als Feind der Demokratie zu bezeichnen. Schließlich sah er in ihr die einzige Chance, um der Republik Deutschösterreich ein rechtmäßiges Fundament zu verleihen: *„Wenn ein demokratischer Staat sich neu bildet, dann muß auch der Weg, auf dem er ins Dasein tritt, ein demokratischer sein. Eine oktroyierte Demokratie ist keine Demokratie. Sie kann es später werden, wenn alle, denen sie oktroyiert wurde, nachträglich ihre Zustimmung erklären oder wenn sie sich im Laufe der Zeit so einlebt, daß niemand mehr an Rekrimationen wegen des undemokratischen Werdegangs denkt.“*⁶⁷¹ Es war somit nicht die Staatsform per se, die Seipels Überzeugungen widerstrebte, sondern ihre Ausgestaltung. Er nahm sie als ein fragiles Konstrukt wahr, das unaufhörlich drohte, in einen sozialistischen Umschwung zu führen.⁶⁷² Deshalb setzte er sich vehement für eine Volksabstimmung über die Staatsform ein.⁶⁷³ Seipels politisches Weltbild war nämlich von zwei Prämissen bestimmt: Dem natürlichen Wunsch des Menschen nach ‚Harmonie‘ und ‚Ordnung‘. Er dachte in aristotelisch-thomistischen Bahnen.⁶⁷⁴ Ein

⁶⁶⁹ Vgl. Klemperer (1972), S. 103-104.

⁶⁷⁰ Seipel, Ignaz: Wesen und Aufgaben der Politik (1926), S. 13.

⁶⁷¹ Seipel, Ignaz: Das Wesen des demokratischen Staates (1918). In: Seipel, Ignaz: Der Kampf um die österreichische Verfassung. Wien / Leipzig: Braumüller 1930, S.54-55.

⁶⁷² Vgl. Klemperer (1972), S. 101-102.

⁶⁷³ Vgl. Wandruszka (1954), S. 320-321.

⁶⁷⁴ Vgl. Vitale, Angelo Maria: Das politische Denken Ignaz Seipels zwischen Scholastik und Korporativismus. In: Festa, Francesco Saverio, Fröschl, Erich und La Rocca, Tomaso u.a. (Hg.): Das Österreich der dreissiger Jahre und seine Stellung in Europa. Frankfurt am Main / Berlin / Bern u.a.: Peter Lang 2012, S. 537.

christlicher Musterstaat nach ständischer Gliederung entsprach seinem gesellschaftlichen Idealbild.⁶⁷⁵

9.3 Die akademische Elite des politischen Katholizismus? Der Cartellverband und die Christlichsoziale Partei

Mit dem Aufstieg der Christlichsozialen Partei wandelten sich auch die Eliten des politischen Katholizismus in Österreich. Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts war er überwiegend von Aristokraten und der Amtskirche getragen worden. Das änderte sich nach 1850 fortschreitend. Die zunehmende Verbürgerlichung der christlich-konservativen Bewegungen, beförderte den Aufstieg der (katholischen) Studentenverbindungen.⁶⁷⁶

Die Ursprünge des modernen studentischen Korporationswesens im deutschsprachigen Raum gehen auf die Napoleonischen Kriege zurück.⁶⁷⁷ Französische Truppen hatten damals weite Teile des Heiligen Römischen Reiches besetzt,⁶⁷⁸ und damit nationalistische Einheitsbestrebungen befeuert.⁶⁷⁹ Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die thüringische Stadt Jena, wo sich im Jahr 1815 die bestehenden studentischen Landsmannschaften feierlich aufgelöst hatten, um infolgedessen in der ‚Jenaer Burschenschaft‘ aufzugehen. Sie bekannten sich zu den Grundwerten ‚Ehre‘, ‚Freiheit‘ und ‚Vaterland‘.⁶⁸⁰ Im Gegensatz zu heutigen Burschenschaften war die Jenaer Urburschenschaft aber auch stark religiös ausgerichtet.⁶⁸¹ Deshalb berufen nationalistisch geprägte Burschenschaften, Corps und Landsmannschaften bis heute ihre Ursprünge ebenso auf sie wie die konfessionell gebundenen Korporationen.⁶⁸²

Beim Wartburgfest (1817), das in Erinnerung an die Reformation Martin Luthers (1483-1546) und die Völkerschlacht bei Leipzig (1813) organisiert worden war, traten die

⁶⁷⁵ Vgl. Boyer (2010), S. 413.

⁶⁷⁶ Vgl. Hanisch, Ernst: Der politische Katholizismus im 20. Jahrhundert in Österreich. Elitenrekrutierung durch den Cartellverband. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die Rolle des politischen Katholizismus in Europa im 20. Jahrhundert. Bd. 1. Berlin: LIT 2009, S. 196-197.

⁶⁷⁷ Vgl. Koch, Hans-Albert: Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2008, S. 153.

⁶⁷⁸ Vgl. Ruppert, Karsten: Bürgertum und staatliche Macht in Deutschland zwischen Französischer und deutscher Revolution. Berlin: Duncker & Humblot 1997, S. 9.

⁶⁷⁹ Vgl. Hartmann (2006), S. 17.

⁶⁸⁰ Vgl. Mettele, Gisela: Wehrhafte Männlichkeit und patriotische Weiblichkeit. Geschlechterbilder und die politische Mobilisierung der Jenaer Studenten 1813/14. In: Gerber, Stefan, Greiling, Werner, Kaiser Tobias u.a. (Hg.): Zwischen Stadt, Staat und Nation. Bürgertum in Deutschland. Bd. 1. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht 2014, S. 344.

⁶⁸¹ Vgl. Hartmann (2006), S. 18-19.

⁶⁸² Vgl. Hartmann (2006), S. 19.

Burschenschaften erstmals in größerem Rahmen öffentlich in Erscheinung. Die Radikalisierung einiger Verbindungen setzte in den folgenden Jahren ein. Ihr nationaler und liberaler Grundgedanke wurden vielfach für absolut erklärt. Das äußerte sich in manchen Korporationen in nahezu fanatischem Hass auf die restaurative Politik, ihre Führungspersönlichkeiten und Symbole. Der evangelische Theologiestudent Karl Ludwig Sand (1795-1820) verübte aus diesem Gedanken heraus ein folgenschweres Attentat auf den deutschen Dramatiker August von Kotzebue (1761-1819): „*Von diesen Ideen wurde der eher schwerfällig-schwärmerische Burschenschafter und evangelische Theologiestudent Karl Ludwig Sand beeinflusst. Sein Haß wurde auf August von Kotzebue gelenkt, einen Schriftsteller und russischen Geheimbereichterstatter, der die nationale und liberale Bewegung satirisch verspottete.*“⁶⁸³ Die Ermordung Kotzebues stellte alle Burschenschaften unter Generalverdacht. Ihnen wurden revolutionäre Ansichten und anarchistische Tendenzen vorgeworfen.⁶⁸⁴ Die staatliche Überwachung an den Universitäten wurde ausgebaut; das Verbot der Burschenschaften im Deutschen Bund vorangetrieben.⁶⁸⁵ Die Karlsbader Beschlüsse (1819) drängten sie in den privaten Raum zurück.⁶⁸⁶ Ihre anfänglich christliche Prägung verlor an Bedeutung, während das Duellwesen weiter florierte. Dieses stand im Widerspruch zur christlichen Lehre und konnte in letzter Konsequenz zur Exkommunikation führen.⁶⁸⁷ Mit dem Burschentag in Bamberg (1827) gaben die Burschenschaften die Pflege der christlichen Idee auch offiziell auf. Hiermit war die formale Trennlinie zwischen ihnen und den konfessionellen Korporationen gesetzt worden.

Für christliche Studenten wurde es immer schwieriger, sich korporativ zu engagieren: „*Katholische Studenten traten organisiert in den ersten vier Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nicht hervor. Wenn sie einer Korporation beitreten wollten, so mußten sie bei einer bestehenden aktiv werden (Burschenschaften, Corps, Landsmannschaften).*“⁶⁸⁸ Die katholischen Verbindungen hatten sich genuin als Gegenbewegung zu nationalistischen Burschenschaften begriffen. Am 6. Dezember 1856 schlossen die KDStV Winfridia Breslau und die KDStV Aenania München ein Cartellverhältnis. Es war die Geburtsstunde des

⁶⁸³ Hartmann (2006), S. 19.

⁶⁸⁴ Vgl. Bleyer, Alexandra: Das System Metternich. Die Neuordnung Europas nach Napoleon. Darmstadt: WBG 2014, S. 98.

⁶⁸⁵ Vgl. Fisch, Stefan: Geschichte der europäischen Universität. Von Bologna nach Bologna. München: C.H. Beck 2015, S. 70.

⁶⁸⁶ Vgl. Bruckmüller, Ernst, Hartmann Gerhard und Schultes, Gerhard: Abriß der Geschichte des Österreichischen Cartellverbandes. Wien: Bildungsakademie des ÖCV 1976, S. 2.

⁶⁸⁷ Mader, Hubert: Duellwesen und altösterreichisches Offiziersethos. Osnabrück: Biblio Verlag 1983, S. 151.

⁶⁸⁸ Hartmann (2006), S. 27.

späteren ‚Cartellverbands der katholischen deutschen Studentenverbindungen‘ (CV).⁶⁸⁹ Die erste konfessionelle Studentenverbindung dieser Art in Österreich sollte rund acht Jahre später folgen. Am 9. Juni 1864 wurde die A.V. Austria Innsbruck gegründet.

Der österreichische Kirchenhistoriker Gerhard Hartmann beschreibt in seiner Monographie ‚Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich‘ (2006), dass sich die Mitglieder der katholischen Verbindungen in Österreich hauptsächlich durch zwei Eigenschaften ausgezeichnet hatten: Ihr Glaubenseifer und ihr gesellschaftspolitischer Gestaltungswille. Das zeigt er am Beispiel des ersten österreichischen CVers Franz Senn (1831-1884) auf: *„Es ist bezeichnend, daß gerade schon bei diesem ‚ersten österreichischen CVer‘ zwei wesentliche Merkmale des CV-Spezifikums sichtbar wurden: die Katholizität (als Priester) und das gesellschaftspolitische Engagement (als Mitbegründer des Alpenvereins).“*⁶⁹⁰ Da die Habsburgermonarchie ein Kernland der Restauration gewesen war, konnte sich das katholische Couleurstudententum dort nur langsam entwickeln. Die revolutionären Unruhen des Jahres 1848 hatten das restaurative Misstrauen gegen die Studentenschaft weiter vertieft.⁶⁹¹ Schließlich hatte sich die Akademische Legion aktiv an den Unruhen beteiligt. Demgemäß verbot die Disziplinarordnung des Jahres 1849 alle Studentenverbindungen in Österreich; ein Erlass, der erst 1862 aufgehoben wurde. Die Liberale Ära (1867-1879) war bestrebt, bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte zu schaffen. Damit einhergehend wurde auch ein neues Vereinsgesetz erlassen, das die Gründung neuer Studentenverbindungen erleichterte.⁶⁹² Da die interkonfessionellen Maigesetze (1868) der katholischen Restauration eine Absage erteilt hatten, die zur Auflösung des Konkordats führten, regte sich im katholischen Lager Widerstand.⁶⁹³ Die Verurteilung des Linzer Bischofs Franz Joseph Rudigier, der energisch gegen die Aufkündigung des Konkordats protestiert hatte, resultierte in einem regelrechten Sturm der Entrüstung.⁶⁹⁴ In dieser angespannten Situation kam es in ganz Cisleithanien zur Formierung katholischer Studentenverbindungen.⁶⁹⁵

An den Hochschulen gerieten die katholischen Studentenverbindungen bald in Konflikt mit deutschnationalen Burschenschaften; die Universitäten wurden zum gewaltsamen

⁶⁸⁹ Vgl. Popp, Gerhard: CV in Österreich 1864-1938. Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1984, S. 28.

⁶⁹⁰ Hartmann (2006), S. 30.

⁶⁹¹ Vgl. Popp (1984), S. 13.

⁶⁹² Vgl. Popp (1984), S. 13.

⁶⁹³ Vgl. Hartmann (2006), S. 31.

⁶⁹⁴ Vgl. Liebmann (2003), S. 386.

⁶⁹⁵ Vgl. Bruckmüller / Hartmann / Schultes (1976), S. 5.

Austragungsort dieser Rivalitäten: „Im Zuge dieser Art von ‚Radikalisierung‘ sahen sich die katholischen Verbindungen in zunehmendem Maße der Kritik der übrigen Studentenschaft ausgesetzt, sie seien keine guten Deutschen. Dazu kam noch, daß die Katholiken durch die von deutschnationaler Seite stark beeinflusste protestantische ‚Los-von-Rom-Bewegung‘ mit der ‚ultramontanen‘ katholischen Kirche in Verbindung gebracht wurden.“⁶⁹⁶ Es ging dabei nicht zuletzt um die akademische Deutungshoheit, Lehrstühle und Einfluss in der Wissenschaft.⁶⁹⁷ Im Jahr 1908 erreichten die Konflikte zwischen den katholischen Studentenverbindungen und den deutschnationalen Burschenschaften ihren Höhepunkt (Wahrmund-Affäre).⁶⁹⁸ Adolf Schärf berichtet in seinen Lebenserinnerungen ausführlich von diesen Auseinandersetzungen:

„Die farbentragenden, deutschnationalen, schlagenden Verbindungen führten sich geradezu als Hausherrn auf; die farbentragenden katholischen Verbindungen, die dem CV, dem Cartellverband, angehörigen Studentenvereine, spielten daneben nur eine bescheidene Rolle; gesellschaftlich und als Stellenvermittler kamen sie ja erst mit der Herrschaft der Christlichsozialen in der Ersten Republik zu größerer Bedeutung. Auf der Universität konnte man es zu meiner Zeit erleben, daß in den Hörsaal plötzlich der Alarmruf kam: ‚In die Aula!‘ Was sah man dort? Aus dem Arkadenhof wollten die CVer mit Mütze und Band vom Samstagsbummel weg durch die Aula die Universität verlassen. Der Alarm hatte nun die Aula gefüllt. Zu zwei und zwei hintereinander versuchten die katholischen Studenten durchzukommen, es ging auch, aber jeder erhielt von den dicht flankierenden deutschnationalen Studenten Ohrfeige um Ohrfeige. Die akademischen Behörden schien das nichts anzugehen.“⁶⁹⁹

Der Aufstieg der Christlichsozialen Partei in Wien ging mit dem weiteren Erstarken des politischen Katholizismus einher. Es kam zu einer zweiten großen Gründungsphase innerhalb des Cartellverbandes. Mit der ‚Vereinigung christlich deutscher Hochschüler für Korneuburg, Stockerau und Umgebung Danubia‘ (K.a.V Danubia Wien-Korneuburg; 1907), der ‚Katholisch-deutschen Studentenverbindung Babenberg für Stockerau und Umgebung‘ (K.H.V. Babenberg Wien; 1910) und der ‚Katholischen Studentenverbindung Welfia in Klosterneuburg‘ (K.H.V. Welfia Klosterneuburg; 1910) wurden auch im Wiener Umland Studentenverbindungen ins Leben gerufen. Es erhellt sich, inwiefern das katholische Vereinswesen in der österreichischen Hälfte der Habsburgermonarchie mittlerweile nicht nur zu einem gewichtigen überregionalen Kulturfaktor emporgestiegen, sondern auch zu einer festen Größe des allgemeinen Gesellschaftslebens gereift war.

Die Mitglieder der Verbindungen engagierten sich immer häufiger in der Politik: „Der CV und seine Verbindungen waren seit ihrer Gründung mit dem parteipolitischen Katholizismus eng verbunden. Die älteren Verbindungen (die beiden Austria, Norica, Carolina) wurden im

⁶⁹⁶ Hartmann (2006), S. 55.

⁶⁹⁷ Vgl. Bruckmüller / Hartmann / Schultes (1976), S. 9.

⁶⁹⁸ Vgl. Hartmann (2006), S. 138-139.

⁶⁹⁹ Schärf (1963), S. 17-18.

Rahmen der katholisch-konservativen Bewegung ins Leben gerufen. Die Initiatoren dazu wurden sehr oft zu Ehrenmitgliedern ernannt.⁷⁰⁰ Führende Persönlichkeiten der ‚Entenabende‘ und der ‚Leo-Gesellschaft‘ entstammten diesen Vereinigungen.⁷⁰¹ Während die Gründergeneration der Christlichsozialen aber noch zumeist Ehrenmitglieder der Verbindungen gewesen waren, waren die darauf folgenden Generationen bereits überwiegend Urmitglieder:⁷⁰²

„Fest- und Großveranstaltungen der CV-Verbindungen, etwa die Kommerse anlässlich der Katholikentage, bildeten ein Forum, in dessen Rahmen sich die verschiedenen Gruppen des politischen Katholizismus, Katholisch-Konservative genauso wie die emporkommenden Christlichsozialen Luegers trafen und teilweise in der Form von Ehrenmitgliedschaften einander näher kamen.“⁷⁰³

Der Cartellverband konnte sich als akademische Kaderschmiede der öffentlichen Verwaltung etablieren, womit seine Vertreter gleichfalls zum ideologischen Rückgrat der Partei emporstiegen.⁷⁰⁴ *„Da die Christlichsoziale Partei vor allem in ihrer Gründungsphase und in den Bundesländern bis in die zwanziger Jahre ein deutliches Defizit an akademisch gebildeten Laien aufwies, wurde dieses Manko durch den Klerus ausgeglichen. Mit dem allmählichen Anwachsen der Zahl der katholischen Laienakademiker, vornehmlich über die Verbindungen des CV, setzte eine deutliche Abnahme von Klerikern in politischen Spitzenpositionen ein.“⁷⁰⁵* Ein Blick auf den prozentualen Anteil von CVern im christlichsozialen Reichsratsklub bestätigt diese Annahmen: *„Bereits 1907 bildeten Mitglieder der CV-Verbindungen mit 19,6 Prozent der Abgeordneten im Abgeordnetenhaus des Reichsrates einen erheblichen Anteil der politischen Elite der Christlichsozialen. Dieser Anteil stieg bis 1930 auf 34,8 Prozent.“⁷⁰⁶* Mitglieder des Cartellverbandes bekleideten Führungspositionen: *„Besonders Albert Geßmann sah, daß ihm, dem ‚Generalstabchef‘, die katholischen Studentenverbindungen von Nutzen sein konnten.“⁷⁰⁷* Es wäre allerdings falsch, daraus eine statutarische Verflechtung zwischen dem Verband und der Christlichsozialen Partei ableiten zu wollen.

Die zahlreichen personellen Überschneidungen kamen aus dem persönlichen Engagement einzelner Mitglieder: *„Es war und ist daher undenkbar, daß der CV oder seine Verbindungen*

⁷⁰⁰ Hartmann (2006), S. 106.

⁷⁰¹ Vgl. Mertens (2006), S. 21.

⁷⁰² Vgl. Hartmann, Gerhard: Treu zu Gott und Vaterland. Die Geschichte des CV in Österreich. Kvelaer: Lahn 2023, S. 301.

⁷⁰³ Wohnout, Helmut: Der Österreichische Cartellverband. Struktur und Wandel. In: Gaudeamus Igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Wien: Schallaburg 1992, S. 97.

⁷⁰⁴ Vgl. Hartmann (2023), S. 301.

⁷⁰⁵ Kriechbaumer (2001), S. 329.

⁷⁰⁶ Kriechbaumer (2001), S. 57.

⁷⁰⁷ Lewis (1977), S. 285.

ein statutarisch-organisatorischer Teil einer Partei werden oder daß er offiziell Agitation für eine Partei betreibt. Was jedoch den juristischen Personen (CV, Verbindungen) verboten bleibt, blieb den physischen Personen (CVer) unbenommen.“⁷⁰⁸ Folgerichtig war der Cartellverband selbst niemals ein Bestandteil der Christlichsozialen Partei. Er blieb stets parteipolitisch ungebunden. Die weitgehende weltanschauliche Nähe beider Vereinigungen kann aber kaum wenig geleugnet werden. Das Prinzip ‚patria‘ (Vaterlandsliebe) regte seine Mitglieder zur aktiven Anteilnahme an der Politik an.⁷⁰⁹ Dennoch blieben es immer einzelne CVer, die sich hier federführend eingebracht hatten.

9.4 Ein nationaler Sonderfall? Die Christlichsoziale Partei im europäischen Kontext

Sowohl der Entstehungsprozess als auch der Aufstieg der Christlichsozialen Partei um 1900 sind im Kontext einer längeren historischen Entwicklung zu verorten, die in zahlreichen Staaten Europas ähnlich und nahezu simultan zu beobachten war.⁷¹⁰ Diesen Umstand hebt der amerikanische Historiker John W. Boyer in seinem Aufsatz ‚Catholics, Christians, and the Challenges of Democracy. The Heritage of the Nineteenth Century‘ (2001) hinlänglich hervor. Schließlich förderten nicht zuletzt Leo XIII. und sein direkter Amtsnachfolger, Pius X. (1835-1914), bewusst die Etablierung christdemokratischer Parteien in Kontinentaleuropa: *„But both Leo XIII and Pius X directed powerful efforts to build out the legal-moral-institutional impress of the papal Church across Europe with professionalizing and systematizing interventions [...]“*⁷¹¹

Die internationale Vernetzung christdemokratischer Bewegungen lag zweifellos im Interesse der katholischen Kirche; denn ihre Soziallehre erhob einen universellen Geltungsanspruch, der die gesamte Christenheit tangieren sollte. Sie wollte ökonomische, soziale und kulturelle Veränderungen herbeiführen. Damit einhergehend musste sie auf supranationale Zusammenarbeit setzen. Dennoch wäre es unzutreffend, die Anfänge einer christdemokratischen ‚Internationale‘ erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu suchen. Schon Adolf Kolping (1813-1865) hatte als katholischer Sozialreformer wiederholt den Austausch im deutschsprachigen Raum forciert. Im großen Unterschied zum modernen

⁷⁰⁸ Hartmann (2006), S. 107.

⁷⁰⁹ Vgl. Popp (1984), S. 142.

⁷¹⁰ Vgl. Boyer (2001), S. 44.

⁷¹¹ Boyer (2001), S. 44.

Verständnis der Internationalisierung erfolgte diese allerdings vornehmlich bilateral:⁷¹² „*Im 19. Jahrhundert kam es zwar zur Gründung einer Vielzahl von katholischen Vereinigungen und ständisch gegliederten Verbänden, die sich bereits sehr früh auch auf internationaler Ebene zu organisieren suchten. Dies geschah zunächst jedoch isoliert voneinander, Bewegung für Bewegung.*“⁷¹³ Diese Initiativen waren nicht von langfristigem Erfolg gekrönt; ein Umstand, den Peter G. J. Pulzer (1929-2023) hervorhebt. Sie scheiterten an der starken innenpolitischen Prägung der christdemokratischen Bewegungen um 1900: „*They were also patriots for pragmatic reasons, because Catholics were subject to the suspicion, especially after the Vatican Council, of being politically unreliable, of being ultramontanists, with a higher loyalty to Rome than to Paris, Berlin or Vienna.*“⁷¹⁴ Als Gegenreaktion zur vielfach beschworenen Kritik des Ultramontanismus‘ nahmen sie häufig nationalistische Positionen ein. Pulzer führt den Hang zum ‚kulturellen Nationalismus‘⁷¹⁵ als charakteristisch an: „*As before 1914, most Christian Democratic politicians were concerned with domestic issues, since that is where their electoral advantage and their followers’ priorities lay. In so far as they had to concern themselves with foreign policy they were more often than not under pressure to look after national interests rather than pursue eirenic utopias.*“⁷¹⁶

In dieser Hinsicht markierte der Erste Weltkrieg eine Zäsur. Der Friedensgedanke wurde immer wichtiger und eine stabile gemeinsame Nachkriegsordnung basierend auf geteilten Grundwerten zum Fernziel erhoben, wie Ignaz Seipels im Jahr 1926 betont: „*In der Nachkriegszeit ist zu den Charakterzügen Österreichs noch eine vertiefte Friedenssehnsucht und eine außerordentlich klare Erkenntnis, wie sehr die Völker aufeinander angewiesen sind, hinzugekommen. Alle Bestrebungen, die Europäer von heute loszulösen von allem, was sie voneinander trennt, alles aus der Welt zu schaffen, was sie gegeneinander stellt, sie alle finden bei uns ein Echo.*“⁷¹⁷ Die Christlichsoziale Partei bekannte sich zu bestehenden Friedensinitiativen. Hierfür war eine stärkere internationale Vernetzung unabdingbar. Dennoch bedeutet das keineswegs, dass eine gesamteuropäische Integration gewünscht war.

⁷¹² Slapnicka, Harry: Katholizismus, katholische Konservative und Christlich-soziale im 19. Jahrhundert. In: Becker, Winfried und Morsey, Rudolf (Hg.): Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Wien / Köln: Böhlau 1988, S. 123.

⁷¹³ Horner, Franz: Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Wien / München: Herold 1981, S. 64.

⁷¹⁴ Pulzer, Peter: Nationalism and Internationalism in European Christian Democracy. In: Gehler, Michael, Kaiser, Wolfram und Wohnout, Helmut (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2001, S. 65.

⁷¹⁵ Vgl. Pulzer (2001), S. 65.

⁷¹⁶ Pulzer (2001), S. 70.

⁷¹⁷ Seipel (1926), S. 324.

Die ‚Paneuropa Bewegung‘ Nikolaus Coudenhove-Kalergis (1894-1972) war eine Ausnahmeerscheinung, die üblicherweise nicht zu den christdemokratischen Initiativen gezählt wird: „*In all these efforts at cross-frontier collaboration, the sovereignty of national parties was taken for granted; there were no plans for anything resembling European political integration or supra-national union. The only prominent advocate of such a programme, Count Coudenhove-Kalergi, though no doubt inspired by his Catholic background, cannot be categorized as a Christian Democrat.*“⁷¹⁸

Die bessere Vernetzung christdemokratischer Fraktionen in der Zwischenkriegszeit wurde vor allem von der italienischen ‚Partito Popolare Italiano‘ forciert: „*Zwei Jahre nach seinem berühmten Gründungsauf Ruf vom Jahre 1919 [...] besuchten Sturzo, De Gasperi und einige weitere Mitarbeiter des PPI die Bayerische Volkspartei in München und das Zentrum in Köln und Berlin. Nach seiner Rückkehr, also schon im Jahre 1921, machte Sturzo den Vorschlag, eine europäische Organisation der christlichen Parteien zu gründen.*“⁷¹⁹ Das Erstarken des italienischen Faschismus‘ trieb die führenden Vertreter der ‚Partito Popolare‘ ins Exil. Dort regten sie, die Zusammenarbeit mit ideologischen Schwesterparteien an:

„*Nach der Machtübernahme Mussolinis ins Exil vertrieben, organisierte Sturzo zusammen mit der neu gegründeten ‚Parti Démocrate Populaire‘, der schon damals Robert Schuman angehörte, im Dezember 1925 in Paris einen internationalen Kongreß christlicher Parteien, an dem zunächst Parlamentarier und Parteiführer aus Frankreich, Italien, Deutschland, Belgien, Polen und Litauen teilnahmen. Bei späteren Treffen stießen dazu außerdem noch Parteienvertreter aus Holland, Luxemburg, Österreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz.*“⁷²⁰

Das ‚Secrétariat international de liaison et d’information‘ mit Sitz in Paris wurde basierend auf den Ergebnissen dieser Vernetzungstreffen geschaffen.⁷²¹ Insbesondere Richard Schmitz (1885-1954) pflegte intensive Kontakte zur ‚Parti Démocrate Populaire‘.⁷²² Dennoch verfügten die einzelnen Parteien über höchst unterschiedliche politische Positionen. Schon allein die Haltung zum italienischen Faschismus sorgte für Unstimmigkeiten: „*The predominant view among observant Christians in inter-war Europa was that Bolshevism was a greater threat than Fascism, and not a few remained convinced that democracy itself spelt secularism and moral anarchy.*“⁷²³ Eine christdemokratische ‚Internationale‘ konnte sich auch in der Zwischenkriegszeit nicht etablieren. Der nationale Subsidiaritätsgedanke überwog

⁷¹⁸ Pulzer (2001), S. 71.

⁷¹⁹ Horner (1981), S. 64.

⁷²⁰ Horner (1981), S. 64.

⁷²¹ Vgl. Horner (1981), S. 64.

⁷²² Vgl. Höbelt, Lothar: Richard Schmitz als Protagonist der internationalen Kontakte der Christlichsozialen in der Zwischenkriegszeit (1931–1934). In: Demokratie und Geschichte. Jg. 13/14 (2010), S. 161.

⁷²³ Pulzer (2001), S. 70.

stets. Die Kooperation zwischen den einzelnen Parteien wurde weiterhin bilateral festgelegt. Erst nach 1945 konnte mit der ‚Christlich-Demokratischen Fraktion‘ eine europäische Dachorganisation geschaffen werden, welche die internationale Vernetzung der christdemokratischen Parteien institutionalisierte und gezielt vorantrieb.⁷²⁴

10. Conclusio

Somit bleibt abschließend festzuhalten, dass sich in der historischen Genese der Christlichsozialen Partei die mannigfachen ideengeschichtlichen Umwälzungen des langen 19. Jahrhunderts unverkennbar niederschlugen. Schon die Französische Revolution hatte mit den starren hierarchischen Gesellschaftsvorstellungen des Ancien Régimes gebrochen. Der europäische Hochadel hatte seine bisherige Vormachtstellung weitgehend eingebüßt. Immer häufiger sah er sich zu konstitutionellen Zugeständnissen gezwungen. Die Idee unveräußerlicher bürgerlicher Grund-, Natur- und Freiheitsrechte sollte juristisch verbrieft werden (Verfassung); eine Ansicht, die im Ersten Französischen Kaiserreich nahezu unverändert weitergetragen werden sollte. Die napoleonische Rechtsprechung (Code civil) sollte zum Maßstab für gesamt Europa werden; und obwohl die revolutionären Kräfte schlussendlich der restaurativen Militärkoalition unterlagen, konnten ihre geistigen Maximen nicht ungeschehen gemacht werden. Eine nahtlose Rückkehr zu vorrevolutionären Gesellschaftsnormen war ausgeschlossen.

Diese geistigen Umbrüche korrelierten mit einem gleichermaßen unaufhaltsamen wie ungekannten technisch-ökonomischen Transformationsprozess. Die Industrielle Revolution veränderte nicht nur die Produktionsprozesse radikal. Sie wirkte sich auch auf den Güter- und Personenverkehr und die soziale Ordnung aus. Mit der Arbeiterklasse war eine neue Gesellschaftsschicht entstanden, die nicht ohne Weiteres in die traditionellen Gesellschaftsvorstellungen integrierbar war. Der grassierende Pauperismus führte zu sozialem Elend, das weder durch die vielfach geforderte Rückbesinnung auf die Vergangenheit noch durch andere bekannte Mittel gelindert werden konnte.

Auch für die katholische Kirche bedeuteten diese Entwicklungen eine Zäsur. Die ‚Soziale Frage‘ führte zur fortlaufenden Entfremdung zwischen Arbeiterschaft und Kirche. Sie geriet in eine fatale Defensivposition, aus der sie erst um 1850 wieder herausfinden konnte. Wichtige Denkipulse kamen vom Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler und

⁷²⁴ Vgl. Horner (1981), S. 62.

Adolph Kolping, die wiederholt den schonungslosen Blick auf die soziale Notlage der Arbeiter einmahnten. Der politische Katholizismus entstand aus dem Versuch heraus, die bestehenden Missstände im christlichen Sinne zu lösen. In der Habsburgermonarchie können der mährisch-österreichische Redemptorist Klemens Maria Hofbauer und der aus Mecklenburg stammende Publizist Karl von Vogelsang als wichtige Wegbereiter desselben bezeichnet werden. Ihre Gedanken beeinflussten wiederum nachweislich Leo XIII., der mit seiner Sozialzyklika ‚Rerum Novarum‘ (1891) der modernen katholischen Soziallehre zum Durchbruch verhalf.

Karl von Vogelsang fungierte zugleich als treibende Kraft im Einigungsprozess des katholischen Lagers in Österreich. Seine theologischen Anschauungen wurzelten in der Romantik. Dementsprechend sah er im Christentum den Grundstein, um Europa grenzüberschreitend zur kulturellen Blüte zurückzuführen. Sein umfangreiches publizistisches Schaffen belegt anschaulich, wie hoch seine Ambitionen waren. Ihm war zeitlebens daran gelegen in der Habsburgermonarchie, eine christlichsoziale Massenpartei zu schaffen. Er pflegte gute Beziehungen zu den konservativen und klerikalen Eliten Österreich-Ungarns; doch ihm fehlte lange Zeit eine identitätsstiftende Führungspersönlichkeit, die sein Begehren populär und mehrheitsfähig machen konnte. So stagnierte der ‚Christlichsoziale Verein‘ (1887) bis er in der Person Dr. Karl Luegers einen gleichermaßen charismatischen wie demagogischen Anführer gefunden hatte.

Mit Lueger an der Spitze sollte es gelingen, die verschiedenen christlich-konservativen Bewegungen der österreichischen Reichshälfte langsam zu einen. Die Gründe hierfür waren vielschichtig: Einerseits war Lueger ein versierter Menschenkenner, dem schon seine Zeitgenossen ein durchwegs einnehmendes Auftreten attestierten. Zudem war er ein begnadeter Redner mit einer Vorliebe für große Inszenierungen, der in seinen Ansprachen virtuos die grundlegenden Bedürfnisse und Begehrlichkeiten seiner Anhängerschaft adressierte. Andererseits konnte er aufgrund seines eigenen Werdeganges leicht zwischen den scheinbar unversöhnlich verfeindeten Lagern vermitteln. Schließlich hatte er einst selbst für die Liberalen kandidiert, ehe er sich zu einem ihrer schärfsten Kritiker gewandelt hatte. Auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat knüpfte er Kontakte zu Karl von Vogelsang und der christlichsozialen Bewegung, die ihn schlussendlich zum ‚Christlichsozialen Verein‘ führen sollten. Lueger war allerdings kein dogmatischer Ideologe. Ebenso wenig vermochte es Vogelsang, ein in sich geschlossenes Parteiprogramm zu verfassen. Erst mit Franz Martin

Schindler, der an der Universität Wien auf dem Lehrstuhl für Moraltheologie dozierte, hatten sie endlich einen sachkundigen Programmatiker gefunden.

Die Leitlinien der ersten Parteiprogramme der Christlichsozialen Partei entstammten den Diskussionsabenden im Gasthaus ‚Zur goldenen Ente‘, welche von Schindler initiiert, dokumentiert und federführend geleitet worden waren. An ihnen nahmen regelmäßig ranghohe Vertreter der christlichsozialen Bewegungen teil. Dort wurden die Grundsätze der modernen katholischen Soziallehre offen diskutiert und auf das Alltagsleben übertragen. Ihre Ergebnisse sollten direkt in das sogenannte ‚Schindler-Programm‘ (1891) einfließen. Es war das Triumvirat Lueger-Schindler-Vogelsang, das die ersten Jahre der erst im Jahr 1893 formal gegründeten Christlichsozialen Partei beherrschen sollte. Obgleich Vogelsang bereits drei Jahre zuvor unerwartet verstorben war, verblieb er doch als geistiger Vordenker in lebhafter Erinnerung. Ihr Einigungsprozess fand seinen Höhepunkt im Zusammenschluss des christlichsozialen Reichsratsklubs mit den Konservativen Ebenhochs (1907).

Die strukturelle Zusammensetzung dieser ersten Führungsgeneration bedingte, dass der Fokus der Christlichsozialen zunächst auf der Reichshauptstadt Wien liegen musste. Karl Lueger hatte dort seine politische Karriere begonnen und war zum wohl berühmtesten Oppositionspolitiker der Donaumetropole aufgestiegen. Es war ihm gelungen, sich und seine Bewegung zum Gegenpol der liberalen Stadtregierung zu stilisieren. Mit zutiefst populistischen Mechanismen erhielt er regen Zuspruch. Dabei waren ihm perfide Methoden durchaus willkommen. So bediente er gekonnt die ökonomischen Abstiegsängste des Kleinbürgertums, der Handwerker und des niederen Klerus. Hierbei hatte er keine Skrupel und schürte den Hass auf bestehende Feindbilder. Sein wirksamstes Instrument war erwiesenermaßen der verbale Antisemitismus. Lueger bediente sich des Judenhasses, um seine Wählerschaft zu mobilisieren. Er verband ihn zuweilen in polemischer Manier mit seiner Abneigung gegen den Sozialismus und das liberal regierte Königreich Ungarn. Doch der Antisemitismus Luegers ist nicht mit dem der Deutschnationalen gleichzusetzen. Lueger benutzte religiöse und wirtschaftliche Ressentiments, verfolgte aber keine rassistischen Erwägungen. Der Antisemitismus der Christlichsozialen Partei ist bis heute eine in der Forschung kontroversiell diskutierte Thematik.

Die Christlichsoziale Partei war zu keinem Zeitpunkt eine weltanschaulich homogene Gesinnungsgemeinschaft. Ihr föderaler Aufbau und ihre historische Entstehungsgeschichte, die auf einem Zusammenschluss unterschiedlicher Vereine basierte, trugen maßgeblich dazu bei. Sie vereinte in sich drei große Strömungen: Einen nationalistisch-antisemitischen, einen

christlichsozial-konservativen und einen bürgerlich-liberalen Flügel. Sie bekannten sich in verschiedenartiger Intensität zu einem christlichen Welt- und Wertebild und betrieben einen dezidiert österreichisch-habsburgischen Patriotismus. Diese Tatsache trug ihr auch die Sympathien des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand bei, der wiederkehrend politische Allianzen mit ihren Führungspersonlichkeiten suchte.

Der Tod Karl Luegers (1910) führte die Christlichsoziale Partei in eine existentielle Krise. Er hatte es zu Lebzeiten unterlassen, seiner Bewegung belastbare Parteistrukturen zu schaffen, um seine persönliche Stellung nicht zu gefährden. Sie war damit voll und ganz auf seine Person zugeschnitten. Ohne ihn als integraler Leitfigur kam es innerparteilich zu einem Machtvakuum, das nicht gefüllt werden konnte. Es folgten Flügelkämpfe und Spaltungen, die letztlich zum Verlust der relativen Mehrheit im Wiener Gemeinderat führten. Die Vormachtstellung der Wiener Christlichsozialen war gebrochen; die einzelnen Landesparteien erhielten größeres politisches Gewicht. Trotzdem konnte Richard Weiskirchner zumindest vorerst das Amt des Wiener Bürgermeisters halten. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs stellte die Stadtpartei vor eine neue Herausforderung. Wien war als Großstadt besonders schwer von den unpopulären Kriegsmaßnahmen betroffen. Die populären Investitionen der Ära Lueger (1897-1910) in Infrastruktur und Stadtentwicklung mussten drastisch reduziert werden. Die flächendeckende Nahrungs- und Energieversorgung gestaltete sich zunehmend schwieriger. Da sich die Christlichsozialen in Regierungsverantwortung befanden, hatten sie allerdings diese Entscheidungen vollumfänglich mitzutragen.

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg büßte die Wiener Stadtpartei ihre Vormachtstellung ein. Die Sozialdemokraten stellten von nun an den Wiener Bürgermeister. Der Zusammenbruch der Habsburgermonarchie rief in der Christlichsozialen Partei abermals eine heftige innerparteiliche Debatte hervor. Sie war in der Frage der Staatsform uneins. Immerhin war das bedingungslose Bekenntnis zum Haus Habsburg-Lothringen lange Zeit als Grundwert der Partei begriffen worden. Demzufolge hatte sie anfänglich mit der Republik Deutschösterreich zu hadern. Insbesondere die Wiener Abgeordneten hielten lange an der Monarchie fest. Im Zuge der Nachkriegswirren erfolgte der Aufstieg des Prälaten Ignaz Seipel zur prägenden Persönlichkeit der zweiten Führungsgeneration der Christlichsozialen Partei. Er trug zur ideologischen Polarisierung der Partei Luegers entscheidend bei, indem er die Maxime der katholischen Soziallehre weiterentwickelte. Er wollte die Republik Österreich anhand ständischer Gesichtspunkte zu einem föderalistisch gegliederten katholischen Musterstaat umbauen. Die akademische Elite dieses Staates entstammte häufig den

katholischen Studentenverbindungen, deren Mitglieder rasch führende Funktionen in der öffentlichen Verwaltung und den Parteigremien bekleideten.

All diese Tatsachen belegen anschaulich, inwiefern die Christlichsoziale Partei im ‚Alten Österreich‘ stets von verschiedenen simultan auftretenden Geistesströmungen getrieben wurde. Ihr Einfluss korrelierte zumeist mit den Ansichten des Parteiobmannes. Dies hing direkt mit den über lange Zeit gering ausgestalteten innerparteilichen Machtstrukturen zusammen. Somit folgte sie unter Dr. Karl Lueger kaum dogmatisch-ideologischen Erwägungen. Sie zeichnete sich vielmehr durch populistische Agitationsweisen aus. In der Ersten Republik offenbarte sich eine diametral entgegengesetzte Entwicklung. Mit Ignaz Seipel war ein ausgewiesener Theologe an die Spitze der Partei getreten, der ihre Ideologisierung vorantrieb. Daraus folgt, dass eine ideengeschichtliche Charakterisierung der Christlichsozialen Partei zur Zeit der Habsburgermonarchie unweigerlich in eine Betrachtung der politischen Positionen ihrer Führungspersonlichkeiten münden muss. Denn diese bestimmten letztendlich die weltanschauliche Ausrichtung der Partei.

11. Literaturverzeichnis

11.1 Primärliteratur

- Arbeiterzeitung. Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie. 12. Jg. Nr. 69 (11. März 1910).
- Arbeiterzeitung. Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie. 12. Jg. Nr. 70 (12. März 1910).
- Augustinus, Aurelius: Vom Gottesstaat (De civitate Dei). Vollständige Ausgabe in einem Band. Buch 1 bis 10; Buch 11 bis 22. Aus dem Lateinischen übertragen von Wilhelm Thimme. Eingeleitet und kommentiert von Carl Andresen. München: DTV 2007.
- Bauer, Otto: Das Ende des christlichen Sozialismus. In: Der Kampf. Jg. 4, 9. Heft (1. Juni 1911), S. 393-398.
- Bauer, Otto: Die österreichische Revolution. Wien: Wiener Volksbuchhandlung 1965.
- Belcredi, Egbert. Tagebücher 1850-1894. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Malíř, Jiří (Hg.): Die Tagebücher des Grafen Egbert Belcredi 1850-1894. Nach editorischen Vorarbeiten von Antonín Okáč. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016.

- Beskiba, Marianne: Aus meinen Erinnerungen an Dr. Karl Lueger. Wien: Selbstverlag 1911.
- Bossuet, Jacques-Bénigne: Politique tirée des propres paroles de l'Écriture Sainte. A Monseigneur le Dauphin. Bd. I. Paris: Pierre Cot 1709, S. 82 (Livre III, Article II, Proposition I), S. 22 (Livre I, Article III, Proposition II).
- Christlichsoziale und Großdeutsche Protokolle. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Schönnher, Johannes (Hg.): Klubprotokolle der Christlichsozialen und Großdeutschen 1918/19. Wien / Köln: Böhlau 2022, S. 65-969.
- Das ‚Schindler-Programm‘, 1891. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 165-167.
- Das Programm der christlichsozialen Arbeiterpartei, 1896. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 169-172.
- Diderot, Denis: Aus der Encyclopédie: ‚Regierung‘. In: Opitz-Belakhal, Claudia (Hg.): Geschichte Frankreichs in Quellen u. Darstellung. Bd. 1: V. MA bis zur Franz. Revolution. Stuttgart: Reclam 2013, S. 360-365.
- Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. In: Paschold, Chris E. und Gier, Albert (Hg.): Die Französische Revolution. Ein Lesebuch mit zeitgenössischen Berichten und Dokumenten. Stuttgart: Reclam 2000, S. S. 95-98.
- Die Resolution des Eggenburger-Parteitages der Christlichsozialen, 1905. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 172-173.
- Dürrenmatt, Friedrich: Die Physiker. Eine Komödie in zwei Akten. Zürich: Diogenes 1998.
- Felder, Cajetan: Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters. Wien / Hannover / Bern: Forum Verlag 1964.
- Funder, Friedrich: Aufbruch zur christlichen Sozialreform. Wien / München: Herold 1953
- Funder, Friedrich: Aus den Anfängen christlichsozialer Programmarbeit. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichsozialen Bewegung in Österreich. In: Volkswohl. Jg. 14, Heft 1/2 (1923), S. 3-12.
- Funder, Friedrich: Vom Gestern ins Heute. Aus dem Kaiserreich in die Republik. Wien: Herold 1952.

- Grillparzer, Franz: Ein Bruderzwist in Habsburg. Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen. In: Grillparzers Werke in acht Bänden. Mit Einleitung und Nachwort von Heinrich Laube. Bd. 4. König Ottokars Glück und Ende – Ein Bruderzwist in Habsburg. Stuttgart: Cotta'sche Buchhandlung 1901, S. 111-210.
- Handschreiben Franz' I. an Erzherzog Ferdinand (28. Februar 1835). In: Hoke, Rudolf / Reiter, Ilse (Hg.): Quellensammlung zur österreichischen und deutschen Rechtsgeschichte. Vornehmlich für den Studiengebrauch. Wien / Köln /Weimar: Böhlau 1993, S. 352.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. Eine kritische Edition. Hg. v. Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger und Roman Töppel. Bd. 1. München / Berlin: Institut für Zeitgeschichte München – Berlin 2016.
- Hobbes, Thomas: Leviathan. With an Introduction and Notes by Christopher Brooke. London: Penguin Classics 2017.
- Ketterl, Eugen: Der alte Kaiser. Wie nur Einer ihn sah. Der Wahrheitsgetreue Bericht des Leibkammerdieners Kaiser Franz Josephs I. Wien / München / Zürich / Innsbruck: Molden 1980.
- Kielmannsegg, Erich Graf: Kaiserhaus, Staatsmänner und Politiker. Aufzeichnungen des k.k. Statthalters Erich Graf Kielmansegg. Mit einer Einleitung von Walter Goldinger. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1966.
- Kübeck von Kübau, Carl Friedrich Freiherr: Tagebücher des Carl Friedrich Freiherrn Kübeck von Kübau. Herausgegeben und eingeleitet von seinem Sohne Max Freiherrn von Kübeck. 1. Band, 2. Teil mit einem Porträt. Wien: Gerold & Co 1909.
- Kunschak, Leopold: Steinchen vom Wege. Wien: Typographische Anstalt 1952.
- Kunschak, Leopold: Werden und Reifen der ständischen Idee. Wien: Bund christlicher Arbeiter und Angestellter 1936.
- Lammasch, Heinrich: Erzherzog Franz Ferdinand. In: Lammasch, Marga und Sperl, Hans (Hg.): Heinrich Lammasch. Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik. Wien / Leipzig: Deuticke 1922, S. 77-95.
- Leo XIII.: Graves de communi re. In: Catholicism and Socialism. Three Encyclicas of His Holiness Leo XIII. Rom: Claritas 2021, S. 67-86.
- Leo XIII.: Quod Apostolici Muneris. In: Catholicism and Socialism. Three Encyclicas of His Holiness Leo XIII. Rom: Claritas 2021, S. 1-15.

- Leo XIII.: Rerum Novarum. In: Leo XIII. und Pius XI.: Die sozialen Enzykliken. Rerum Novarum / Quadragesimo anno. Stuttgart / Düsseldorf: Ring-Verlag 1953), S. 1-35.
- Liechtenstein, Alois Prinz von und zu: Die geschichtliche Entwicklung der heutigen wirtschaftlichen Lage. In: Schindler, Franz (Hg.): Leo-Gesellschaft. Sociale Vorträge. Gehalten bei dem Wiener socialen Vortrags-Curse 1894. Wien: Heinrich Kirsch 1895, S. 27-39.
- Liechtenstein, Alois Prinz von: Der schwedische Generalstreik. Wien: Rudolf Dworschak 1910.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus. Stuttgart: Reclam 2011.
- Programmatische Resolution der Christlichsozialen, 1895. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 167-168.
- Redlich, Josef: Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Bearbeitet von Fritz Fellner. Bd. 1. 1908-1914.: Graz / Köln: Böhlau 1954.
- Redlich, Josef: Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Bearbeitet von Fritz Fellner. Bd. 2. 1915-1919.: Graz / Köln: Böhlau 1954.
- Reichspost Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns Jg. 22, Nr. 298 (29. Juni 1914), S. 4.
- Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns Jg. 18., Nr. 70 (11. März 1910), S. 2.
- Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns Jg. 21., Nr. 352 (29. Juli 1914), S. 2.
- Renner, Karl: An der Wende zweier Zeiten. Lebenserinnerungen. Wien: Danubia 1946.
- Rousseau, Jean-Jacques: Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen. Stuttgart: Reclam 2010.
- Rousseau, Jean-Jacques: Der Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts. Übers. aus d. Franz. v. Ulrich Bossier. Wiesbaden: Marix Verlag² 2012.
- Salten, Felix: Das österreichische Antlitz. Essays. Berlin: S. Fischer² 1910.
- Schärf, Adolf: Erinnerungen aus meinem Leben. Wien: Wiener Volksbuchhandlung 1963.

- Scheicher, Josef: Erlebnisse und Erinnerungen. Bd. 4. Aus dem politischen Leben (1.). Wien / Leipzig: Carl Fromme 1911.
- Schiller, Friedrich: Wallenstein. Herausgegeben von Frithjof Stock. Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker Verlag 2000.
- Schindler, Franz M.: Die soziale Frage der Gegenwart vom Standpunkt des Christentums. Wien: Ambr. Opitz Nachfolger 1908.
- Schindler, Franz Martin: Neun Jahre Entenabende. In: Volkswohl. Jg. 14, Heft 11 (1923), S. 304-311.
- Schmitz, Hans: Aus P. Abels Erinnerungen an die christlichsoziale Frühzeit. In: Volkswohl. Jg. 14, Heft 12 (1923), S. 341-346.
- Schnitzler, Arthur: Jugend in Wien. Eine Autobiographie. Frankfurt am Main: S. Fischer 2006.
- Schober, Richard (Hg.): Theodor Freiherr von Kathrein (1842-1916). Landeshauptmann von Tirol. Briefe und Dokumente zur Politik um die Jahrhundertwende. Innsbruck: Universitätsverlag Wagner 1992.
- Schuschnigg, Kurt: Dreimal Österreich. Wien: Thomas Verlag 1938.
- Seipel, Ignaz: Das Wesen des demokratischen Staates (1918). In: Seipel, Ignaz: Der Kampf um die österreichische Verfassung. Wien / Leipzig: Braumüller 1930, S. 54-58.
- Seipel, Ignaz: Die erste Regierungserklärung (31. Mai 1922). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 17-23.
- Seipel, Ignaz: Die Gesellschaftsordnung nach der Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘. In: Die soziale Botschaft des Papstes. Vorträge über ‚Quadragesimo anno‘. Wien: Volksbundverlag 1931, S. 81-90.
- Seipel, Ignaz: Die soziale Not der Zeit (27. Juni 1925). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 215-224.
- Seipel, Ignaz: Kirchliches und staatliches Organisationsprinzip (26. März 1925). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 196-199.
- Seipel, Ignaz: Nation und Staat. Leipzig / Wien: Braumüller 1916.
- Seipel, Ignaz: Österreich, wie es wirklich ist (3. Juni 1926). In: Geßl Josef (Hg.): Seipels Reden in Österreich und anderwärts. Wien: Heros 1926, S. 312-324.
- Seipel, Ignaz: Reden. Wesen und Aufgaben der Politik. Der gegenwärtige Stand der Weltpolitik. Innsbruck / Wien / München: Tyrolia 1930, S. 5-16.

- Seipel, Ignaz: Unser Lueger. In: Reichspost. Unabhängiges Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns. Lueger Festnummer. Jg. 33 Nr. 259 (19. September 1926), S. 2.
- Sieghart, Rudolf: Die letzten Jahrzehnte einer Grossmacht. Menschen, Völker, Probleme des Habsburger-Reichs. Berlin: Ullstein 1932.
- Spitzmüller, Alexander: „... und hat auch Ursach, es zu lieben.“ Wien: Wilhelm Frick Verlag 1955.
- Vogelsang, Karl Freiherr von: Autorität und Demokratie. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 44-48.
- Vogelsang, Karl Freiherr von: Das katholische Österreich. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 126-127.
- Vogelsang, Karl Freiherr von: Soziales Königtum. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 64-69.
- Vogelsang, Karl Freiherr von: Wesen der sozialen Frage. In: Orel, Anton (Hg.): Aus Vogelsangs Lehren. Des Meisters Gesellschafts- und Wirtschaftssystem im Auszug dargestellt. Wien: Vogelsang-Verlag 1922, S. 18-22.
- Vorarlberger Volksblatt. 31. Jahrgang. Nr. 188 (18. August 1896).
- Wahlmanifest der christlich-sozialen Reichspartei, 1907. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 174-178.
- Waitz, Sigismund: Von ‚Rerum novarum‘ zu ‚Quadragesimo anno‘. In: Die soziale Botschaft des Papstes. Vorträge über ‚Quadragesimo anno‘. Wien: Volksbundverlag 1931, S. 5-17.
- Zuckerkandl, Berta: Österreich intim. Erinnerungen 1892-1942. Wien: Amalthea 2013.
- Zweig, Stefan: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Köln: Anaconda 2013.

11.2 Sekundärliteratur

- Adlgasser, Franz: Von der Honoratioren- zur Volksvertretung? Politischer Elitenwandel am Beispiel des altösterreichischen Parlaments. In: Adlgasser, Franz, Malinská, Jana, Rumpler, Helmut und Luboš, Velek (Hg.): Hohes Haus! 150 Jahre moderner Parlamentarismus in Österreich, Böhmen, der Tschechoslowakei und der Republik Tschechien im mitteleuropäischen Kontext. Wien: ÖAW 2015, S. 61-72.
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt 1955.
- Bader, Erwin: Christliche Sozialreform im Sinne von Karl von Vogelsang. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 153-162.
- Bader, Erwin: Karl von Vogelsang. Die geistige Grundlegung der christlichen Sozialreform. Wien: Herder 1990.
- Bassett, Richard: For God and Kaiser. The imperial Austrian Army from 1619 to 1918. New Haven / London: Yale University Press 2016.
- Bauer, Franz J.: Das ‚lange‘ 19. Jahrhundert (1789-1917). Profil einer Epoche Stuttgart Kohlhammer³ 2010.
- Beales, Derek: Enlightenment and Reform in Eighteenth-century Europe. London: I.B. Tauris 2005.
- Beales, Derek: Joseph II. Bd. 2. Against the World. 1780-1790. Cambridge / New York / Melbourne u.a.: Cambridge University Press 2009.
- Beller, Steven: John Boyer's Fin-de-Siècle Vienna. In: Women in Austria. Contemporary Austrian Studies. Bd. 6. New Brunswick / London: Transaction 1998, S. 189-202.
- Benesch, Markus: Die Wiener Christlichsoziale Partei 1910-1934. Eine Geschichte der Zerrissenheit in Zeiten des Umbruchs. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2014.
- Benz, Richard: Die romantische Geistesbewegung. In: Mann, Golo und Nitschke, August (Hg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Bd. 8. Das neunzehnte Jahrhundert. Frankfurt am Main / Berlin: Propyläen Verlag 1986, S. 193-234.
- Berchtold, Klaus: Grundlinien der Entwicklung der politischen Parteien in Österreich seit 1867. In: Berchtold, Klaus (Hg.): Österreichische Parteiprogramme. 1868-1966. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1967, S. 11-105.

- Bérenger, Jean: Histoire de l'empire des Habsbourg. Bd. II. 1665-1918. Paris: Fayard 2021.
- Bérenger, Jean: Joseph II. D'Autriche. Serviteur de l'État. Paris : Fayard 2007.
- Binder, Dieter A.: Franz Martin Schindler. Der Moraltheologe als Vordenker der Christlichsozialen Partei. In: Ash, Mitchell G. und Ehmer, Josef (Hg.): 650 Jahre Universität Wien. Aufbruch ins neue Jahrhundert. Bd. 2. Universität – Politik – Gesellschaft. Wien: V&R unipress 2015, S. 225-232.
- Binder, Dieter A.: Fresko in Schwarz? Das christlichsoziale Lager. In: Konrad, Helmut und Maderthaner, Wolfgang (Hg.): Das Werden der Ersten Republik. Bd. I. ... der Rest ist Österreich. Wien: Carl Gerold's Sohn 2008, S. 241-260.
- Bled, Jean-Paul: Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2013.
- Bled, Jean-Paul: Les Fondements du Conservatisme Autrichien 1859-1879. Paris : Publications de la Sorbonne 1988.
- Bleyer, Alexandra: Das System Metternich. Die Neuordnung Europas nach Napoleon. Darmstadt: WBG 2014.
- Blickle, Peter: Unruhen in der ständischen Gesellschaft. 1300-1800. München: Oldenbourg³ 2012.
- Boyer, John W.: Austria 1867-1955. Oxford: Oxford University Press 2022.
- Boyer, John W.: Badeni and the Revolution of 1897. In: Dreidemy, Lucile, Hufschmied, Richard, Meisinger, Agnes u.a. (Hg.): Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2015, S. 69-84.
- Boyer, John W.: Catholic Priests in Lower Austria: Anti-Liberalism, Occupational Anxiety, and Radical Political Action in Late Nineteenth-Century Vienna. In: Proceedings of the American Philosophical Society. Bd. 188, Nr. 4 (1974), S. 337-369.
- Boyer, John W.: Catholics, Christians, and the Challenges of Democracy. The Heritage of the Nineteenth Century. In: Gehler, Michael, Kaiser, Wolfram und Wohnout, Helmut (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2001, S. 23-59.
- Boyer, John W.: Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power. 1897-1918. Chicago: The Chicago University Press 1995.

- Boyer, John W.: Die Gründung der Republik (1918). In: Fischer, Heinz (Hg.): 100 Jahre Republik. Meilensteine und Wendepunkte in Österreich 1918-2018. Wien: Czernin 2018, S. 17-29.
- Boyer, John W.: Karl Lueger (1844-1910). Christlichsoziale Politik als Beruf. Eine Biographie. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2010.
- Boyer, John W.: Political Catholicism in Austria, 1880-1960. In: Bischof, Günter, Pelinka, Anton und Denz, Hermann (Hg.): Religion in Austria. Contemporary Austrian Studies. New Brunswick / London: Studienverlag 2005, S. 6-36.
- Boyer, John W.: Political Radicalism in late imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement. 1848-1897. Chicago: The University of Chicago Press 1981.
- Boyer, John W.: Richard Schmitz and the Tradition of Imperial Catholic Politics in Austria 1907–1934. In: Demokratie und Geschichte. Jg. 13/14 (2010), S. 95-134.
- Brockmann, Thomas: Das Bild des Hauses Habsburg in der dynastienahen Historiographie um 1700. In: Kampmann, Christoph, Krause, Katharina, Krems, Eva-Bettina und Tischer, Anuschka (Hg.): Bourbon – Habsburg - Oranien. Konkurrierende Modelle im dynastischen Europa um 1700. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2008, S. 27-57.
- Broucek, Peter: Karl I. (IV.). Der politische Weg des letzten Herrschers der Donaumonarchie. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1997.
- Bruckmüller, Ernst, Hartmann Gerhard und Schultes, Gerhard: Abriß der Geschichte des Österreichischen Cartellverbandes. Wien: Bildungsakademie des ÖCV 1976.
- Bruckmüller, Ernst: Österreichische Geschichte. Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2019.
- Buchmann, Bertrand Michael: Kaisertum und Doppelmonarchie. Wien: Pichler 2003.
- Bumke, Joachim: Höfische Kultur. Literatur und Gesellschaft im hohen Mittelalter. Bd. 2. München: DTV⁶ 1992.
- Burger, Erwin: Die Frage der Bestätigung der Wahl Dr. Karl Luegers zum Bürgermeister. Wien: Universität Wien 1952 (Diss.).
- Chartier, Roger: Les origines culturelles de la Révolution française. Postface inédite de l'auteur. Paris: Points 2000, S. 114-115.
- Coleman, John und Baum, Gregory: Rerum Novarum. A hundred years of catholic social teaching. London: SCM Press 1991.

- Csendes, Peter: Wien an der Schwelle zur Millionenstadt. Die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Kleinausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs. Wien: Wiener Stadt- und Landesarchiv 1988.
- Czeike, Felix: Geschichte der Stadt Wien. Wien / München / Zürich / New York: Molden 1982.
- Czeike, Felix: Liberale, Christlichsoziale und Sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861-1934). Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1962.
- Czeike, Felix: Wiener Bürgermeister. Eine Geschichte der Stadt Wien. Wien / München: Jugend und Volk 1975.
- Deinet, Klaus: Napoleon Bonaparte. Das Leben einer Legende. Stuttgart: Kohlhammer 2021.
- Dinzelbacher, Peter: Zeit / Geschichte. Neuzeit. In: Dinzelbacher, Peter (Hg.): Europäische Mentalitätsgeschichte. Hauptthemen in Einzeldarstellungen, Stuttgart: Alfred Kröner 1993, S. 650-663.
- Domandl, Hanna: Kulturgeschichte Österreichs. Von den Anfängen bis 1938. Wien: Österreichischer Bundesverlag² 1993.
- Durchhardt, Heinz: Das Zeitalter des Absolutismus. Oldenbourg Grundriss der Geschichte. München: Oldenbourg³ 1998.
- Dwyer, Philip: Citizen Emperor. Napoleon in Power. New Haven / London: Yale University Press 2013.
- Ehrenpreis, Petronilla: Die ‚reichsweite‘ Presse in der Habsburgermonarchie. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Tb. 2. Die Presse als Faktor der politischen Mobilisierung. Wien: Verlag der ÖAW 2006, S. 1715-1818.
- Ehrlich, Anna: Karl Lueger. Die zwei Gesichter der Macht. Wien: Amalthea 2010.
- Eigner, Peter: Der Weg in die Industriegesellschaft. In: Cerman, Markus, Eder, Franz X., Eigner Peter u.a. (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft. Europa 1000-2000. Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2011, S. 104-133.
- Ernesti, Jörg: Leo XIII. Papst und Staatsmann. Freiburg / Basel / Wien: Herder 2019.
- Ewig, Eugen: Die Merowinger und das Frankenreich. Stuttgart: Kohlhammer⁵ 2006.
- Fisch, Stefan: Geschichte der europäischen Universität. Von Bologna nach Bologna. München: C.H. Beck 2015.

- Fleischmann, Kornelius: Klemens Maria Hofbauer. Sein Leben und seine Zeit. Graz / Wien / Köln: Styria 1988.
- Franzel, Emil: Franz Ferdinand d'Este. Leitbild einer konservativen Revolution. Wien: Herold 1964.
- Friedrich, Martin: Kirche im gesellschaftlichen Umbruch. Das 19. Jahrhundert. Göttingen: UTB 2006.
- Furet, François: Revolutionary France 1770-1880. Oxford: Blackwell 1995.
- Gipp, Susanne: Dr. Alfred Ebenhoch (1855-1912). Wien: Universität Wien 1974 (Diss).
- Gröller, Harald: Facetten des Personenkults um Karl Lueger. Eine Annäherung. In: Blume, Hermann, Grossegger, Elisabeth, Sommer-Mathis, Andrea u.a. (Hg.): Inszenierung und Gedächtnis. Soziokulturelle und ästhetische Praxis. Bielefeld: Transcrip 2014, S. 71-82.
- Gruner, Wolf D.: Der Wiener Kongress 1814/15. Stuttgart: Reclam 2014.
- Haas, Hanns: 1866 – Krieg und Konstitutionalismus. Die Habsburgermonarchie nach Königgrätz. In: Scheutz, Martin und Strohmeier, Arno (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995). Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2010, S. 216-250.
- Hamann, Brigitte: Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators. München / Zürich: Piper⁸ 2006.
- Hamann, Brigitte: Österreich. Ein historisches Portrait. München: C.H. Beck 2009.
- Hanisch, Ernst und Urbanitsch, Peter: Grundlagen und Anfänge des Vereinswesens, der Parteien und Verbände in der Habsburgermonarchie. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VIII. Politische Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Tb. 1. Vereine, Parteien und Interessensverbände als Träger der politischen Partizipation. Wien: Verlag der ÖAW 2006, S. 15-111.
- Hanisch, Ernst: Der große Illusionist. Otto Bauer (1881-1938). Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2011.
- Hanisch, Ernst: Der Lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien: Ueberreuter 2005.
- Hanisch, Ernst: Der politische Katholizismus im 20. Jahrhundert in Österreich. Elitenrekrutierung durch den Cartellverband. In: Timmermann, Heiner (Hg.): Die Rolle des politischen Katholizismus in Europa im 20. Jahrhundert. Bd. 1. Berlin: LIT 2009, S. 196-205.

- Hanisch, Ernst: Die Ideologie des Politischen Katholizismus in Österreich 1918-1938. Wien / Salzburg: Geyer 1977.
- Hannig, Anna: Franz Ferdinand. Die Biografie. Wien: Amalthea 2013.
- Hardtwig, Wolfgang: Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum. München: DTV³ 1993.
- Hartmann, Gerhard: Für Gott und Vaterland. Geschichte und Wirken des CV in Österreich. Kevelaer: 2006.
- Hartmann, Gerhard: Treu zu Gott und Vaterland. Die Geschichte des CV in Österreich. Kevelaer: Lahn 2023.
- Hartmann, Peter C.: Geschichte Frankreichs. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München: C.H. Beck⁵ 2015.
- Heimann, Elisabeth: Die (Selbst-)Inszenierung Karl Luegers und die Rezeption nach 1910. Weitra: Bibliothek der Provinz 2015.
- Herr, Theodor: Leitlinien politischer Verantwortung in den jüngsten Sozialdokumenten der katholischen Kirche. In: Thesing, Josef und Amelung, Eberhard (Hg.): Leitlinien politischer Ethik. Christliche Verantwortung vor dem Hintergrund von Säkularismus und Wertkrise in Ost und West. Melle: Knoth 1988, S. 114-127.
- Höbelt, Lothar: „Stehen oder Fallen?“ Österreichische Politik im Ersten Weltkrieg. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2015.
- Höbelt, Lothar: 1848. Österreich und die deutsche Revolution. Wien / München: Amalthea 1998.
- Höbelt, Lothar: Der Thronfolger und die politischen Parteien. In: Etudes Danubiens. Bd. 28, Nr. 1-2 (2011), S. 13-23.
- Höbelt, Lothar: Die Konservativen Alt-Österreichs. 1848 bis 1918: Parteien und Politik. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 109-152.
- Höbelt, Lothar: Einleitung. In: Höbelt, Lothar, Kalwoda, Johannes und Schöner, Johannes (Hg.): Klubprotokolle der Christlichsozialen und Großdeutschen 1918/19. Wien / Köln: Böhlau 2022, S. 23-56.
- Höbelt, Lothar: Franz Joseph I. Der Kaiser und sein Reich. Eine politische Geschichte. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2009.

- Höbelt, Lothar: Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Altösterreichs 1882-1918. München: Oldenbourg 1993.
- Höbelt, Lothar: Richard Schmitz als Protagonist der internationalen Kontakte der Christlichsozialen in der Zwischenkriegszeit (1931–1934). In: Demokratie und Geschichte. Jg. 13/14 (2010), S. 159-171.
- Höffner, Joseph: Wilhelm Emmanuel von Ketteler und die katholische Sozialbewegung im 19. Jahrhundert. Wiesbaden: F. Steiner 1962.
- Honeder, Josef: Johann Nepomuk Hauser. Landeshauptmann von Oberösterreich. Linz: Oberösterreichischer Landesverlag 1973.
- Hörmann, Karl: Moraltheologie. In: Suttner, Ernst Christian (Hg.): Die Katholische Fakultät der Universität Wien 1884-1984. Festschrift zum 600-Jahr-Jubiläum. Berlin: Duncker & Humblot 1984, S. 187-212.
- Horner, Franz: Konservative und christdemokratische Parteien in Europa. Wien / München: Herold 1981.
- Israel, Jonathan: Die Französische Revolution. Ideen machen Politik. Stuttgart: Reclam 2017.
- Judson, Peter M.: John Boyer's Work in a Comparative Context. In: Women in Austria. Contemporary Austrian Studies. Bd. 6. New Brunswick / London: Transaction 1998, S. 175-188.
- Judson, Pieter M. Wien brennt! Die Revolution von 1848 und ihr liberales Erbe. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1998.
- Judson, Pieter M.: The Habsburg Empire. A New History. Cambridge / London: The Belknap Press of Harvard University Press 2016.
- Jung, Martin H.: Kirchengeschichte. Tübingen: UTB² 2017.
- Karner, Stefan: Die Steiermark im 20. Jahrhundert. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur. Graz: Leykam² 2005.
- Karsten, Arne: Der Untergang der Welt von gestern. Wien und die k.u.k. Monarchie 1911-1919. München: C.H. Beck 2019.
- Klemperer, Klemens von: Ignaz Seipel. Christian Statesman in a time of Crisis. New Jersey: Princeton University Press 1972.
- Klieber, Rupert: Politischer Katholizismus in der Provinz. Salzburgs Christlichsoziale in der Parteienlandschaft Alt-Österreichs. Wien / Salzburg: Geyer-Edition 1994.

- Klöcker, Michael: Der politische Katholizismus. Versuch einer Neudefinierung. In: Zeitschrift für Politik. Organ der Hochschule für Politik e.V. München; Bd. 18, Heft 2 (1971), S. 124-130.
- Knoll, Reinhold: Zur Tradition der Christlichsozialen Partei. Ihre Früh- und Entwicklungsgeschichte bis zu den Reichsratswahlen 1907. Wien / Köln / Graz: Böhlau 1973.
- Koch, Hans-Albert: Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2008.
- Köhler, Oskar: Der politische Katholizismus. In: Gesellschaft und Politik. Politischer Katholizismus, Jg. 11, Heft 3 (1975), S. 18-34.
- Kovács, Elisabeth: Untergang oder Rettung der Donaumonarchie? Bd. 1. Die Österreichische Frage. Kaiser und König Karl I (IV.) und die Neuordnung Mitteleuropas. Wien / Köln / Weimar 2004.
- Kralik, Richard: Karl Lueger und der christliche Sozialismus. Bd. 1. Vom Beginn bis 1900. Wien: Vogelsang Verlag 1923.
- Kriechbaumer, Robert: 1861, 1918, 1945 – Welches Österreich? Kontinuitäten und Brüche. Eine historische Längsschnittanalyse. In: Kriechbaumer, Robert und Bußjäger, Peter (Hg.): Das Februarpatent 1861. Zur Geschichte und Zukunft der österreichischen Landtage. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2011, S. 85-143.
- Kriechbaumer, Robert: Die Christlichsoziale Partei 1918 bis 1933/34. In: Karner, Stefan (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938. Innsbruck /Wien / Bozen: Studienverlag 2017, S. 137-150.
- Kriechbaumer, Robert: Die Geschichte der ÖVP. In: Kriechbaumer, Robert und Schausberger, Franz (Hg.): Volkspartei – Anspruch und Realität. Zur Geschichte der ÖVP seit 1945. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1995, S. 11-102.
- Kriechbaumer, Robert: Die großen Erzählungen der Politik. Politische Kultur und Parteien in Österreich bis 1945. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2001.
- Kriechbaumer, Robert: Die Nebel der Begrifflichkeit oder vom schwierigen Umgang mit dem Ständestaat und der Vaterländischen Front. In: Kriechbaumer, Robert (Hg.): Österreich! Und Front Heil! Aus den Akten des Generalsekretärs der Vaterländischen Front. Innenansichten eines Regimes. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2005, S. 9-52.
- Kuppe, Rudolf: Dr. Karl Lueger. Persönlichkeit und Wirken. Wien: Hollinek 1947.
- Kuppe, Rudolf: Festschrift zu der am Sonntag, den 19. September 1926 stattfindenden Enthüllung des Dr. Karl Lueger-Denkmal. Wien: Typographische Anstalt 1926.

- Ladurie, Emmanuel le Roy: *The Ancien Régime. A History of France 1610-1774*. Oxford: Blackwell 1996.
- Ledel, Eva-Katharin: *Konservatismus und das Haus Habsburg*. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): *Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute*. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 183-198.
- Lefebvre, Georges: *Napoleon*. Hg. v. Peter Schöttler. Mit einem Nachwort von Daniel Schönpflug. Stuttgart: Reclam 2012.
- Leidinger, Hannes: *Der Untergang der Habsburgermonarchie*. Innsbruck / Wien: Haymon Verlag 2017.
- Leonhard, Jörn: *Krieg und Revolution. Über eine Beziehung der neuzeitlichen Geschichte*. In: Pyta, Wolfram (Hg.): *Krieg und Revolution: Historische Konstellationen seit der Französischen Revolution*. Stuttgart: Kohlhammer 2022, S. 45-70.
- Leser, Norbert: *„... auf halben Wegen und zu halber Tat...“*. Politische Auswirkungen einer österreichischen Befindlichkeit. Wien / München: Amalthea 2000.
- Lewis, Gavin: *Kirche und Partei im Politischen Katholizismus*. Wien / Salzburg: Geyer Edition 1977.
- Lichtblau, Albert: *Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn. Österreichisch-jüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart*. In: Wolfram, Herwig (Hg.): *Österreichische Geschichte. Bd. 14. Geschichte der Juden in Österreich*. Wien: Ueberreuter 2006, S. 447-566.
- Liebmann, Maximilian: *Ignaz Seipel. Mensch, Christ, Priester*. In: *Schriften des Karl von Vogelsang-Instituts*. 3. Jg. Nr. 3 (1985), S. 201-210.
- Liebmann, Maximilian: *Von der Dominanz der katholischen Kirche zu freien Kirchen im freien Staat – vom Wiener Kongreß 1815 bis zur Gegenwart*. In: Leeb, Rudolf, Liebmann, Maximilian, Scheibelreiter, Georg und Tropper, Peter G. (Hg.): *Österreichische Geschichte. Bd. 13. Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart*. Wien: Ueberreuter 2003, S. 361-456.
- Liedtke, Rainer: *Die Industrielle Revolution*. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2012.
- Lönne, Karl-Egon: *Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986.
- Mader, Hubert: *Duellwesen und altösterreichisches Offiziersethos*. Osnabrück: Biblio Verlag 1983.

- Maderthaner, Wolfgang: Von der Zeit um 1860 bis zum Jahr 1945. In: Csendes, Peter und Oppl, Ferdinand (Hg.) Wien. Geschichte einer Stadt. Bd. 3. Von 1790 bis zur Gegenwart. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2006, S. 175-544.
- Mahler, Andreas und Mulsow, Martin: Einleitung. Die Vielfalt der Ideengeschichte. In: Mahler, Andreas und Mulsow, Martin (Hg.): Texte zur Theorie der Ideengeschichte. Stuttgart: Reclam 2014, S. 12-13.
- Mann, Golo: Der europäische Geist im späten 17. Jahrhundert. In: Mann, Golo und Nitschke, August (Hg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Bd. 7. Von der Reformation zur Revolution. Frankfurt am Main / Berlin: Propyläen Verlag 1986, S. 349-384.
- Mann, Golo: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: S. Fischer¹² 2009.
- Maurer, Michael: Gesellschaft, Bürgerliche. In: Schneiders, Walter (Hg.): Lexikon der Aufklärung. Deutschland und Europa. München: C.H. Beck 2001, S. 154-155.
- Maurer, Michael: Bürger / Bürgertum. In: Schneiders, Walter (Hg.): Lexikon der Aufklärung. Deutschland und Europa. München: C.H. Beck 2001, S. 70-72.
- Mazohl, Brigitte: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. In: Winkelbauer, Thomas (Hg.): Geschichte Österreichs. Stuttgart: Reclam³ 2018, S. 391-476.
- Meier, Heinz: Die Österreichischen Christlichsozialen während des Ersten Weltkriegs. Wien: Universität Wien 1966 (Diss.).
- Melischek, Gabriele und Seethaler, Josef: Die Tagespresse der franzisko-josephinischen Ära. In: Karmasin, Matthias und Oggolder, Christian (Hg.): Österreichische Mediengeschichte. Bd. 1. Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918). Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 167–192.
- Mertens, Christian: Die Christlichsoziale Partei im Ersten Weltkrieg. In: Pfoser, Alfred und Weigl, Andreas (Hg.): Im Epizentrum des Zusammenbruchs. Wien im Ersten Weltkrieg. Wien: Wiener Stadt- und Landesarchiv 2013, S. 52-59.
- Mertens, Christian: Richard Weiskirchner (1861-1926). Der unbekannte Wiener Bürgermeister. München: Oldenbourg 2006.
- Mettele, Gisela: Wehrhafte Männlichkeit und patriotische Weiblichkeit. Geschlechterbilder und die politische Mobilisierung der Jenaer Studenten 1813/14. In: Gerber, Stefan, Greiling, Werner, Kaiser Tobias u.a. (Hg.): Zwischen Stadt, Staat und

Nation. Bürgertum in Deutschland. Bd. 1. Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht 2014, S. 337-346.

- Meyer, Annette: Die Epoche der Aufklärung. Berlin: Akademie Verlag 2010.
- Mikoletzky, Hanns Leo: Österreich. Das entscheidende Jahrhundert 19. Jahrhundert. Geschichte, Kultur und Wirtschaft. Österreichischer Bundesverlag 1972.
- Mikoletzky, Lorenz: Ferdinand I. In: Hamann, Brigitte (Hg.): Die Habsburger. Ein biographisches Lexikon. Wien: Ueberreuter 1988, S. 121-124.
- Niederstätter, Alois: Geschichte Österreichs. Stuttgart: Kohlhammer 2007.
- Nürnberger, Richard: Das Zeitalter der Französischen Revolution und Napoleons. In: Mann, Golo und Nitschke, August (Hg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte. Bd. 7. Von der Reformation zur Revolution. Frankfurt am Main / Berlin: Propyläen Verlag 1986, S. 59-192.
- Osterkamp, Jana: Vielfalt ordnen. Das föderale Europa der Habsburgermonarchie (Vormärz bis 1918). Göttingen: Vandenhoeck & Rupprecht² 2021.
- Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Bd. 3. Neuzeit. Tb. 1. Von Machiavelli bis zu den großen Revolutionen. Stuttgart / Weimar: Metzler 2006.
- Ottmann, Henning: Geschichte des politischen Denkens. Bd. 3. Neuzeit. Tb. 2. Das Zeitalter der Revolutionen mit 3 Abb. Stuttgart / Weimar: Metzler 2008.
- Ovečka, Libor: Die Moralthologie Franz M. Schindlers. St. Ottilien: EOS Verlag 1993.
- Pelinka, Anton: Die gescheiterte Republik. Kultur und Politik in Österreich 1918-1938. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2017.
- Pelinka, Anton: Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933 bis 1938. Wien / München / Zürich: Europaverlag 1972.
- Pemsel, Jutta: Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt. Wien / Köln: Böhlau 1989.
- Philippoff, Eva: Die Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Ein politisches Lesebuch (1867-1918). Villeneuve d'Ascq: Presses Univ. du Septentrion 2002.
- Pittler, Andreas: Karl Lueger. 1844-1910. Wien: Carl Gerold's Sohn 2012.
- Pohanka, Peter: Der soziale und politische Konservatismus in Österreich zwischen der Romantik und der Vogelsangschule. Wien: Universität Wien 1952 (Diss.).
- Popp, Gerhard: CV in Österreich 1864-1938. Organisation, Binnenstruktur und politische Funktion. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1984.

- Pulzer, Peter: Nationalism and Internationalism in European Christian Democracy. In: Gehler, Michael, Kaiser, Wolfram und Wohnout, Helmut (Hg.): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2001, S. 60-76.
- Rady, Martyn: The Habsburgs. The Rise and Fall of a World Power. London: Penguin Random House 2020.
- Rapport, Mike: 1848. Revolution in Europa. Stuttgart: Konrad Theiss Verlag 2011.
- Rauchensteiner, Manfred: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie. 1914-1918. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2013.
- Rauscher, Walter: Die verzweifelte Republik. Österreich 1918-1922. Wien: Kremayr & Scheriau 2017.
- Rauscher, Walter: Karl Renner. Ein österreichischer Mythos. Wien: Ueberreuter 1995.
- Reinalter, Helmut: 1790 – Tod Josephs II. Aufklärung und Josephinismus. In: Scheutz, Martin und Strohmeyer, Arno (Hg.): Von Lier nach Brüssel. Schlüsseljahre österreichischer Geschichte (1496-1995). Innsbruck / Wien / Bozen: Studienverlag 2010, S. 153-166.
- Reinalter, Helmut: Joseph II. Reformen auf dem Kaiserthron. München: C.H. Beck 2011.
- Reinalter, Helmut: Österreich und die Französische Revolution. Wien: Österreichischer Bundesverlag 1988.
- Reinhard, Volker: Pontifex. Die Geschichte der Päpste. Von Petrus bis Franziskus. München: C.H. Beck 2018.
- Rennhofer, Friedrich: Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 1978.
- Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E.: Einleitung. In: Rill, Robert und Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservatismus in Österreich. Graz / Stuttgart: Leopold Stocker 1999, S. 7-10.
- Rosner, Willibald: Der Niederösterreichische Landtag. In: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Bd. VII. Verfassung und Parlamentarismus. Tb. 2. Die regionalen Repräsentativkörperschaften. Wien: Verlag der ÖAW 2000, S. 1633-1662.
- Rumpler, Helmut: Österreichische Geschichte. 1804-1914. Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Wien: Ueberreuter 1997.

- Ruppert, Karsten: Bürgertum und staatliche Macht in Deutschland zwischen Französischer und deutscher Revolution. Berlin: Duncker & Humblot 1997.
- Safranski, Rüdiger: Romantik. Eine deutsche Affäre. Frankfurt am Main: S. Fischer³ 2010.
- Salomon, Gottfried: Das Mittelalter als Ideal in der Romantik. München: Drei Masken Verlag 1922.
- Schmetterer, Christoph: Kaiser Franz Joseph I. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016.
- Schnee, Heinrich: Bürgermeister Karl Lueger. Leben und Wirken eines großen Deutschen. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1936.
- Schneiders, Werner: Das Zeitalter der Aufklärung. München: C.H. Beck⁵ 2014.
- Schöner, Johannes: Die Geschichte einer Flucht nach vorne. Die Christlichsozialen im Spannungsfeld zwischen Kaisertreue und Pragmatismus. In: Mesner, Maria, Kriechbaumer, Robert, Maier, Michaela und Wohnout, Helmut (Hg.): Parteien und Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. Das Beispiel Österreich-Ungarn. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2014, S. 31-54.
- Schorske, Carl E.: Fin-De-Siècle Vienna. Politics and Culture. New York: Alfred A. Knopf 1979.
- Schröer, Christina: Republik im Experiment. Symbolische Politik im revolutionären Frankreich (1792-1799). Köln / Weimar / Wien: Böhlau 2014.
- Schüler, Isabella: Franz Anton Graf von Kolowrat-Liebsteinsky (1778-1861). Der Prager Oberstburggraf und Wiener Staats- und Konferenzminister. München: Herbert Utz Verlag 2016 (Diss).
- Schulz, Andreas: Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. Und 20. Jahrhundert. Berlin / München / Boston: Oldenbourg² 2014.
- Schulz, Gerhard: Romantik. Geschichte und Begriff. München: C.H. Beck³ 2008.
- Seliger, Maren: Liberale Fraktionen im Wiener Gemeinderat 1861 bis 1895. In: Wien in der Liberalen Ära. Festgabe des Wiener Stadt- und Landesarchivs anlässlich des 14. Österreichischen Historikertages Wien 1978. Wien: Verein für Geschichte der Stadt Wien 1978, S. 62-90.
- Siemann, Wolfram: Metternich. Staatsmann zwischen Restauration und Moderne. München: C.H. Beck 2010.
- Siemann, Wolfram: Metternich. Strategie und Visionär. Eine Biografie. München: C.H. Beck 2016.

- Simoncsics, Rudolf: Die soziale Frage vom Standpunkt des Marxismus und der Rerum Novarum, Wien: Hochschule für Welthandel 1958 (Diss.).
- Slapnicka, Harry: Christlichsoziale in Oberösterreich. Vom Katholikenverein 1848 bis zum Ende der Christlichsozialen 1934. Linz: OLV 1984.
- Slapnicka, Harry: Katholizismus, katholische Konservative und Christlich-soziale im 19. Jahrhundert. In: Becker, Winfried und Morsey, Rudolf (Hg.): Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Wien / Köln: Böhlau 1988, S. 113-128.
- Sohn-Kronthaler, Michaela: Die katholische Kirche als innenpolitischer Faktor 1918-1938. In: Karner, Stefan (Hg.): Die umkämpfte Republik. Österreich 1918-1938. Innsbruck /Wien / Bozen: Studienverlag 2017, S. 151-160
- Sperber, Jonathan: Karl Marx. Sein Leben und sein Jahrhundert. München: C.H. Beck 2013.
- Srbik, Heinrich Ritter von: Metternich. Der Staatsmann und der Mensch. Bd. II. Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt 1979.
- Staudinger, Anton: Aspekte Christlichsozialer Politik 1917 bis 1920. Wien: Universität Wien 1979 (Habil.).
- Stauracz, Franz: Dr. Karl Lueger. Zehn Jahre Bürgermeister. Im Lichte der Tatsachen und nach dem Urteile seiner Zeitgenossen, zugleich ein Stück Zeitgeschichte. Wien / Leipzig: Wilhelm Braumüller 1907.
- Stegmann, Franz Josef und Langhorst, Peter: Geschichte der sozialen Ideen im deutschen Katholizismus. In: Grebnig, Helga (Hg.): Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus - Katholische Soziallehre - Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Wiesbaden: Springer VS² 2004, S. 599-866.
- Stephan, Inge: Kunstepoche. In: Beutlin, Wolfgang, Beilein, Matthias, Ehlert, Klaus u.a.: Deutsche Literaturgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart / Weimar: J.B. Metzler⁸ 2013, S. 185-240.
- Stieg, Gerald: Sein oder Schein. Die Österreich-Idee von Maria Theresia bis zum Anschluss. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2016.
- Stöger, Walter: Das Verhältnis der Konservativen zur Christlichsozialen Partei. Wien: Universität Wien 1949 (Diss.).
- Stollberg-Rilinger, Barbara: Die Aufklärung. Europa im 18. Jh. Mit 23 Abb. Stuttgart: Reclam 2011.

- Straub, Eberhard: Der Wiener Kongress. Das große Fest und die Neuordnung Europas. Stuttgart: Klett-Cotta 2014.
- Sutter, Berthold und Bruckmüller, Ernst: Der Reichsrat, das Parlament der westlichen Reichshälfte Österreich-Ungarns (1861-1918). In: Bruckmüller, Ernst (Hg.): Parlamentarismus in Österreich. Wien: ÖBV 2001, S. 60-109.
- Swann, Julian: Introduction: The crisis of the absolute monarchy. In: Swann Julian und Félix, Joël (Hg.): The Crisis of the absolute Monarchy: France from Old Regime to Revolution. Oxford: Oxford University Press 2013, S. 1-28.
- Thamer, Hans-Ulrich: Adolf Hitler. Biographie eines Diktators. München: C.H. Beck 2018.
- Thamer, Hans-Ulrich: Die Französische Revolution. München: C.H. Beck² 2006.
- Tischer, Anuschka: Ludwig XIV. Stuttgart: Kohlhammer 2017.
- Tomala, Leopold: Unser Bürgermeister Dr. Karl Lueger. Festschrift zu seinem 60. Geburtstag. Gewidmet allen, die seine Tatkraft schätzen, als ein Vorbild zur Nacheiferung. Wien: Friedrich Jasper 1904.
- Tropper, Peter G.: Von der katholischen Erneuerung bis zur Säkularisation. 1648-1815. In: Leeb, Rudolf, Liebmann, Maximilian, Scheibelreiter, Georg und Tropper, Peter G. (Hg.): Österreichische Geschichte. Bd. 13. Geschichte des Christentums in Österreich. Von der Spätantike bis zur Gegenwart. Wien: Ueberreuter 2003, S. 281-360.
- Urbanitsch, Peter: Die Wahlen des Jahres 1873 zum cisleithanischen Reichsrat anhand ausgewählter Wahlbezirke der Wählerkreise der Landgemeinden und der Städte, Märkte und Industrialorte. In: Adlgasser, Franz, Malinská, Jana, Rumpler, Helmut und Luboš, Velek (Hg.): Hohes Haus! 150 Jahre moderner Parlamentarismus in Österreich, Böhmen, der Tschechoslowakei und der Republik Tschechien im mitteleuropäischen Kontext. Wien: ÖAW 2015, S. 157 – 176.
- Verosta, Stephan: Der Übergang von der Monarchie zur Republik. In: Schriften des Karl von Vogelsang-Instituts. 3. Jg. Nr. 3 (1985), S. 211-214.
- Vitale, Angelo Maria: Das politische Denken Ignaz Seipels zwischen Scholastik und Korporativismus. In: Festa, Francesco Saverio, Fröschl, Erich und La Rocca, Tomaso u.a. (Hg.): Das Österreich der dreissiger Jahre und seine Stellung in Europa. Frankfurt am Main / Berlin / Bern u.a.: Peter Lang 2012, S. 537-552.
- Vocolka, Karl und Vocolka, Michaela: Franz Joseph I. Kaiser von Österreich und König von Ungarn 1830-1916. Eine Biographie. München: C.H. Beck 2015.

- Vöclka, Karl: Geschichte der Neuzeit. 1500-1918. Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2010.
- Walch, Agnès: La vie sous l'Ancien Régime. Paris: Perrin 2020.
- Wandruszka, Adam: Lorbeerkränze der Nachwelt. Der Josepht-Mythos im 19. Jahrhundert. In: Was blieb von Joseph II.? Eine Dokumentation. Internationales Symposium Melk 1980. St. Pölten / Wien: Niederösterreichisches Pressehaus 1980, S. 14-24.
- Wandruszka, Adam: Österreichs Politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und Politischen Bewegungen. Wien / Köln / Graz: Böhlau 1954.
- Wangermann, Ernst: Grillparzer und das Nachleben des Josephinismus. In: Wangermann: Aufklärung und Josephinismus. Studien zu Ursprung und Nachwirkungen der Reformen Josephts II. Bochum: Winkler 2016, S. 163-178.
- Weinzierl, Erika: Der rote Prinz. Zum 120. Geburtstag von Aloys Liechtenstein. In: Neues Forum. Österreichische Monatsblätter für kulturelle Freiheit. XIII. Jahr, Heft 154 (1966), S. 598-600.
- Weiß, Otto: Begegnungen mit Klemens Hofbauer (1751-1820). Regensburg: Pustet 2009.
- Weissensteiner, Friedrich: Franz Ferdinand. Der verhinderte Herrscher. München / Zürich: Piper 1994.
- Weitensfelder, Hubert: „Römlinge“ und „Preußenseuchler“. Konservativ-Christlichsoziale, Liberal-Deutschnationale und der Kulturkampf in Vorarlberg, 1860 bis 1914. Wien / München: Oldenbourg 2008.
- White, Hayden: Metahistory. Die historische Einbildungskraft im 19. Jahrhundert in Europa. Aus dem Amerikanischen von Peter Kohlhaas. Frankfurt am Main: S. Fischer² 2008.
- Widhalm, Matthias: Genealogie als Mittel der Herrschaftslegitimation. Historiographie des Hauses Habsburg von Leopold I. bis Karl VI. (1658-1740). Berlin: WVB 2020.
- Wietzorek, Paul: Adolph Kolping 1813-1865. Ein Leben im Dienst der Menschen. Petersberg: Michael Imhof Verlag 2013.
- Winkelbauer, Thomas: Österreichische Geschichte 1522-1699. Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im Konfessionellen Zeitalter. Bd. 1. Wien: Ueberreuter 2004.

- Winkelbauer, Thomas: Österreichische Geschichte 1522-1699. Ständefreiheit und Fürstenmacht. Länder und Untertanen des Hauses Habsburg im Konfessionellen Zeitalter. Bd. 2. Wien: Ueberreuter 2004.
- Wladika, Michael: Hitlers Vätergeneration. Die Ursprünge des Nationalsozialismus in der k.u.k. Monarchie: Wien / Köln / Weimar: Böhlau 2005.
- Wohnout, Helmut: Der Österreichische Cartellverband. Struktur und Wandel. In: Gaudeamus Igitur. Studentisches Leben einst und jetzt. Wien: Schallaburg 1992, S. 95-101.
- Wohnout, Helmut: Die Rolle Karl Luegers in der christlichsozialen Bewegung. In: Demokratie und Geschichte. Jg. 13/14 (2011), S. 49-63.
- Wohnout, Helmut: Middle-class Governmental Party and Secular Arm of the Catholic Church. The Christian Socials in Austria. In: Kaiser, Wolfram und Wohnout, Helmut (Hg.): Political Catholicism in Europe 1918-1945. London / New York: Routledge 2004, S. 172-194.
- Wunder, Bernd: Europäische Geschichte im Zeitalter der Französischen Revolution. 1789-1815. Stuttgart: Kohlhammer 2001.
- Zwierlein, Cornel: Politische Theorie und Herrschaft in der Frühen Neuzeit. Göttingen: UTB 2020.

12. Anhang

12.1 Abstract (Deutsch)

Das lange 19. Jahrhundert war für die weitere politische Entwicklung der Habsburgermonarchie eines der prägendsten. Es folgte den Wirren der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege, welche die Staatenwelt Europas unwiederbringlich verändert hatten. Neue staatspolitische, gesellschaftliche und ideengeschichtliche Ansichten waren gesät; der Konstitutionalismus wurde vom Bürgertum energisch vorangetrieben. Zugleich befanden sich Wirtschaft und Gesellschaft in einem radikalen Umbruch. Die Industrielle Revolution wandelte die konventionellen Sozialgefüge. All diese Faktoren sollten in den Forderungen der bürgerlichen Revolution des Jahres 1848 kulminieren.

Der Wunsch nach einer konstitutionellen Monarchie war ein zentrales Begehren der Revolutionäre. Trotz anfänglicher Zugeständnisse war es dem Haus Habsburg-Lothringen vorerst gelungen, zum Neoabsolutismus (1851-1860) zurückzukehren. Erst die militärischen Niederlagen der Francisco-Josephinischen Ära (1848-1916) zwangen den Kaiser zu partizipatorischen Konzessionen. Hiermit begann der österreichische Frühparlamentarismus. Der politische Katholizismus sollte zu einer der wichtigsten Strömungen desselben werden. Seine Grundzüge gehen im Wesentlichen ebenfalls auf die Französische Revolution zurück. In der Habsburgermonarchie sollten Klemens Maria Hofbauer und Karl von Vogelsang zu seinen geistigen Vordenkern werden.

Der politische Katholizismus blieb lange in verschiedene Bewegungen gespalten. Erst im Jahr 1893 konnte ein Großteil in der Christlichsozialen Partei gesammelt werden. Sie vereinte in sich bürgerliche, konservative, liberale und katholische Ansichten. Zu den bekanntesten Persönlichkeiten dieser ‚Gründergeneration‘ zählten Dr. Karl Lueger, Karl von Vogelsang, Alois von Liechtenstein, Albert Geßmann und Franz Martin Schindler. Ihr Zusammenspiel ermöglichte ihren Aufstieg zur Massenpartei. Ihr unumstrittener Anführer war Dr. Karl Lueger; eine bis heute höchst strittige Person. Er entstammte ursprünglich dem liberalen Lager, wandelte sich aber schlussendlich zu einem der größten Gegner des Liberalismus. Er war in gleichem Maße ein begnadeter Redner und Demagoge. Ihm war kaum an einer ideologischen Festigung seiner Partei gelegen; er scheute sie geradezu. Sein Streben galt voll und ganz dem Amt des Wiener Bürgermeisters. Um es zu erringen, tradierte er bestehende Feindbilder. Sein effizientestes Mobilisierungsmittel war der religiös-ökonomische Verbalantisemitismus.

Da es Lueger vermieden hatte, seiner Partei nachhaltige Strukturen zu schaffen, folgte auf seinen Tod (1910) der Abstieg der mächtigen Stadtpartei. Ihre Föderalisierung schritt unaufhörlich voran. In den chaotischen Herbsttagen des Jahres 1918 erfolgte der Aufstieg einer neuen Führungsgeneration des Christlichsozialen. Sie unterschied sich weltanschaulich spürbar von den einstigen Gefolgsmännern Luegers. Der Umbau des Staates nach christlich-ständischem Muster war ihre Maxime; ihr berühmtester Vertreter war der Prälat Ignaz Seipel.

In diesem Sinne ist die vorliegende Masterarbeit beflissen, anhand qualitativ-vergleichender Analysen autobiographischer, programmatischer, literarischer und philosophisch-theologischer Textzeugnisse aufzuzeigen, welche Geistesströmungen und Faktoren die Ansichten und Programme der Christlichsozialen Partei dominierten. Der zeitliche Rahmen erstreckt sich dabei von ihren weltanschaulichen Wurzeln im langen 19. Jahrhundert bis zur Ausrufung der Ersten Republik (1918). Folgerichtig ist die Frage leitend, welche Kräfte die ideologische Ausrichtung der Christlichsozialen Partei im alten Österreich beherrschten.

12.2 Abstract (Englisch)

The long 19th century was probably the most formative period for the development of modern parliamentarism in the Habsburg Monarchy. It followed the radical changes of the French Revolution and the Napoleonic Wars, which had irreversibly shaped the political system of Europe. New political, societal, and ideological perspectives emerged. The wish for a constitution was mainly promoted by the bourgeoisie. At the same time, economy and society were undergoing radical transformations. The Industrial Revolution was transforming traditional social structures. All these factors culminated in the demands of the revolution of 1848.

The desire for a constitutional monarchy was a central demand of the revolutionaries. Despite initial compromises, the House of Habsburg-Lorraine had managed to return to 'Neoabsolutism' (1851-1860). But due to the military defeats of the 'Francisco-Josephine-Era' (1848-1916) emperor Francis Joseph I. had to grant bit by bit participatory concessions. Those were the beginning of the Austrian early parliamentary system. 'Political Catholicism' would become one of its most significant movements. Its roots dated back to the days of the French Revolution. In the Habsburg Empire Klemens Maria Hofbauer and Karl von Vogelsang became its intellectual forerunners.

For decades, 'Political Catholicism' has been divided into various movements. In 1893 most of these movements were unified in the Christian Social Party, which combined bourgeois, conservative, liberal, and Catholic views. Dr. Karl Lueger, Karl von Vogelsang, Alois Liechtenstein, Albert Geßmann, and Franz Martin Schindler were among the most influential personalities of this 'founding generation'. Only their synergy enabled its rise to a mass party. Dr. Karl Lueger was the undisputed leader of this movement. Until the present day he remains a highly controversial historic figure. Originating from the Liberals, he became one of their biggest opponents. He was an eloquent speaker and demagogue; however, he was not particularly interested in the ideological or structural consolidation of his party. In fact, he avoided it for many years. His main goal was to become the mayor of Vienna. To achieve this aim, he mainly used a policy basing on populism and stereotypes. The most efficient mobilization tool was undoubtedly his mostly religiously and economically motivated verbal anti-Semitism.

After his death in 1910, the powerful Christian Social Party collapsed. The federalization of the Christian Social Party continued. In the chaotic days of autumn 1918, a new generation of Christian Social leaders emerged. They were ideologically distinct from Lueger's former

followers. Their maxim was the transformation of the state according to the sample of Christian theories of state. Their most famous representative was Ignaz Seipel.

Consequently, this master's thesis intends to show through qualitative-comparative analyses of autobiographical, programmatic, literary, and philosophical-theological texts, which intellectual trends and factors dominated the views and writings of the Christian Social Party. Its time frame ranges from the ideological roots of 'Political Catholicism' in the long 19th century to the proclamation of the First Republic in 1918. So, the focus should be on the multiple factors which dominated the ideological formation of the Christian Social Party in 'Old Austria'.